

Simon Lukas

Eine ideologiekritische Betrachtung des westlichen Netzoptimismus am Beispiel des Arabischen Frühlings 2018

<https://doi.org/10.25969/mediarep/4159>

Veröffentlichungsversion / published version
Hochschulschrift / academic publication

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lukas, Simon: *Eine ideologiekritische Betrachtung des westlichen Netzoptimismus am Beispiel des Arabischen Frühlings*. Erlangen: Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 2018.
DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/4159>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bvb:29-opus4-100188>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung 4.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons - Attribution 4.0/ License. For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Eine ideologiekritische Betrachtung des
westlichen Netzoptimismus am Beispiel des Arabischen Frühlings

der Philosophischen Fakultät und dem Fachbereich Theologie
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

zur
Erlangung des Doktorgrades Dr. phil.

vorgelegt von

Simon Lukas
aus Würzburg

Als Dissertation genehmigt
von der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Tag der mündlichen Prüfung: 18.10.2018

Vorsitzende des Promotionsorgans: Prof. Dr. Thomas Demmelhuber

Gutachter: Prof. Dr. Christian Schicha
Prof. Dr. Johanna Haberer

Abstract

Die vorliegende Arbeit zeichnet die Verbreitung netzoptimistischer Theorien in der westlichen Welt bis zu den Aufständen des Arabischen Frühlings ab Dezember 2010 nach und untersucht die mediale Reaktion auf den für viele Beobachter unerwarteten und enttäuschenden Ausgang der Revolutionsbewegung. Dabei wird gesondert gezeigt, wie die lange weit verbreitete Hoffnung in das demokratisierende Potential digitaler Netzwerke entweder durch eine Anpassung der Wirkstärke abgemildert oder durch eine Neubewertung der Wirksamkeit beziehungsweise der Wirkrichtung gänzlich aufgegeben wurde.

Bei der Darstellung der Hintergründe der arabischen Revolution konzentriert sich die Arbeit auf vier Länder, deren Umgang mit sozialen Netzwerken sich in entscheidenden Punkten unterschied. Der Ausbruch, Verlauf und die Ergebnisse der Aufstände in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien werden dabei mit verschiedenen politischen Medientheorien abgeglichen, die basierend auf Hubertus Buchsteins Einteilung als netzoptimistisch, -neutral oder -pessimistisch klassifiziert werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Hans Magnus Enzensbergers wegweisende, klar netzoptimistische *Sozialistische Medientheorie* gelegt. Der Vergleich von beispielhaften Veröffentlichungen vor, während und nach den Ereignissen des Arabischen Frühlings macht die graduelle Abkehr von allzu netzoptimistischen Positionen in weiten Teilen der westlichen Welt deutlich.

Die abschließende Beurteilung der Anpassungsstrategien zeigt, dass der Ausgang der Revolutionsbewegung sowohl eine Neubewertung der Wirksamkeit als auch eine Anpassung der Wirkrichtung unterstützten. Der Konflikt zwischen Netzoptimisten und -pessimisten lässt sich damit auch nach den Umbrüchen des Arabischen Frühlings nicht endgültig auflösen. Dagegen kann eindeutig festgehalten werden, dass die unverhältnismäßige Konzentration der westlichen Berichterstattung auf die Rolle der digitalen Medien im Revolutionsverlauf viel zu den Missverständnissen über die Motive und Ziele der Aktivisten beigetragen hat und damit mit zu einer netzoptimistischen Euphorie beitrug, die zwangsläufig in Enttäuschung endete.

Abstract.....	III
Inhaltsverzeichnis.....	IV
Abbildungsverzeichnis.....	VIII
Einleitung.....	1
 1. Grundlagen der sozialen Medien.....	 3
1.1 Medientheoretische Einordnung.....	3
1.2 Geschichte der sozialen Netzwerke.....	4
1.3 Vorstellung der behandelten Onlinedienste.....	5
1.3.1 Facebook	
1.3.2 Twitter	
1.3.3 Blogs	
1.4 Vorteile für die politische Nutzung.....	8
1.4.1 Anonymität	
1.4.2 Vernetzung mit der Weltöffentlichkeit	
1.4.3 Organisation von Protesten	
1.5 Verbreitung in den untersuchten Ländern.....	10
1.5.1 Vor den Aufständen	
1.5.2 Während der Aufstände	
 2. Hintergründe des Vertrauens ins revolutionäre Potential der sozialen Medien.....	 16
2.1 Begriffe bei Buchstein.....	16
2.1.1 Netzoptimismus	
2.1.2 Netzpessimismus	
2.1.3 Netzneutralismus	
2.2 Ideologischer Hintergrund des westlichen Netzoptimismus.....	21
2.2.1 <i>Sozialistische Medientheorie</i> als Grundlage	
2.2.2 Frühe Modelle für Viele-zu-vielen-Kommunikation	
2.2.3 Erwarteter Einfluss der Digitalisierung auf den Staatsapparat	
2.3 Moderne Spielarten des westlichen Netzoptimismus.....	31
2.3.1 Marktorientierte Ausrichtung	

2.3.2 Zivilgesellschaftliche Ausrichtung	
2.3.3 Repräsentationszentrierte Ausrichtung	
2.4 Politische Dimension des Netzoptimismus.....	33
2.4.1 Ideologische Verbindung zum Kalten Krieg	
2.4.2 Erwartung konkreter Machtverschiebungen	
2.4.3 Merkmale politischer Berichterstattung in der digitalen Welt	
2.4.4 Politische Nutzung der sozialen Netzwerke im Westen	
2.4.5 Typologie der Netzaktivisten	
2.5 Bewertung westlicher Netzaktivisten.....	46
2.6 Einfluss auf die Verfolgung von Netzaktivisten.....	48
 3. Selbst- und Fremdbild des Orient in Abgrenzung zum Westen.....	50
3.1 Orientalismus.....	50
3.1.1 Geschichte	
3.1.2 Reaktionen auf Suids Darstellung	
3.2 Erfahrungen mit auswärtigen politischen Einflüssen im arabischen Raum.....	58
3.3 Arabische Selbstwahrnehmung vor Beginn des Arabischen Frühlings.....	60
3.3.1 Bewertung der politischen Situation	
3.3.2 Bewertung der gesellschaftlichen Situation	
3.3.3 Bewertung der wirtschaftlichen Situation	
3.3.4 Einschätzung islamistischer Strömungen	
3.3.5 Darstellung der Beziehung zum Westen	
3.3.6 Einschätzung des revolutionären Potentials	
3.3.7 Zukunftsszenarien für die arabische Welt	
3.4 Psychologische Erklärmodelle für anti-westliche Ressentiments.....	73
3.4.1 Analyse des arabischen Opfergedächtnisses	
3.4.2 Erstarken fundamentalistischer Positionen durch das arabische Opfergedächtnis	
3.4.3 Auswirkung auf die Erwartungshaltung während des Arabischen Frühlings	
3.5 Frühe Formen von arabischem Netzpessimismus.....	79
3.5.1 Gefahr eines „Eliten-Mediums“	
3.5.2 Gefahr durch religiösen Extremismus in der digitalen Welt	
 4. Nutzung der sozialen Medien im Arabischen Frühling an vier Beispielen.....	82
4.1 Tunesien.....	82

4.1.1 Voraussetzungen und Verlauf	
4.1.2 Nutzung der neuen Medien	
4.1.3 Entwicklung nach den Aufständen	
4.2 Ägypten.....	88
4.2.1 Voraussetzungen und Verlauf	
4.2.2 Nutzung der neuen Medien	
4.2.3 Entwicklung nach den Aufständen	
4.2.4 Ägyptischer Staatsstreich 2013	
4.3 Libyen.....	97
4.3.1 Voraussetzungen und Verlauf	
4.3.2 Nutzung der neuen Medien	
4.3.3 Internationaler Militäreinsatz 2011	
4.3.4 Entwicklung nach dem Sturz der Regierung	
4.4 Syrien.....	105
4.4.1 Voraussetzungen und Verlauf	
4.4.2 Nutzung der neuen Medien	
4.4.3 Militäreinsätze in Syrien	
4.4.4 Der „islamische Faktor“ im Syrienkonflikt	
4.5 Vergleich.....	113
4.6 Rolle von Al Jazeera.....	121
4.7 Anwendung der <i>Sozialistischen Medientheorie</i>	125
4.7.1 Leistung	
4.7.2 Probleme	
4.7.3 Differenzierung	
4.8 Ausmaß westlicher Unterstützung.....	129
4.8.1 Westliches <i>opposition building</i>	
4.8.2 Einsatz von Sanktionen	
4.8.3 Militärische Interventionen	
4.8.4 Demokratiefördernde Unterstützungsprogramme	
4.9 Westliche Netzeuphorie während der Aufstände.....	136
4.9.1 Netzoptimismus der westlichen Medien	
4.9.2 Netzoptimismus als Teil der „westlichen Erzählung“	
4.9.3 Psychologische Analyse des westlichen Netzoptimismus	

5. Anpassungsstrategien netzoptimistischer Theorien.....	142
5.1 Missverständnisse in der Wahrnehmung des Arabischen Frühlings.....	142
5.1.1 Als weltweite Überraschung	
5.1.2 Als demokratische Revolution nach westlichem Vorbild	
5.1.3 Als Studentenrevolution	
5.1.4 Als feministische Revolution	
5.2 Enttäuschung des westlichen Netzoptimismus.....	150
5.2.1 Westliche Reaktion auf den Verlauf der Revolution	
5.2.2 Erklärungen der Enttäuschung im Westen	
5.3 Analyse islamistischer Parteien als Sieger des Arabischen Frühlings.....	153
5.3.1 Soziale Einordnung der Zielgruppe	
5.3.2 Auffächerung nach den Aufständen	
5.3.3 Demokratisches Potential	
5.4 Neubewertung der Wirksamkeit sozialer Netzwerke.....	160
5.4.1 Problematik einer „politischen Partizipation light“	
5.4.2 Problematik einer Legitimationskrise	
5.4.3 Problematik einer gesellschaftlichen Spaltung	
5.5 Neubewertung der Wirkrichtung sozialer Netzwerke.....	167
5.5.1 Digitale Medien als Kontrollinstrumente außerhalb der arabischen Welt	
5.5.2 Erstarken staatlicher Strukturen in der arabischen Online-Landschaft	
5.6 Neubewertung der Wirkstärke sozialer Netzwerke.....	171
5.6.1 Suche nach einem positiven Selbstbild im Arabischen Frühling	
5.6.2 Langfristige Auswirkung auf die arabische Jugend	
5.7 Vergleich.....	176
 Fazit.....	 179
 Literaturverzeichnis.....	 186
 Kurzlebenslauf.....	 204

Abbildungsverzeichnis

Grafik 1: Verbreitung von Facebook in den arabischen Staaten 2011.....	11
Grafik 2: Zuwachs von Facebook-Nutzern im 1. Quartal 2011 und 2010 im Vergleich.....	14
Grafik 3: Anzahl der Twitter-Meldungen und Einbindung des Hashtags #jan25 in Ägypten.	15
Grafik 4: Schweren Fälle von staatlichem Eingriff in digitale Netzwerke nach Regierungsform	48
Grafik 5: Prozentsatz der Jugendarbeitslosigkeit in ausgewählten arabischen Ländern.....	65
Grafik 6: Während der Unruhen in Facebook gebrauchte Sprachen.....	86
Grafik 7: Die Auswirkung der Internetsperre auf die Anzahl der täglichen Twitter-Meldungen in Ägypten.....	93
Grafik 8: Datenverkehr auf Google-Geräten in Libyen.....	101
Grafik 9: Datenverkehr in Syrien vor und nach Freigabe der sozialen Netzwerke (am Beispiel YouTube).....	109
Grafik 10: Korrelation zwischen auf Facebook angekündigten und tatsächlichen Demonstrationen.....	118
Grafik 11: Die Motive der politischen Beteiligung online nach verschiedenen Partizipationsformen.....	163
Grafik 12: Die Auswirkung sozialer Netzwerke auf die nationale Identität.....	174

Einleitung

Die Ereignisse des Arabischen Frühlings ab 2011 stehen für eine Zeitenwende in der Bewertung sozialer Online-Medien als politische Instrumente. Im Zuge einer lang kultivierten Überzeugung, dass ein Mehr an Medienfreiheit automatisch zu einem Mehr an demokratischen Strukturen führt, gewannen unter westlichen Beobachter Bezeichnungen wie „Facebook-Revolution“ oder „Twitter-Aufständen“ an Popularität. Das Einknicken rückständiger Diktatoren vor der Schwarmintelligenz der Online-Aktivisten passte hervorragend in die Erzählmuster des Westens. Wie tief die Hoffnungen in die verändernde Kraft freier sozialer Netzwerke hier verwurzelt sind, lässt sich beispielhaft an Hans Magnus Enzensbergers *Sozialistischer Medientheorie* ablesen. Knapp 20 Jahre vor Gründung des World Wide Web zeichnete der Schriftsteller seine Vision ungezügelter Kommunikation und ihrer Auswirkungen auf die Gesellschaft. Mit dem Aufkommen sozialer Netzwerke wurden viele seiner Vorstellungen Wirklichkeit und schienen für zahlreiche Anhänger den Weg einer weltweiten Revolution vorzuzeichnen, die in der arabischen Revolutionsbewegung Realität zu werden schien.

Methodik

Ein halbes Jahrzehnt nach den Erfahrungen des Arabischen Frühlings lässt sich allerdings festhalten, dass die Hoffnungen in eine grundlegende Neuordnung der arabischen Welt verfrüht waren. Ein Blick auf den so unterschiedlichen Verlauf der Aufstände in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien wird dabei nicht nur zeigen, dass die Demokratisierungsprozesse weit hinter westlichen Erwartungen zurückgeblieben sind, sondern auch den tatsächlichen Einfluss der modernen Onlinemedien auf Start und Verlauf der Proteste beleuchten. Es wird schließlich untersucht, wie sich die Erwartungshaltung an das politische Potential sozialer Netzwerke durch die Ergebnisse der Aufstände in der westlichen Öffentlichkeit und im wissenschaftlichen Rahmen geändert haben – und inwieweit es zu einer Ernüchterung netzoptimistischer Beobachter gekommen ist. Dazu werden ausgewählte Veröffentlichungen aus der Zeit vor, während und nach den Aufständen verglichen und auf vorherrschende Erzählmodelle hin untersucht.

Aufbau

Die Arbeit gliedert sich dabei in fünf Hauptteile: Am Anfang steht eine kurze Darstellung der zu behandelnden sozialen Netzwerke und ihre Einordnung in die Medientheorie. Dabei wird

auch ihr inhärent politisches Potential herausgearbeitet und näher auf ihre Verbreitung in den untersuchten Ländern eingegangen werden.

Danach wird Hubertus Buchsteins Modell von Netzoptimismus, -neutralismus und -pessimismus nachgezeichnet, Enzenbergers *Sozialistische Medientheorie* vorgestellt und mit den tatsächlichen Möglichkeiten und Begrenzungen sozialer Online-Medien verglichen. Die Medientheorie wurde als Beispiel eines frühen, umfassend netzoptimistischen Modells gewählt, das – Jahrzehnte vor den großen sozialen Netzwerke – klare Vorhersagen über die politisch-revolutionäre Macht der digitalen Medien machte. Ein kurzer historischer Exkurs über die Verbreitung der Netzeuphorie vom Kalten Krieg bis ins neue Jahrtausend wird die Verwurzelung des Netzoptimismus im Westen verdeutlichen. Dabei wird besonderes Augenmerk auf beispielhafte konkrete politische Visionen gelegt, die mit den neuen Medien verknüpft wurden.

Der „westlichen Erzählung“ und Bewertung des Arabischen Frühlings wird in einem eigenen Kapitel die Selbstwahrnehmung der arabischen Aktivisten gegenübergestellt. Aufbauend auf der Darstellung der verschiedenen Missverständnisse und Vorurteile in der Beziehung zwischen westlicher und arabischer Welt, die Edward Said in seinem 1978 erschienenen *Orientalism* beschreibt, wird untersucht, inwieweit sich die ablehnende Haltung gegenüber europäischem und US-amerikanischem Engagement im Revolutionsverlauf aus einem allgemeinen Misstrauen gegenüber westlicher politischer Einflussnahme speiste. Dabei wird besonders auf die Theorie eines kollektiven panarabischen „Opfergedächtnisses“ eingegangen.

Im Anschluss wird anhand von vier praktischen Beispielen der tatsächliche Nutzen sozialer Netzwerke für den Demokratisierungsprozess untersucht und eine Einordnung von Protest- und politischen Gegenmaßnahmen vorgenommen. Als Untersuchungsländer wurden Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien gewählt, weil hier durch den unterschiedlichen Grad der Digitalisierung ungleiche Voraussetzungen für erfolgreichen Netzaktivismus gegeben waren und die einzelnen Machthaber mit sehr verschiedenen – teilweise entgegengesetzten – Strategien auf die digitale Protestwellen reagierten. Neben einer detaillierten Darstellung von Beginn, Verlauf und Ergebnis des Arabischen Frühlings in den einzelnen Ländern wird dabei gesondert auf die Rolle westlicher und arabischer Akteure – wie des katarischen Fernsehsenders Al Jazeera – eingegangen werden.

In einem letzten Punkt werden schließlich die Reaktionen auf den Ausgang des Arabischen Frühlings untersucht. Dabei werden drei unterschiedliche westliche Erklärungsstrategien

herausgearbeitet, mit denen auf die enttäuschten Hoffnungen zahlreicher Netzoptimisten reagiert wurde und mit der politischen Entwicklung im arabischen Raum verglichen.

1. Grundlagen der sozialen Medien

1.1 Medientheoretische Einordnung

Angeichts der radikalen und noch lange nicht abgeschlossenen Veränderungsprozesse, die sich seit dem Aufkommen der sozialen Netzwerke im Medienverhalten der Nutzer vollzogen haben, ist zu klären, inwieweit diese noch unter die traditionellen Definitionen von *Medien* fallen. Für den Medienwissenschaftler Hans-Dieter Kübler kann der Begriff in der Umbruchszeit immerhin „terminologischen Halt“¹ bieten. Dabei greift er auf eine kommunikativ-funktionale Mediendefinition zurück. Das Internet ist für ihn ein „Hybrid-medium“², das die Darstellungsmöglichkeiten verschiedener konventioneller Medien bündelt indem es zeitgleich Zugriff auf Texte, Tonaufzeichnungen und Videomaterial bietet. Zusätzlich zum reinen Informationserwerb sieht er die digitale Welt daneben auch zunehmend als Medium des persönlichen Austausches, das mit Mail- und Chat-Programmen „traditionelle Formen mündlicher Kommunikation abzulösen“³ droht.

Unter dem Oberbegriff der *Kommunikation* stellt Kübler dabei die traditionellen Massenmedien „individuell, online, [...] ausschließlich digital nutzbaren, interaktiven Medien“⁴ gegenüber. Die hier behandelten sozialen Netzwerke fallen klar in die zweite Kategorie – sie dienen der Kommunikation und können damit funktional als Medien behandelt werden. Der entscheidende Unterschied zu Radio, Fernsehen und Printmedien ist die Möglichkeit der Interaktivität und der dadurch ermöglichten Viele-zu-vielen-Kommunikation. Insbesondere durch die Umstellung auf nutzerfreundlichere Plattformen zu Beginn des neuen Jahrtausends nahm die Bedeutung des *user-generated-content*s stetig zu. Der Begriff umfasst alle Inhalte, die nicht von Seitenbetreibern, sondern einfachen Nutzern online gestellt werden. Dieser Aspekt war mit Foren und digitalen Gästebüchern zwar schon früh Teil der Interneterfahrung, mit dem Aufkommen von Videoportalen, Wiki-Projekten und

¹ Kübler, Hans-Dieter: *Medien- und Massenkommunikation: Begriffe und Modelle*, LIT Verlag: Münster 2003, S. 106.

² Ebd., S. 115.

³ Ebd.

⁴ Ebd. S. 121.

sozialen Netzwerken entstanden aber mehr und mehr Räume in denen grundsätzlich „nicht mehr vertikal, sondern horizontal und dezentral kommuniziert“⁵ wurde.

Wie wichtig die eindeutige Einordnung der neuen Medien in bestehende Begriffssysteme ist, macht ein Blick auf die juristischen Dimensionen des Internetzeitalters deutlich. In den Weiten der digitalen Welt stellen sich eigentlich „überkommene Rechtsfragen wie der Schutz der Verbraucher und die Urheberschaft für geistige Produkte“⁶ mit neuer Aktualität. Unter Bezug auf das deutsche Telemediengesetz wurden so immer wieder Versuche unternommen, soziale Netzwerke zu kategorisieren. So unterscheidet die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in einer 2013 veröffentlichten Erklärung in datenschutzrechtlichen Fragen beispielsweise zwischen rein beruflich und privat genutzten Onlineportalen.⁷

1.2 Geschichte der sozialen Netzwerke

Mit der Erfindung des Internets wurde Ende der 1960er der Grundstein für jede Form digitaler Kommunikation gelegt. So gelang es US-amerikanischen Programmierern 1969 erstmals zwei Rechner über ein neu geschaffenes *Telecommunication Network* zu verbinden. Im Schatten des Kalten Krieges – das Pentagon suchte nach einem Kommunikationssystem das „auch noch nach dem befürchteten atomaren Erstschlag funktionieren würde“⁸ – fand die Forschung zunächst komplett unter Ausschluss der Öffentlichkeit und nur zu rein militär-strategischen Zwecken statt.

Erst mit der zunehmenden politischen Entspannung zu Beginn der 1970er Jahre wurden mehr und mehr die zivilen Nutzungsmöglichkeiten des neuen Informationskanals ausgelotet. Den Anfang machten US-amerikanische Universitäten, die ihre interne Kommunikation schon früh in die digitale Welt verlegten. Die Einführung erster E-Mail-Dienste verhalf dem neuen Medium schließlich zum Durchbruch in breitere Kreise. Schon wenige Jahre nach Erscheinen des *Baukastens zu einer Theorie der Medien* schien Enzensbergers Vision eines freien, globalen Kommunikationssystems in greifbare Nähe zu rücken – nur war die Bedienung des neuen Netzwerkes weiterhin so kompliziert, dass es zunächst „eine Sache für Experten und Freaks“⁹ blieb. In den 1980ern kam es durch Fortschritte in der Halbleiter- und

⁵ Demmelhuber, Thomas; Hanan Badr: „Autoritäre Regime, Neue Medien und das ‚Regimedilemma‘“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1/2014, S. 146.

⁶ Kübler, S. 107.

⁷ Vgl. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder: *Orientierungshilfe „Soziale Netzwerke“*, 2013, https://www.datenschutz.rlp.de/downloads/oh/dsb_oh_soziale_Netzwerke.pdf, S. 15 (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁸ Kübler, S. 100.

⁹ Ebd., S. 10.

Übertragungstechnik zu einer zunehmenden „Verschmelzung von Computertechnik und Nachrichtentechnik“¹⁰, die es erlaubte immer mehr Informationen online abzurufen. 1983 gab das US-Verteidigungsministerium das Internet vollends für Zivilisten frei, aber es dauerte noch einmal knapp ein Jahrzehnt bis die Errichtung des World Wide Web im europäischen Forschungskomplex CERN zu einem intuitiver bedienbaren Internet und einem neuen Onlineboom unter privaten Nutzern führte, die sich schnell von den Vorzügen digitaler Echtzeit-Kommunikation überzeugen ließen.

Von da an verbreitete sich das neue Medium rasant auf globaler Ebene. 1992 waren bereits 42 Länder ans Internet angeschlossen und schon wenige Jahre später wurden die ersten sozialen Netzwerke gestartet. Angeheizt durch euphorische Prognosen der aufkommenden digitalen Wirtschaft und immer preiswertere und leistungsstärkere Geräte wuchs die Zahl der Internetnutzer beständig – zu Beginn des neuen Jahrtausends waren bereits um die 400 Millionen Menschen online.¹¹ Nur wenige Jahre später wurden die sozialen Netzwerke gegründet, die bis vor Kurzem die meisten Mitglieder auf sich vereinigen können: 2004 ging Facebook ans Netz, Twitter folgte 2006. Während Facebook seinen Spitzenplatz als meistgenutztes Online-Netzwerke der Welt bis heute halten konnte, fiel Twitter in den letzten Jahren deutlich ab und fand sich bei einem Vergleich der aktiven Nutzerzahlen Ende 2016 nur noch auf Rang sechs.¹²

1.3 Vorstellung der behandelten Onlinedienste

Soziale Netzwerke ermöglichen es den Nutzern allgemein Informationen, Meinungen und Dateien untereinander auszutauschen. Häufig besteht dabei neben dem Erstellen eigener Inhalte die Möglichkeit, Inhalte anderer Mitglieder zu teilen, um ihnen zu größerer Aufmerksamkeit zu verhelfen. Inzwischen gibt es ein breitgefächertes Angebot an Netzwerken, die von Hobby-Gruppen bis zu Karriereportalen für verschiedene Berufsgruppen reichen.¹³ Dabei weisen zahlreiche Wissenschaftler auf einen tiefgreifenden Einfluss der digitalen Medien auf die Nutzer hin. Der Medienpsychologe Franz-Josef Groebel geht davon aus, dass soziale Netzwerke durch die Möglichkeit der globalen Vernetzung mit Gleich-

¹⁰ Winkel, Olaf: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, in: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 2/2011, S. 385.

¹¹ Vgl. Kübler, S. 102.

¹² Vgl. Motley Fool Senior Investmentanalyst: *Die beliebtesten sozialen Netzwerke 2016*, <https://www.fool.de/2016/11/29/die-beliebtesten-sozialen-netzwerke-2016> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

¹³ Vgl. Groebel, Franz-Josef: „Die Facebook-Revolution. Das Web als Instrument für politische Veränderung“, in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 110.

gesinnten „zur Herausbildung von ganzheitlichen Weltbildern“¹⁴ – und damit letztlich zur Radikalisierung eigener Standpunkte – beitragen können. Der Kommunikationswissenschaftler Jan Schmidt geht noch einen entscheidenden Schritt weiter, wenn er soziale Medien als entscheidende Instrumente für das „Identitäts- und Beziehungsmanagement“¹⁵ beschreibt.

Tatsächlich haben Onlinenetzwerke das Medienverhalten ihrer Nutzer seit ihrem Aufkommen zu Beginn des 21. Jahrhunderts radikal verändert. Für zahlreiche internetaffine Mitglieder sind sie inzwischen das am häufigsten genutzte Kommunikationsmittel, was zur Entstehung einer breiten „digitale[n] Öffentlichkeit“¹⁶ geführt hat. Aus medienwissenschaftlicher Sicht ist hier besonders die Verschiebung des Sender-Empfänger-Modells zu beachten: Im Gegensatz zu den klassischen Medien kann – und *soll* – sich in der Online-Welt möglichst jeder selbst zu Wort melden. So ist es zwar möglich, zahlreiche Funktionen sozialer Netzwerke zu nutzen ohne selbst aktives Mitglied zu sein, die Seiten haben jedoch ein offenkundiges Interesse daran, immer mehr Sender zu gewinnen. Dem klassischen Wenige-zu-vielen-Modell steht das Ideal des Viele-zu-vielen gegenüber.

Im Folgenden werden drei Werkzeuge der digitalen Kommunikation vorgestellt, denen während der Ereignisse des Arabischen Frühlings eine bedeutende Rolle zukam.

1.3.1 Facebook

Facebook ist das erfolgreichste hier behandelte soziale Netzwerk und aktuell die am dritthäufigsten aufgerufene Webseite weltweit.¹⁷ Es wurde 2004 von Mark Zuckerberg entwickelt und war ursprünglich nur zur Vernetzung zwischen Harvard-Studenten gedacht, bevor es frei zugänglich wurde. Aktuell umfasst Facebook etwa 1,59 Milliarden aktive Nutzer, von denen ungefähr Zweidrittel täglich auf das Netzwerk zugreifen. Facebook ist inzwischen global stark vertreten und unterhält 49 Zweigstellen in verschiedenen Ländern. Tatsächlich liegt der Anteil der US-amerikanischen und kanadischen täglichen Nutzer gemeinsam nur noch bei 16,4 %. Über 90 % der Zugriffe erfolgt von mobilen Geräten aus – eine Tendenz die seit Jahren steigt.¹⁸

Standardmäßig kann jeder Facebook-Nutzer mit jedem anderen in Kontakt treten und entweder eine private Nachricht verschicken oder einen Kommentar auf dem Profil des

¹⁴ Groebel, S. 113.

¹⁵ Schmidt, Jan: „Social Software“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 2/2006, S. 37.

¹⁶ Groebel, S. 110.

¹⁷ Vgl. Alexa.com: *Top 500 Webseiten*, <http://www.alexa.com/topsites> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

¹⁸ Vgl. Facebook-newsroom: *Unsere Mission*, <http://de.newsroom.fb.com/company-info/> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

Gegenübers posten, der dann auch von Dritten gelesen werden kann. Auch hochgeladene Fotos oder Videodateien können kommentiert werden und es besteht die Möglichkeit, sich Gruppen anzuschließen. Durch verschiedene Einstellungen kann festgelegt werden, wer die eigenen Inhalte sehen kann und über wessen Neuigkeiten man auf dem Laufenden gehalten werden möchte. Ein wichtiges Kriterium ist dabei der „Freundschaftsstatus“, inzwischen kann aber auch nach anderen Kategorien sortiert werden. Laut Nutzungsbedingungen muss jedes Facebook-Profil einer real existierenden Person zuzuordnen sein, daneben gibt es für Unternehmen und Organisationen die Möglichkeit, eigens gekennzeichnete Seiten anzulegen.¹⁹ Auf andere Punkte der umfangreichen Nutzungsbedingungen, die auch Einzelpersonen einschränken, wird später noch eingegangen.

1.3.2 Twitter

Twitter steht im Ranking der meistbesuchten Webseiten auf Platz 11.²⁰ Pro Monat können aktuell etwa 320 Millionen aktive Nutzer verzeichnet werden. Insgesamt 79 % der Accounts werden von außerhalb der USA genutzt und auch hier ist die Rate der mobilen Nutzung stetig gestiegen – momentan liegt sie bei etwa 80 %. Das soziale Netzwerk wurde 2006 gegründet, verfügt inzwischen über 40 Niederlassungen weltweit und wird in über 35 Sprachen angeboten.²¹

Twitter bietet allgemein eine weit geringere Palette an Nutzungsfunktionen als Facebook. Nutzer müssen sich in ihrer Kommunikation auf jeweils ein Foto und 140 Zeichen beschränken, wobei das Versenden privater Nachrichten nicht möglich ist. Durch den Gebrauch von Hashtags lassen sich die Meldungen einem bestimmten Themengebiet zuordnen. Statt dem „Freunde“-System können die Nutzer hier untereinander zu „Followern“ werden, um über die jeweils aktuellen Nachrichten des anderen informiert zu werden.

1.3.3 Blogs

Blogs dienen dem Nutzer als „Internet-Tagebuch“²². Der Blogger kann seine Meinung zu beliebigen Themen mit der Welt teilen, wobei die einzelnen Einträge chronologisch geordnet und oft mit einer Datumsangabe versehen werden. Alle erfolgreichen Blogs werden mehr oder

¹⁹ Vgl. Facebook Hilfebereich: *Dein Profil in eine Facebook-Seite umwandeln*, <https://de-de.facebook.com/help/175644189234902> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

²⁰ Vgl. Alexa.com.

²¹ Vgl. Twitter Unternehmensdaten: *Unser Ziel: Jeder kann seine Ideen und Informationen sofort und über Grenzen hinweg teilen.*, <https://about.twitter.com/de/company> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

²² Kircher, Leonie: „Sandmonkey, Bigpharao und das Bloggen in Ägypten“, in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 119.

weniger regelmäßig bespielt und können so eine feste Stammleserschaft an sich binden. Die beliebtesten und einflussreichsten werden dabei nicht von Einzelpersonen sondern von professionellen Redaktionen betrieben.²³ Durch eine Kommentarfunktion wird dem Besucher auch hier die aktive Teilnahme und Interaktion ermöglicht.

Durch entsprechend nutzbare Vorlagen braucht der angehende Blogger keinerlei eigene Programmierkenntnisse.²⁴ Die Hemmschwelle einen eigenen Blog zu starten ist also denkbar gering – entsprechend unübersichtlich ist die Menge von Internet-Tagebüchern. Ende 2013 wurden etwa 152 Millionen Blogs gezählt, wobei errechnet wurde, dass statistisch jede Sekunde zwei neue gestartet werden.²⁵

1.4 Vorteile für die politische Nutzung

Alle Formen von sozialen Netzwerken bieten politischen Aktivisten Möglichkeiten, die das Potential konventioneller Revolutions-Medien in entscheidenden Punkten bei Weitem übersteigen. Im Folgenden werden drei Vorteile von Onlineportalen als politischen Werkzeugen dargestellt, die auch während des Arabischen Frühlings eine entscheidende Rolle spielten.

1.4.1 Anonymität

Ein entscheidender Punkt, der die Netzwerke bei Aktivisten populär macht, ist die Möglichkeit der anonymen Nutzung. Wo nicht unter Klarnamen agiert werden muss, sinkt die Hemmschwelle, politisch brisante Inhalte zu lesen, zu teilen oder gar selbst zu erstellen, ungemein. Dieser Effekt wirkt sich wohl auf jedes politische System aus, gewinnt in autoritär gelenkten Staaten – wie sie im Zentrum des Arabischen Frühlings standen – aber ein ganz besonderes Gewicht. Im Schutz der immerhin „recht hohen“²⁶ Anonymität des Internets können unterdrückte Bürger per Mausklick Positionen vertreten, für die sie mit ihrem echten Namen nie eingestanden hätten.

Angesichts dieser enormen politischen Dimension ist es umso bedenklicher, dass Betreiber soziale Netzwerke vermehrt auf eine Klarnamenpflicht drängen. So verbieten die Facebook-Richtlinien eine Verwendung von Pseudonymen explizit – und tatsächlich wurden bereits

²³ Vgl. Technorati-Liste der meistbesuchten Blogs, <http://www.seocial.com/technorati-blog-directory-deleted-may-29/>, Stand: Mai 2014 (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

²⁴ Vgl. Wyld, David: *The Blogging Revolution: Government in the Age of Web 2.0*, The IBM Center for The Business of Government: 2007, S. 49.

²⁵ Vgl. Gaille, Brandon: *How many Blogs are on the Internet?*, <http://www.wpvirtuoso.com/how-many-blogs-are-on-the-internet/> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

²⁶ Groebel, S. 112.

mehrfach Gruppen von anonym agierenden politischen Aktivisten unter Berufung auf diese Regelung gelöscht.²⁷

1.4.2 Vernetzung mit der Weltöffentlichkeit

Ein weiterer kaum zu überschätzender Faktor bei der Bewertung sozialer Netzwerke als politische Medien ist ihre nahezu unbegrenzte Reichweite. Botschaften und Informationen können damit nicht nur im ganzen Land, sondern auch international wahrgenommen werden. Insbesondere durch die Nutzung englischsprachiger Blogs und Facebook-Gruppen durch Aktivisten des Arabischen Frühlings wurde auf diese Weise tatsächlich eine Weltöffentlichkeit hergestellt.²⁸ Dabei war „nicht nur die Dokumentation von Übergriffen des autokratischen Machtapparates möglich [...], sondern durch ihre Visualisierung [über das Einbinden von Fotos und Videos konnte] eine intensivere Wirkung“²⁹ auf das globale Publikum erzielt werden.

Dadurch konnten nicht nur interessierte Privatpersonen direkt auf Informationen zugreifen, auch die westlichen Medien waren nicht mehr nur auf die Aufnahmen ihrer Reporter vor Ort angewiesen. Zahlreiche Videos, Bilder und Nachrichten durchbrachen die Schranke zwischen neuen und alten Medien und wurden aus sozialen Netzwerken weltweit in Fernseh- und Radiokanäle übernommen. Diese Flut an quasi unmittelbaren Eindrücken führte zu einem erhöhten Problembewusstsein außerhalb der arabischen Länder und damit letztendlich zu einem gesteigerten Druck auf die Regierungen.³⁰

1.4.3 Organisation von Protesten

Auch für die – gelegentlich kurzfristige – Organisation von Protesten und Demonstrationen eignen sich die sozialen Netzwerke perfekt. Mit ihrem schnellen, mobilen Zugriff und der Möglichkeit der unkomplizierten Aktualisierung sind sie traditionellen Medien hier weit überlegen. Durch die „Orts- und Zeitunabhängigkeit, Spontaneität und Direktheit“³¹ der Onlineportale kann unmittelbar auf politische Gegenmaßnahmen reagiert werden. Die Planung und Organisation von Demonstrationen und Kundgebungen wurde damit, neben der

²⁷ Vgl. Howard, Philip; Muzammil Hussain: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, Oxford University Press: New York 2013, S. 32.

²⁸ Vgl. Penke, Michel: *Like and Strike: Die Bedeutung der neuen Medien im Arabischen Frühling*, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, 2012, S. 22, <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?lng=en&id=152397> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

²⁹ Kneuer, Marianne; Thomas Demmelhuber: „Die Bedeutung Neuer Medien für die Demokratieentwicklung“, in: *Forum Politische Bildung: Informationen zur Politischen Bildung*, Bd. 35, 2012, S. 33.

³⁰ Vgl. Cook, Jordan: „Social Media, American Interests, and the Arab Spring“, in: *Dalhousie Journal of Interdisciplinary Management* 9/2013, S. 5.

³¹ Groebel, S. 114.

dauernden ungefilterten Information der Öffentlichkeit, zu einem Hauptzweck der politischen Nutzung sozialer Netzwerke während der Aufstände.

So konnte Facebook zum „wichtigste[n] Medium zur Mobilisierung der Bevölkerung“³² während des Arabischen Frühlings werden und als Bindeglied zwischen On- und Offlineprotesten fungieren.

1.5 Verbreitung in den untersuchten Ländern

Am Beispiel von Facebook lässt sich die große Bandbreite bei der Akzeptanz und Popularität westlicher sozialer Netzwerke in der arabischen Welt eindrucksvoll zeigen. Von 0,2 % in Somalia reichte die Nutzerquote im April 2011 bis knapp über die Hälfte der Bevölkerung in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Tunesien und Ägypten lagen dabei mit 22,5 % beziehungsweise 7,7 % im Mittelfeld (siehe Grafik 1). Dieser Unterschied um den Faktor 3 wird noch auffälliger, wenn man sich vor Augen führt, dass die Anzahl der allgemeinen Internetnutzer mit 34,1 % (Tunesien) und 24,3 % (Ägypten) verhältnismäßig nah zusammenliegen.³³ Libyen und Syrien fanden sich mit unter 2 % Nutzerquote am unteren Ende der Skala, wobei Libyen zu den wenigen Ländern gehört, die in den ersten Monaten des Arabischen Frühlings noch Facebook-Nutzer verloren. Im Folgenden wird näher auf die Verbreitung sozialer Netzwerke in der arabischen Welt im Ganzen und den untersuchten Ländern im Besonderen eingegangen.

³² El Difraoui, Asiem: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*, Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52420/die-rolle-der-neuen-medien> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

³³ Vgl. Arab Social Media Report Bd. 1, Nr. 2, *Civil Movements: The Impact of Facebook and Twitter*, Dubai School of Government, 2011, <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/dsg/unpan050860.pdf>, S. 29 (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

Country	Number of Facebook users (4/5/2011)	Population*	Facebook penetration (%)	Number of New Facebook users since 1/5/2011	Growth in number of Facebook users since 1/5/2011 (%)	New Facebook users since 1/5/2011 (as % of population)
Algeria	1,947,900	35,953,989	5.42	560,820	40.43	1.56
Bahrain	302,940	822,510	36.83	25,480	9.18	3.10
Comoros	9,080	706,622	1.28	2,800	44.59	0.40
Djibouti	52,660	893,843	5.89	6,660	14.48	0.75
Egypt	6,586,260	85,950,300	7.66	1,951,960	42.12	2.27
Iraq	723,740	32,266,577	2.24	326,600	82.24	1.01
Jordan	1,402,440	6,598,615	21.25	313,640	28.81	4.75
Kuwait	795,100	3,116,748	25.51	165,420	26.27	5.31
Lebanon	1,093,420	4,287,610	25.50	113,940	11.63	1.74
Libya	71,840	6,670,928	1.08	-182,300	-71.73	-2.73
Mauritania	61,140	3,440,053	1.78	22,300	57.42	0.65
Morocco	3,203,440	32,770,852	9.78	724,500	29.23	2.21
Oman	277,840	2,964,059	9.37	65,010	30.55	2.19
Palestine	595,120	4,542,824	13.10	124,720	26.51	2.75
Qatar	481,280	1,571,520	30.63	-30,780	-6.01	-1.96
Saudi Arabia	4,092,600	26,777,613	15.28	845,620	26.04	3.16
Somalia	21,580	9,605,189	0.22	14,820	219.23	0.15
Sudan	443,623	44,103,535	1.01	101,780	29.77	0.23
Syria	356,247	23,008,268	1.55	102,918	40.63	0.45
Tunisia	2,356,520	10,476,355	22.49	535,640	29.42	5.11
UAE	2,406,120	4,811,345	50.01	291,480	13.78	6.06

Grafik 1: Verbreitung von Facebook in den arabischen Staaten 2011
Quelle: Arab Social Media Report 2011, S. 27

1.5.1 Vor den Aufständen

Ein Jahr vor Beginn der Aufstände lag die Gesamtanzahl der Facebook-Nutzer in den arabischen Ländern noch bei 14,8 Millionen, bis Ende 2010 konnten knapp 6 % der Gesamtbevölkerung erreicht werden. Besonders beliebt war das Netzwerk bei jungen Nutzern (zwischen 15 und 29 Jahren), die annähernd drei Viertel der Mitglieder ausmachten. Der Anteil an weiblichen Nutzern lag mit 32 % beinahe bei der Hälfte des weltweiten Durchschnitts³⁴, wobei verschiedene Studien nachweisen, dass es arabischen Frauen in der digitalen Welt im Allgemeinen leichter fällt ihre Meinung zu politischen Fragen zu Gehör zu

³⁴ Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 9ff.

bringen als in der analogen.³⁵ Tunesien und Ägypten waren die ersten arabischen Länder, die das Internet Mitte der 1990er für private Nutzer freigegeben hatten, allerdings installierte die tunesische Regierung schon früh eine sehr rigide Internetzensur.³⁶ Insbesondere nach einigen brisanten Veröffentlichungen der US-amerikanischen Seite Wikileaks, wurden zahlreiche Internetseiten gesperrt.³⁷ Diese Einschränkungen umfassten diverse „Webseiten von al-Jazeera [sic], Amnesty International, Wikileaks, YouTube, Daily Motion sowie zahlreiche Facebook-Seiten“³⁸ und waren derart weitreichend, dass zahlreiche Tunesier sich in ihrem Alltag eingeschränkt fühlten. Die Anzahl an tunesischen Twitter-Meldungen lag Ende 2010 bei etwa 4.000 pro Tag.³⁹ Daneben wurde das vergleichsweise wenig zensierte Facebook früh als politische Plattform genutzt. Mit etwa 17 % aktiven Facebook-Nutzern lag das Land schon vor Beginn der Unruhen weit über dem arabischen Durchschnitt (siehe Grafik 1).

Auch in Ägypten wurden soziale Netzwerke schon als Informations- und Bildungsquelle genutzt, bevor die Revolution auf die Straße getragen wurde. Abseits der staatlichen Überwachung konnte hier ohne großes Risiko Kritik an politischen Strukturen geübt und von einem demokratischeren Ägypten geträumt werden. Erst ab Mitte der 2000er gerieten politische Netzaktivisten vermehrt in den staatlichen Fokus. So wurde 2007 ein Exempel am Onlineaktivisten Kareem Amer aus Alexandria statuiert, der unter anderem über polizeilichen Machtmissbrauch berichtet hatte und zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.⁴⁰ Die Zustände in Ägypten waren aber zu Beginn der Aufstände noch weit von der allgegenwärtigen Überwachung und Zensur in Tunesien entfernt. Dabei sollte allerdings in Erinnerung behalten werden, dass 2010 nicht mal ein Viertel der ägyptischen Gesamtbevölkerung Zugriff auf einen Internetzugang hatte, weshalb für viele Beteiligte ältere Kommunikationsmittel wie „Mobiltelefone ebenso wichtig [waren] wie [...] die neuen Medien“⁴¹.

In Libyen und Syrien konnten die digitalen Medien wegen der vergleichsweise niedrigen Digitalisierungsquote allgemein keinen so starken Einfluss auf das gesellschaftliche Leben gewinnen. Besonders deutlich wird das in einer Untersuchung des *Arab Social Media Report*,

³⁵ Vgl. Al-Ali, Nadje: „Gendering the Arab Spring“, in: *Middle East Journal of Culture and Communication* 5/2012, S. 27.

³⁶ Vgl. Schneider, Manfred: *Medienrevolutionen Die Reformation im 16. Jahrhundert und die Aufstände in arabischen Ländern 2010/2011*, Vontobel-Stiftung-Verlag: Zürich 2014, S. 83.

³⁷ Vgl. Tarpley, Webster G.: *WikiLeaks-Putsch in Tunesien: CIA propagiert Putsch-Tsunami im gesamten Mittelmeerraum.*, 2011, <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/webster-g-tarpley/wikileaks-putsch-in-tunesien-cia-propagiert-putsch-tsunami-im-gesamten-mittelmeerraum-libyen-syri.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

³⁸ El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

³⁹ Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 21.

⁴⁰ Vgl. Kircher, S. 130.

⁴¹ El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

nach der es nur in Syrien nicht gelang, eine auf Facebook angekündigte Demonstration in die analoge Welt zu überführen.⁴² Dabei gestaltet es sich insbesondere im Fall Syrien schwierig, genaue Nutzerzahlen vor und während der Revolutionsbewegung zu ermitteln, weil einzelne US-amerikanische Onlinedienste ihre syrischen Nutzerzahlen nicht veröffentlichen.⁴³ Während Libyen verhältnismäßig freien Zugang zum Internet bot und seine digitalen Zensurmechanismen Ende der 2000er deutlich zurückgefahren hatte⁴⁴, zählte die syrische Onlinezensur zu den strengsten der arabischen Welt. Ähnlich wie in Tunesien waren dabei besonders die Seiten von internationalen Medien und Menschenrechtsorganisationen betroffen, aber auch unvorsichtige private Nutzer konnten schnell ins Visier der Sicherheitskräfte geraten.⁴⁵ Die staatliche Zensur hatte in den Jahren vor Beginn der Aufstände deutlich zugenommen und betraf Ende 2009 knapp 250 Webseiten, darunter das Blogger-Netzwerk Blogger.com.⁴⁶

Allgemein war der Siegeszug der Blogs in den arabischen Ländern noch nicht angekommen. Bei einer 2007 durchgeführten Untersuchung stammten nur etwa 40.000 der weltweit 70 Millionen Blogs aus der Region⁴⁷, wobei ein Großteil in arabischer Sprache und direkt an ein arabisches Publikum geschrieben wurde.⁴⁸ In einzelnen Ländern – zum Beispiel im vergleichsweise wenig zensierten Ägypten – wurden sie aber bereits intensiv genutzt, um sich über in der öffentlichen Debatte ausgeklammerte Themenfelder wie „Politik, gesellschaftliche Probleme, Religion und Sex“⁴⁹ auszutauschen. Aber auch in den anderen untersuchten Ländern bildete sich schnell eine aktive Bloggerszene. Dabei wurden Blogs in Tunesien häufig genutzt, um anonym Kritik an Regierung und Polizei üben zu können, obwohl staatliche Kräfte hier schon ab Mitte der 1990er versuchten, die digitale Welt durch Zensurprogramme und intensive Überwachung unter Kontrolle zu halten.⁵⁰ So zählte die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation *Committee to Protect Journalists* Tunesien noch Anfang der 2010er zu den „10 worst places to be a blogger“⁵¹.

⁴² Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 5.

⁴³ Vgl. ebd., S. 25.

⁴⁴ Vgl. Freedom House: *Libya 2010*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2010/libya> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁴⁵ Vgl. El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

⁴⁶ Vgl. Freedom House: *Syria 2010*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-press/2010/syria> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁴⁷ Vgl. Kircher, S. 119.

⁴⁸ Vgl. Etling, Bruce; Robert Faris; John Palfrey: „Mapping the Arabic Blogosphere: Politics, Culture and Dissent“, in: *New Media & Society* 2009, S. 1229.

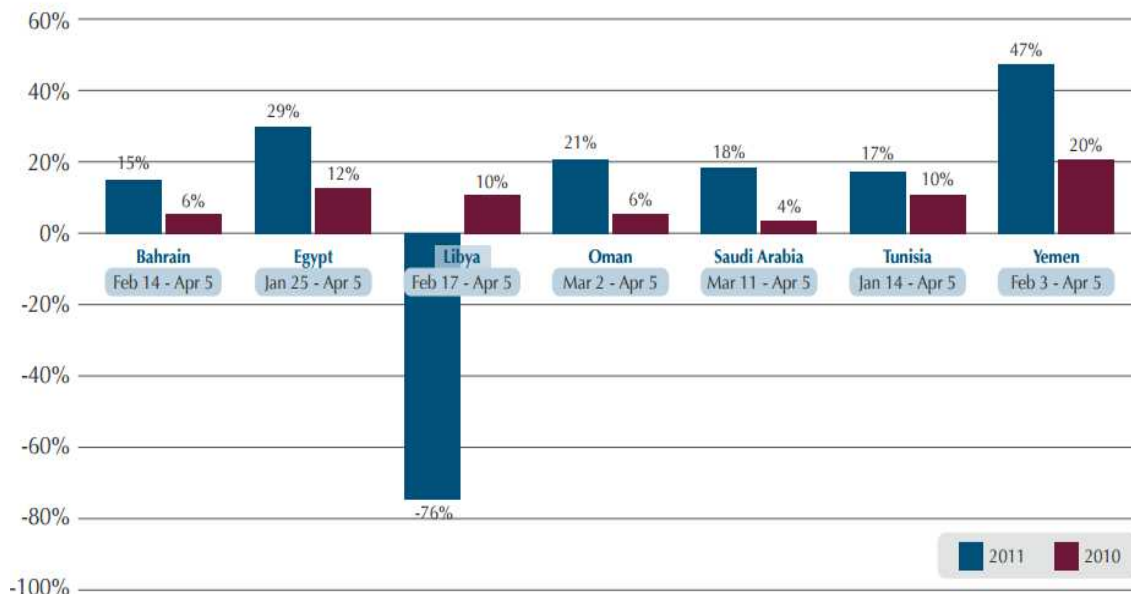
⁴⁹ Kircher, S. 119.

⁵⁰ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 19.

⁵¹ Freedom House: *Tunisia 2011*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2011/tunisia> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

1.5.2 Während der Aufstände

Bis April 2011 konnte sich die arabische Facebookgemeinschaft nahezu verdoppeln und wuchs auf etwa 27,7 Millionen Mitglieder an. Dazu trugen insbesondere die etwa zwei Millionen Ägypter bei, die sich dem Netzwerk zwischen dem 5. Januar und dem 5. April anschlossen. Während dieser Beitrittswelle nahm auch der Anteil der älteren (über 30 Jahre) Facebook-Nutzer zu, trotzdem machen die Jüngeren noch immer weit über die Hälfte aus. Gleichzeitig stieg der Anteil der weiblichen Facebook-Mitglieder leicht auf 33,5 %.⁵²



Grafik 2: Zuwachs von Facebook-Nutzern im 1. Quartal 2011 und 2010 im Vergleich
Quelle: Arab Social Media Report 2011, S. 5.

Auch Twitter verzeichnete Anfang des Jahres einen erheblichen Nutzerzuwachs. Ende März gab es so insgesamt knapp 6,6 Millionen Twitter-Nutzer in den arabischen Ländern – wobei aber nur etwa ein Sechstel zu aktiven Sendern wurde.⁵³ Innerhalb dieser Gruppe fallen einzelne Twitterer besonders ins Gewicht – so setzte ein Kairoer Nutzer während der 18 Tage der Aufstände allein 1.500 Meldungen ab.⁵⁴ Die überwiegende Mehrheit der aktiven Nutzer beschränkte sich aber auf gelegentliche Nachrichten.⁵⁵ In der engen Zeitspanne zwischen Anfang Januar und Ende März stieg die Anzahl an Twitter-Meldungen auf durchschnittlich 252.000 am Tag, was ungefähr 3 Meldungen in der Sekunde entspricht. Auch die erfolgreichsten Hashtags stammten von Aktivisten. Die beiden populärsten #egypt und #jan25

⁵² Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 9ff.

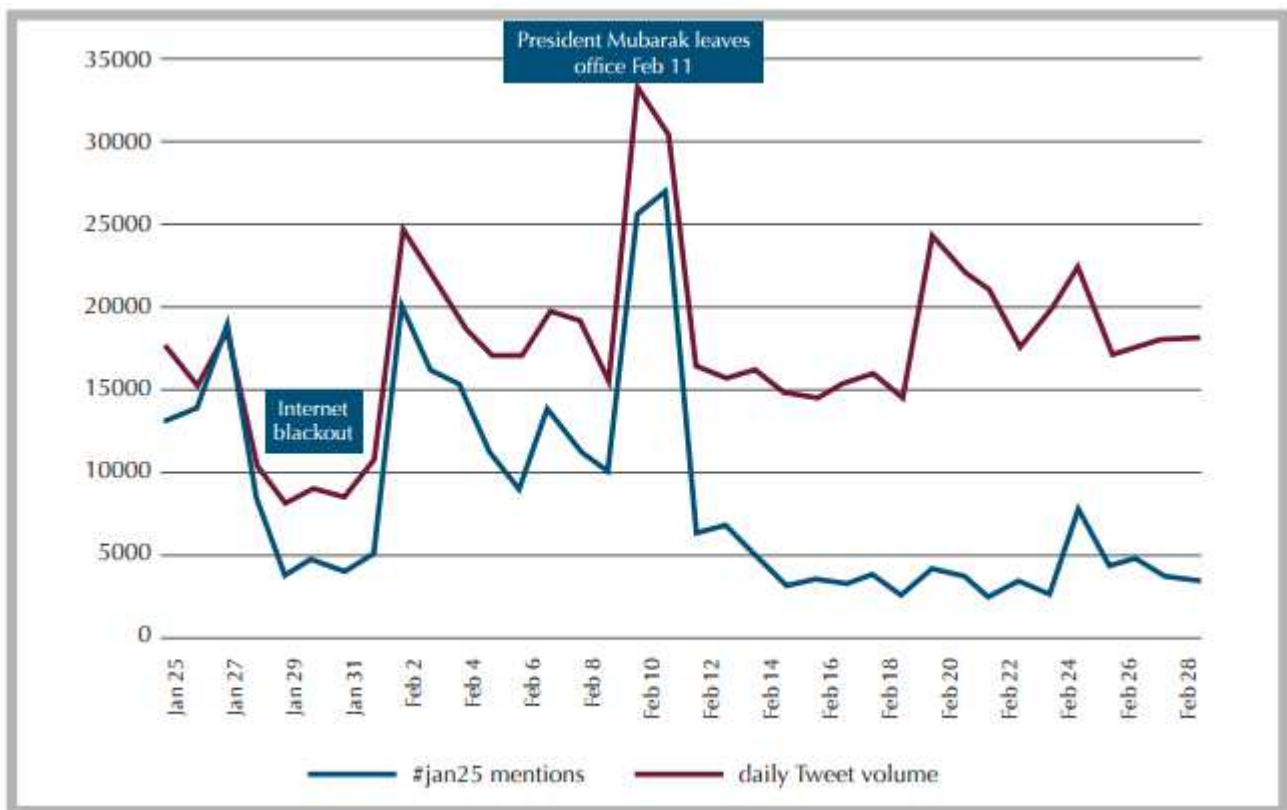
⁵³ Vgl. ebd., S. 16.

⁵⁴ Vgl. Idle, Nadia; Alex Nunns (Hrsg.): *Tweets from Tahrir. Egypt's revolution as it unfolded, in the words of the people who made it*, OR Books: New York 2011, S. 1.

⁵⁵ Vgl. Bruns, Axel; Tim Highfield: „The Arab Spring on Twitter: Language Communities in #egypt and #libya“, in: Bebawi, Saba; Diana Bossio (Hrsg.): *Social Media and the Politics of Reportage: The 'Arab Spring'*. Palgrave Macmillan: Houndmills 2014, S. 37.

– nach dem Beginn der offenen Proteste in Ägypten – brachten es auf jeweils über eine Milliarde Beiträge. Der Hashtag #protest kam immerhin noch auf 620.000.⁵⁶

Wie eng die Anzahl der Twitter-Meldungen mit den Ereignissen und Höhepunkten des Arabischen Frühlings verzahnt waren, macht ein Blick auf die eindeutige Korrelation zwischen dem Auftreten des Hashtags #jan25 in Ägypten und dem Rücktritt Husni Mubaraks klar.



Grafik 3: Anzahl der Twitter-Meldungen und Einbindung des Hashtags #jan25 in Ägypten
Quelle: Arab Social Media Report 2011, S. 22.

Im Verlauf der Proteste kam es auch zu einem massiven Zuwachs an Blogs im arabischen Raum. Dabei tat sich wiederum die ägyptische Bloggerszene hervor. – Motiviert von staatlichen Repressionsmaßnahmen gelang es den Aktivisten hier, zahlreiche neue aktive Blogger zu gewinnen.⁵⁷ Aber auch in den anderen untersuchten Ländern wurden die Plattformen genutzt, um politische Probleme und Forderungen zu diskutieren. So beschäftigte sich in der Zeit vor den Aufständen jeder fünfte tunesische Blog mit „revolutionären“ Inhalten.⁵⁸ Die meisten Blogger stammten dabei aus vergleichsweise gebildeten, gut situierten

⁵⁶ Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 16.

⁵⁷ Vgl. Kircher, S. 134.

⁵⁸ Vgl. Cook, S. 2.

Schichten und eine überproportionale Anzahl gehörte der christlich-arabischen Minderheit an.⁵⁹

2. Hintergründe des Vertrauens ins revolutionäre Potential der sozialen Medien

2.1 Begriffe bei Buchstein

Die Kontroverse über das politische Potential der neuen Medien reicht weit zurück. Mitte der 1990er führte der Politikwissenschaftler Hubertus Buchstein in seinem „wegweisenden“⁶⁰ Aufsatz *Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie* die Begriffstrias Netzoptimismus, Netzpessimismus und Netzneutralismus ein und prägte die Debatte damit bis heute. Dabei betont der Politikwissenschaftler Olaf Winkel, dass es – trotz dem ausgeprägten ideologischen und politischen Rückhalt für den optimistischen Standpunkt – bis heute zu keiner langfristigen Einigung zwischen den Lagern kam: „Fast alle Entwicklungen, die seither zu beobachten waren, können von den unterschiedlichen Seiten jeweils in ihrem Sinne interpretiert werden.“⁶¹ Im Folgenden werden die drei Positionen kurz dargestellt und wissenschaftlichen Vordenkern zugeordnet.

2.1.1 Netzoptimismus

Für Buchstein bauen netzoptimistische Theorien stark auf das demokratisierende Potential der neuen Formen digitaler Kommunikation. Die „Cyberbürger“⁶² der Netzoptimisten bewegen sich in einer universalen Öffentlichkeit, die Länder-, und Standesgrenzen überwindet. Ihre „elektronische Agora“⁶³ ist ein offener, anti-hierarchischer Versammlungsort, an dem sich Gleichgesinnte aus verschiedensten kulturellen und sozialen Hintergründen zusammenfinden und austauschen können. Die Voraussetzung für eine solche umfassende Kommunikation ist ein einfacher und finanzierbarer Internetzugang für möglichst breite Bevölkerungsschichten. Tatsächlich kann die digitale Welt für Buchstein den „kostengünstigsten und umweltschonendsten Weg der politischen Kommunikation“⁶⁴ bereitstellen. Dabei betont er besonders, dass das Internet – im Unterschied zu zahlreichen traditionellen Medien – nicht existenziell auf Werbeeinnahmen angewiesen und damit vergleichsweise unabhängig von

⁵⁹ Vgl. Bouzid, Atef: *Demokratisierung der arabischen Welt mit Hilfe der neuen Medien. Zwölf Expertengespräche*, Universitätsverlag der TU Berlin: Berlin 2011, S. 180.

⁶⁰ Winkel: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, S. 392.

⁶¹ Ebd., S. 394.

⁶² Buchstein, Hubertus: „Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie“, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 4/1996, S. 588.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ebd.

wirtschaftlichen Einflüssen ist. Diese Freiheit von marktwirtschaftlichen Zwängen soll sich auch im breiten, ungefilterten Online-Angebot fortsetzen. Buchstein beschreibt die Hoffnung, die Nutzer könnten in den Weiten der digitalen Welt selbstständig aus einer Vielfalt von Quellen wählen und sich so endlich von den „Einflüssen von Regierungen und professionellen Politikvermittlern“⁶⁵ befreien.

Dabei zeichnet der Politikwissenschaftler auch bereits die großen Erwartungen der netzoptimistischen Theorien an das politische Potential der neuen Medien nach. In der digitalen Gegenöffentlichkeit kann jede „Interessengruppe [...] ihre für wichtig gehaltenen Erkenntnisse und Meinungen im Netz plazieren [sic]“⁶⁶ und damit einen Gegenentwurf zum politischen Mainstream anbieten. Dabei wurde allgemein von großen politischen Umschwüngen in diesem neuen „verheißenen Land der demokratischen Infrastruktur“⁶⁷ ausgegangen. Für westliche Demokratien behandelt Buchstein hier online organisierte Demonstrationen und die Möglichkeit von „weltweiten Protestaktionen“⁶⁸ gegen unpopuläre Entscheidungen einzelner Regierungen. Noch einschneidendere Veränderungen wurden für autoritäre Regime erwartet, die sich langfristig nicht vor den lukrativen Aussichten des digitalen Marktes verschließen könnten. Dabei lag der Fokus hier weniger auf der arabischen, als auf der asiatischen Welt – „weltweit werden die Menschenrechtsverletzungen in China von erster Hand dokumentiert werden können“⁶⁹.

Neben dem Sozialwissenschaftler Howard Rheingold wird auch Jürgen Habermas zu den Begründern des Netzoptimismus gezählt. Der Soziologe hatte mit seiner Diskurstheorie schon in den 1980ern das Ideal einer möglichst hierarchiefreien, öffentlichen und frei zugänglichen Debattenkultur beschrieben und sah viele seiner Vorstellungen in der digitalen Welt verwirklicht.⁷⁰ Daneben betont auch Buchstein die auffälligen Überschneidungen zwischen den netzoptimistischen Hoffnungen und den Voraussagen im *Baukasten zu einer Theorie der Medien*. Mit seinem „Konzept einer subversiven Medientheorie“⁷¹ habe Enzensberger insbesondere das politische – und letztendlich revolutionäre – Potential des Internets vorweggenommen und ganze Generationen von netzoptimistischen Wissenschaftlern geprägt. – „Sogar die verwendeten Metaphern gleichen sich.“⁷²

⁶⁵ Buchstein, S. 588.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd., S. 586

⁶⁸ Ebd., S. 588.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Vgl. Winkel: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, S. 392.

⁷¹ Buchstein, S. 587.

⁷² Ebd.

2.1.2 Netzpessimismus

Den optimistischen Hoffnungen auf ein langfristig wirtschaftlich unabhängige, egalitäre digitale Welt stellen Netzpessimisten die Vision einer zunehmenden „Kommerzialisierung des Mediums“⁷³ Internet gegenüber. Dabei verweisen sie regelmäßig auf die Entwicklungen der früher als revolutionär eingestuften neuen Empfangsgeräte – insbesondere Radio und Fernsehen – die inzwischen oft von Großkonzernen dominiert werden und die Erwartungen einer grundlegend demokratischen Medienlandschaft nicht erfüllen konnten. Stattdessen sorgten mangelhafte Regulierungsgesetze für eine immer besorgniserregendere Machtkonzentration auf einzelne Anbieter, die ihren Einfluss bald in den digitalen Raum ausweiten könnten, um so „jeden Teil des Medienprozesses und jedes Organ des Medienkonsumenten zu erreichen“⁷⁴. Dabei spricht Buchstein auch bereits die steigende Gefahr von Datenhandel und -missbrauch an. Wo sich die Sphären des öffentlichen und privaten online vermischen, stehen Firmen völlig neue Möglichkeiten offen, umfassende Profile ihrer Kunden zu erstellen. – Eine Befürchtung, die in den folgenden zwei Jahrzehnten zur Gewissheit wurde. Aber auch Polizei- und Sicherheitsapparate könnten den „digitale[n] Schatten oder Spuren“⁷⁵ der Bürger folgen und damit eine neue Form der Kontrolle über den Einzelnen etablieren. Angesichts solcher Aussichten erscheint „die Verheißung von Demokratie durch das Internet mehr wie eine clevere Werbeidee“⁷⁶ als eine echte Chance.

Eine weitere bei Buchstein beschriebene und in netzpessimistischen Kreisen noch immer aktuelle Sorge, ist die Gefahr einer neuen „Klassenteilung“⁷⁷ durch die Ausbreitung der digitalen Medien. Dabei sind einige der Trennlinien, die er in seinem Aufsatz zieht, heute klar überholt. So beschreibt Buchstein einen kulturellen Graben zwischen weißen US-amerikanischen Internetnutzern und ethnischen Minderheiten, die den „Aufenthalt vor den bunten Computer-Bildschirmen [...] als eine ‚langweilige weiße Sache‘“⁷⁸ ablehnen. An anderer Stelle zitiert er eine zeitgenössische Untersuchung, nach der knapp 90 % aller Internetnutzer männlich seien, als Hinweis auf eine möglicherweise dauerhafte Geschlechterungleichheit in der digitalen Welt. Auch die Sorge um eine „wachsende[n] Klasse technologischer Habenichtse“⁷⁹ erwies sich dank immer intuitiverer und preiswerterer Computer als übertrieben. Dagegen trifft Buchsteins Warnung vor deutlichen Unterschieden in der Computerkompetenz von jüngeren und älteren Menschen auch 20 Jahre nach

⁷³ Buchstein, S. 592.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd., S. 587.

⁷⁶ Ebd., S. 592f.

⁷⁷ Ebd., S. 586.

⁷⁸ Ebd., S. 591.

⁷⁹ Ebd., S. 587.

Erscheinen seines Artikels zu. – Eine Entwicklung die insbesondere in weniger vernetzten Regionen, wie den arabischen Ländern während des Arabischen Frühlings, ins Gewicht fällt.⁸⁰

Zu den ersten Vertretern des Netzpessimismus zählt der Gesellschaftswissenschaftler Christian Stegbauer, der die zunehmende Vernetzung der politischen Welt früh als Vorbote einer neuen Form von Elitendemokratie beschrieb.⁸¹ Auch Buchstein selbst bekennt sich klar zu diesem Lager und baut seinen Aufsatz als leidenschaftliche Argumentation „Wider die Optimisten“⁸² und „Wider die ‚Neutralisten‘“⁸³ auf. Dabei findet sich im netzpessimistischen Lager eine ebenso große Bandbreite an Zukunftsvorstellungen wie unter ihren optimistischen Gegnern. Während die meisten lediglich eine Zunahme an wirtschaftlichen und politischen Repressalien oder ein Erstarken von „extremistischen oder paranoiden Positionen“⁸⁴ fürchten, beschreibt Buchstein auch so ausgefallene Vorstellungen wie die Sorge, besonders fanatische Cyberbürger könnten versuchen „ihr Bewusstsein auf die Festplatte zu laden und ihre obsoleten Körper [...] hinter sich zu lassen“⁸⁵. Im Gegensatz zu anderen Netzpessimisten ist für ihn dabei klar, dass sich der Siegeszug des Internets – bei allem pessimistischen Widerwillen – nicht aufhalten lassen wird. Aber er spricht sich für enge politische Schranken aus, um die Effekte der digitalen Vernetzung auf das gesellschaftliche Leben zu minimieren.⁸⁶

2.1.3 Netzneutralismus

Vertreter einer netzneutralistischen Position halten sowohl die Befürchtungen der Pessimisten als auch die Erwartungen der Optimisten für übertrieben und unrealistisch. Für sie wird sich die politische und gesellschaftliche Situation durch den Faktor Internet nicht grundlegend verändern. Dabei verweisen sie wie die Netzpessimisten auf die im Nachhinein überhöhten Hoffnungen, die in der Vergangenheit an neue Kommunikationsformen geknüpft wurden. Ähnlich wie diese soll auch die digitale Welt im Lauf der Zeit ihren Platz in den traditionellen gesellschaftlichen Strukturen finden, wobei insbesondere die zunehmende „Entwicklung von ‚Meta-Medien‘“⁸⁷ eine wichtige Rolle bei dieser Eingliederung spielen soll. Buchstein nennt mit yahoo.com und web.de zwei frühe Ankerpunkte im unübersichtlichen Meer der Online-Quellen. Ein weiterer entscheidender Schritt ist die Etablierung von Foren, in denen

⁸⁰ Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 12.

⁸¹ Vgl. Winkel: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, S. 394.

⁸² Buchstein, S. 589.

⁸³ Ebd., S. 593.

⁸⁴ Ebd., S. 599.

⁸⁵ Ebd., S. 591.

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 603f.

⁸⁷ Ebd., S. 599.

Moderatoren die Einhaltung rechtlicher Standards überwachen. So sollen die Vorteile der grenzenlosen Kommunikation genutzt werden, ohne politischen Extremisten das Feld zu überlassen. Dabei soll sich im Lauf der Zeit auch eine „neue Trennlinie zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich im Cyberspace“⁸⁸ herausbilden, die einen angemessenen Schutz der Privatsphäre garantiert.

Obwohl netzneutrale Modelle nicht von einem entscheidenden Einfluss der neuen Medien auf den politischen Alltag ausgehen, werden einzelne Neuerungen des Internetzeitalters doch als potentiell demokratiefördernd begrüßt. So wurde die Verlegung von Debatten aus den sprachbasierten Medien Radio und Fernsehen in die textbasierte digitale Welt als Schritt „der politischen Kommunikation in Richtung Rationalität“⁸⁹ verstanden. Andere bewerteten die neue Form der Mitteilung kritischer und gaben zu bedenken, der vergleichsweise anspruchsvolle „Vorgang des Tippens“⁹⁰ könnte zu einer unangemessenen Verkürzung komplexer politischer Fragen führen. Während sich diese Befürchtung so nicht halten lässt, wirken andere hier aufgeworfene Fragen bis heute fort. So wird die zunehmende Boulevardisierung von Online-Medien kritisiert, die „gezielt auf diejenigen Artikel ‚durchgeklickt‘ [werden], die den eigenen Interessen unmittelbar entgegenkommen“⁹¹, anstatt seriöse und zurückhaltende Berichterstattung zu belohnen. An dieser Stelle wird auch bereits die technische Möglichkeit angesprochen, Internetnutzern bevorzugt solche Inhalte zu zeigen, die in ihr Interessenprofil passen – eine Praxis, die die politische Lagerbildung verschärft und in den 2010ern unter dem Begriff der Filterblase bekannt wurde. Indem Internetseiten algorithmisch generierte Nutzerprofile anlegen, die auf das bisherige Klick- und Suchverhalten zurückgreifen, werden den Besuchern abweichende Meinungen vorenthalten, was eine umfassende Information erschwert.⁹²

Dem Politikwissenschaftler Benjamin Barber kam eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung der netzneutralistischen Theorie zu.⁹³ In seinem Modell nimmt er dabei in bisher ungekannter Weise den Internetnutzer in die Verantwortung. Der Cyberbürger ist hier weder Nutznießer eines quasi automatischen digitalen Demokratisierungsprozesses noch passiv der Macht von Online-Monopolisten ausgeliefert, sondern bestimmt sein Schicksal in erster Linie

⁸⁸ Buchstein, S. 603.

⁸⁹ Ebd., S. 600.

⁹⁰ Ebd., S. 601.

⁹¹ Ebd., S. 599.

⁹² Vgl. Pariser, Eli: *The Filter Bubble: What the Internet Is Hiding from You*, Penguin Press: New York 2011, S. 12.

⁹³ Vgl. Winkel: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, S. 393.

selbst. Ob „die bittersüßen Früchte der Wissenschaft“⁹⁴ eher demokratiefördernd, oder -schädigend wirken, hängt damit im Zweifelsfall „nicht von der Qualität und dem Charakter unserer Technologie ab[...], sondern von der Qualität unser politischen Institutionen und dem Charakter unserer Bürger.“⁹⁵ Aus dieser gesteigerten Verantwortung erklärt sich wohl auch Barbers – bei Buchstein festgehaltener – Vorschlag, den Internetnutzer vor jedem Besuch in der digitalen Welt auf die Einhaltung „grundlegende[r] demokratische[r] Werte“⁹⁶ einzuschwören.

2.2 Ideologischer Hintergrund des westlichen Netzoptimismus

Der Arabische Frühling war nicht das erste Medienereignis, bei dem sich bei zahlreichen westlichen Beobachtern eine Fokussierung auf soziale Netzwerke als Revolutions-Medien einstellte. Schon als im Juni 2009 iranische Aktivisten gegen ihre Regierung auf die Straße gingen, stürzten sich viele Berichtersteller geradezu reflexhaft auf die Rolle der neuen Onlinemedien. Die Los Angeles Times erklärte sie zum „neuen Albtraum der Tyrannei“⁹⁷ und ein US-Sicherheitsberater forderte einen Friedensnobelpreis für Twitter.⁹⁸

Das Scheitern der Revolution im Iran hielt zahlreiche Medien nicht davon ab, zwei Jahre später die gleiche Rhetorik auf den Arabischen Frühling anzuwenden. Wie weit sich die westliche Hoffnungen auf eine Demokratisierungswelle durch freie Medien zurückverfolgen lässt, zeigt ein Blick auf Hans Magnus Enzensbergers *Sozialistische Medientheorie*. Über 30 Jahre vor dem Start von Facebook beschrieb der Autor bereits globale, frei zugängliche Kommunikationskanäle und zeichnete ihr revolutionäres Potential in leuchtenden Farben. Im Folgenden wird seine Medientheorie als frühes Beispiel einer netzoptimistischen Vision dargestellt und untersucht werden, inwieweit die modernen sozialen Netzwerke Enzensbergers Ansprüchen gerecht werden.

2.2.1 Sozialistische Medientheorie als Grundlage

Die *Sozialistische Medientheorie* gründet sich auf dem 1970 veröffentlichten *Baukasten zu einer Theorie der Medien*. In seiner Haltung zu den neuen Massenmedien schließt Enzensberger sich dabei zunächst einer unter linken Intellektuellen der Zeit verbreiteten

⁹⁴ Barber, Benjamin: *Wie demokratisch ist das Internet?*, 1998, <https://www.heise.de/tp/features/Wie-demokratisch-ist-das-Internet-3446176.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Buchstein, S. 603.

⁹⁷ Vgl. Rutten, Tim: *Tyranny's new nightmare: Twitter*, 2009, <http://articles.latimes.com/2009/jun/24/opinion/oe-rutten24> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁹⁸ Vgl. von Rohr, Mathieu: „Die Revolution, die keine war. Über den politischen Wandel und die Macht von Facebook“, in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 138f.

Meinung an. Die zeitgenössischen Massenmedien erschienen vielen Kritikern als reine Manipulationswerkzeuge und Instrumente zur Festigung konservativer Strukturen. Im Gegensatz zu dieser düsteren Sicht, erkennt Enzensberger in der Technik aber eine ungeheure Chance. Anders als im starren Sender-Empfänger-Modell der Printmedien, bieten Radio und Fernsehen potentiell jedem Empfänger die Möglichkeit selbst zum Sender zu werden. Die neuen Medien sind für ihn damit nicht per se schlecht, sondern lediglich bisher falsch eingesetzt. Hier wird auch seine spezielle Haltung zum Begriff der *Manipulation* deutlich. Enzensberger versteht darunter schlicht „zielbewusstes technisches Eingreifen in ein gegebenes Material“⁹⁹ und verwendet sie damit als neutralen Faktor. Es soll – und kann – nicht darum gehen, Manipulation zu verhindern, sondern sie einer größtmöglichen Gruppe zu ermöglichen, „einen jeden zum Manipulateur zu machen“¹⁰⁰.

Worauf es bei einer erfolgreichen Manipulation im Enzensbergerschen Sinn ankommt, zeigt seine Version des urmarxistischen Basis-Überbau-Modells. Mit dieser Theorie teilte Marx die Gesellschaft entlang der Erfüllung von Primär- und Sekundärbedürfnissen. So zählen Beschäftigte in der Nahrungs- oder Bekleidungsindustrie zur Basis, während sekundäre Komplexe wie Religion, Politik und Wissenschaft dem Überbau zugeordnet werden. Diese sind von einer funktionierenden Basis abhängig – begründet mit der „einfache[n] Tatsache, dass die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können“¹⁰¹. Enzensberger macht klar deutlich, dass er ideologisch an dieses Modell anknüpft, wenn er beklagt, dass es bisher noch keine rein marxistische Medientheorie und damit auch keine einheitliche „brauchbare[n] Strategie“¹⁰² gäbe, die technischen Neuerungen für einen gesellschaftlichen Umsturz zu nutzen. So diskutiert er zwar auch die Enteignung großer Medienhäuser als „wünschenswertes Ziel“¹⁰³, kommt aber zu dem Schluss, dass es vielversprechender ist, den gesellschaftlichen Status Quo durch die Etablierung neuer Kommunikationskanäle zu stürzen. Wo die Medien bisher hauptsächlich Instrumente des Überbaus waren und sich einseitig auf die Basis auswirkten, sollen sie bei ihm der Emanzipation der Basis und Schaffung eines neuen Überbaus dienen.¹⁰⁴

⁹⁹ Enzensberger, Hans Magnus: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, in: Glotz, Peter (Hrsg.): *Baukasten zu einer Theorie der Medien: kritische Diskurse zur Pressefreiheit*, R. Fischer: München 1997, S. 106.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): *Marx Engels Werke Band 19, März 1875 bis Mai 1883*, Dietz Verlag: Berlin 1972, S. 335.

¹⁰² Enzensberger: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, S. 98.

¹⁰³ Ebd., S. 103.

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S. 122f.

Damit entwirft Enzensberger schon hier das Bild eines utopischen, allgemeinen Kommunikationssystems, das weder Einschränkungen noch Zensur kennt, jedem offen steht und durch die gerechte Neuverteilung der medialen Macht auf alle Bürger zur Revolution führen soll. Tatsächlich sind entscheidende Überschneidungen zwischen Enzensbergers Vision und den aktuellen sozialen Netzwerken augenfällig. Setzen die traditionellen Medien „von der Kleinbildkamera bis zum Sender“¹⁰⁵ technische Zusatzausrüstung voraus, um vom passiven Empfänger zum aktiven Sender zu werden, ist die Verschmelzung beider Rollen im sozialen Netzwerk elementar vorgesehen.

Auch die Standards der erfordernten Qualität sind in den Onlinemedien nicht mit denen in Radio und Fernsehen zu vergleichen. Während sich im Rundfunk eine Form der makellosen Professionalität entwickelt hat, in deren Umfeld die von Enzensberger geforderten privaten Sender zwangsläufig wie „Freak Shows“¹⁰⁶ wirken müssen, bauen soziale Netzwerke und Plattformen – bei allen Professionalisierungsbestrebungen – sämtlich auf die Kreativität der privaten Nutzer. Auch wenn inzwischen immer mehr Akteure der alten Medienwelt auch online agieren, Zeitungs- wie Fernsehformate in soziale Netzwerke drängen und viele der erfolgreichsten Accounts von professionellen Redaktionen betrieben werden, bleiben die neuen Medien ihrem Selbstverständnis nach doch immer Sprachrohr für Privatpersonen. Daneben passt auch die zeitgleiche globale Zugriffsmöglichkeit auf soziale Netzwerke perfekt zu Enzensbergers Vision eines Kommunikationssystems, das alle politischen Barrieren sprengt. So hat es sich Twitter zur selbsterklärten Aufgabe gemacht „Ideen und Informationen sofort und über Grenzen hinweg [zu] teilen“¹⁰⁷ – eine Zielsetzung, die direkt dem *Baukasten zu einer Theorie der Medien* entnommen sein könnte.

Wie bei der Untersuchung der praktischen Beispiele noch deutlicher werden wird, erfüllen soziale Netzwerke aber nicht alle von Enzensbergers optimistischen Forderungen. Nach wie vor besteht die Möglichkeit zur Zensur, womit dem freien Austausch von Inhalten mehr oder weniger enge Schranken gesetzt sind. Dabei ist zwischen zwei Formen der Beschränkung zu unterscheiden: Zum einen der staatlich organisierten und gelenkten Zensur politisch abweichender Meinungen, die zum Sperren einzelner Internetseiten, oder – im Extremfall – zum Lahmlegen des gesamten Onlineverkehrs führen kann. Schon der Vergleich der Netzpolitik in den untersuchten Ländern vor den Ereignissen des Arabischen Frühlings hat gezeigt, wie unterschiedlich stark diese Form der Reglementierung in verschiedenen arabischen Staaten ausgeprägt war.

¹⁰⁵ Leschke, Rainer: *Einführung in die Medientheorie*, UTB für Wissenschaft: Stuttgart 2003, S. 197.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Twitter Unternehmensdaten, <https://about.twitter.com/de/company> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

Eine mehr oder minder rigide Form von interner Zensur erreicht dagegen jeden Nutzer sozialer Netzwerke. Durch das faktische Monopol einiger weniger Konzerne kommt den jeweiligen Nutzungsbestimmungen eine enorme Bedeutung zu. Besonders Facebook ist bekannt für die Schärfe mit der ungewünschte Inhalte geahndet werden. Darstellungen von Gewalt und Sexualität werden herausgefiltert und entfernt, den Nutzern droht eine Sperre. So wurde im März 2015 sogar ein führender Kunstexperte des *New York Magazin* wegen zu freizügiger Inhalte geblockt.¹⁰⁸ Eine solche Macht in den Händen weniger, eine derart strenge Kontrolle der Inhalte und die Möglichkeit jederzeit aus dem Netzwerk entfernt zu werden, lassen sich mit einer freien Kommunikation im Sinn der *Sozialistischen Medientheorie* nicht vereinbaren. Enzensberger selbst fällt nach den Ereignissen des Arabischen Frühlings ein sehr hartes Urteil über die politische und private Nutzung sozialer Netzwerke und riet seinen Lesern, „so schnell wie möglich die Flucht“¹⁰⁹ aus den digitalen Gemeinschaften zu ergreifen. Dabei kritisierte er insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Onlinekonzernen und Geheimdiensten sowie das Speichern und Auswerten von Nutzerdaten: „Was ein Krake einmal erbeutet hat, gibt er nie wieder freiwillig her.“¹¹⁰

Dazu kommen technische Limitierungen, die die Verständigung über soziale Netzwerke teilweise sehr beschränken. Die berühmten 140 Zeichen einer Twittermeldung oder die standardmäßige Maximallänge eines youtube-Videos setzen der Kommunikation über diese Kanäle enge Schranken. Ein weiterer Unterschied ist der Verlust der unbedingten Gleichzeitigkeit, von der Enzensberger noch ausgeht. In seinen Beispielen kann nur empfangen werden, was gerade gesendet wird. Eine Beschränkung, die mit den Möglichkeiten des Internets naturgemäß entfällt.

2.2.2 Frühe Modelle für Viele-zu-vielen-Kommunikation

Enzensberger war dabei bei weitem nicht der Erste, der von einem umfassenden Kommunikationsnetzwerk träumte. Die neuen technischen Möglichkeiten des Internetzeitalters wurden so euphorisch aufgenommen, weil sie alte Visionen über das gesellschaftliche und politische Potential einer freien Viele-zu-vielen-Kommunikation in greifbare Nähe rücken ließen. Im Folgenden wird kurz auf verschiedene einflussreiche

¹⁰⁸ Vgl. Alanyali, Iris: *Wie man es schafft, dass Facebook einen aussperrt*, 2015, <http://www.welt.de/kultur/kunst-und-architektur/article138136499/Wie-man-es-schafft-dass-Facebook-einen-aussperrt.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

¹⁰⁹ Enzensberger, Hans Magnus: *Wehrt Euch!*, 2014, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/enzensbergers-regeln-fuer-die-digitale-welt-wehrt-euch-12826195.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

¹¹⁰ Ebd.

Erwartungen eingegangen, die mit den neuen Kommunikationstechnologien verknüpft wurden.

Große Aufmerksamkeit erlangte zum Beispiel Berthold Brechts *Radiotheorie*, die der Literat ab den 1920ern angesichts der neuen Medien seiner Zeit entwickelte. Mit der Erkenntnis, dass Radios verhältnismäßig einfach mit Sendern ausgestattet werden könnten, nimmt er Enzensbergers Hoffnung auf allgemeine aktive Teilhabe an den neuen Medien um 50 Jahre vorweg. Auch Brecht erwartet sich einen demokratisierenden Effekt durch mehr Sender – und weist dabei explizit darauf hin, dass neue allgemeine Kommunikationsmöglichkeiten Auslöser für einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel sein können.¹¹¹

Im Vergleich zu Enzensberger bleibt Brecht aber noch fest im traditionellen Staatsmodell verankert. Die neuen Medien sollen lediglich den Graben zwischen Politik und Bevölkerung überbrücken und direkte „Antworten auf die Fragen der Regierten“¹¹² ermöglichen – einen weitreichenden politischen Umsturz hat er nicht im Sinn. In beiden Theorien ist aber das Potential vom passiven Empfänger zum aktiven Sender zu werden die entscheidende technische Neuerung. Tatsächlich zieht Enzensberger selbst diese ideologische Verbindung, indem er seine *Sozialistische Medientheorie* mit einem *Radiotheorie*-Zitat einleitet.¹¹³ Auch von anderer Seite wurde Brechts Theorie immer wieder auf die aktuellsten medientechnischen Entwicklungen angewendet, so bezog eine „Avantgarde von Internetintellektuellen“¹¹⁴ sie schon ab den frühen 1990ern – lange vor Einführung der sozialen Netzwerke – auf das neue Medium Internet.

Mit der Idee eines Kommunikationssystems ohne vorgeschriebene Sender-Empfänger-Struktur rückten in der Nachkriegszeit verschiedene Versionen des *Rhizom-Modells* wieder stärker in den Fokus. Das Bild der Graswurzel steht dabei symbolisch für ein nicht-hierarchisches, mehr oder weniger unstrukturiertes System, in dem die einzelnen Teile unabhängig von einer steuernden Instanz agieren und interagieren.¹¹⁵ Der Philosoph Gilles Deleuze stellt ein solches Rhizom-Schema 1978 dem klassischen Baumstamm-Modell gegenüber in dem jeder Ast „ausgehend von einer höheren Einheit“¹¹⁶ gesehen werden muss. – Für ihn ein „trauriges Bild des Denkens“¹¹⁷. Tatsächlich ähneln Onlinenetzwerke ihrem

¹¹¹ Brecht, Berthold: „Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. Rede über die Funktion des Rundfunks“, in: Brecht, Berthold: *Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe* Bd. 21, Suhrkamp: Frankfurt a. M. 1992, S. 557.

¹¹² Ebd. 554.

¹¹³ Vgl. Enzensberger: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, S. 97.

¹¹⁴ Münker, Stefan: *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*, Suhrkamp: Frankfurt a. M. 2009, S. 11.

¹¹⁵ Vgl. Kircher, S. 127.

¹¹⁶ Deleuze, Gilles; Félix Guattari: *Rhizom*, Merve: Berlin 1978, S. 26.

¹¹⁷ Ebd.

Wesen nach dem Rhizom-Modell: Die einzelnen Mitglieder verbinden sich untereinander und tauschen sich aus, ohne dass eine übergeordnete, lenkende Struktur eingreift. Durch das Wegfallen dieser Ordnung lässt sich das Rhizom auch nicht mehr einheitlich behandeln. Die einzelnen Teile müssen in ihrer Vielfältigkeit beschrieben werden.¹¹⁸ – Ein Schritt hin zu einem Pluralismus, der sich auch in den vielfältigen Verwendungen sozialer Netzwerke abzeichnet.

Tatsächlich wurde dieses Modell schon vor der Verbreitung sozialer Netzwerke auf die digitale Welt angewendet. Eindrucksvoll gelang das 1994 Rheingold mit seiner Theorie der „Virtuelle[n] Gemeinschaften“¹¹⁹, die sich aus dem Kontakt der Internetnutzer miteinander automatisch ergeben sollten. Auch Rheingold griff dabei auf das Bild der Graswurzel zurück, um die ungesteuerte Kommunikation der einzelnen Nutzer zu beschreiben. In seiner Hoffnung, dass „im Cyberspace ein Geflecht persönlicher Beziehungen [über alle Ländergrenzen hinweg] entsteht“¹²⁰, kann der Sozialwissenschaftler dabei als Paradebeispiel des Netzoptimismus zu Beginn des digitalen Zeitalters gelten – obwohl er die gesellschaftlichen Folgen seiner Virtuellen Gemeinschaften nur vage darstellt. So ging er zwar unter dem Begriff des „smart mob“¹²¹ konkret auf die neuen Möglichkeiten digital vernetzter Aktivistengruppen ein, dennoch wurde ihm immer wieder vorgeworfen, die Reaktion der Politik auf die Freiheiten der digitalen Welt, sowie potentielle gesellschaftliche Konflikte, die sich aus der Nutzung der neuen Technik ergeben könnten, in seiner Theorie weitgehend auszuklammern.¹²²

Dagegen schreibt der Kulturwissenschaftler Albrecht Hofheinz der dezentralen Verknüpfung innerhalb der sozialen Netzwerke eine sehr konkrete psychologische Komponente zu. Insbesondere Facebook Sorge mit seinem Modell einer Kommunikation innerhalb einer „Freundesliste“ dafür, dass die Meinung von „Freunden und Gleichaltrigen [...] gegenüber [der/dem] von älteren Autoritäten und Hierarchien“¹²³ an Gewicht gewinnt. Debatten zwischen digital gleichgestellten Gesprächspartnern können dem Nutzer dabei nicht nur eine Alternative zu den politischen und ideologischen Standpunkten seines analogen Alltags aufzeigen, sondern spielen auch bei der Herausbildung von eigenen „Werten und

¹¹⁸ Vgl. Deleuze, S. 35.

¹¹⁹ Rheingold, Howard: *Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers*, Addison Wesley: Bonn 1994, S. 16.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Rheingold, Howard: *Smart Mobs: The Next Social Revolution*, Basic Books: New York 2003, S. 158.

¹²² Vgl. Lovink, Geert: *Das halbwegs Soziale. Eine Kritik der Vernetzungskultur*, transcript: Bielefeld 2012, S. 34.

¹²³ Hofheinz, Albrecht: „Soziale Medien im Arabischen Frühling“, in: Schneider, Thorsten (Hrsg.): *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, Springer VS: Wiesbaden 2013, S. 123.

Haltungen“¹²⁴ eine wichtige Rolle. Hofheinz zieht dabei eine direkte Verbindung zu den Ereignissen des Arabischen Frühlings und dem Hinterfragen traditionell autoritärer Machtstrukturen. – „Was Eltern, Fernsehen oder Lehrer behaupten, wird relativiert“¹²⁵, wenn die digitalen „Freunde“ zur Revolution aufrufen.

Winkel betont in einem Artikel über Bürgerpartizipation in der digitalen Welt aus dem Jahr 2011 besonders die technischen Möglichkeiten einer Verknüpfung auf der Graswurzel-Ebene. Die dezentrale Struktur des Internets macht es weniger anfällig für Kontrollversuche und „versetzt es in die Lage, auch dann weiterzuarbeiten, wenn es in Teilen zerstört“¹²⁶ oder abgeschaltet wird. Insbesondere dieser letzte Punkt wurde während den Ereignissen des Arabischen Frühlings immer wieder auf die Probe gestellt. Dabei beschreibt auch Winkel die enormen Hoffnungen, die an diese Form von unkontrollierbarer Kommunikation geknüpft wurden, von der seit Ende der 1990er erwartet wurde diverse „politische, ökonomische, soziale oder kulturelle“¹²⁷ Probleme zu lösen.

2.2.3 Erwarteter Einfluss der Digitalisierung auf den Staatsapparat

Andere Theorien loteten die Berührungspunkte zwischen der digitalen und der analogen Welt genauer aus. Das Internet wurde schnell zum Dreh- und Angelpunkt verschiedenster Freiheitsvisionen. In der „neuen universalen, bioelektronischen Welt“¹²⁸ schienen die Kontroll- und Ordnungsmechanismen der analogen Zeit keinen Platz mehr zu haben. So verfasste der US-amerikanische Onlineaktivist John Barlow zwei Jahre nach Veröffentlichung von Rheingolds Theorie der Virtuellen Gemeinschaften seine vielbeachtete *Unabhängigkeits-erklärung des Cyberspace*. Im Rahmen der „Californian Ideology“¹²⁹ hatte sich die Idee einer post-kapitalistischen, informations- und kommunikationsbasierten digitalen Gesellschaft in breiten Kreisen durchgesetzt. Barlow formulierte seine spezielle Vision einer unkontrollierbaren Viele-zu-vielen-Vernetzung dabei als Kampfansage an das etablierte politische System:

¹²⁴ Hofheinz, S. 123.

¹²⁵ Ebd., S. 123f.

¹²⁶ Winkel: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, S. 385.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Neverla, Irene (Hrsg.): *Das Netz-Medium. Kommunikationswissenschaftliche Aspekte eines Mediums in Entwicklung*, Springer Fachmedien: Wiesbaden 1998, S. 20.

¹²⁹ Pearce, Thomas: „...So it really is a series of tubes. ‘Google’s Data Centers, Noo-politics and the Architecture of Hegemony in Cyberspace‘“, in: *Enquiry* Bd. 10, Nr. 1, Architectural Research Centers Consortium 2013, S. 47.

„Regierungen der industriellen Welt, Ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. Im Namen der Zukunft bitte ich Euch, Vertreter einer vergangenen Zeit: Lasst uns in Ruhe! Ihr seid bei uns nicht willkommen. Wo wir uns versammeln, besitzt Ihr keine Macht mehr. Wir besitzen keine gewählte Regierung, und wir werden wohl auch nie eine bekommen – und so wende ich mich mit keiner größeren Autorität an Euch als der, mit der die Freiheit selber spricht. Ich erkläre den globalen sozialen Raum, den wir errichten, als gänzlich unabhängig von der Tyrannei, die Ihr über uns auszuüben anstrebt. Ihr habt hier kein moralisches Recht zu regieren noch besitzt Ihr Methoden, es zu erzwingen, die wir zu befürchten hätten.“¹³⁰

Barlows Vorstellung eines digitalen Netzwerks aus Beziehungen und Gedanken erinnert stark an eine aktualisierte Variante der *Rhizom-Theorie*. Dabei wird mehrfach betont, dass der Cyberspace jedem offen steht – politische und soziale Grenzen sind hier außer Kraft gesetzt. Ähnlich wie Enzensberger hofft auch Barlow eindeutig auf eine neue Partizipationsmöglichkeit für unterrepräsentierte Klassen.

Auffällig ist aber, dass die Unabhängigkeitserklärung die Beziehung zwischen der analogen und der digitalen Welt nur ex negativo behandelt: Der Staat hat keine Möglichkeit regulierend in die Datenströme einzugreifen, aber auch eine Auswirkung des Cyberspace auf die tatsächliche politische Ebene wird nicht ausgeführt. Das Internet erscheint hier als eigenständige Welt und tatsächlich „gänzlich unabhängig“ von der analogen Realität. Auf der Suche nach einer regelnden Instanz, die diesen unerschlossenen, absolut rechtsfreien Raum strukturieren soll, greift Barlow interessanterweise auf das Gesetz der Goldenen Regel zurück, das zur Grundlage eines neuen digitalen Gesellschaftsvertrags werden soll.¹³¹ Frei von staatlichen Eingriffen wäre der Internetnutzer damit letztendlich nur noch dem eigenen Gewissen verpflichtet.

Im Zeitalter der sozialen Onlineportale mussten die meisten dieser hochtrabenden Träume begraben werden. Die Kommunikation der Netzwerknutzer wird heute nicht nur von staatlicher Seite, sondern vor allem von den rigiden Richtlinien einzelner Konzerne reglementiert. Die Sphären des Digitalen und Analogen sind weiterhin eng verzahnt. Und die Machtverteilung im Cyberspace scheint vom Ideal der reinen, basisdemokratischen Schwarmintelligenz endgültig in Richtung einiger weniger Firmenchefs umgeschwenkt zu sein. Auch Barlow erklärte seine Vision eines unabhängigen Internet inzwischen –

¹³⁰ Nach Moser, Heinz: „Das politische Internet – Möglichkeiten und Grenzen“, *Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung* Themenheft Nr. 21, 2011, S. 5.

¹³¹ Vgl. Barlow, John Perry: *A Declaration of the Independence of Cyberspace*, 1996, <https://www.eff.org/cyberspace-independence> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

interessanterweise im Startjahr von Facebook 2004 – für überholt und naiv: „We all get older and smarter.“¹³²

Die Frage nach dem politischen Potential der Digitalisierung führte schließlich auch zur Vision eines Electronic Government, in dem staatliche und politische Einrichtungen möglichst umfassend ans Internet angeschlossen werden sollten. Der Begriff wurde international von einem 2000 erschienenen und von 70 Experten unterzeichneten Memorandum des Fachausschusses Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. und des Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft geprägt.¹³³ Die Verfasser erhoffen sich von den neuen technischen Möglichkeiten dabei nicht weniger als eine „umfassende[n] Reform von Staat und Verwaltung“¹³⁴. So werden verschiedene neue Formen basisdemokratischer Partizipation behandelt, wobei insbesondere die Idee von onlinegestützten „Planungszellen, in denen eine Gruppe von Bürgern über einige Tage hinweg Lösungen für ein politisches Problem sucht“¹³⁵ diskutiert wird. Das Hauptaugenmerk der Autoren liegt allerdings – ähnlich wie in Brechts *Radiotheorie* – auf den Möglichkeiten der engeren Vernetzung zwischen Regierungsapparat und Regierten. Hier werden „Chancen der Steigerung von Effektivität, Effizienz und Transparenz [gesehen], die im einzelnen [sic] noch gar nicht ausgelotet sind“¹³⁶.

Eine zentrale Forderung ist dabei die Einrichtung einer „virtuellen Verwaltung“¹³⁷, die es den Bürgern ermöglicht, Formulare und Anträge online auszufüllen. Dieses Angebot soll vorläufig parallel zur traditionellen Behördenarbeit angeboten werden und langfristig zu entscheidenden Änderungen im Nutzungsverhalten der Bürger führen. So könnte die zunehmende Digitalisierung nicht nur den Verwaltungsapparat entlasten, sondern in der Bevölkerung auch die Hemmschwelle senken, auf staatliche Hilfsleistungen zuzugreifen.¹³⁸ Daneben legen die Autoren überraschend großen Wert auf den Nutzen, den private Unternehmen aus einer solchen digitalen Reform ziehen könnten. Wo Kritiker vor den Gefahren des „Ausverkaufs“¹³⁹ der neuen Medien warnen, sieht das Memorandum die Chance auf „neuartige[n] Formen privat/öffentlicher Partnerschaft“¹⁴⁰. So wird vorgeschlagen

¹³² Pearce, S. 48.

¹³³ Vgl. Winkel: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, S. 384.

¹³⁴ Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V., Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft im VDE: *Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung*, Informationstechnische Gesellschaft (ITG) im VDE: Bonn 2000, S. 2.

¹³⁵ Ebd., S. 15.

¹³⁶ Ebd., S. 3.

¹³⁷ Ebd., S. 8f.

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 14.

¹³⁹ Buchstein, S. 592.

¹⁴⁰ Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. et al., S. 5.

Verwaltungsleistungen auf neu eingerichteten „Virtuellen Marktplätze[n]“¹⁴¹ mit Angeboten aus der Privatwirtschaft zu verknüpfen.

Um ihre ehrgeizigen Ziele zu erreichen, fordern die Autoren dabei eine ganze Reihe umfassender Gesetzesänderungen, die die „Überkommene[n] rechtliche[n] Beschränkungen“¹⁴² des Internets auf staatlicher Ebene lockern sollen. Dazu gehören zum einen Gesetzestexte, die nicht technikneutral genug gehalten sind, um online Anwendung zu finden.¹⁴³ – Zum anderen sollen aber auch so zentrale Verordnungen wie der Datenschutz neu zur Verhandlung gestellt werden. So warnt das Memorandum vor einer „wenig durchschaubaren Überregelung“¹⁴⁴, die die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung behindern könnte. Dabei gehen die Autoren selbst kurz auf die steigende Gefahr des Datenmissbrauchs durch Großkonzerne ein und geben an anderer Stelle zu, ihre Vision eines vernetzten Staatsapparates vielleicht „allzu euphorisch [und] ohne Rücksicht auf demokratische Gepflogenheiten, auf Grundrechte“¹⁴⁵ oder gewachsene Traditionen zu formulieren.

Im krassen Gegensatz zu anderen netzoptimistischen Theorien betonen die Verfechter eines Electronic Government, dass ihre Vision einer zunehmenden Digitalisierung „kein Selbstläufer“¹⁴⁶ ist. Für ihre „Runderneuerung des Staates“¹⁴⁷ veranschlagen sie beachtliche finanzielle Investitionen, die auf mehrere Milliarden Euro geschätzt werden.¹⁴⁸ Hier setzt das Memorandum auf einzelne Pilotprojekte, die „breites Experimentieren“¹⁴⁹ ermöglichen und – wiederum unter Beratung von Wirtschaftsvertretern – verschiedenste strukturelle Neuerungen ermöglichen sollen. Dabei wird betont, dass sich der Staat nicht auf Finanzierungsinitiativen aus der Privatwirtschaft verlassen darf, sondern „nach dem Motto: ‚Erst Investieren, dann Kassieren!‘“¹⁵⁰ einen Großteil der anfallenden Kosten übernehmen soll. Mit ausreichend Startkapital soll die Umstrukturierung des Staatsapparates schnell Fahrt aufnehmen und bis 2010 abgeschlossen sein – so wurde auch der fiktive Epilog des Memorandums in dieses Jahr verlegt:

¹⁴¹ Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. et al., S. 10.

¹⁴² Ebd., S. 6.

¹⁴³ Ebd., S. 34.

¹⁴⁴ Ebd., S. 25.

¹⁴⁵ Ebd., S. 4.

¹⁴⁶ Ebd., S. 6.

¹⁴⁷ Ebd., S. 4f.

¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 31.

¹⁴⁹ Ebd., S. 36.

¹⁵⁰ Ebd., S. 31.

„Aus heutiger Sicht (2010) ist eine ‚IT-gestützte Wissensgesellschaft‘ mit hoher Innovationsdynamik seit vielen Jahren bestimmend. [...] Der Aufbau der für Electronic Government erforderlichen Infrastrukturen schien eine Zeitlang zum Selbstzweck zu werden. Weil viele der Beteiligten ihren Nutzen noch nicht erkannten kam es zu Verzögerungen bei den unabweisbaren Investitionen. Diese Phase konnte jedoch überwunden werden, nachdem deutlich wurde, welchen Nutzen insbesondere die Wirtschaft und die Verwaltung selbst aus vollständig Online abgewickelten Transaktionen ziehen.“¹⁵¹

Tatsächlich konnten im neuen Jahrtausend quer durch die westliche Welt mehr und mehr Verwaltungsorgane digital vernetzt werden. Internetaffine Bürger nahmen das Angebot, online Einblick in Protokolle, Programme, Planungsunterlagen oder Gutachten zu nehmen dankbar an, was die Entscheidungsprozesse von Behörden und Regierungsvertretern deutlich transparenter machte.¹⁵² – Dagegen konnte die Verlagerung der Verwaltungsangebote in den digitalen Raum nicht im prognostizierten Rahmen vorangetrieben werden. Auch die Idee, Bürgern in Online-Planungszellen neue Kompetenzen zu übertragen, fand in der politischen Praxis kaum Anwendung. Stattdessen behielten digitale Partizipationsformen oft den Ruf von „Alibiveranstaltungen [...] in [denen/der] die Bürger sich zwar austoben durften, deren Inhalte jedoch für das Entscheidungsgremium keinerlei Bedeutung“¹⁵³ haben. Verschiedene Beobachter gehen davon aus, dass Behörden einen dauerhaften Machtverlust fürchteten und sich deshalb kaum auf das im Memorandum geforderte „breite Experimentieren“ mit neuen Beteiligungsformen einließen.¹⁵⁴

2.3 Moderne Spielarten des westlichen Netzoptimismus

Obwohl so nicht alle Ziele erreicht werden konnten, sehen auch moderne Netzoptimisten in den umfassenden Informations- und Partizipationsmöglichkeiten des Internets eine Chance, demokratische Prozesse zu vereinfachen und das politische Gefüge im Ganzen neu zu beleben. Den interessierten Bürgern sollen sich „auf allen Ebenen des demokratischen Willensbildungsprozesses“¹⁵⁵ neue Möglichkeiten eröffnen, auf ihre Bedürfnisse aufmerksam zu machen und direkt Einfluss zu nehmen. Trotz dieser Gemeinsamkeit lassen sich

¹⁵¹ Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. et al., S. 37f.

¹⁵² Vgl. Winkel: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, S. 387.

¹⁵³ Holtkamp, Lars; Jörg Bogumil; Leo Kißler: *Kooperative Demokratie*, Campus: Frankfurt a. M. 2006, S. 205.

¹⁵⁴ Vgl. Winkel: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, S. 389f.

¹⁵⁵ Winkel, Olaf: „Interaktive Informationstechnologie und politische Partizipation – Befunde, Diagnosen, Entwicklungsperspektiven“, in: Meendermann, Karin; Heinz Meyer; Bernhard Muszynski (Hrsg.): *Neue Medien in der politischen Bildung – Grenzen und Möglichkeiten*, Waxmann: Münster 2000, S. 35.

verschiedene Ausformungen des westlichen Netzoptimismus ausmachen. Winkel unterscheidet zwischen drei verschiedenen Spielarten, die er als *marktorientiert*, *zivilgesellschaftlich ausgerichtet* und *repräsentationszentriert* bezeichnet. Im Folgenden werden diese Varianten kurz dargestellt und – soweit möglich – den hier behandelten Netzoptimisten zugeordnet.

2.3.1 Marktorientierte Ausrichtung

Vertreter eines marktorientierten Netzoptimismus empfehlen, den staatlichen Eingriff in die Freiheit des Internets im Ganzen und der sozialen Netzwerke im Besonderen weitgehend einzuschränken. Ganz dem Wirken der marktwirtschaftlichen Kräfte ausgesetzt soll „das Netz nicht nur seine ökonomischen, sondern auch seine politischen Potentiale am besten entfalten“¹⁵⁶. Jenseits der staatlichen Kontrolle könnte sich so eine starke digitale Öffentlichkeit entwickeln, die ihre basisdemokratischen Anliegen schließlich in konkrete politische Forderungen formuliert. Den Bürgern wird damit ein mächtiges Werkzeug zur Hand gegeben, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Die marktorientierte Variante entspricht in weiten Teilen dem in politischen Kreisen propagierten Netzoptimismus. Insbesondere wird das in der Hoffnung der US-Regierung, ein freies Internet würde sukzessive zur Schaffung neuer Demokratien nach westlich-kapitalistischem Beispiel führen, deutlich.¹⁵⁷ Im eigenen Land wird dagegen – wie später noch gezeigt wird – immer wieder von staatlicher Seite in die Freiheit der digitalen Welt eingegriffen. Auch das Memorandum zum Electronic Government fällt mit seiner Forderung nach gesetzlichen Lockerungen und der Einrichtung von „Virtuellen Marktplätze[n]“¹⁵⁸ klar in dieses Lager.

2.3.2 Zivilgesellschaftliche Ausrichtung

Auch in dieser Form des Netzoptimismus werden zu enge staatliche Einschränkungen und Reglementierungen der digitalen Welt abgelehnt. Im Gegensatz zur marktorientierten Variante sollen aber nicht die freien Kräfte der Wirtschaft, sondern die Zivilgesellschaft von den Möglichkeiten des Internets profitieren. Den Vertretern schwebt das „Leitbild einer global ausgerichteten Beratungsdemokratie“¹⁵⁹ vor, die aus der öffentlichen Debatte im digitalen Raum in den politischen Entscheidungsprozess einwirkt. Letztlich sollen so auch

¹⁵⁶ Winkel, Olaf: „Interaktive Informationstechnologie und politische Partizipation – Befunde, Diagnosen, Entwicklungsperspektiven“, S. 35.

¹⁵⁷ Vgl. ebd., S. 36.

¹⁵⁸ Ebd., S. 10.

¹⁵⁹ Ebd., S. 36.

gesellschaftliche Gruppen Gehör und Mitsprache finden, die bisher in der öffentlichen Debatte unterrepräsentiert waren.

In diesem Sinne der Ermächtigung der Unterrepräsentierten lässt sich Enzensbergers *Sozialistische Medientheorie* ohne Probleme als frühe Form eines zivilgesellschaftlich ausgerichteten Netzoptimismus verstehen. Mit dem Hinweis, dass die angestrebte Beratungsdemokratie „als Ergänzung oder Konkurrenz“¹⁶⁰ zum etablierten politischen System fungieren kann, deutet auch Winkel das revolutionäre Potential dieser Variante des Netzoptimismus an.

2.3.3 Repräsentationszentrierte Ausrichtung

Für Vertreter dieser Form des Netzoptimismus wirken besonders die neuen Möglichkeiten, Transparenz für politische Prozesse und Beschlüsse zu schaffen, demokratiestiftend. Über stetig aktualisierte Onlineangebote kann das Volk Einblicke in Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen gewinnen und – so die Hoffnung – politische Debatten und Beschlüsse damit besser nachvollziehen. Dazu bieten Mails und insbesondere soziale Netzwerke dem Bürger neue Möglichkeiten „die Repräsentanten [...] mit den Anforderungen der Repräsentierten zu konfrontieren“¹⁶¹.

In diesem Modell bleiben die digitale und die politische Sphäre vergleichsweise klar getrennt. Im Gegensatz zum zivilgesellschaftlich ausgerichteten Netzoptimismus wird hier nicht die Gruppe der digitalen Bürger betrachtet, sondern der Einzelne. Es geht schließlich auch weniger darum mit der Macht des Internets korrigierend in politische Prozesse einzugreifen – die Repräsentierten sollen sich nur besser über das Handeln der Regierung informieren und als *Ultima Ratio* einen elektronischen Beschwerdebrief schreiben. Gut möglich, dass diese verhältnismäßig politikfreundliche Form der Wunschvorstellung westlicher Regierungen für Netzaktivismus im eigenen Land sehr nahe kommt. Daneben erinnert sie – insbesondere in der Hoffnung auf eine vereinfachte Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung – auch an Brechts *Radiotheorie* und seine Vorstellung, Amateur-Sender könnten ihren politischen Anliegen Dank neuer technischer Möglichkeiten besser Gehör verschaffen.

2.4 Politische Dimension des Netzoptimismus

Angesichts der militärischen Beteiligung bei der Erfindung des Internets Ende der 1960er wundert es nicht, dass das neue Medium von Anfang an mit einer klaren politischen

¹⁶⁰ Winkel: „Interaktive Informationstechnologie und politische Partizipation – Befunde, Diagnosen, Entwicklungsperspektiven“, S. 36.

¹⁶¹ Ebd.

Zielsetzung verknüpft wurde. Freie Onlinekommunikation wurde vom Westen allgemein, und von den USA im Besonderen, als mächtiges Instrument im Kampf gegen diktatorische Regime aller Art behandelt – und der Netzoptimismus damit von höchster Stelle politisch verankert. Diese klare Stellungnahme wurde in den folgenden Jahrzehnten überdeutlich, spätestens als der damalige US-Vizepräsident Al Gore die Onlinenetzwerke „euphorisch – aber diffus –“¹⁶² zur Metapher für Demokratie an sich erhob. Im Folgenden wird dargestellt, mit welcher Verve das Internet seit dem Kalten Krieg bis zur Zeit der Aufstände des Arabischen Frühlings als politisches Befreiungsmedium aufgebaut wurde.

2.4.1 Ideologische Verbindung zum Kalten Krieg

Schon vor Erfindung des Internets wurden immer wieder Demokratisierungshoffnungen auf neue Medien projiziert. Während Enzensberger mit der Verbreitung des Kopierautomaten ein „historisch neues Stadium“¹⁶³ anbrechen sah, setzen andere Beobachter größere Erwartungen in das Satellitenfernsehen oder hofften, „ins Land geschmuggelte Faxmaschinen könnten den Ostblock befreien“¹⁶⁴. Erfüllten diese Medien die in sie gesetzten Hoffnungen nicht, schien mit dem Internet ein aussichtsreicherer Kandidat ins Rennen zu kommen.¹⁶⁵ Ronald Reagan brachte die euphorische Stimmung der frühen Jahre der digitalen Kommunikation auf den Punkt, als er im Revolutionsjahr 1989 so zuversichtlich wie pathetisch ankündigte: „The Goliath of totalitarianism will be brought down by the David of the microchip.“¹⁶⁶

Tatsächlich wurden bei der Darstellung der Ereignisse des Arabischen Frühlings immer wieder Parallelen zum Ende des Kalten Krieges gezogen. So verglich der Sammelband *Neue Autoritäten für die arabische Welt?* das vorrevolutionäre Überwachungsnetzwerk in Ägypten mit der Stasi¹⁶⁷ – und die Politologin Muriel Asseburg prophezeite bereits wenige Monate nach Ausbruch der Protestbewegung im Juli 2011, der Arabische Frühling werde „eine ähnlich bedeutende Zäsur darstellen wie die Wende von 1989.“¹⁶⁸ Im Oktober desselben Jahres wurde den Aufständen in einer Studie des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit endgültig das Potential zugesprochen, „in den Geschichtsbüchern einen

¹⁶² Winkel: „Interaktive Informationstechnologie und politische Partizipation – Befunde, Diagnosen, Entwicklungsperspektiven“, S. 36.

¹⁶³ Enzensberger: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, S. 102.

¹⁶⁴ von Rohr, S. 141.

¹⁶⁵ Vgl. Kircher, S. 126.

¹⁶⁶ Nach Kneuer et al., S. 33.

¹⁶⁷ Vgl. Badawy, Ahmad: „Das Bloggen und der Arabische Frühling. Eine politische und persönliche Reflexion“, in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 144.

¹⁶⁸ Asseburg, Muriel: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*; Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit: Berlin 2011, S. 6.

ähnlichen Stellenwert einzunehmen wie der Untergang der Sowjetunion“¹⁶⁹. Eine Oxford-Publikation aus dem Jahr 2013 reihte den Arabischen Frühling schließlich als potentielle „vierte Demokratisierungswelle“ in einen größeren historischen Kontext ein. Auch hier wurde direkt Bezug auf das Ende des Ostblocks als letzte erfolgreiche Welle der Demokratisierung genommen.¹⁷⁰

Die Rückbeziehung auf das Ende der Sowjetunion bei der Beurteilung des politischen Potentials sozialer Netzwerke unterstellt dabei einen Automatismus, wie er in ähnlicher Form schon in Enzensbergers Theorie angedeutet wird. Bei ausreichend freier Kommunikation via Onlineportalen schien es für viele westliche Beobachter nur eine Frage der Zeit, bis die nächsten Diktatoren gestürzt und die nächsten Länder demokratisiert würden. Welche verschiedenen Hoffnungen dabei mit dem Ausgang der digitalen Revolution verknüpft wurden – ein sozialistischer Idealstaat oder eine kapitalistische Demokratie nach westlichem Vorbild – macht deutlich, welche dankbare Vorlage das Internet für Optimismus jeder Art sein konnte.

Im Mutterland des Internet und der führenden sozialen Netzwerke konnte der Netzoptimismus eine ganz eigene Schlagkraft entfalten, wobei sich andere westliche Länder dem US-amerikanischen Aktionismus oft anschlossen. So hatte auch die Positionierung der US-Regierung vor und zu Beginn der Proteste im arabischen Raum einige Bedeutung für die europäische Bewertung der Ereignisse. Außenministerin Hillary Clinton erklärte bereits im Frühjahr 2010 die Forcierung der globalen Internetfreiheit zu einer Priorität ihrer Außenpolitik. In einer Rede beschwor sie die politische Macht der neuen Medien, die letztendlich ganze Gesellschaften transformieren könnten.¹⁷¹ Diesen Worten folgten schon bald Taten, als die USA 30 Millionen Dollar in die Ausbildung neuer Onlineaktivisten investierten. Zahlreiche westliche Länder schlossen sich dem Beispiel an und halfen so beim Aufbau einer Generation von Netzaktivisten an strategisch wichtigen Positionen.¹⁷²

Ein Blick ins vergleichsweise liberale Ägypten macht klar, wie weit die US-Regierung bei der Unterstützung der revolutionären Kräfte zu gehen bereit war, wenn sie nicht vom Staatsapparat ausgebremst wurde. Staatlich finanzierte Nichtregierungsorganisationen wie das Albert Einstein Institute, Freedom House und das International Republican Institute boten Stipendien für Schulungen im europäischen oder US-amerikanischen Ausland an, bei denen

¹⁶⁹ Thimm, Johannes: „Die USA und der Arabische Frühling: Das Ende des Post-9/11-Paradigmas“, in: Asseburg, Muriel (Hrsg.): *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen*, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit: Berlin 2011, S. 50.

¹⁷⁰ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 17.

¹⁷¹ Vgl. von Rohr, S. 141.

¹⁷² Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 27.

neben „Strategie und Taktik gewaltfreien Widerstands“¹⁷³ auch bald „Strategien zum gewaltlosen Sturz von Diktatoren“¹⁷⁴ behandelt wurden. Daneben wurden detaillierte Anleitungen zur Nutzung der Onlinemedien als revolutionäre Instrumente in Umlauf gebracht. Die US-Regierung tat ihr Möglichstes die ägyptischen Bürger auf einen politischen Umschwung vorzubereiten und behandelte den Netzaktivismus dabei als essentiellen Bestandteil der Revolution – bis hin zum Live-Chat Hillary Clintons mit populären ägyptischen Bloggern.¹⁷⁵

Schließlich gehörten die USA auch zu den Ersten, die sich offen auf die Seite der Protestierenden stellte. Während der Aufstände in Ägypten, wie auch in Tunesien ließ die US-Regierung keinen Zweifel daran, was sie sich von einem gelungenen Machtwechsel versprach: Demokratische Strukturen und eine freiere Gesellschaft.¹⁷⁶ So gab der US-Diplomat Jeffrey Feltman kurz nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten seiner Hoffnung Ausdruck, zahlreiche weitere arabische Länder würden sich von den Aufständen anstecken lassen und ebenfalls Onlineproteste starten – und sicherte allen Aktivisten US-amerikanische Unterstützung zu¹⁷⁷.

2.4.2 Erwartung konkreter Machtverschiebungen

Tatsächlich wurde auch bereits früh über einen langfristigen, tiefgreifenden Einfluss der neuen Kommunikationstechnik auf demokratische politische Systeme spekuliert. Der US-amerikanische Informatiker Nicholas Negroponte brach die Umbruchsstimmung weiter Teile der englischsprachigen Debatte, die das digitale Zeitalter teilweise als Beginn einer „democratic renaissance“¹⁷⁸ feierte, in seinem 1995 erschienenen *Being Digital* auf vier politische Visionen herunter.¹⁷⁹ Dabei zeigte er sich als überzeugter Netzoptimist und begrüßte die digitale Revolution, die „irrevocable and unstoppable“¹⁸⁰ in den politischen und privaten Alltag einbrechen sollte, als Chance für eine demokratischere, pluralistischere Zukunft. Während das Buch an verschiedenen Stellen vage blieb, führte Negroponte die konkreten Folgen der vier erwarteten politischen Machtverschiebungen – „decentralizing,

¹⁷³ Pabst, Martin; Said AlDailami: *Der Arabische Umbruch – eine Zwischenbilanz. Interne Dynamik und externe Einmischung*, Hanns-Seidel-Stiftung e.V.: München 2014, S. 51.

¹⁷⁴ Ebd., S. 59.

¹⁷⁵ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 27ff.

¹⁷⁶ Vgl. Pabst et al., S. 59.

¹⁷⁷ Vgl. ebd., S. 52.

¹⁷⁸ Moore, Richard: „Democracy and cyberspace“, in: Hague, Barry; Brian Loader (Hrsg.): *Digital Democracy: Discourse and Decision Making in the Information Age*, Routledge: London 1999, S. 40.

¹⁷⁹ Vgl. ebd., S. 47f.

¹⁸⁰ Negroponte, Nicholas: *Being Digital*, Vintage Books: New York 1995, S. 4.

globalizing, harmonizing, and empowering“¹⁸¹ – in einem im selben Jahr erschienenen und bezeichnenderweise mit „Reasons for Optimism“¹⁸² überschriebenen Artikel weiter aus.

Interessanterweise macht der Informatiker die Dezentralisierung der Welt in Zeiten zunehmender Vernetzung an der dezentralen Struktur des digitalen Angebots fest. – Eine Prämisse, die sich heute angesichts der quasi-monopolartigen Stellung einzelner Konzerne nicht mehr ohne weiteres halten lässt. Negroponte beschreibt eine Gesellschaft, in der digitale Bürger unabhängig von räumlichen und gesellschaftlichen Grenzen in losen Kollektiven Lösungen für Probleme jeder Art suchen. Dabei spricht er mit Ressourcenknappheit und Weltarmut direkt immanent politische Herausforderungen an, die die analogen Regierungen bisher nicht lösen konnten – „While the politicians struggle with the baggage of history, a new generation is emerging from the digital landscape“¹⁸³. Die zunehmende Vernetzung der Weltbevölkerung soll dabei auch zu einer neuen Form von Globalisierung führen und eine neue Ära der internationalen Politik einläuten. Welche weitreichenden Konsequenzen Negroponte mit dieser Entwicklung verknüpfte, wird klar, wenn er später medienwirksam die Auflösung der Vereinten Nationen fordert: „Disband the United Nations and start over again“¹⁸⁴.

Diese Darstellung einer neuen digitalen Gesellschaft lässt sich dabei als konsequente Weiterführung von Rheingolds Vision Virtueller Gemeinschaften lesen. Wo der Sozialwissenschaftler eine engere Verbindung auf der persönlichen Ebene beschrieb, träumt Negroponte direkt von umfassender „world harmony“¹⁸⁵, in der der ständige Wettbewerb zwischen Individuen, Staaten und Weltregionen überwunden werden kann. Verbunden mit seiner Überzeugung, die zunehmende Vernetzung der Menschheit könnte dem einzelnen Nutzer nie dagewesene Möglichkeiten eröffnen, sich in den politischen Prozess einzubringen, klingt dabei zusätzlich die im *Baukasten zu einer Theorie der Medien* beschriebenen Ermächtigung der bisher unterdrückten Klassen an. Auch Negropontes sehr konkretes Ziel, Kinder in Entwicklungsländern den Zugang zu preiswerten Laptops zu ermöglichen, um ihre politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme anzugehen, deutet auf diese politische Lesart hin. Dieses Projekt verfolgt er bis heute, obwohl er – ähnlich wie Enzensberger – Anfang der 2010er von einigen seiner allzu optimistischen Hoffnungen

¹⁸¹ Negroponte, Nicholas: „The Digital Revolution: Reasons for Optimism“, in: *The Futurist* 6/1995, S. 68.

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Jackson, Nicholas: *Nicholas Negroponte: 'Disband the United Nations'*, The Atlantic, 2010, <https://www.theatlantic.com/technology/archive/2010/10/nicholas-negroponte-disband-the-united-nations/64049/> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

¹⁸⁵ Negroponte: „The Digital Revolution: Reasons for Optimism“, S. 68.

Abstand nahm: „Wir waren Ende des letzten Jahrtausends, da nehme ich mich nicht aus, so euphorisch, dass wir den Boden unter den Füßen verloren haben.“¹⁸⁶

2.4.3 Merkmale politischer Berichterstattung in der digitalen Welt

Zu der von repräsentationszentrierten Netzooptimisten geforderten stärkeren Transparenz politischer Prozesse gehören auch neue Formen der digitalen Berichterstattung. Tatsächlich bieten die neuen Medien politischen Journalisten die Möglichkeit schneller, unabhängiger und mit ungekannter Reichweite zu berichten. Allerdings steht der politisch interessierte Konsument im schnelllebigen Internet-Zeitalter auch vor neuen Herausforderungen. So zeichnete der Kommunikationswissenschaftler Gerhard Vowe Mitte der 2010er ein differenziertes Bild der Chancen und Risiken des digitalen Politikjournalismus, das der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel in einer aktuellen Studie unter den Punkten *Volatilität*, *Pluralität* und *Viralität* zusammenfasst. Im Folgenden werden die einzelnen Punkte kurz dargestellt und auf ihre Bedeutung während der politischen Berichterstattung über den Arabischen Frühling hin untersucht.

Mit der Etablierung der digitalen Medien ist das Tempo der politischen Berichterstattung drastisch gestiegen. Journalisten sind nicht mehr an feste Druck- oder Ausstrahlungszeiten gebunden und können nahezu in Echtzeit über politische Prozesse berichten. Besonders in Extremsituationen haben sich internetaffine Konsumenten inzwischen an eine zeitnahe, regelmäßig aktualisierte journalistische Aufarbeitung gewöhnt und reagieren dementsprechend schnell auf politische Entscheidungen.¹⁸⁷ Für Merkel passen sich die Onlineredaktionen damit mehr und mehr dem „gestiegenen Tempo der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Welt an“¹⁸⁸. – Eine Entwicklung, die entscheidende Vorteile für die Online-Leser hat, aber in dem Moment problematisch wird, in dem die journalistische Sorgfaltspflicht der „Herrschaft der Geschwindigkeit“¹⁸⁹ zum Opfer fällt. Der Politikwissenschaftler kritisiert dabei insbesondere die Praxis zahlreicher elektronischer Medien, auf nicht verifizierte Informationen und Bilder aus digitalen Netzwerken zurückzugreifen, nur um möglichst zeitnah berichten zu können.

¹⁸⁶ Graff, Bernd; Hans-Jürgen Jakobs: *Erfolg ist der Feind*, Süddeutsche Zeitung, 2010, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/im-interview-internet-vordenker-nicholas-negroponte-erfolg-ist-der-feind-1.435402> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

¹⁸⁷ Vgl. Vowe, Gerhard: „Digital Citizens und Schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie“, in: Voss, Kathrin: *Internet und Partizipation Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Springer: Wiesbaden 2014, S. 25f.

¹⁸⁸ Merkel, Wolfgang: „Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis“, in: *Otto-Brenner-Stiftungs-Arbeitsheft* 2015, S. 66.

¹⁸⁹ Ebd.

Daneben befürchtet Merkel, die ständige Verfügbarkeit von hoch aktuellen Informationen aus verschiedensten politischen Brennpunkten könnte zu einer Überforderung der Konsumenten und damit schließlich „zu einer größeren Flüchtigkeit der politischen Einmischung führen“¹⁹⁰. So könnten die Leser die unübersichtliche Flut an Berichten und Meldungen auf sich allein gestellt nicht richtig einordnen und würden sich – nach einer kurzen Phase der Anteilnahme – leicht von nachströmenden Nachrichten ablenken lassen. Während diese Problematik für westliche Demokratien durch verschiedene Studien bestätigt wird¹⁹¹, erwiesen sich die Möglichkeiten der digitalen Live-Berichterstattung im Rahmen des Arabischen Frühlings als äußerst nützlich für die revolutionären Kräfte. Von den arabischen Medien gelang es besonders Al Jazeera aktuelle Entwicklungen online nachzuzeichnen und einzuordnen. Daneben nutzte der Sender seine digitalen Ressourcen, um Aktivisten zu Wort kommen zu lassen, die in den strikten Grenzen der TV-Sendezeit wohl keinen Platz gefunden hätten.¹⁹² Auch Laien-Berichtersteller griffen immer wieder auf verschiedene Online-Kanäle zurück, um live aus dem Revolutionsgeschehen heraus zu berichten und das Vorgehen von Sicherheitskräften und Regierung öffentlich zu machen.¹⁹³

Der Verbreitung von politischer Information und Berichterstattung in der digitalen Welt sind „räumlich keine wirklichen Grenzen“¹⁹⁴ gesetzt. Potentiell können jederzeit Nachrichten aus jedem politischen System der Welt abgerufen werden – Merkel nennt nur die Sprachbarriere als letztes trennendes Element. Tatsächlich haben sich nahezu alle größeren westlichen Zeitungen eine Onlinepräsenz aufgebaut und versuchen ihren qualitativen Ansprüchen auch in der digitalen Welt gerecht zu werden. Den etablierten Medien stehen dabei unzählige kleinere Online-Magazine und Blogs gegenüber, die „ungefiltert und hierarchiefrei“¹⁹⁵ ihre eigene Sicht auf das politische Weltgeschehen darstellen. Dabei wird schon die schiere Vielfalt an Möglichkeiten, an der Berichterstattung im digitalen Raum teilzunehmen, zur Herausforderung für die Kommunikationswissenschaft.¹⁹⁶ Merkel betont dabei auch das grundsätzlich egalitäre Potential dieser grenzenlosen Pluralität. In den Weiten der Onlinewelt finden sich Medien jeder politischen Ausrichtung nur einen Mausklick voneinander entfernt.

¹⁹⁰ Merkel, S. 66.

¹⁹¹ Vgl. Moser, S. 17.

¹⁹² Vgl. Al Jazeera-Webseite: *Spring Movements*, 2011, <http://www.aljazeera.com/programmes/frames/2011/05/201154164757979220.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

¹⁹³ Vgl. Duncombe, Constance: *The Twitter Revolution? Social Media, Representation and Crisis in Iran and Libya*, 2010, <http://law.anu.edu.au/coast/events/apsa/papers/151.pdf> (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 32.

¹⁹⁴ Merkel, S. 66.

¹⁹⁵ Ebd., S. 67.

¹⁹⁶ Vgl. Vowe, S. 30.

– „Nie war es einfacher, billiger, schneller, an jedwede politischen Informationen zu kommen, als heute.“

Allerdings kann dieses unübersichtliche Nebeneinander unterschiedlichster Informationsquellen auch zu einer gesamtgesellschaftlichen Gefahr werden. So können die verschiedenen Online-Portale „ebenso informieren wie desinformieren“¹⁹⁷, damit steigt die Bedrohung durch Fehlinformationen und Propaganda. Merkel warnt allgemein vor Nachrichten ohne nachvollziehbare Quellenangaben und geht hier interessanterweise besonders auf islamistische Organisationen ein. Der Politikwissenschaftler setzt dabei wenig Hoffnung in die Konsumenten, denen er sehr allgemein einen „Mangel an kognitiven Fähigkeiten zur Selektion von wahr und unwahr, seriös und tendenziös, wichtig und banal“¹⁹⁸ unterstellt. Ohne die ordnende Hilfestellung der Qualitätsmedien sind die Leser den diversen digitalen Manipulations- und Propaganda-Maschinerien hilflos ausgeliefert. Gerade der seriöse, unabhängige Journalismus hat für Merkel aber keinen Platz mehr in der neuen Online-Pluralität. So entwirft er das düstere Bild einer „finanzdarwinistische[n] Selektion auf dem Nachrichtenmarkt“¹⁹⁹, in der kostenlose Blogs und News-Portale die teuren Qualitätszeitungen langsam aber sicher aus dem Geschäft drängen.

So problematisch die nahezu unüberschaubare Flut von anonymen Internetquellen und ungeprüften Inhalten für gefestigte Demokratien sein kann, so wichtig wird sie beim Kampf gegen diktatorische Regime. Merkel beschreibt die Intransparenz der digitalen Berichterstattung als entscheidenden Schutzfaktor für Netzaktivisten, die in der „anarchisch[en]“²⁰⁰ Welt der Onlineportale agieren könnten ohne direkte Verfolgung befürchten zu müssen. Im konkreten Fall des Arabischen Frühlings spricht der Politikwissenschaftler den neuen Medien so eine „erhebliche Rolle“²⁰¹ bei den Aufständen zu. Tatsächlich gelang es zahlreichen arabischen Aktivisten trotz diversen Identifizierungsversuchen der Sicherheitsorgane²⁰² lange ihre digitale Revolutionsarbeit unentdeckt zu leisten. Dabei wollten sie oft nicht nur die staatlichen Propagandabemühungen untergraben, sondern der Meinungs-Pluralität auch ein eigenes „Alternativ-Bild“²⁰³ zur allgegenwärtigen westlichen Berichterstattung hinzufügen.

¹⁹⁷ Merkel, S. 67.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Ebd., S. 70.

²⁰² Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 71f.

²⁰³ Kircher, S. 125.

Merkel beschreibt einen allgemeinen „Trend zur ‚Boulevardisierung‘ der Online-Nachrichtenmedien“²⁰⁴, den er auch im Internet-Auftritt seriöser Zeitungen feststellt. Politische Zusammenhänge werden dabei zunehmend vereinfacht und Konflikte zugespitzt. Diese Veränderung könnte mit einer Verschiebung der Zielgruppe in der digitalen Welt zusammenhängen. Während die gedruckten Ausgaben sich an die schrumpfende Zahl von zahlungsbereiten Lesern richten muss, können online besonders Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen werden. So stellte auch Vowe fest, dass in Deutschland schon 12- bis 18-Jährige „das, was sie politisch wissen und meinen“²⁰⁵ oft genug aus den neuen Medien beziehen. Die Verbreitung in diesen jungen Leserkreisen hängt dabei entscheidend mit der Vermarktung in den sozialen Netzwerken zusammen. Online-Artikel werden damit bewusst auf eine hohe Like- und Teilbarkeitsquote hin geschrieben. Das umfasst neben prägnanten Überschriften und einfachem Stil auch die inhaltliche Wahl von Themen, die „überraschend und unterhaltsam [...] für die Netzgemeinde sind“²⁰⁶.

Die Anzahl von rein unterhaltenden Wortmeldungen fiel im digitalen Fahrwasser des Arabischen Frühlings naturgemäß eher gering aus, dagegen lässt sich der durchschlagende Erfolg von überraschenden – und nicht selten schockierenden – Meldungen klar nachzeichnen. So wurde das Bild des von staatlichen Kräften misshandelten und getöteten Bloggers Khaled Said zum viel geteilten „schreckliche[n/s] Symbol für den Zustand Ägyptens“²⁰⁷. Die ikonographische Macht des Fotos überwand dabei jede Sprachbarriere und verhalf dem Aktivist aus Alexandria auch im Westen zu postumer Prominenz. Trotz dieser einzelnen Erfolgsgeschichten sieht Merkel die zunehmende Gleichschaltung auf dem Feld der Online-Medien kritisch. Wo sich die Arbeit der politischen Berichterstatter weniger an der tatsächlichen Nachrichtenlage orientiert, als daran „wie Themen ‚geliked‘, ‚geshared‘ und kommentiert werden können“²⁰⁸, steht der Qualitätsjournalismus vor einer tiefgreifenden Krise.

2.4.4 Politische Nutzung der sozialen Netzwerke im Westen

Die Erwartungen repräsentationszentrierter Netzooptimisten können seit einigen Jahren online überprüft werden: Der digitale Kontakt zwischen Regierten und Regierung ist heute so einfach wie nie. Lokalpolitiker, Minister und sogar Staatschefs verfügen inzwischen über

²⁰⁴ Merkel, S. 66.

²⁰⁵ Vowe, S. 25.

²⁰⁶ Merkel, S. 66.

²⁰⁷ Ghonim, Wael: *Revolution 2.0. Wie wir mit der ägyptischen Revolution die Welt veränderten*, Econ: München 2012, S. 99.

²⁰⁸ Merkel, S. 66.

eigene Profile bei den einschlägigen sozialen Netzwerken, die sie entweder selbst oder über einen Sprecher regelmäßig bespielen. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Bruce Bimber sprach schon Anfang der 2000er von einer historisch beispiellosen Einbindung neuer Medien in den politischen Prozess.²⁰⁹ Daneben nutzen auch Privatpersonen im Westen die neuen Medien, um auf politische Missstände hinzuweisen und Bewusstsein für ein gesellschaftliches Problem zu schaffen. Im Folgenden wird kurz auf die beiden Arten der Nutzung und ihre jeweilige Effektivität eingegangen. Dabei werden drei verschiedene Typen von politischen Netzaktivisten dargestellt und verglichen, um die unterschiedlichen Erwartungshaltungen herauszuarbeiten, die mit dem politischen Potential der neuen Medien verbunden werden.

Westliche Politiker schätzen die sozialen Netzwerke als Plattform, um ohne großen Aufwand breite Bevölkerungsschichten zu erreichen. Besonders Facebook lädt die Bürger durch die Antwortfunktion dabei zusätzlich zu einer Reaktion auf die geposteten Inhalte und einer direkten Kommunikation mit ihren politischen Vertretern ein. Ein entscheidender Trendsetter war hier Barack Obama, der im Rahmen des US-Präsidentschaftswahlkampfes 2008 eine aufwändige digitale Wahlkampagne über Facebook betrieb und dabei „geschickt die Mittel des Netzwerkes und die dort vorgegebenen ‚intimeren‘ Kommunikationsformen“²¹⁰ nutzte. So ließ er die anderen Nutzer nicht nur an seinen politischen Standpunkten teilhaben, sondern inszenierte auch sein Privatleben öffentlichkeitswirksam, indem er beispielsweise Privatfotos oder seinen Musikgeschmack mit der digitalen Welt teilte.

Einen aktuelleren Einblick in die Netzwerknutzung westlicher Politiker liefert der *Social Media Leitfaden 2013* des CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Tauber. Der Politiker warnt davor, Facebook und Twitter lediglich als „verlängerte[n] Arm der Pressestelle“²¹¹ zu verstehen. Ganz nach dem Vorbild von Obamas Wahlkampf, sollte sich der politische Nutzer jederzeit authentisch präsentieren – wobei trotzdem Wert auf eine klare Trennung zwischen privater und professioneller Netzwerknutzung gelegt wird.²¹² Tatsächlich geht Tauber auch immer wieder auf die digitalen Möglichkeiten der direkten Kommunikation und Diskussion mit Privatpersonen ein: „Die Nutzer werden Fragen stellen. Sie fordern zusätzliche Informationen ein. Sie werden widersprechen“²¹³. Im Idealfall soll dabei auf jede ernst

²⁰⁹ Vgl. Bimber, Bruce: *Information and American Democracy: Technology in the Evolution of Political Power*, Cambridge University Press: Cambridge 2003, S. 1.

²¹⁰ Moser, S. 2.

²¹¹ Tauber, Peter: *Social Media Leitfaden 2013. Soziale Medien in der politischen Kommunikation*, 2013, <http://www.petertauber.de/wp-content/uploads/2013/04/SocialMedia-Leitfaden-Peter-Tauber-2013.pdf> (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 10.

²¹² Vgl. ebd., S. 7.

²¹³ Ebd., S. 12.

gemeinte Kritik eingegangen und die offene Diskussion mit interessierten Bürgern gesucht werden.²¹⁴ Dieser Ansatz einer Debattenkultur zwischen Repräsentanten und Repräsentierten online dürfte ganz im Sinn der Vertreter eines repräsentationszentrierten Netzoptimismus sein.

Empirische Untersuchungen legen allerdings den Schluss nahe, dass bei Weitem nicht alle europäischen Politiker Taubers Optimismus teilen. Tatsächlich werden besonders seine Ratschläge zum Umgang mit digitalen Kommentatoren häufig missachtet. So beschrieb Armin Grunwald, der Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestags, den Trend, Foren zu schließen oder Webseiten ganz abzuschalten, sobald „die Zahl der Einträge zu groß und die Kritik zu stark“²¹⁵ würde. Der Sozialwissenschaftler Jens Weiß warnte 2013 davor, dass digitale Partizipation sich zu einer in Regierungskreisen beliebten – weil vergleichsweise kostengünstigen – Methode der demokratischen Teilhabe entwickeln könnte, die in akuten Entscheidungssituationen aber als weniger bindend behandelt werde, als traditionelle Partizipationsformen. Digitale Leserbriefe und Petitionen blieben so unverhältnismäßig oft folgenlos, was unter Netzaktivisten zu Unverständnis, Frustration und Flucht in politische Passivität führen könnte: „Akteure, die oft nach ihrer Meinung gefragt werden, dann aber die Erfahrung machen, dass ihre Meinung nicht umgesetzt wird, verlieren typischerweise schnell ihre Motivation zur Beteiligung.“²¹⁶

Daneben wird Taubers Euphorie über „kostengünstig[e], schnell[e] und vor allem zielgruppengenaue“²¹⁷ politische Kampagnen über soziale Netzwerke von wissenschaftlicher Seite nur teilweise gedeckt. Die Kommunikationswissenschaftler Gerhard Vowe und Martin Emmer untersuchten die Veränderung in der politischen Kommunikation durch den Einsatz von digitalen Medien zwischen 2002 und 2009. Dabei ergab sich, dass Onlinekampagnen zwar ein breites Publikum erreichen und einen eindeutig informierenden Effekt haben, der Zugewinn an Information aber insgesamt nur einen schwachen Einfluss auf die Einstellung des Einzelnen hat.²¹⁸ Zwar ließen sich durch digitale Wahlkämpfe und Kampagnen neue Wählerschichten erschließen – doch auch durch direkte Diskussionen

²¹⁴ Vgl. Tauber, S. 21.

²¹⁵ Grunwald, Armin; Gerhard Banse; Christopher Coenen; Leonhard Hennen: *Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie*, Edition Sigma: Berlin 2006, S. 134.

²¹⁶ Weiß, Jens: „Wer rettet die Demokratie vor der E-Partizipation? Drei Fragen an elektronische Partizipationsverfahren“, in: *Verwaltung & Management*, 6/2013, S. 285.

²¹⁷ Tauber, S. 6.

²¹⁸ Vgl. Vowe, Gerhard; Martin Emmer: *Politische Mobilisierung durch das Internet? Befunde des DFG-Projekts „Politische Online-Kommunikation“ 2002 – 2009*, 2011, http://www.tu-ilmeneau.de/fileadmin/media/empk/PolKom-Dateien/Responsibility-2.0_2011.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 55.

zwischen Politikern und Bürgern könnten bestehende Einstellungen nicht effektiv beeinflusst werden.

Nach dieser ernüchternden Abrechnung mit den sozialen Netzwerken als Instrumenten der professionellen Politik, lohnt ein Blick auf das politische Potential der Onlineportale „von unten“. Aus einer Studie zur politischen Nutzung von Facebook schließt der Medienpädagoge Heinz Moser, dass viele Nutzer politischen Gruppen nur beitreten, um öffentlich „ihre Solidarität [zu] bekunde[te]n“²¹⁹. Gerade einmal die Hälfte der Befragten verfolgte die Inhalte der Gruppen weiter und nur jeder Fünfte beteiligte sich aktiv an der politischen Diskussion online. Dabei vertreten viele der Onlineaktivisten ihre Ziele genauso in der analogen Welt, die Netzwerke fungieren also lediglich „als Unterstützung von politischen Aktivitäten [...], die sich ausserhalb [sic] der Medien kristallisier[t]en“²²⁰.

Diese Zahlen decken sich mit den Ergebnissen zur Nutzung sozialer Netzwerke durch Politiker: Die digitale Welt eignet sich gut, um schnellstmöglich mit Reizthemen zu mobilisieren, während „nachhaltige politische Arbeit über ein soziales Netzwerk [...] kaum möglich ist“²²¹. Den meisten Mitgliedern geht es nur darum, kurzfristig ihre Meinung kundzutun, so dass sich die oft eindrucksvolle Zahl an Online-Unterstützern nicht in tatsächliches politisches Engagement übersetzen lässt. Merkel beschreibt das gleiche Phänomen und konstatiert eine deutliche „Senkung der Scham-, Hemm- und Hasschwelle“²²², wann immer kontroverse Themen zur Diskussion stehen. So erklärt er auch das Phänomen der Shitstorms, die meist genauso schnell wieder abflauen, wie sie aufgezogen sind. Nach einer kurzen Phase des öffentlichen Interesses bleiben die meisten politischen Gruppen damit relativ folgenlos. – Ein Automatismus, der auch bei der Betrachtung der Ereignisse des Arabischen Frühlings relevant werden wird.

2.4.5 Typologie der Netzaktivisten

Diese Ergebnisse untergraben dabei nicht nur allzu optimistische Modelle aus den frühen Phasen des Internets, sondern auch die bis in die Mitte der 2000er präsente Hoffnung, die Organisationsstruktur von Netzaktivisten könnte Einfluss auf das westliche politische System im Ganzen nehmen. So ging der US-amerikanische Soziologe Jeffrey Juris noch 2005 davon aus, dass die digitale europäische und amerikanische Protestkultur einer analogen demokratischen Revolution den Weg ebnen könnte. Den Onlineaktivisten schrieb er dabei

²¹⁹ Moser, S. 13.

²²⁰ Ebd., S. 17.

²²¹ Ebd.

²²² Ebd., S. 86.

eine allgemeine, auf Werte wie Meinungsfreiheit und Pluralismus gegründete „hacker ethic“²²³ zu. Ihre losen Organisationen sollten als „democratic laboratories“²²⁴ neue Formen demokratischer Beteiligung entwickeln, die ihren Weg in den politischen Alltag finden würden.

Weniger optimistische Beobachter warnten dagegen immer wieder davor, die verschiedenen Formen von digitalem Aktivismus auf diese Weise zu vereinheitlichen. So beschreibt die Politikwissenschaftlerin Claudia Ritzi in einer deutschlandweiten Studie über die Motive für politische Beteiligung in der digitalen Welt im Jahr 2014 drei verschiedene Typen von Netzaktivisten. Zur Gruppe der *political activists* zählt sie dabei die Nutzer, die die digitalen Möglichkeiten vorrangig nutzen, um ihr Offline-Engagement zu unterstützen. Dementsprechend finden sich hier zahlreiche Mitglieder politischer Organisationen, die beispielsweise auf partei-interne Online-Netzwerke zugreifen. So engagiert sich in Ritzis Befragung knapp die Hälfte der *political activists* in einer Partei und etwa ein Drittel gehört einer anderen politischen Vereinigung an. Daneben bevorzugt die Gruppe solche Formen der Partizipation, „bei dem die Planung online, der Ausdruck aber auf der Straße stattfindet“²²⁵, wie es bei zahlreichen Demonstrationen der Fall ist. Die *political activists* wollen mit ihrem Engagement mehrheitlich konkreten Einfluss auf den politischen Prozess nehmen, legen Wert auf direkten Kontakt zu Entscheidungsträgern – und setzten dabei große Hoffnungen auf die Möglichkeiten der digitalen Welt. So sind knapp Zweidrittel der Befragten überzeugt, dass die politische „Einflusskraft des Internets“²²⁶ in Zukunft zunehmen wird und begrüßen besonders die neuen Möglichkeiten des Online-Wahlkampfes.

Als zweite Gruppe behandelt Ritzi *political net activists*, die sich vorwiegend online engagieren. Interessanterweise sind auch diese Aktivisten verhältnismäßig oft in analogen Verbänden organisiert. So gehört jeder fünfte Befragte einer Gewerkschaft an und jeder Dritte ist Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation. Im Durchschnitt haben die *political net activists* sogar ein größeres Interesse an politischen Themen, als die auf die Offlinewelt beschränkten Aktivisten. Ein entscheidender Unterschied ist allerdings die verschiedene Motivation der beiden Gruppen. Während *political activists* meist überzeugt sind, mit ihrem Handeln konkreten Einfluss auf den Entscheidungsprozess der Politiker zu nehmen, wird von Onlineaktivisten „oft auch der Spaßfaktor der Aktivitäten hervor-

²²³ Juris, Jeffrey: „Networked social movements: global movements for global justice“, in: Castells, Manuel: *The Network Society: A Cross-Cultural Perspective*, Edward Elgar Publishing: Northampton 2005, S. 342.

²²⁴ Ebd., S. 357.

²²⁵ Ritzi, Claudia; Gary Schaal; Vanessa Kaufmann: *Zwischen Ernst und Unterhaltung. Eine empirische Analyse der Motive politischer Aktivität junger Erwachsener im Internet*, 2012, <https://www.digitale-chancen.de/assets/includes/sendtext.cfm?aus=11&key=997> (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 31.

²²⁶ Ebd.

gehoben“²²⁷ – eine Einschätzung, die Mosers Warnung vor einer Verflachung der politischen Debattenkultur online unterstreicht. Das tatsächliche Potential der digitalen Partizipation wird als eher gering eingeschätzt, was für Ritzi zu einer deutlichen „Diskrepanz zwischen den eingesetzten Ressourcen (vor allem Zeit) und dem wahrgenommenen Einfluss“²²⁸ führt, auf deren Folgen später noch eingegangen wird. Trotzdem gehen auch *political net activists* davon aus, dass das Internet im politischen Alltag an Bedeutung gewinnen wird, wobei die Onlinearbeit der etablierten Parteien durch die Bank als mangelhaft kritisiert wird. Allein die Piratenpartei kann mit ihren digitalen Angeboten deutlich über die Hälfte der befragten Aktivisten überzeugen.

Studienteilnehmer, die sich durch ihr Online- und Offline-Engagement für beide Fraktionen qualifizieren, fasst Ritzi schließlich in der Gruppe der *allround-activists* zusammen. Wie zu vermuten sind diese Aktivisten deutlich interessierter an politischen Fragen und auch öfter Mitglieder in Parteien als die vorrangig analog oder digital engagierten Teilnehmer. *Allround-activists* zeichnen sich dabei durch eine vergleichsweise differenzierte Einschätzung der verschiedenen Partizipationsformen aus. Aktionen, an denen on- wie offline teilgenommen werden kann – wie das Unterzeichnen einer Petition –, werden bevorzugt per Internet erledigt. Soziale Netzwerke wie Facebook gelten als hilfreiche „Instrument[e] zur aktiven Beeinflussung politischer Entscheidungen“²²⁹, während privaten Blogs und Foren keine tatsächliche Wirkung zugestanden wird. Schließlich gehen auch die *allround-activists* davon aus, dass die neuen Medien im Lauf der Zeit eine immer größere Rolle im politischen Prozess spielen werden.

2.5 Bewertung westlicher Netzaktivisten

Angesichts der großen Erwartungen, die die Netzoptimisten unter den westlichen Politikern an die Wirkung sozialer Netzwerke im Arabischen Frühling stellten, fällt auf, dass politische Onlineaktivisten im eigenen Land oft ganz anders bewertet wurden. Sobald sich das demokratisierende Potential der sozialen Netzwerke gegen die eigene Politik wandte, griffen auch westliche Staaten zu ähnlichen Methoden, wie sie während der arabischen Aufstände kritisiert worden waren. Besonders der US-Regierung kam dabei gelegen, dass Facebook, als privates Unternehmen mit eigener politischer Ideologie, wiederholt selbstständig unliebsame

²²⁷ Ritzi et al., S. 31.

²²⁸ Ebd.

²²⁹ Ebd., S. 33.

Gruppen gelöscht hatte.²³⁰ Aber auch europäische Regierungen diskutierten immer wieder einzelne Einschränkungen der Internetfreiheit.²³¹

Bei anderen Gelegenheiten versuchten westliche Politiker direkt den Zugriff auf soziale Netzwerke einzuschränken. Die Proteste in London im Sommer 2011 sind dabei ein besonders interessantes Beispiel, da der Auslöser der Demonstrationen der gleiche war wie in Ägypten Anfang des Jahres – die Tötung eines jungen Mannes durch staatliche Kräfte. Nachdem auch die englischen Aktivisten auf soziale Medien zurückgriffen, um ihre Proteste zu koordinieren und Stimmung gegen die Regierung zu machen, griff David Cameron zu radikalen Mitteln. Der Premierminister verkündete, alles zu unternehmen, um den Netzaktivismus einzuschränken und ließ sogar ein regionales Verbot von Facebook und Twitter diskutieren.²³² Wenige Monate später lobte er die arabischen Aktivisten und die Chance auf Demokratisierung, die sie ihren Ländern beschert hätten.²³³ Die offizielle Meinung zum Netzaktivismus ist damit stark kontextabhängig.

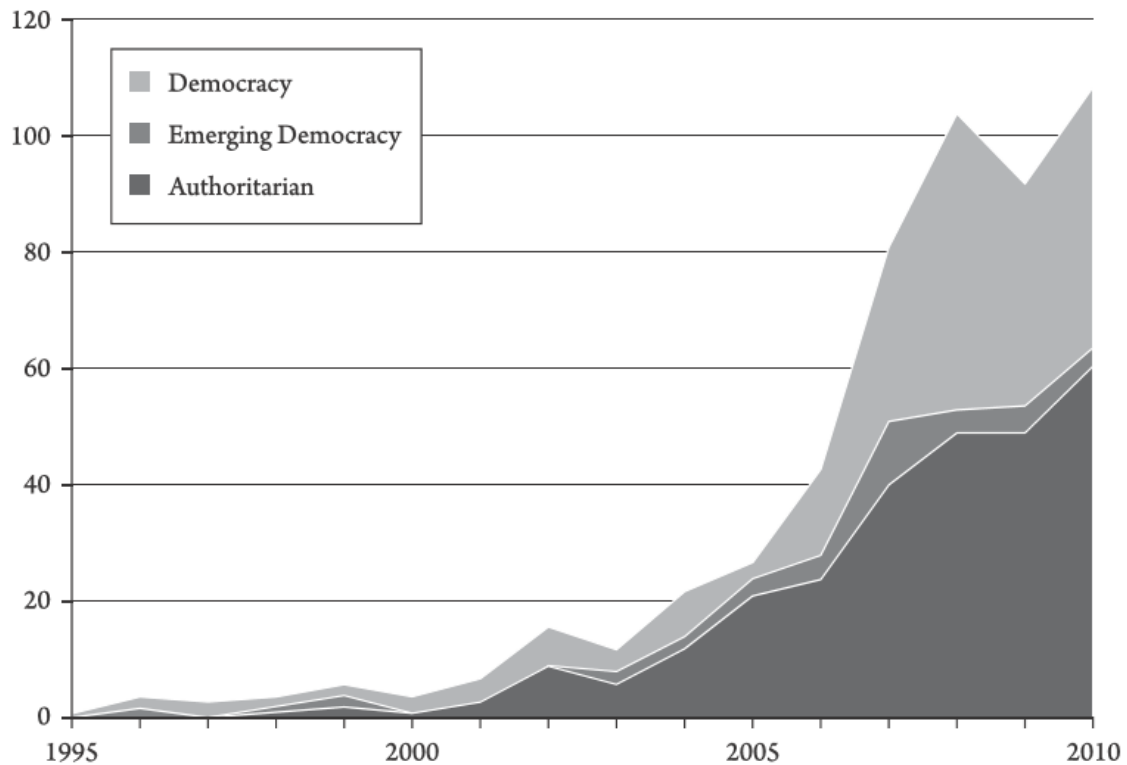
Eine Oxford Studie aus dem Jahr 2013 verglich die Anzahl der „schweren Fälle von staatlichem Eingriff in digitale Netzwerke“ und kam zu dem Ergebnis, dass demokratische Staaten in den 15 Jahren vor Beginn des Arabischen Frühlings wesentlich häufiger in die Integrität der Onlinenetzwerke eingegriffen hatten als Diktaturen oder Zwischenformen. Der signifikante Anstieg ab Mitte der 2000er könnte mit der Etablierung von Facebook und Twitter und dem damit stetig wachsenden politischen Potential der digitalen Netzwerke erklärt werden.

²³⁰ Vgl. Cook, S. 10.

²³¹ Vgl. Diamond, Larry: „Liberation Technology“, in: *Journal of Democracy*, Bd. 21, Nr. 3 2010, S. 81.

²³² Vgl. Halliday, Josh: *David Cameron considers banning suspected rioters from social media*, 2011, <http://www.guardian.co.uk/media/2011/aug/11/david-cameron-rioters-social-media> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

²³³ Vgl. BBC-Webseite: *Seize opportunity of Arab Spring, Cameron urges UN*, 2011, <http://www.bbc.com/news/uk-politics-15025599> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).



Grafik 4: Schweren Fälle von staatlichem Eingriff in digitale Netzwerke nach Regierungsform
 Quelle: Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 78.

Auch in den Begründungsmustern, die zur Einschränkung der Onlinefreiheit angeführt werden, besteht auffallende Ähnlichkeit zwischen den arabischen und westlichen Staaten. Der Zugriff auf soziale Medien wird in beiden Fällen mit Hinweis auf die Wahrung der öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit gerechtfertigt. Mit diesem Argument wurden 2009 sogar zwei US-Amerikaner verhaftet, weil sie per Twitter über die Polizeiaktivitäten während einer G20-Demonstration in Pennsylvania berichtet hatten.²³⁴ Diese Methoden unterscheiden sich kaum mehr von denen arabischer Regierungen und machen deutlich, dass bei der US-amerikanischen Forderung nach einem weltweit frei politisch nutzbaren, demokratischen Internet mit zweierlei Maß gemessen wird. So werden aus begeisterten Befürwortern Gegner der politischen Macht sozialer Netzwerke, sobald die eigene Politik ins Visier von Onlineaktivisten gerät.

2.6 Einfluss auf die Verfolgung von Netzaktivisten

Daneben wiesen einzelne Medien, wie das *Dalhousie Journal of Interdisciplinary Management*, darauf hin, dass der öffentliche Einsatz insbesondere der US-Regierung für ein freies, globales Internet den Netzaktivisten in diktatorisch regierten Staaten unter Umständen

²³⁴ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 82f.

sogar schaden kann.²³⁵ Waren die Machthabenden im arabischen Raum insbesondere durch ihre unkontrollierbare, schnelle Verbreitung von vornherein skeptisch gegenüber den neuen Medien²³⁶, lenkten westliche Regierungen ihre Aufmerksamkeit noch stärker auf den aufkeimenden Onlineaktivismus. Der offen zur Schau getragene Netzoptimismus im Westen führte damit zu einer strengeren Verfolgung kritischer Internetnutzer.²³⁷ Dieser Vorwurf lässt sich auch auf allzu netzoptimistische Berichterstatter anwenden. So dürften beispielsweise die teilweise euphorischen Reaktionen westlicher Medien auf die iranische Revolution 2009 einige arabische Regierungschefs in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt haben. Um der befürchteten Gefahr durch Onlineaktivisten Herr zu werden wurden teilweise die Internetgesetze verschärft und mehr Kräfte für die Überwachung und Sicherung der digitalen Welt abgestellt. So konnten letztlich mehr politisch engagierte Internetnutzer erfasst und – auch zu Abschreckungszwecken – hart bestraft werden.²³⁸ Diese Entwicklung traf dabei interessanterweise nicht nur auf die arabischen Staaten zu, sondern strahlte auch in andere Teile der Welt ab. So berichtet die internationale Nichtregierungsorganisation Freedom House 2012, dass China, Russland und weitere autokratisch regierte eurasische Staaten mit Repressionen gegen die politischen Gegner auf die Ereignisse des Arabischen Frühlings reagierten. Insbesondere die chinesische Regierung ging dabei gezielt gegen Onlineaktivisten vor, verschärfte ihre Kontrolle über die digitale Welt und verhaftete zahlreiche Oppositionelle.²³⁹

Besonders verhängnisvoll ist dabei die implizite Verknüpfung von US-amerikanischer Außenpolitik mit regierungskritischem Netzaktivismus. Indem US-Regierungsvertreter wieder und wieder das demokratisierende Potential der Netzwerke beschworen, konnte das Internet leicht als Werkzeug zur Durchsetzung eigener politischer Interessen erscheinen. Das mussten insbesondere die arabischen Teilnehmer an US-finanzierten Seminaren zum Thema Onlineaktivismus am eigenen Leib erfahren, von denen viele nach der Rückkehr in ihre Heimatländer von staatlicher Seite „verhört bzw. eingeschüchtert“²⁴⁰ wurden. Auch das allgemein nicht besonders hohe Ansehen der Netzaktivisten in der Bevölkerung, nahm durch eine zu enge Verknüpfung mit US-amerikanischen Interessen weiter Schaden. So sahen selbst politisch engagierte Einheimische in den Onlineaktivisten eher Agenten einer fremden Macht

²³⁵ Vgl. Cook, S. 9f.

²³⁶ Vgl. Hammond, Andrew: *Popular Culture in the Arab World*, The American University in Cairo Press: Kairo 2007, S. 118.

²³⁷ Vgl. Cook, S. 10.

²³⁸ Vgl. Freedom House: *Syria 2010*.

²³⁹ Freedom House: *The arab uprising and their global repercussions*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2012> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

²⁴⁰ Pabst et al., S. 59.

als patriotische Freiheitskämpfer. Für breite Bevölkerungsgruppen, die sich aus dem „empfundene Würgegriff des Westens“²⁴¹ befreien wollten, schieden sie damit als politische Vorbilder aus. Besonders in der strategisch so wichtigen Gruppe der Aufständischen hatten die – gelegentlich spöttisch als „Pyjamadeen“²⁴² bezeichneten – Internetaktivisten dabei auch wegen der als verhältnismäßig risikoarm empfundenen Art ihres Protests von vornherein einen schweren Stand.

3. Selbst- und Fremdbild des Orient in Abgrenzung zum Westen

3.1 Orientalismus

Mit seinem 1978 veröffentlichten *Orientalism* leistete der palästinensisch-stämmige Literaturwissenschaftler Edward Said einen entscheidenden Beitrag zur Auslotung der Unterschiede zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung des arabischen Raums. Said zeichnete hier den wissenschaftlichen Blick der westlichen Welt auf den Nahen Osten und Nordafrika vom Mittelalter bis in seine Gegenwart nach und kritisierte die für ihn zu homogene und klischeebelastete Darstellung der orientalischen Länder. Mit seinem Buch stieß er „eine der wichtigsten Debatten über das Verhältnis zwischen ‚dem Westen‘ und ‚dem Orient‘“²⁴³ der vergangenen Jahrzehnte an und teilte die wissenschaftliche Welt in zwei Lager. Während sein Ruf nach einer differenzierteren Wahrnehmung der verschiedenen orientalischen Kulturen zahlreiche Befürworter fand, wiesen viele der kritisierten Wissenschaftler Saims Vorwürfe entschieden zurück. Im Folgenden werden die zentralen Aussagen des Orientalismus nachgezeichnet und verschiedene Kritikpunkte untersucht. Im Anschluss wird überprüft, inwieweit sich die in *Orientalism* erhobenen Vorwürfe auch auf die westliche Darstellung des Arabischen Frühlings anwenden lassen.

3.1.1 Geschichte

Said sieht die napoleonische Ägypten-Expedition und die damit verbundene umfassende Erforschung der arabischen Welt durch französische Wissenschaftler Ende des 18. Jahrhunderts als Geburtsstunde des modernen Orientalismus. Verschiedenste Forschungszweige versuchten seitdem Kultur und Gesellschaft des Orients in westliche Terminologie zu

²⁴¹ Pabst et al., S. 145.

²⁴² Krieger (*Mujahdeen*), die in Pyjamas vor ihren Bildschirmen sitzen, statt auf der Straße zu demonstrieren, vgl. Kircher, S. 121.

²⁴³ Schmidinger, Thomas: *Orientalismus und Okzidentalismus. Zur Einführung in die Begrifflichkeiten und die Debatte*, homepage.univie.ac.at/~schmidt8/php/lehre/orientalismus_okzidentalismus.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 1.

fassen, griffen dabei aber immer wieder auf grobe Vereinfachungen und Stereotype zurück.²⁴⁴ Diese verfälschende Darstellung fand ihren Weg in den westlichen Bildungskanon, setzte sich zwei Jahrhunderte lang ohne deutliche Abweichung in Lehr- und Fachbüchern fort und wurde „durch wissenschaftliche, politische, literarische u.a. Institutionen gestützt“²⁴⁵. Viele der Klischees, die hier bedient wurden, haben dabei lange Tradition im Westen. So zieht Said eine Verbindung zwischen mittelalterlicher islam-feindlicher Polemik und einem Universitätskursführer von 1975, der die arabische Sprache sehr pauschal als übertrieben martialisch bezeichnet.²⁴⁶

Die zunehmende Kolonialisierung der arabischen Welt trug weiter zur Marginalisierung der kulturellen Eigenheiten verschiedener orientalischer Länder bei. Bei vielen Wissenschaftlern des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts tauchen die ursprünglichen Bewohner der kolonialisierten Gebiete nur noch als homogene Masse auf, die leicht gelenkt und mit geringem Aufwand ruhig gestellt werden konnte.²⁴⁷ Nicht selten wurde ihnen dabei die Fähigkeit, ihre eigenen gesellschaftlichen und politischen Probleme selbst zu lösen, komplett abgesprochen, sodass die Kolonialisierung nicht als militärische Übernahme, sondern als notwendige Hilfestellung begriffen wurde. Politische oder philosophische Bewegungen innerhalb der arabischen Welt wurden entweder nicht wahr- oder nicht ernst genug genommen, um das Bild des passiven, unselbstständigen Orientalen längerfristig zu erschüttern.²⁴⁸

Dass das europäische Orientbild auch in den USA relativ unverändert übernommen worden war, wurde spätestens mit Beginn des Kalten Krieges offensichtlich. Im Feldzug gegen den Kommunismus wurden der Nahe Osten und Nordafrika zum ideologischen Spielfeld, auf dem ganze Länder binnen Kurzem die Seiten wechseln konnten.²⁴⁹ Dabei erreichte die arabische Welt im öffentlichen Bewusstsein nie den Stellenwert einer tatsächlichen, ernstzunehmenden Bedrohung, sondern wurde weiterhin auch militärisch marginalisiert. Die einzige Errungenschaft des Orients, die zu offenkundig und zu allgegenwärtig war, um sie ignorieren zu können, war die Kontrolle über weite Teile des globalen Ölmarktes. – Eine zunehmend entscheidende Macht, wie dem Westen spätestens mit der Ölkrise Anfang der 1970er, wenige Jahre vor Erscheinen des *Orientalism*, klar wurde. Said beschreibt die Bestürzung zahlreicher US-Amerikaner, dass ausgerechnet die arabische Welt den Fortschritt der westlichen

²⁴⁴ Vgl. Said, Edward: *Orientalism*, Pantheon Books: New York 1978, S. 42f.

²⁴⁵ Schmidinger, S. 2.

²⁴⁶ Vgl. Said, S. 287.

²⁴⁷ Vgl. ebd., S. 211.

²⁴⁸ Vgl. ebd., S. 207ff.

²⁴⁹ Vgl. ebd., S. 295f.

Zivilisation bedrohe, was immer wieder in der Forderung nach militärischer Annexion der Ölfelder gipfelte.²⁵⁰

In Folge seiner kolonialistischen Geschichte wurde militärische Schwäche zum festen Bestandteil der westlichen Darstellung des arabischen Raums und seiner Bewohner.²⁵¹ Dieses Klischee wurde dabei zunehmend von der nationalen auf die individuelle Ebene heruntergebrochen, Said zitiert dazu den späteren israelischen Staatspräsidenten Chaim Weizmann: „The Arabs [...] worship one thing, and one thing only – power and success“²⁵². Die kaum hinterfragte Unterordnung unter eine mächtigere Instanz wurde Teil der Charakterisierung aller Araber. Wo keine Kolonialmacht diese Position besetzte, schienen sich in der arabischen Gesellschaft ganz selbstverständlich diktatorische Strukturen herauszubilden.²⁵³ Die Region galt damit einerseits als hoffnungslos rückständig, andererseits aber auch als politisch äußerst stabil – solange die Herrschaft des Machthabers nicht herausgefordert wurde, waren die arabischen Länder „synonymous with stability and unchanging eternity“²⁵⁴.

Im krassen Gegensatz zu seinem politischen Status wurde der emotionale Status des typischen Arabers häufig als ausgesprochen wechselhaft beschrieben. Die Bewohner des arabischen Raums galten als begeisterungsfähig und leicht manipulierbar, solange man wusste, womit man sie zu ködern hatte.²⁵⁵ Statt für große politische Ideen einzutreten, waren sie eher auf persönliche Vorteile aus, oder wurden – in extremeren Fällen – vorrangig von niederen Instinkten wie Neid und Habgier bestimmt.²⁵⁶ Dieses Stereotyp wurde von Vertretern des Orientalismus beständig wiederholt und fand so seinen festen Platz im westlichen Bewusstsein. Das Bild des egoistischen Betrügers und Verbrechers prägte dabei auch über Jahrhunderte die mediale Darstellung des „typischen Arabers“. Said sieht hier Parallelen zu lange weit verbreiteten antisemitischen Klischees. Besonderes Augenmerk legt er dabei auf den häufig ins Absurde gesteigerten Sexualtrieb (männlicher) arabischer Figuren.²⁵⁷ Eine solche Übersexualisierung findet sich auch in wissenschaftlichen Texten immer wieder und wird teilweise mit dem angenommenen geringeren Entwicklungsstand der „arabischen Rasse“ verknüpft. Für Said ist diese gleichberechtigte Darstellung widersprüchlicher Stereotype – politisch passiver Untertan einerseits und triebgesteuerter Aggressor andererseits – ein klares

²⁵⁰ Vgl. Said, S. 285ff.

²⁵¹ Vgl. ebd., S. 204f.

²⁵² Nach ebd., S. 306.

²⁵³ Vgl. ebd., S. 205.

²⁵⁴ Ebd., S. 240.

²⁵⁵ Vgl. ebd., S. 309f.

²⁵⁶ Vgl. ebd., S. 249.

²⁵⁷ Vgl. ebd., S. 286f.

Indiz, dass der Orientalismus jeden wissenschaftlichen Anspruch verwirkt hat: „it is in the logic of myths [...] to welcome radical antitheses.“²⁵⁸

Trotz dieser durchgehend negativen Charakterisierung seiner Einwohner behielt die Region in europäischen und US-amerikanischen Augen lange auch eine anziehende Aura des Geheimnisvollen, Exotischen und Abenteuerlichen.²⁵⁹ Die scheinbar so unzivilisierten arabischen Länder wurden für viele zum von Räubern und „camel-riding nomad[s]“²⁶⁰ bevölkerten Raum von Legenden. Auch in wissenschaftlichen Kreisen blieben traditioneller Kopfschmuck und Gewänder bis in Saids Gegenwart hinein fester Bestandteil des „typischen Arabers“. Diese Faszination für orientalische Traditionen ging dabei teilweise sogar mit einer Anerkennung der vergangenen Errungenschaften der arabischen Welt einher, wobei nie vergessen wurde zu betonen, dass solche Leistungen in Zukunft nicht mehr zu erwarten seien.²⁶¹ Die modernen Araber waren hier nicht mehr als minderwertige Abbilder einer einstigen Hochkultur²⁶², die – wie der britisch-amerikanische Historiker Bernard Lewis argumentierte – in ihrem Schwelgen in vergangenem Ruhm jeden Bezug zur Gegenwart verloren hätten.²⁶³

Seit dem frühen 19. Jahrhundert griffen westliche Wissenschaftler bei der Kategorisierung der arabischen Gesellschaft und Kultur immer wieder auf rassetheoretische Argumente zurück. In einer zunehmend populären Deutung der darwinschen Evolutionstheorie sahen viele schließlich einen unumstößlichen biologischen Beweis für die grundsätzliche Ungleichheit der Rassen.²⁶⁴ Teilweise wurde Arabern das Menschsein kurzerhand ganz abgesprochen.²⁶⁵ In diesem Modell waren sie nicht mehr nur weniger zivilisiert, sondern qua Geburt unfähig aus eigener Kraft eine Zivilisation nach westlichem Vorbild zu errichten. Said nennt verschiedene Auswüchse dieser Theorie, nach denen die Denkfähigkeit des arabischen Menschentyps entweder entscheidend eingeschränkt oder überhaupt nicht ausgebildet ist. Positive Charakterisierungen der – immer sehr homogen gezeichneten – orientalischen Gesellschaft oder Psyche finden sich dagegen kaum.²⁶⁶ Solche Modelle kamen auch den kolonialistischen Bestrebungen der europäischen Länder sehr gelegen, machten sie die Araber doch zu Wilden, die auf die dauernde Unterstützung und Kontrolle des zivilisierteren Westens angewiesen waren.

²⁵⁸ Said, S. 312.

²⁵⁹ Vgl. ebd., S. 203f.

²⁶⁰ Ebd., S. 285.

²⁶¹ Vgl. ebd., S. 288.

²⁶² Vgl. ebd., S. 232f.

²⁶³ Vgl. ebd., S. 318.

²⁶⁴ Vgl. ebd., S. 206.

²⁶⁵ Vgl. ebd., S. 108.

²⁶⁶ Vgl. ebd., S. 310.

Die Folgen solcher Theorien für die wissenschaftliche Welt sieht Said bis in seine Gegenwart. Während sich verschiedene orientalistische Unterdisziplinen immer weiter ausdifferenzierten und allzu überholte, einseitige Darstellungen nach und nach ablegten, blieb die Erforschung des arabischen Raums unverändert stereotyp.²⁶⁷ Forscher versuchten dabei weiterhin ihre klischeebelasteten Vorstellungen mit aktuellen naturwissenschaftlichen Argumenten zu decken – so wurde noch in den 1970ern behauptet, ein gemeinsames Gen sei für die gewaltbereite und betrügerische Natur aller Araber verantwortlich. Die Gewohnheit westlicher Medien, Nachrichten aus dem arabischen Raum bevorzugt mit Menschenmengen in emotionalen Ausnahmesituationen – Said nennt „mass rage and misery, or irrational [...] gestures“²⁶⁸ – zu bebildern, unterstützte dabei das Gefühl einer fremden, weniger zivilisierten Rasse gegenüberzustehen. Für den Einzelnen konnte diese biologische Ausgrenzung dabei sehr konkrete Konsequenzen haben. So bezichtigt Said den Staat Israel, arabischen Bürgern bestimmte Rechte mit Verweis auf ihren „geringeren Entwicklungsstand“ vorzuenthalten. Araber, die gegen diese Ungleichbehandlung protestierten, würden als Beleg für die grundsätzlich gewaltbereite Natur ihrer Rasse gesehen und leichtfertig als Terroristen eingestuft.²⁶⁹

Das lange gehegte Bild der arabischen Welt als dauerhaft politisch stabile und passive Region bekam spätestens mit der Revolte zwischen 1916 und 1918 erste Risse. Verschiedene arabische Stämme stellten sich hier in einem offenen Partisanenkrieg gegen ihre osmanischen Machthaber und wurden dabei von Großbritannien mit Waffenlieferungen, taktischer Beratung und großzügiger Besoldung unterstützt.²⁷⁰ Der Konflikt gleicht damit in entscheidenden Punkten den Ereignissen an verschiedenen Schauplätzen des Arabischen Frühlings, wurde von seinen westlichen Zeitgenossen aber entschieden anders aufgefasst. In der westlichen Wahrnehmung blieben die Rebellen hier immer nur unreflektierte Spielsteine im weltpolitischen Geschehen, die vom Westen nach Belieben ausgespielt werden konnten. Wenn ihre Motivation über reinen materiellen Eigennutz hinausgedacht wurde, liefen die Theorien meist auf simple ideologische Manipulation hinaus. – Araber ließen sich leicht für jede Idee begeistern, die ihnen westliche Berater in den Kopf setzten. Dabei stand außer Frage, dass man die einmal so angestachelten Rebellen nie sich selbst überlassen durfte und jederzeit lenkend in die Entwicklung der entfachten Revolution eingreifen musste, da die

²⁶⁷ Vgl. Said, S. 301.

²⁶⁸ Ebd., S. 287.

²⁶⁹ Vgl. ebd., S. 306f.

²⁷⁰ Vgl. Thorau, Peter: *Lawrence von Arabien. Ein Mann und seine Zeit*, C.H.Beck: München 2010, S. 112ff.

arabischen Völker auf sich allein gestellt nicht mit solcher militärischer Macht umgehen konnten.²⁷¹

Zunächst wurde das tatsächliche revolutionäre Potential der arabischen Welt dabei immer wieder marginalisiert. Den emotionalen, aber letztendlich passiven Arabern wurde nicht zugetraut, einen langfristigen politischen Wandel anzustoßen – so zog Lewis eine Verbindung zwischen einer Revolution im arabischen Raum und dem Verhalten eines Kamels, das sich erhebt, nur um sich wieder niederzulassen.²⁷² Auch die Bestrebungen nach Unabhängigkeit verschiedener arabischer Kolonien, die der Westen als Teil seiner Strategie gegen das osmanische Reich stellenweise sogar unterstützt hatte, wurden damit lange nicht ernst genommen.²⁷³ Eine erfolgreiche arabische Rebellion schien den westlichen Beobachtern undenkbar. Said nennt hier den griechischen-amerikanischen Historiker Panayiotis Vatikiotis als Beispiel, der argumentierte, Araber seien grundsätzlich nicht in der Lage ihre Regierung zu stürzen. Jeder militärische Eingriff des Westens konnte damit als Schutz der arabischen Bevölkerung vor den Folgen ihrer von vornherein zum Scheitern verurteilten Revolutionsversuche gesehen werden.²⁷⁴

Auf die Frage, warum es trotz der nicht vorhandenen Erfolgsaussichten immer wieder zu Rebellionsversuchen in der Region kam, wurde neben der gewaltbereiten Natur des „typischen Arabers“ auch regelmäßig auf den Islam verwiesen. Die Religion wurde dabei als äußerst homogen begriffen und oft sehr allgemein verurteilt – ein Standpunkt, der sich in geringerem Ausmaß auch bei der westlichen Beurteilung verschiedener religiöser Fraktionen während des Arabischen Frühlings zeigte. Noch für viele Zeitgenossen Saids war der Islam hoffnungslos primitiv, voller autoritärer Strukturen und ohne jede eigene Ethik, mit einem Wort „antihuman“²⁷⁵. Dabei wurden nicht nur alle Araber als tiefgläubige Moslems gesehen, ihnen wurde sogar ein Extremismus nachgesagt, der dem westlichen Menschen absolut fremd ist. So behauptete der US-amerikanische Nahost-Forscher Duncan MacDonald, der typische Moslem lebe in einer Sphäre des Übernatürlichen, in der er nicht einmal auf die Macht der Naturgesetze vertraue.²⁷⁶

²⁷¹ Vgl. Said, S. 240ff.

²⁷² Vgl. ebd., S. 315.

²⁷³ Vgl. ebd., S. 248.

²⁷⁴ Vgl. ebd., S. 314.

²⁷⁵ Ebd., S. 296.

²⁷⁶ Vgl. ebd., S. 277.

3.1.2 Reaktionen auf Suids Darstellung

Die in *Orientalism* vorgebrachten Anschuldigungen schlugen „in der wissenschaftlichen und publizistischen Szene der USA wie eine Bombe ein“²⁷⁷ und entfachten eine Debatte, die weit über den US-amerikanischen Raum hinaus reichte und teilweise bis heute anhält. Zahlreiche Nahost-Forscher – insbesondere die namentlich kritisierten – warfen Said mangelnde wissenschaftliche Sorgfalt vor. So blende er bewusst Fakten aus, die nicht in seine Version eines „über Jahrhunderte hinweg quasi konstante[n/s] Bild[es] des Westens über den Orient“²⁷⁸ passten. Dazu vermische er wissenschaftliche Quellen je nach argumentativem Bedarf mit künstlerischen Texten oder anderen medialen Darstellungen des Orients wie Gemälden oder Filmen. Auch Suids starker Fokus auf englisch- und französischsprachige Wissenschaftler wurde kritisiert. Für eine so allgemein formulierte Anklage der westlichen Darstellung des arabischen Raums konzentrierte er sich damit zu stark auf Vertreter der ehemaligen Kolonialmächte, während Länder mit einem teilweise deutlich positiveren Araberbild bei ihm keine Rolle spielten.

Andere Kommentatoren gingen in ihrer Kritik noch weiter und sahen schwerwiegende ideologische Probleme in Suids Theorie. Bei seiner Forderung nach einer differenzierteren Wahrnehmung des Orients hätte er ironischerweise ein allzu homogenes Bild der westlichen Gesellschaft gezeichnet und damit die „konstruierte Dichotomie zwischen ‚Ost‘ und ‚West‘“²⁷⁹ weitergeführt. Said bediene dabei bewusst das Klischee des „bösen Westens“, der aus reinem Gewinnstreben ohne moralische Skrupel in die politische Entwicklung fremder Länder eingreife. Tatsächlich griffen in den Folgejahren verschiedene arabische Regierungen auf sein Vokabular zurück um „jede Kritik an eigenen autoritären Regimen oder an islamistischen Bewegungen als ‚orientalistisch‘ abzuwehren“²⁸⁰ – eine Interpretation die der Autor selbst klar ablehnte.

Während sein Buch in diesem Modell nur einen weiteren Keil zwischen die arabischen Welt und die westlichen Länder trieb, wurde Said von anderer Seite unterstellt, er verfolge mit seinem Werk eine gegenteilige politische Agenda. So vermutete der syrische Philosoph Sadiq Al-Azm, Said habe mit seinem *Orientalism* versucht einer neuen pro-arabischen US-Außenpolitik den Weg zu ebnen: „als amerikanischer Palästinenser [war er] traumatisiert von der Tatsache, dass sein Land, die USA im Nahen Osten nicht nach ihren eigenen Interessen handelten und immer auf Seiten Israels in den Nahostkonflikt eingriffen, obwohl die

²⁷⁷ Schmidinger, S. 2.

²⁷⁸ Ebd.

²⁷⁹ Ebd., S. 3.

²⁸⁰ Ebd., S. 4.

ökonomischen Interessen der USA eigentlich bei den arabischen Staaten liegen müssten.“²⁸¹ Die Entlarvung des Orientalismus als historisch unhaltbares Konstrukt sollte laut Al-Azm helfen dieses Missverhältnis aufzulösen. – „Wir wissen heute, dass dieser Versuch fehlgeschlagen ist.“²⁸²

Neben dieser heftigen Kritik fand Saids Darstellung des Orientalismus auch zahlreiche Befürworter, die den neuen Blickwinkel auf das konstruierte Orientbild des Westens begrüßten. Der österreichische Politologe Thomas Schmidinger spricht von einer klaren „Lagerbildung“²⁸³ der wissenschaftlichen Welt. Dabei hätten sich beide Seiten immer weiter radikalisiert, bis Saids Werk unter einigen seiner Anhänger einen quasi-unfehlbaren Rang einnahm. Andere sahen die Verallgemeinerungen des *Orientalism* als gezielt polemische Übertreibung. So argumentiert der US-amerikanische Historiker Daniel Varisco, dieses Stilmittel sei bewusst gewählt worden und nötig gewesen, um politische und wissenschaftliche Fehlentwicklungen anzusprechen. Nur so hätte Said das streng binäre Orient-Okzident-Denken seiner Zeitgenossen aufbrechen, einen Dialog über verschiedene Disziplinen hinaus entfachen und den westlichen Blick auf den arabischen Raum dauerhaft verändern können.²⁸⁴

Tatsächlich gilt *Orientalism* noch heute als entscheidende „Gründungsschrift“²⁸⁵ der postkolonialen Theorie. Dieses Theoriemodell deckt dabei ein weites Feld ab und untersucht nicht nur die historischen Kolonialisierungs- und Dekolonialisierungsprozesse, sondern beschäftigt sich – ganz wie ihre Gründungsfigur Said – auch mit zeitgenössischen Entwicklungen. Das Forschungsfeld des Neo-Kolonialismus umfasst so neben der „brutale[n] militärische[n] Besetzung und Ausplünderung geographischer Territorien“²⁸⁶ auch die wesentlich subtilere und nicht selten unbewusste Ausgrenzung fremder Kulturen aus westlichen Gesellschaften. In einer zunehmend globalisierten Welt gewann diese Theorie in den vergangenen Jahrzehnten eine ungeahnte gesellschaftliche und politische Relevanz und konnte sich im neuen Jahrtausend als mehr und mehr etablierter Wissenschaftszweig langsam ihren festen „Platz im kritischen Diskurs sichern“²⁸⁷. Die Kritik eines zu einseitig westzentrierten Weltbildes und das Hinterfragen klischeebelasteter Vorstellungen sind heute aktueller denn je.

²⁸¹ Nach Schmidinger, S. 3.

²⁸² Ebd.

²⁸³ Ebd., S. 2.

²⁸⁴ Vgl. Varisco, Daniel: „Edward Said and the Culture behind Orientalism“, in: *Expositions Journal* 7/2013, S. 52.

²⁸⁵ Schmidinger, S. 2.

²⁸⁶ Castro Varela, María do Mar; Nikita Dhawan: *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, transcript Verlag: Bielefeld 2015, S. 12.

²⁸⁷ Ebd., S. 13.

Moderne Vertreter der postkolonialen Theorie gehen dabei oft noch deutlich über Saids Fokus hinaus – während er sich mit Frankreich und England hauptsächlich auf die dominantesten Kolonialmächte seiner Zeit konzentrierte, erweiterten seine Nachfolger den Blick auf den gesamten europäischen Raum. So ergaben sich im Lauf der Zeit weitere „interessante Fragestellungen und neue Forschungsfelder“²⁸⁸ für das junge Wissenschaftsgebiet. Dem Vorbild des *Orientalism* folgend wurde dabei zunehmend interdisziplinär gearbeitet und immer wieder der Bezug zu politischen Fragen gesucht²⁸⁹, was Saids Werk „bis heute [den Ruf als] hoch politisches und umstrittenes Buch“²⁹⁰ einbrachte. Bei näherer Untersuchung der verschiedenen Zweige der postkolonialen Theorie wird dabei schnell deutlich, dass es sich hier nicht um ein einheitliches Wissenschaftsfeld mit allgemeingültigen Dogmen handelt. Der so streitbare *Orientalism* führte stattdessen zu einer ganzen Reihe neuer Theoriemodelle – „die sich zudem in einem kontinuierlichen Schlagabtausch zu befinden scheinen“²⁹¹.

3.2 Erfahrungen mit auswärtigen politischen Einflüssen im arabischen Raum

Der Politikwissenschaftler Stephan Rosiny beschäftigte sich intensiv mit der vorrevolutionären arabischen Welt und der Frage, wie es zu der gesamtgesellschaftlichen politischen Unzufriedenheit kam, die sich mit den Aufständen entlud. Auch seine Theorie setzt dabei beim Ende der Kolonialzeit als politischem und gesellschaftlichem Meilenstein an. So zogen viele Regierungen – insbesondere solche, die schon seit Jahrzehnten mehr oder weniger unverändert herrschten – einen Großteil ihrer Legitimation aus dem Versprechen, ihre Länder vom Westen unabhängig zu machen. Der verhassten Fremdherrschaft während der Kolonialzeit setzten sie das Ideal einer „Mischung aus arabischem und einzelstaatlichem Nationalismus“²⁹² entgegen, das hohe Erwartungen in der Bevölkerung weckte. Trotz dieser Abkehr fanden westliche Modelle dabei immer wieder ihren Weg ins politische Bewusstsein. Während des Kalten Krieges wurden die jeweiligen „Verheißung[en]“²⁹³ von Sozialismus und demokratischem Kapitalismus in der arabischen Welt von vielen begrüßt. Nach dem Untergang der Sowjetunion fand der Neo-Liberalismus mit seinen Versprechen von ungekanntem ökonomischem Aufschwung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit auch hier zahlreiche Anhänger.

²⁸⁸ Reuter, Julia; Paula-Irene Villa: *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*, transcript Verlag: Bielefeld 2009, S. 28.

²⁸⁹ Vgl. Castro Varela et al., S. 12.

²⁹⁰ Schmidinger, S. 4.

²⁹¹ Castro Varela et al., S. 12.

²⁹² Rosiny, Stephan: „Identität, Partizipation, Vision – Unerfüllte Erwartungen an moderate Islamisten“, in: *GIGA Focus Nahost* 2/2016, S. 2.

²⁹³ Ebd.

Tatsächlich gelang es aber keiner der konkurrierenden Ideologien, die in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Das Versprechen eines neuen unabhängigen Nationalismus erschöpfte sich oft genug in „einzelstaatlichen Egoismen“²⁹⁴, die die arabische Welt international isolierten. Dem Namen nach sozialistische oder demokratische Staaten kamen nicht über das Stadium von „gescheiterten Experimenten“²⁹⁵ hinaus und machten es den Machthabern oft noch leichter unter Berufung auf das jeweilige politische Ideal Bürgerrechte einzuschränken und die Opposition zu schwächen. Die westliche Vorstellung von Demokratie verlor dabei auch deshalb mehr und mehr Zuspruch, weil in ihrem Namen der verhasste Irak-Krieg geführt worden war. Daneben hatten zahlreiche arabische Regierungen neoliberale Reformen genutzt, um sich aus ihren sozialstaatlichen Verpflichtungen zurückzuziehen, was de facto zu einer „Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben“²⁹⁶ und zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerung geführt hatte. Der Politikwissenschaftler Shadi Hamid brachte das tiefe Misstrauen gegenüber westlichen Demokratisierungsbestrebungen 2011 auf eine zynische Formel: „Democratization was [...] not meant to lead to democracy but rather to prevent its emergence“²⁹⁷. Indem westliche Staaten autoritäre Regime gegen Lippenbekenntnisse zu politischen Reformen jahrzehntelang finanziell und diplomatisch unterstützten, untergruben sie echte Bestrebungen demokratische Strukturen in der Region einzusetzen und schädeten allgemein dem Ansehen des Konzepts Demokratie.

Diese Einschätzung deckt sich mit der Beobachtung der Nahost-Expertin Muriel Asseburg, die Herrschaft von arabischen Monarchen sei „grundsätzlich [...] beständiger“²⁹⁸ als die der formal gewählten Machthaber in der Region. Während die Hoffnungen in Demokratie, Kapitalismus oder Sozialismus immer wieder enttäuscht wurden, genossen die traditionellen Königsfamilien weiterhin hohes Ansehen bei ihren Untertanen und wurden allgemein als rechtmäßig akzeptiert. Selbst bei Demonstrationen richtete man sich selten direkt gegen den Monarchen, sondern forderte meist kleinteiligere politische Reformen, die ohne kompletten Systemwechsel umgesetzt werden konnten. Dabei betont Asseburg, wie eng viele Monarchen ihre Herrschaft auch mit religiösen Legitimationsgrundlagen verknüpften. Königsfamilien beriefen sich „auf ihre Abstammung vom Propheten oder auf die Rolle als Hüter der Heiligen Stätten“²⁹⁹ und umgaben ihre Machtansprüche damit mit einem sakralen Element. Diese

²⁹⁴ Rosiny, Stephan: *Identität, Partizipation, Vision – Unerfüllte Erwartungen an moderate Islamisten*, S. 2.

²⁹⁵ Ebd.

²⁹⁶ Ebd., S. 3.

²⁹⁷ Hamid, Shadi: *The struggle for Middle East democracy*, 2011, <https://www.brookings.edu/articles/the-struggle-for-middle-east-democracy> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

²⁹⁸ Asseburg: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, S. 15.

²⁹⁹ Ebd.

Verbindung ging teilweise so weit, dass Kritik am Monarchen als Häresie gesehen und entsprechend geächtet wurde.³⁰⁰

Eines von drei Hauptproblemen der vorrevolutionären arabischen Gesellschaft war für Rosiny die steigende Ungleichheit zwischen den gesellschaftlichen Schichten. Sie stürzte dabei nicht nur große Teile der Bevölkerung in – teilweise existenzielle – Armut, sondern wirkte sich allgemein negativ auf die Weltregion als Wirtschaftsstandort aus. Länder, die diese Entwicklung nicht durch ihren Erdölreichtum abfedern konnten, blieben wirtschaftlich und technologisch auf der Strecke, was zu einer panarabischen Identitätskrise führte. Um zu einem neuen, positiven Selbstbild zu finden machten sich viele Araber auf die Suche „nach einer kollektiven *Identität*“³⁰¹, die nicht mehr auf von außen herangetragenem Ideologien beruhen sollte. Nachdem alle bisherigen Versprechen entzaubert worden waren, fehlte ihnen – als zweites Problem – ganz allgemein „die Perspektive einer besseren Zukunft“³⁰² im bisherigen politischen System. Das dritte Problem bestand für Rosiny in den fehlenden Partizipationsmöglichkeiten in weiten Teilen der arabischen Welt. Im engen Geflecht aus paternalistischen Gesetzen und institutionalisierter Korruption wurden Reformversuche meist schon im Keim erstickt, so dass der Einzelne oft keine Möglichkeit hatte sich aktiv für eine Veränderung einzusetzen.

3.3 Arabische Selbstwahrnehmung vor Beginn des Arabischen Frühlings

Diese drei Hauptprobleme der arabischen Welt finden sich auch in den sechs *Arabischen Berichten über die menschliche Entwicklung*, die das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen seit 2002 zu verschiedenen Themenschwerpunkten herausgab. Eine repräsentative Gruppe von einheimischen Intellektuellen und Wissenschaftlern wurde als Autoren gewonnen, daneben werden regelmäßig länderübergreifende Umfragen durchgeführt, um einzelne Thesen zu unterstützen. Die Berichte sollen „bedeutenden arabischen Denkern“³⁰³ die Möglichkeit geben, ihre Heimatländer zu analysieren und auf politische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen und stehen damit klar im Dienst des in der Charta der Vereinten Nationen festgehaltenen Grundsatzes „Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den

³⁰⁰ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, 2005, <http://www.dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/arabischer-bericht-ueber-die-menschliche-entwicklung-2004> (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 11.

³⁰¹ Rosiny: „Identität, Partizipation, Vision – Unerfüllte Erwartungen an moderate Islamisten“, S. 2.

³⁰² Ebd., S. 3.

³⁰³ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, 2009, <http://www.dgvn.de/meldung/arabischer-bericht-ueber-die-menschliche-entwicklung-2009> (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 1.

Menschenrechten [...] zu fördern und zu festigen“³⁰⁴. Im Folgenden wird aus den insgesamt fünf vor 2011 erschienenen Berichten auf die Selbstwahrnehmung der vorrevolutionären arabischen Welt geschlossen. Von besonderem Interesse sind dabei Bericht 3 zum Thema „Freiheit“ und Bericht 5 „Sicherheit“.

3.3.1 Bewertung der politischen Situation

Schon 2004 sahen die Autoren des „Freiheit“-Berichts große innenpolitische Probleme in ihren Heimatländern und forderten „den vollen Einsatz aller arabischen Staatsbürger für umfassende Reformen“³⁰⁵ des politischen Apparates. Ein Hauptkritikpunkt war dabei die weit verbreitete Gewaltzentrierung, die es den Machthabern erlaubte ohne jede staatliche Kontrolle und mit „absolute[r] Autorität“³⁰⁶ zu regieren. Diese Problematik hatte sich im neuen Jahrtausend noch verschärft und in allen arabischen Regierungsformen um sich gegriffen. Zunehmend wurde sie inzwischen auch in verschiedenen Verfassungen festgeschrieben, die dem Staatsoberhaupt die Kontrolle über die Exekutive, die Justiz und das Militär garantierten.

Das wichtigste Instrument für die Durchsetzung der absoluten Machtansprüche blieb aber der Geheimdienstapparat, der im typischen Fall über „größere Vollmachten [verfügte] als alle anderen Organe“³⁰⁷ und direkt dem Machthaber unterstellt war. Die dauernde, umfassende Überwachung verhinderte dabei nicht nur die Bildung einer politischen Opposition, sondern griff auch unverhältnismäßig ins Privatleben der Bürger ein. Tatsächlich bestätigt eine 2004 in verschiedenen arabischen Ländern durchgeführte Befragung, dass viele Kritikpunkte der Bevölkerung mit der Gewaltzentrierung zusammenhängen. So wurden das Fehlen einer politischen Opposition, die Abhängigkeit der Justiz von politischen Einflüssen und die Intransparenz der Regierungsarbeit als größte politische Probleme angegeben.³⁰⁸

Die Berichte beschreiben dabei verschiedene Methoden, mit denen die Verfassungen arabischer Länder immer weiter ausgehöhlt wurden, bis sie „zu leeren Hülsen [wurden], die nur dazu dienen, der internationalen Gemeinschaft etwas vorzuspiegeln“³⁰⁹. So waren die Anschläge des 11. Septembers 2001 und der internationale „Krieg gegen den Terror“

³⁰⁴ Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa: *Charta der Vereinten Nationen*, <https://www.unric.org/de/charta> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

³⁰⁵ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 3.

³⁰⁶ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 7.

³⁰⁷ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 14.

³⁰⁸ Vgl. ebd., S. 8f.

³⁰⁹ Ebd., S. 12.

vielerorts genutzt worden, um die Geheim- und Sicherheitsdienste mit weitreichenden Sonderrechten auszustatten. Der „Sicherheit“-Bericht von 2009 nennt willkürliche Verhaftungen auf unbestimmte Zeit, verstärkte Anwendung von Folter und Todesstrafe und eine Ausweitung der Überwachungsmaßnahmen, die in mehreren arabischen Staaten die Bürgerrechte einschränkten.³¹⁰ Andere Staatsoberhäupter nutzten umfassende Notstandsgesetze um ihre Macht auszuweiten. Diese eigentlich nur für kurzfristige Ausnahmesituationen bestimmten Sondergesetze waren in einigen Regionen „zu einer ständigen Einrichtung geworden“³¹¹ und prägten das Leben der Bevölkerung über Jahrzehnte. Als Beispiele werden dabei unter anderem Syrien und Ägypten genannt, auf die später noch umfassend eingegangen wird.

Während einzelne Regierungen ihre Führungsposition in der Verfassung verankert hatten, erschwerten andere die Gründung von Oppositionsparteien durch formale Hürden oder behielten sich das Recht vor konkurrierende Parteien nach Belieben aufzulösen.³¹² Dabei gingen die Machthaber nicht nur gegen politische Gegner, sondern auch gegen ihre Bevölkerung mit äußerster Härte vor. In zahlreichen arabischen Ländern wurde das Grundrecht auf Meinungsfreiheit – insbesondere im Bezug auf politische Themen – stark eingeschränkt, so heißt es im „Freiheit“-Bericht: „Der Staatsbürger besitzt keine garantierte Rechte mehr, es sei denn, er/sie entscheidet sich dafür dem Herrscher zuzujubeln“³¹³. Prozesse gegen potentielle Aufrührer wurden dabei immer öfter nicht vor unabhängigen Richtern geführt, sondern vor eigenen Staatssicherheits- und Militärgerichten, was die Chancen auf eine faire Verhandlung deutlich verschlechterte. Aber auch der offizielle Justizapparat sah sich einer immer umfassenderen Einflussnahme durch politische Kräfte ausgesetzt.³¹⁴

Daneben wies auch das Wahlsystem in zahlreichen arabischen Ländern entscheidende Mängel auf. Die Berichte kritisieren die gängige Praxis, Präsidentschaftswahlen mit nur einem einzigen Bewerber abzuhalten³¹⁵ und werfen den Regierungen in einigen Fällen sogar offene Wahlmanipulation vor.³¹⁶ Angesichts solcher eklatanter Verstöße gegen internationale Normen verweist der „Sicherheit“-Bericht auf die Chartas der Menschenrechte, denen

³¹⁰ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 6f.

³¹¹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 14.

³¹² Vgl. ebd., S. 12ff.

³¹³ Ebd., S. 15.

³¹⁴ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 7.

³¹⁵ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 7.

³¹⁶ Vgl. ebd., S. 15.

inzwischen ein Großteil der arabischen Staaten beigetreten ist, und erinnert die jeweiligen Machthaber an ihre „Pflicht, die innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Praktiken mit diesen Übereinkünften in Einklang zu bringen.“³¹⁷ Dabei seien in vielen Fällen tiefgreifende politische und juristische Umstrukturierungen notwendig, um die Rechte der arabischen Bevölkerung zu garantieren. Die bereits ab Beginn des neuen Jahrtausends in verschiedenen Staaten beschlossenen Reformen griffen hier entweder nicht weit genug oder seien nur „Stückwerk“³¹⁸ und für sich genommen nicht ausreichend, um die zahlreichen notwendigen Veränderungen durchzusetzen.

3.3.2 Bewertung der gesellschaftlichen Situation

Wie die politischen Oppositionsgruppen gerieten auch verschiedene soziale und zivilgesellschaftliche Organisationen im Lauf der 2000er zunehmend unter Druck. Insbesondere Gewerkschaften und Berufsverbände, die versuchten sich für eine Demokratisierung ihrer Heimatländer einzusetzen, bekamen die „Doppelstrategie von Eindämmung und Unterdrückung“³¹⁹ ihrer Regierung zu spüren. Daneben kam es zu massiven Eingriffen in die Freiheit der Medien. Mit Beginn des neuen Jahrtausends nahm die Zahl der getöteten Journalisten drastisch zu, bis der arabische Raum in einem internationalen Bericht 2004 zur Region mit der weltweit geringsten Pressefreiheit erklärt wurde. In nahezu jedem arabischen Land sahen sich Medienvertreter mit zunehmenden Beschränkungen konfrontiert, kritische Berichterstattung über Machenschaften der Regierung war vielerorts kaum mehr möglich.³²⁰ Diese weitreichende Einschränkung der Meinungsfreiheit förderte dabei ein Klima der politischen Passivität.³²¹ Die Strategie der Machthaber schien damit – für den Augenblick – aufzugehen.

Tatsächlich entluden sich soziale Spannungen lange eher zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen als gegen die Regierungen. Insbesondere in Ländern mit einer hohen ethnischen, kulturellen und religiösen Vielfalt bahnten sich dabei schwere Konflikte an. So kam es immer wieder zu offenen Auseinandersetzungen mit zahlreichen Todesopfern. Die Berichte werfen den Machthabern vor, nicht genug für die Inklusion der verschiedenen

³¹⁷ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 6.

³¹⁸ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 6.

³¹⁹ Ebd., S. 16.

³²⁰ Vgl. ebd., S. 6.

³²¹ Vgl. ebd., S. 15.

Minderheitengruppen geleistet zu haben³²² – und tatsächlich bestätigen andere Quellen, dass einzelne Staatsoberhäupter die gesellschaftlichen Gruppen gezielt gegeneinander ausspielten, um ihre eigene Position zu stärken.³²³ Besonders erbitterte Konflikte entbrannten dabei entlang von Stammeslinien, was es dem Einzelnen nahezu unmöglich machte, neutral zu bleiben. Wo auf die Unabhängigkeit der Justiz und die Fairness der Exekutive kein Verlass war, nahm die Bedeutung der traditionellen Familienverbände zu und zwang die Mitglieder oft zu absoluter Loyalität. Für den „Freiheit“-Bericht ist die anhaltende Verwurzelung des Stammesdenkens damit eines der größten Hindernisse für „persönliche[r] Selbständigkeit, intellektuelle[n/m] Wagemut und Entfaltung eines einmaligen und authentischen Wesens des Menschen“³²⁴ im arabischen Raum.

Das Festhalten am traditionellen Familienbild hatte dabei auch Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Status der arabischen Frau. Die Berichte beschreiben die alltägliche und institutionalisierte Gewalt gegen Frauen als eines der dringlichsten Probleme der Region und widmen dem Kampf gegen Geschlechterdiskriminierung eine ganze Ausgabe. In der männlich-zentrierten Kultur würden die weiblichen Opfer innerfamiliärer Verbrechen häufig ignoriert³²⁵, während ihnen einige Staaten grundsätzliche Rechte – wie das Recht auf Scheidung – vorenthielten. Die in zahlreichen arabischen Ländern verbreitete Praxis der Verheiratung minderjähriger Mädchen untermauere dabei den unterschiedlichen Status der Geschlechter.³²⁶ Von staatlicher Seite aus eingeleitete Reformprogramme auf diesem Gebiet seien „zwar lobenswert, aber nur von begrenztem Erfolg“³²⁷. So gelang mehr und mehr Frauen der Aufstieg in Führungspositionen, an den Zuständen in konservativen Familien änderte das aber wenig. Auch das Bildungssystem reproduzierte überholte, restriktive Verhaltensmuster. Zwar konnte der Unterricht in verschiedenen Bereichen – insbesondere in den Naturwissenschaften³²⁸ – verbessert werden, doch die Möglichkeit zu freiem,

³²² Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 5.

³²³ Vgl. Thyen, Kressen: *Ursachen und Hintergründe der Krisen und Umbrüche in der arabischen Welt*, 2016, <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/202360/ursachen-und-hintergruende-der-krisen-und-umbrueche-in-der-arabischen-welt> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

³²⁴ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 16.

³²⁵ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2005. Kurzfassung*, 2005, <http://www.dgyn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/arabischer-bericht-ueber-die-menschliche-entwicklung-2005> (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 10.

³²⁶ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 8f.

³²⁷ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 9.

³²⁸ Vgl. ebd., S. 5f.

selbstbestimmtem Lernen war weiterhin kaum gegeben. Stattdessen war es gängige Praxis „den Schülern Unterwürfigkeit ein[zu]trichtern“³²⁹.

3.3.3 Bewertung der wirtschaftlichen Situation

In den Berichten taucht neben sinkenden Reallöhnen³³⁰ immer wieder die hohe Arbeitslosigkeit als zentrales wirtschaftliches Problem auf. So zeigt eine Untersuchung der Arabischen Arbeitsorganisation, dass die Arbeitslosenquote in der arabischen Welt 2005 bei 14,4 % lag – mehr als das Doppelte des internationalen Durchschnitts. In einzelnen Ländern war sogar jeder fünfte Bürger betroffen. Angesichts des hohen Bevölkerungswachstums befürchtet der „Sicherheit“-Bericht eine deutliche Verschlimmerung des Problems und rechnet aus, dass bis 2020 über 50 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, um die Lage zu entschärfen.³³¹ Dabei waren verschiedene gesellschaftliche Gruppen überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. So hatten besonders junge Araber trotz Schul- oder Hochschulabschluss große Probleme auf dem Arbeitsmarkt³³² und sahen damit häufig einer „leeren Zukunft entgegen“³³³.

Jugendarbeitslosigkeit (Anteil der Arbeitslosen an den 15- bis 24-Jährigen in Prozent)

Ägypten	11,4 (15–19 J.) 49,3 (20–24 J.)
Algerien	21,5
Bahrain	20,1
Katar	10,8
Libanon	20,9
Marokko	18,3
Paläst. Gebiet	35,3
Syrien	19,5

Grafik 5: Prozentsatz der Jugendarbeitslosigkeit in ausgewählten arabischen Ländern
Quelle: Asseburg: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, S. 10.

Hier nehmen die Berichte, neben dem in vielen Regionen schwachen privaten³³⁴, auch den öffentlichen Sektor in die Pflicht, der durch verschiedene Strukturreformen zahlreiche Stellen

³²⁹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 16.

³³⁰ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arab Human Development Report 2002*, 2002, http://hdr.undp.org/sites/default/files/rbas_ahdr2002_en.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 3.

³³¹ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 12.

³³² Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 17.

³³³ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 12.

³³⁴ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arab Human Development Report 2002*, S. 7.

gestrichen hatte. Daneben gab es in der arabischen Welt eine der weltweit höchsten Arbeitslosenquoten unter Frauen, was neben den konkreten wirtschaftlichen Problemen auch „auf fest verankerte gesellschaftliche Vorurteile“³³⁵ zurückgeführt wurde. Schließlich zeigten sich in den Ländern mit großer ethnischer und kultureller Vielfalt auch deutliche Unterschiede in den Arbeitsmarktchancen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.³³⁶

Hatten schon gut ausgebildete Araber große Schwierigkeiten, eine lukrative Arbeitsstelle zu finden, galt das in noch größerem Maß für die „inakzeptabel hohe“³³⁷ Zahl an Analphabeten. Zu Beginn des neuen Jahrtausends betraf dieses Problem etwa die Hälfte der arabischen Frauen und ein Drittel der Männer. Insbesondere in ländlichen Gebieten fanden viele dieser Geringqualifizierten nie zu einem geregelten Einkommen und trieben damit die Armutsquote in die Höhe. So lebten 2005 knapp 40 % der Araber unter der jeweiligen nationalen Armutsschwelle, in einzelnen Ländern war weit über die Hälfte der Einwohner betroffen.³³⁸ Ihre Situation wurde dabei noch aussichtloser durch die weit verbreitete Korruption, bei der Bürger teilweise Schmiergeld bezahlen mussten, „um in den Genuss von Dienstleistungen zu kommen, die ihnen von Rechts wegen zustehen“³³⁹. Auch die Versorgung mit essentiellen Gütern, wie Nahrungsmitteln, wurde für viele Betroffene zum Problem, so war der arabische Raum eine von nur zwei Weltregionen, in denen die Zahl der Unterernährten zwischen Anfang der 1990er und den frühen 2000ern signifikant anstieg. Daneben litten viele Araber an den gesundheitlichen Folgen von Mangel- oder Fehlernährung.

Insbesondere der Getreidepreis unterlag dabei starken Schwankungen und war in den letzten Jahrzehnten immer wieder drastisch gestiegen. Grund dafür war der Rückgang der Getreideerzeugung in mehreren arabischen Staaten, die Mitte der 2000er zu den Ländern mit den weltweit niedrigsten Getreideerträgen gehörten.³⁴⁰ Auch andere Industriezweige wurden weitgehend ignoriert, sodass die arabischen Staaten bei einer Studie 2007 als insgesamt weniger industrialisiert eingestuft wurden als 1970. Stattdessen konzentrierte sich die Wirtschaft stark auf den Erdölhandel und verknüpfte sich damit eng mit den „Turbulenzen des

³³⁵ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 13.

³³⁶ Vgl. ebd., S. 5f.

³³⁷ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 9.

³³⁸ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 13.

³³⁹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 16.

³⁴⁰ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 14f.

Ölmarkts“³⁴¹. Dementsprechend groß war auch die wirtschaftliche Abhängigkeit von westlichen Ölabnehmern. Schon kleine Abweichungen im Verhalten der internationalen Konsumenten konnten große Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung der ganzen Region haben. So zeichnet der „Sicherheit“-Bericht die Folgen der internationalen Finanzkrise nach und prophezeit „erhebliche Dominoeffekte für die [...] arabische Welt“³⁴², wenn es nicht gelänge die Verluste abzufedern.

3.3.4 Einschätzung islamistischer Strömungen

Die Berichte beschreiben islamistische Bewegungen als „Im Volk verankerte politische“³⁴³ Kraft, die zunehmend Einfluss auf das gesellschaftliche Leben gewinnen. Dabei wird klar zwischen konstruktiven und destruktiven Formen des Islamismus unterschieden. Als positives Beispiel werden die ägyptischen Muslimbrüder und ihr grundsätzlich friedlicher Einsatz für umfassende politische Reformen in ihrer Heimat genannt. Im „Sicherheit“-Bericht werden sie damit direkt neben unabhängigen, zivilgesellschaftlichen Initiativen aufgelistet.³⁴⁴ Ihnen werden jene Gruppen gegenübergestellt, „die Attentate und Bombenanschläge verüben und den Gebrauch von Gewalt rechtfertigen“³⁴⁵ und damit regelmäßig auch zivile Opfer fordern. Dabei wurden nicht nur politisch motivierte Anschläge im Kampf gegen die als zu säkular empfundenen Regierungen zum Problem, es kam auch immer wieder zu offenen Konflikten zwischen konkurrierenden fundamentalistischen Organisationen.³⁴⁶ Extremistische Strömungen stellten damit nicht nur eine Gefahr für den einzelnen Bürger dar, sondern konnten auch die Feindschaft zwischen verschiedenen religiösen Gruppierungen befeuern und damit die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben.

Dabei lassen die Autoren keinen Zweifel an ihrer Überzeugung, dass der Islam nicht nur grundsätzlich mit einer demokratischen Staatsstruktur kompatibel ist, sondern in seiner „Aufgeklärten Auslegung[en]“³⁴⁷ sogar verschiedene rechtsstaatliche Elemente vorschreibt. Dazu zählen juristische Standards von Gerechtigkeit und Gleichheit, eine umfassende Bildungspolitik³⁴⁸, sowie zahlreiche Freiheitsrechte, die auch von islamischen

³⁴¹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 11.

³⁴² Ebd., S. 12.

³⁴³ Ebd., S. 10.

³⁴⁴ Vgl. ebd., S. 4.

³⁴⁵ Ebd., S. 8.

³⁴⁶ Vgl. ebd., S. 2.

³⁴⁷ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 11.

³⁴⁸ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2003. Kurzfassung*, 2004, <http://www.dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/arabischer-bericht-ueber-die-menschliche-entwicklung-2003> (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 6.

Rechtswissenschaftlern immer wieder eingefordert werden. Dabei wird betont, dass diese Freiheiten nicht nur Muslimen sondern allen Bürgern unabhängig von religiöser Überzeugung zugesprochen werden. Sogar das grunddemokratische „Recht des Volkes, Herrscher ein- und abzusetzen“³⁴⁹ lässt sich aus islamischer Tradition begründen. Jede Form von Diktatur ist damit ein klarer Verstoß gegen religiöse Normen. Dass der politische Islam dennoch – und insbesondere im westlichen Ausland – einen schlechten Ruf hat, erklären die Berichte mit einer steigenden Anzahl von Gläubigen, die sich angesichts der staatlichen Unterdrückung in gewaltbereiten Extremismus flüchten.³⁵⁰ Aber auch die politischen Parteien hätten religiöse Botschaften oft für eigene Ziele verfälscht.

So überdramatisierten arabische Regierungen immer wieder die Bedrohung durch fundamentalistische Islamisten, um Einschränkungen von Bürgerrechten und politischen Partizipationsmöglichkeiten zu rechtfertigen. Andererseits nutzten verschiedene Machthaber auch selbst religiöse Symbolik, „um ihre unterdrückerische Rolle zu untermauern und aufrechtzuerhalten.“³⁵¹ Die eigene Herrschaft wurde damit als gottgefällig, beziehungsweise sogar -gewollt dargestellt. – Eine Praxis, die ihren Höhepunkt in der sudanesischen Verfassung fand, in der Gott die Obergewalt über den Staat zugesprochen wurde, „ohne dass näher ausgeführt wäre, was Obergewalt bedeutet.“³⁵² Damit konnten alle Kritiker der Regierung von vornherein als Häretiker abgetan und die Menschenrechte mit Verweis auf Scharia-Verordnungen ausgehöhlt werden. Allerdings griffen auch Oppositionsführer und Splitterparteien immer wieder auf religiöse Rhetorik zurück, um ihre politische Arbeit aufzuwerten.

3.3.5 Darstellung der Beziehung zum Westen

Die Darstellung des Wirkens westlicher Kräfte in der arabischen Welt fällt in den Berichten fast durchweg negativ aus. So werden Reforminitiativen durch die G8-Staaten zwar grundsätzlich begrüßt, die bisherigen Versuche seien allerdings „in einem internationalen und regionalen Zusammenhang initiiert [worden], der sich [...] als fortschrittshemmend erwies“³⁵³. Ein Hauptkritikpunkt ist dabei die empfundene Benachteiligung der arabischen Länder gegenüber Israel, dessen Siedlungspolitik als klarer Völkerrechtsbruch behandelt wird.

³⁴⁹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 11.

³⁵⁰ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2003. Kurzfassung*, S. 7.

³⁵¹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 11.

³⁵² Ebd., S. 13.

³⁵³ Ebd., S. 4.

Hier zeigen sich deutliche Parallelen zu Sais Forderung einer neuen pro-arabischen Außenpolitik der westlichen Welt, diese Problematik scheint sich seit den 1970ern nicht entschärft zu haben. Konkret wird das wiederholte Veto der USA gegen Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen kritisiert, die zu einer Entspannung der Lage hätten beitragen können. Dieses Vorgehen habe die Hoffnungen zahlreicher Araber „auf die Herstellung von Gerechtigkeit durch Global Governance“³⁵⁴ zerstreut und den Einfluss der Vereinten Nationen faktisch marginalisiert.³⁵⁵ Neben der Haltung zu Israel habe besonders die Nachfrage nach Öl den westlichen Blick auf die arabischen Länder bestimmt. So schreckten europäische Mächte auch nicht davor zurück, diktatorische Machthaber zu unterstützen, solange ihnen eine langfristig gesicherte Ölversorgung zugesagt wurde.³⁵⁶

Daneben werden die USA immer wieder in ihrer Rolle als Interventions- und Besatzungsmacht im Irak behandelt. Auch hier stellen die Berichte ein vernichtendes Urteil aus, so seien die ausländischen Truppen „unfähig, ihre Verpflichtungen zum Schutz der Bevölkerung [...] einzuhalten“³⁵⁷. Ohne einen funktionierenden Sicherheitsapparat sah sich die Zivilbevölkerung einer wachsenden Bedrohung durch bewaffnete Milizen und Terrororganisationen ausgesetzt, während verschiedene US-amerikanische Gefangenenlager den irakischen Kriegsgefangenen grundlegende Menschenrechte vorenthielten. Einer wachsenden Bedrohung sah sich auch die Presse ausgesetzt – so zitiert der „Freiheit“-Bericht eine internationale Untersuchung, laut der die Mehrzahl der im neuen Jahrtausend getöteten arabischen Journalisten den Besatzungsmächten zum Opfer fiel. Zusätzlich hatte das Land noch 2004 unter Engpässen bei der Wasser- und Stromversorgung zu leiden und auch die Infrastruktur konnte lange nicht auf Vorkriegsniveau gebracht werden. Insgesamt kam es so in breiten Bevölkerungsschichten zu Mangelernährung, gesundheitlichen Problemen und einer zunehmenden Verarmung.³⁵⁸ Die Berichte finden damit zu einem sehr ernüchternden Fazit: „das irakische Volk [konnte] zwar den Klauen eines despotischen Regimes entrinnen, [...] es fiel jedoch unter eine Fremdbesatzung, unter der die Menschen noch stärker zu leiden haben.“³⁵⁹

³⁵⁴ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 18.

³⁵⁵ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 18.

³⁵⁶ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 10.

³⁵⁷ Ebd., S. 5.

³⁵⁸ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 17f.

³⁵⁹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 5.

Tatsächlich beschreiben die Berichte einen deutlichen Bruch in der Beziehung der arabischen Welt zum Westen. Galten die USA und Europa arabischen Reformern lange als politisches Vorbild und Musterbeispiele für demokratische, rechtsstaatliche Gesellschaften, verloren sie diesen Status in den Jahren nach der Irak-Invasion zusehends. Oppositionsführer und Intellektuelle, die sich noch immer auf westliche Errungenschaften beriefen, fanden kaum mehr Rückhalt in der Bevölkerung.³⁶⁰ Umgekehrt ließ sich als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September 2001 und den internationalen „Krieg gegen den Terror“ eine Rückkehr von überholt geglaubten arabischen Stereotypisierungen beobachten. In verschiedenen westlichen Ländern sahen sich arabischstämmige Bürger zunehmenden Anfeindungen ausgesetzt, die von Alltagsdiskriminierung bis zu grundlosen Verhaftungen reichten.³⁶¹ Dabei lassen sich klare Rückgriffe auf die bei Said kritisierten Argumentationsmuster ausmachen, wenn beispielsweise offen behauptet wurde „Araber und Moslems seien nicht demokratiefähig, aus dem bloßen Grund, dass sie Araber“³⁶² seien. Der „Freiheit“-Bericht sieht sich angesichts solcher Vorurteile genötigt, auf eine empirische Studie zurückzugreifen, die zweifelsfrei belegt, „dass auch Araber ein vernünftiges und verständliches Verlangen danach haben, sich von Despoten zu befreien und in den Genuss einer demokratischen Regierungsführung zu kommen.“³⁶³

3.3.6 Einschätzung des revolutionären Potentials

Gestützt auf diese Studie und angesichts der schwerwiegenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme hoffen die Berichte einstimmig auf eine „arabische[n] Wiedergeburt“³⁶⁴ als demokratische und gerechte Gesellschaft. Solche tiefgreifenden Veränderungen ließen sich dabei nicht durch klassische Oppositionsarbeit und einen friedlichen Machtwechsel per Wahl durchsetzen, zu groß war die Gefahr, dass Ergebnisse manipuliert und der Wählerwille verfälscht würde.³⁶⁵ So setzten die Autoren ihre Hoffnung auf die arabische Zivilgesellschaft, in der im Lauf der 2000er – trotz zunehmender staatlicher Überwachung – immer mehr Rufe nach politischen Reformen laut wurden. Die Forderungen umfassten dabei so entscheidende Punkte wie die Durchsetzung von rechtsstaatlichen Normen, ein Verbot von Folterverhören, die Abschaffung der Notstandsverordnung und eine

³⁶⁰ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 10.

³⁶¹ Vgl. ebd., S. 18.

³⁶² Ebd., S. 10.

³⁶³ Ebd.

³⁶⁴ Ebd., S. 3.

³⁶⁵ Vgl. ebd., S. 8.

neue gesetzliche Grundlage der Meinungsfreiheit.³⁶⁶ Dabei wählten die Aktivisten in verschiedenen Ländern sehr unterschiedliche Vorgehensweisen, die von einfachen Petitionen bis zu öffentlichen Demonstrationen und Strafanzeigen gegen staatliche Organe reichten.³⁶⁷ Der „Freiheit“-Bericht stellt sich klar hinter solche Formen des friedlichen Protestes: „Ein Mensch, der seine Hände ausstreckt, um Freiheit zu erbitten, bettelt nicht; er fordert ein Recht ein“³⁶⁸.

Diese Unzufriedenheit vieler Teile der Bevölkerung wurde dabei als Kennzeichen einer weitreichenden Legitimationskrise zahlreicher arabischer Regierungen gesehen. Die Machthaber konnten auf demokratischem Weg keine Mehrheiten hinter sich bringen und machten ihren Herrschaftsanspruch damit von verschiedenen anderen Faktoren abhängig. So wurde schon 2004 argumentiert, dass viele Regierungen ihre Autorität nur mit dem Versprechen von wirtschaftlicher Stabilität und wachsendem Wohlstand erhalten konnten. Die zunehmende Armut breiter Bevölkerungsschichten wurde in diesem Modell zu einer direkten Bedrohung für die Regierungsstabilität. Andere Staatsoberhäupter bezogen ihre Legitimitätsansprüche aus ihrer Stammeszugehörigkeit, einer eigenen Revolutionserzählung oder einem gesamtgesellschaftlichen Feindbild. Insbesondere diese letzte, als „Legitimität der Erpressung“³⁶⁹ bezeichnete, Strategie wurde in den Berichten heftig kritisiert. Die Machthaber inszenierten sich dabei „als letztes Bollwerk gegen eine fundamentalistische Tyrannei oder, noch dramatischer, gegen das Chaos und den Zusammenbruch des Staates“³⁷⁰ und rechtfertigten Einschränkungen der Bürgerrechte als notwendige Maßnahme zur Wahrung des Rechtsstaates.³⁷¹

Interessanterweise beschreiben die Berichte auch früh das revolutionäre Potential moderner Informations- und Kommunikationstechnologie. Soziale Medien tauchen hier als wichtiges Werkzeug auf, um arabische Aktivisten untereinander zu verbinden und ihre Ideen über ihren privaten Bekanntenkreis hinaus zu verbreiten.³⁷² Auch die Möglichkeiten eines koordinierten Vorgehens „auf der Graswurzelebene“³⁷³ wird bereits 2004 behandelt. Dabei lagen die Hoffnungen insbesondere auf der Gruppe der gut ausgebildeten, onlineaffinen Studenten, die

³⁶⁶ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, S. 8.

³⁶⁷ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 4.

³⁶⁸ Ebd., S. 7.

³⁶⁹ Ebd., S. 15.

³⁷⁰ Ebd.

³⁷¹ Vgl. ebd., S. 11.

³⁷² Vgl. ebd., S. 17.

³⁷³ Ebd., S. 7.

als „Nährboden für die Kräfte des Wandels“³⁷⁴ gesehen wurden. Damit nahmen die Berichte mehrere Jahre vor Beginn der Proteste entscheidende Elemente des Arabischen Frühlings voraus. Verschiedene Staaten schienen diese Einschätzung zu teilen und beschnitten die akademische Freiheit im Lauf der 2000er mehr und mehr. So wurde zum Beispiel die Behandlung und Verbreitung von potentiell aufrührerischen Büchern verboten, was in extremen Fällen sogar arabische Klassiker wie die *Märchen aus Tausend und einer Nacht* betraf.³⁷⁵

3.3.7 Zukunftsszenarien für die arabische Welt

Die Berichte lassen damit keinen Zweifel daran, dass es in naher Zukunft zu schwerwiegenden politischen Umwälzungen in der arabischen Gesellschaft kommen wird. Dabei wurden schon 2004 drei verschiedene Szenarien entworfen, wie eine solche Umbruchszeit verlaufen könnte und mit welchen Konsequenzen zu rechnen sei. Der schlimmste anzunehmende Fall wäre dabei das *Szenario einer bevorstehenden Katastrophe*, bei dem sich die innergesellschaftlichen Konflikte verschärfen und schließlich in bürgerkriegsähnliche Zustände ausarten. Ohne die Möglichkeit einen demokratischen Machtwechsel durchzusetzen, könnten sich mehr und mehr Araber zu „gewalttätige[n] Protestmaßnahmen“³⁷⁶ hinreißen lassen und die offene Auseinandersetzung mit staatlichen Sicherheitskräften suchen. Die Folgen könnten dabei von vereinzelt Unruhen, bis zu chaotischen Zuständen in weiten Teilen der arabischen Welt reichen. Dabei verurteilen die Autoren insbesondere den zu erwartenden Verlust an Menschenleben, der schon „in geringem Umfang unannehmbar“³⁷⁷ wäre. Immerhin sei nicht garantiert, dass ein neu eingesetztes Nachfolgeregime tatsächlich dauerhaft mehr Freiheiten zulassen würde. – Ein klares Signal gegen die Einschätzung einiger westlicher Beobachter, die arabische Gesellschaft sei im Kampf gegen ihre Diktatoren bereit einen angemessenen „Blutzoll“³⁷⁸ zu leisten.

Als deutlich erfreulichere Alternative wird das *ideale Szenario* präsentiert. Dafür müssten sich progressive Kräfte lagerübergreifend austauschen und auf gemeinsame Reformen einigen. Regierende und oppositionelle Gruppen könnten gemeinsam einen tiefgreifenden politischen Prozess anstoßen, der langfristig zu einer demokratischeren und friedlicheren Situation in der

³⁷⁴ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 16.

³⁷⁵ Vgl. ebd., S. 7.

³⁷⁶ Ebd., S. 19.

³⁷⁷ Ebd.

³⁷⁸ Gujer, Eric: „Auf der richtigen Seite der Geschichte. Der Arabische Frühling als Prüfstein für die transatlantische Allianz“, in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 33.

Region führt. Das zentrale Ziel ist dabei die „Umverteilung der Macht [...], um die hoheitliche Gewalt ihren rechtmäßigen Besitzern, der überwiegenden Mehrheit der arabischen Welt, zurückzugeben“³⁷⁹. Dieser historische Umschwung würde dabei nicht nur zu einer strikteren Gewaltenteilung und einer umfassenden Durchsetzung der Menschenrechte führen, sondern könnte ganz allgemein eine „Renaissance des Menschen“³⁸⁰ einleiten. So verbindet der Bericht die Hoffnung auf politische Veränderungen auch mit der Aussicht auf neue Prosperität im arabischen Raum.

Die dritte behandelte Möglichkeit ist das *Zwischenstation-Szenario*, das die Autoren zwischen dem idealen und dem katastrophalen Fall verorten. Auch hier werden entscheidende Reformen eingeleitet, um die arabischen Staaten in eine demokratische Zukunft zu führen, allerdings können die innerarabischen Kräfte den Wandlungsprozess nicht allein anstoßen. Stattdessen sollen ausländische Akteure die Initiative ergreifen und die demokratischen Aktivisten unterstützen. Problematischerweise läuft diese Version der Ereignisse verschiedenen Zielsetzungen der „arabischen Renaissance“ zuwider, „insbesondere denjenigen, die mit Befreiung, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu tun haben.“³⁸¹ So warnt der Bericht deutlich davor, sich zu sehr auf die „Vision fremder Mächte“³⁸² für die Zukunft der arabischen Welt festlegen zu lassen. Jeder einzelne staatliche oder nicht-staatliche Reformpartner sollte damit genau überprüft werden, die Autoren schlagen dafür eine ganze Liste von Anforderungen vor, zu denen neben dem bedingungslosen Bekenntnis zu demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen auch der „Umgang mit Arabern in einer gleichberechtigten Partnerschaft ohne Bevormundung“³⁸³ gehört.

3.4 Psychologische Erklärmodelle für anti-westliche Ressentiments

Diese tief verwurzelte Aversion gegen eine zu starke Einmischung fremder Mächte in die eigene politische und gesellschaftliche Entwicklung wird von verschiedenen – arabischen wie westlichen – Beobachtern auf einer psychologischen Ebene erklärt. So hinterließen die kolonialistisch geprägte Geschichte und die noch immer empfundene „Asymmetrie in der Begegnung von westlicher und arabischer Welt [...] in ökonomischer, militärischer, technischer und technologischer Sicht“³⁸⁴ Spuren in der gesamtgesellschaftlichen Psyche. Dabei geht der jemenitisch-stämmige Staatswissenschaftler Said AlDailami unter Rückgriff

³⁷⁹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 19.

³⁸⁰ Ebd.

³⁸¹ Ebd.

³⁸² Ebd.

³⁸³ Ebd.

³⁸⁴ Pabst et al., S. 144f.

auf die Terminologie der Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann von einem länderübergreifenden arabischen „Opfergedächtnis“³⁸⁵ aus, das bis heute in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen nachwirkt und großen Einfluss auf die Gruppenidentität der Bevölkerung entwickeln kann.³⁸⁶ Im Folgenden wird dieses Modell kurz dargestellt und auf seine konkreten Folgen für die Ausbreitung fundamentalistischer Positionen und die allgemeine Erwartungshaltung während der Aufstände des Arabischen Frühlings hin untersucht.

3.4.1 Analyse des arabischen Opfergedächtnisses

Für AlDailami ist die Erinnerung an eine gemeinsame Geschichte ein „fester Bestandteil gesellschaftlicher Bewusstseinsfindung“³⁸⁷. Dabei beschreibt er die Theorie eines kollektiven Gedächtnisses, in der jede individuelle Erinnerung in einer gemeinsamen Erinnerungskultur verankert ist. Während diese Kollektive im westlichen Rahmen oft national begriffen werden, schlägt der Staatswissenschaftler im arabischen Kontext „die Familie, die Sippe, [den/der] Stamm, die Ethnie oder die Religionsgruppe“³⁸⁸ als verbindendes Element vor. In einzelnen Ländern können damit durchaus sehr verschiedene Formen der Erinnerung nebeneinander existieren. Zentrales Merkmal dieses Modells ist die Einteilung in die Gegensatzpaare Sieger- und Verlierergedächtnis sowie Opfer- und Tätergedächtnis. Assmann beschreibt mit diesen Begriffen die Auswirkung historischer Entwicklungen auf die kollektive – und damit letztendlich auch individuelle – Erinnerungskultur. Während siegreiche Parteien Bilder und Symbole ihres Erfolgs über Generationen hinweg lebendig halten, „um das Selbstbild zu stärken“³⁸⁹, graben sich erlittene Niederlagen oft noch viel tiefer ins kollektive Gedächtnis. Für Assmann sind die unterlegenen Parteien damit „dazu verdammt, über das Geschehene nachzugrübeln, es wiederzubeleben und Alternativen zu reflektieren.“³⁹⁰

Dieses Ungleichgewicht wird für AlDailami insbesondere in der verschiedenen Erinnerungskultur an die Kolonisierung der arabischen Welt deutlich. Während ein Tätergedächtnis der Kolonialmächte bei ihm „noch nicht einmal zu existieren“³⁹¹ scheint, ist die Zeit der politischen Unfreiheit tief im arabischen Bewusstsein verankert. Die historische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrhunderte führte hier zu einem tiefen Misstrauen gegen westlichen

³⁸⁵ Pabst et al., S. 145.

³⁸⁶ Vgl. Halbwachs, Maurice: *On collective memory*, University of Chicago Press: Chicago 1992, S. 25.

³⁸⁷ Pabst et al., S. 140.

³⁸⁸ Ebd., S. 141.

³⁸⁹ Ebd., S. 144.

³⁹⁰ Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, C.H.Beck: München 2006, S. 74.

³⁹¹ Pabst et al., S. 146.

Imperialismus und Fremdbestimmung im Allgemeinen. Dabei geht AlDailami in diesem besonderen Fall „von einem homogenen panarabischen Volksgedächtnis“³⁹² aus, an dem auch die Nationen teilhaben, die selbst weniger prägende Erfahrungen mit Kolonialherrschaft sammeln mussten. Spuren dieser „arabische[n] ‚Paranoia‘“³⁹³ gegen westliche Machtsprüche finden sich auch in den *Arabischen Berichten über die menschliche Entwicklung*, wenn immer wieder die Besetzung einzelner Länder durch US-Truppen beklagt wird.³⁹⁴ Auf einem intellektuellen Level ist den Autoren zwar klar, dass westliche Regierungen heute „nicht mehr mit der Arroganz des Gutsherrn“³⁹⁵ über das Schicksal fremder Länder verfügen, trotzdem bleibt die Bedrohung einer erneuten Übernahme mindestens unterschwellig präsent – und wird gelegentlich durch unvorsichtige Schlagworte westlicher Machthaber befeuert. So reagierten zahlreiche arabische Kommentatoren entsetzt, als US-Präsident Bush nach den Anschlägen des 11. September 2001 zeitweise zum „Kreuzzug[s] gegen den Terror“³⁹⁶ aufrief.

Dabei beschreibt AlDailami auch eine zunehmende Konzentration auf westliche Kultur, Wirtschaft und Technologie in den ehemaligen Kolonien. So beobachtete die arabische Welt mit einer Mischung aus „Faszination und Angst“³⁹⁷ wie sich die europäischen Mächte militärisch zurückzogen und weite Teile der Region dafür in wirtschaftliche Abhängigkeit drängten. Gepaart mit dieser dauerhaften Bindung an die ehemaligen Kolonialherren führte das Gefühl der essentiellen Unterlegenheit gegenüber westlichen Leistungen auf nahezu jedem Feld bei zahlreichen Arabern zu einer tief empfundenen „Ohnmachtserfahrung“³⁹⁸. Nach Assmann hingen sie damit in einer lähmenden Form des Opfergedächtnis fest, die sie zwang ihren tief traumatischen Machtverlust wieder und wieder zu durchleben – „weil zumindest für die betroffenen arabischen Völker das Gestern dem Heute in so vielen Punkten ähnelt.“³⁹⁹

³⁹² Pabst et al., S. 146.

³⁹³ Ebd., S. 143.

³⁹⁴ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 5.

³⁹⁵ Pabst et al., S. 143.

³⁹⁶ Rosiny, Stephan: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, in: *GIGA Focus Nahost* 2/2012, S. 7.

³⁹⁷ Pabst et al., S. 142.

³⁹⁸ Ebd., S. 145.

³⁹⁹ Ebd., S. 142.

3.4.2 Erstarken fundamentalistischer Positionen durch das arabische Opfergedächtnis

AlDailami betont, dass viele Araber diesem Teufelskreis „nur noch durch eine tatsächliche oder fiktive Flucht – Auswanderung oder Ideologisierung –“⁴⁰⁰ entkommen können. Durch eine religiöse Deutung der historischen Ereignisse kann die Erinnerungskultur von einem neuen „heroischen Opfergedächtnis“⁴⁰¹ abgelöst werden. Vergangene Niederlagen werden in der islamistischen Lesart zu letztendlich unbedeutenden Rückschlägen auf dem sicheren Weg Richtung Weltherrschaft, Opfer im Kampf gegen das westliche System als Märtyrer unsterblich. Historisches – tatsächlich erlittenes oder empfundenes – Unrecht kann in diesem Modell mit dem „Versprechen jenseitigen Lohns“⁴⁰² abgefedert werden und sogar helfen, das eigene Selbstbild zu stärken, weil es den Erinnernden moralisch erhebt und ein klares Feindbild liefert.⁴⁰³ Diese Verarbeitungsstrategie wird damit immer wieder als psychologischer „Schutzreflex“⁴⁰⁴, der wirtschaftlich und politisch weit abgehängten arabischen Welt behandelt. Sie taucht auch bei Assmann auf und ist für die Kulturwissenschaftlerin kein exklusiv arabisch-islamistisches Phänomen. Tatsächlich findet sie sich in verschiedensten historischen und kulturellen Zusammenhängen und muss auch nicht immer religiös konnotiert sein, so fällt für Assmann auch die Erinnerungskultur der DDR in dieses Schema.⁴⁰⁵

Die Konzentration auf das Opfer-Täter-Muster, das aus der kolonialistischen Vergangenheit unhinterfragt auf die Gegenwart übertragen wird, unterstützt dabei das enge Schwarz-Weiß-Denken verschiedener radikal-islamistischer Gruppierungen. So beschreibt der Historiker Ian Buruma, dass jede Hinwendung zur westlichen Kultur und Lebensart in fundamentalistischen Kreisen als Verrat begriffen wird. Insbesondere säkulare arabische Regierungen würden Opfer religiöser Kritik, die jederzeit in tätliche Umsturzversuche umschlagen könne.⁴⁰⁶ Auch AlDailami stellt die Gewohnheit unliebsame Regierungschefs als „Marionetten des Westens“⁴⁰⁷ zu diskreditieren dar, der Staatswissenschaftler geht aber noch einen entscheidenden Schritt weiter. Für ihn herrscht schon „gegenüber Begriffen wie Säkularismus [...] und Laizismus“⁴⁰⁸ eine tiefe Aversion in breiten Teilen der arabischen Bevölkerung. Religiöse Gruppierungen schüren dabei die Angst, mit der Übernahme westlich geprägter

⁴⁰⁰ Pabst et al., S. 144.

⁴⁰¹ Ebd., S. 145.

⁴⁰² Rosiny, Stephan: „Ein Jahr ‚Arabischer Frühling‘: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven“, in: *GIGA Focus Nahost* 12/2011, S. 7.

⁴⁰³ Vgl. Pabst et al., S. 149f.

⁴⁰⁴ Bouzid, S. 16.

⁴⁰⁵ Vgl. Assmann, S. 75.

⁴⁰⁶ Vgl. Buruma, Ian; Margalit, Avichai: *Occidentalism: The West in the Eyes of Its Enemies*, Penguin Press: New York 2004, S. 105.

⁴⁰⁷ Pabst et al., S. 146.

⁴⁰⁸ Ebd.

Machtstrukturen die eigene kulturelle Identität aufzugeben und präsentieren sich bewusst als Anti-Modernisten.

Dabei begründeten verschiedene Islamisten – darunter auch Vertreter der ägyptischen Muslimbruderschaft – ihre Sorge einer zu großen Anpassung an westliche Standards auch mit theologischen Argumenten. Für sie hat die Konzentration auf humanistische Werte im Westen dazu geführt, dass der Mensch selbst auf einen quasi-göttlichen Rang erhoben wurde. Sollte diese Ideologie in der arabischen Welt Fuß fassen, würden auch hier ein deutlicher moralischer Werteverfall und eine Abkehr von religiösen Lehren erwartet.⁴⁰⁹ In diesem Modell ist mit der ständig drohenden kulturellen Annexion der arabischen Länder damit nicht nur die politische und gesellschaftliche Identität der arabischen Bevölkerung in Gefahr, sondern letztendlich ihr Seelenheil. Dabei betont Buruma, ähnlich wie die Autoren der *Arabischen Berichte über die menschliche Entwicklung*, dass solche religiösen Begründungsmuster gelegentlich nur vorgeschoben werden, um eigene machtpolitische Ziele zu verschleiern.⁴¹⁰

3.4.3 Auswirkung auf die Erwartungshaltung während des Arabischen Frühlings

Interessanterweise verbreiteten sich im arabischen Raum schon früh Theorien, die den Ausbruch des Arabischen Frühlings als Teil einer groß angelegten westlichen Verschwörung sahen. Eine bekannte Variante geht zum Beispiel davon aus, dass die USA Syrien und Libyen ganz bewusst in einen Bürgerkrieg gestürzt hätten, um „die letzten Bastionen des unabhängigen arabischen Nationalismus [zu] zerstören“⁴¹¹. Vertreter solcher Modelle fühlten sich „einmal mehr als ohnmächtige Opfer externer Manipulation“⁴¹² und setzten die Revolutionsbewegung in eine Reihe mit den Verbrechen der Kreuzzüge und der Kolonialzeit. Spätestens mit dem Eingriff von NATO-Truppen in den libyschen Bürgerkrieg sahen sie ihre Befürchtung eines westlichen Imperialismus „in neuem Gewand“⁴¹³ unter dem Deckmantel des Arabischen Frühlings bestätigt. Während zahlreiche Rebellen die militärische Intervention begrüßten und bereitwillig mit den westlichen Streitkräften kooperierten⁴¹⁴, fühlten sich andere durch deren bloße Anwesenheit an die traumatischen Erfahrungen mit den US-amerikanischen Besatzungsmächten erinnert. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch nachvollziehen, warum die neu eingesetzte libysche Regierung nach Gaddafis Sturz – und gegen

⁴⁰⁹ Vgl. Buruma et al., S. 116f.

⁴¹⁰ Vgl. ebd., S. 148.

⁴¹¹ Pabst et al., S. 6.

⁴¹² Ebd.

⁴¹³ Ebd., S. 144.

⁴¹⁴ Vgl. ebd., S. 90f.

die Empfehlung ihrer ausländischen Berater – auf einen schnellen Abzug der NATO-Truppen drängte. Auch der Einsatz einer „robuste[n] Stabilisierungsmission“⁴¹⁵ unter dem überparteilichen Schild der Vereinten Nationen wurde abgelehnt. Offenbar nahmen die Entscheidungsträger die sich abzeichnenden bürgerkriegs-ähnlichen Unruhen eher in Kauf, als sich auf unbegrenzte Dauer der Abhängigkeit von westlichen Regierungen auszusetzen. Für einzelne Beobachter stand der Wunsch nach einer neuen arabischen „Identität und [...] Würde“⁴¹⁶ dabei nicht nur vor militärischen, sondern auch vor den wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen der neuen Machthaber.

Interessanterweise zeigte sich im Fall Syrien ein gegensätzliches Bild. Spätestens nach dem Einsatz von Giftgas erwarteten nicht nur die Rebellen ein Einschreiten „der internationalen Staatengemeinschaft bzw. der USA“⁴¹⁷, das wie im Libyenkonflikt zu einem schnellen Ende der Kampfhandlungen führen sollte. AlDailami beschreibt sehr allgemein, dass die „gesamte arabische Welt, [...] unabhängig davon, ob sie für oder gegen Assad“⁴¹⁸ war, geradezu reflexhaft mit einer westlichen Intervention rechnete. Als es stattdessen zu einer diplomatischen Einigung kam, die vorsah, sämtliche syrischen Chemiewaffen unter internationaler Aufsicht zu vernichten, schlug die Erwartungshaltung quer durch den arabischen Raum in Enttäuschung um. Rebellen-Truppen fühlten sich von den westlichen Regierungen im Stich gelassen, die sie zuvor mit Waffenlieferungen und logistischer Unterstützung zum offenen Konflikt ermutigt hatten und zahlreiche arabische Staaten solidarisierten sich mit den Opfern des andauernden Bürgerkriegs und forderten immer energischer einen militärischen Eingriff.

So kam es ausgerechnet durch strategische Zurückhaltung zu einem neuen „Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust“⁴¹⁹ des Westens. Das Unvermögen den Bürgerkrieg aus eigener Kraft zu beenden führte nicht nur bei den kämpfenden Truppen, sondern überall in der arabischen Bevölkerung zu einem neuen Gefühl der Ohnmacht, das sich immer wieder in dramatischer Symbolik ausdrückte. AlDailami zitiert dabei einen Artikel von Elias Khoury aus dem Oktober 2013 als Beispiel für das Empfinden weiter Teile der arabischen Welt. Der libanesische Schriftsteller sieht in der Syrienkrise ein „blutiges Schachspiel“⁴²⁰ zwischen ausländischen Mächten.

⁴¹⁵ Pabst et al., S. 92.

⁴¹⁶ Ebd., S. 141.

⁴¹⁷ Ebd., S. 147.

⁴¹⁸ Ebd.

⁴¹⁹ Ebd., S. 148.

⁴²⁰ Khoury, Elias: *Ein blutiges Schachspiel*, 2013, <http://de.qantara.de/inhalt/buergerkrieg-in-syrien-ein-blutiges-schachspiel> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

„Zweifellos haben wir es mit zwei raffinierten Spielern zu tun, die es hervorragend verstehen, ihre Schwächen in Stärken zu verwandeln – eines der Merkmale geschickter Diplomatie. Was aber auf keinen Fall übersehen werden darf, ist die Tatsache, dass kein syrischer oder arabischer Mitspieler am Tisch sitzt. [...] Hier die zaudernde Friedenstaube Obama, unwillig Assad zu stürzen (und das ist der Kern des ganzen Problems), dort der Falke Putin“⁴²¹

Abgesehen von der tatsächlichen Berechtigung einer Militärintervention spricht die gebrauchte Bildsprache Bände. Bei Khoury ist keine Rede mehr vom anfangs so prägenden Narrativ der „*eigenen* Revolution“⁴²² der arabischen Länder. Stattdessen sieht er die Bevölkerung einmal mehr als passive Spielfiguren in den Händen fremder Regierungen, die „nach Belieben hin- und hergeschoben“⁴²³ werden können.

3.5 Frühe Formen von arabischem Netzpessimismus

Die arabische Mischung aus „Faszination und Angst“⁴²⁴ als Reaktion auf technische Innovationen aus dem Westen schlug sich interessanterweise auch schon früh in einem Misstrauen gegenüber den Möglichkeiten der digitalen Welt nieder und führte in Teilen der Region zu einer ausgeprägten netzpessimistischen Grundeinstellung. Die Heilsversprechen, die der Westen mit der fortschreitenden Digitalisierung verband, wurden als kolonialistische Propaganda verurteilt und die zunehmende Verbreitung von Internetanschlüssen in der arabischen Welt skeptisch beobachtet. Eine im Auftrag der *Berliner Schriften zur Medienwissenschaft* zwischen 2004 und 2008 durchgeführte Befragung kam zu dem Ergebnis, dass zahlreiche arabische Medienschaffende und Experten den Siegeszug des Internets hauptsächlich mit einer neuen Spaltung der Gesellschaft und dem Erstarken religiös-extremistischer Positionen verknüpften. Beide Befürchtungen werden im Folgenden dargestellt.

3.5.1 Gefahr eines „Eliten-Mediums“

Laut Albrecht Hofheinz wurde das Internet von weiten Teilen der arabischen Welt lange als reines „Medium der Elite“⁴²⁵ gesehen, das auf absehbare Zeit keinen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung im Ganzen haben würde. Dementsprechend wurden – im Vergleich zum Westen – kaum Versuche unternommen, die neue Technik für digitale

⁴²¹ Khoury.

⁴²² Kircher, S. 136.

⁴²³ Pabst et al., S. 149.

⁴²⁴ Ebd., S. 142.

⁴²⁵ Bouzid, S. 43.

Wahlkämpfe oder als konstruktive Protestplattform zu gebrauchen. Auch der ehemalige Al Jazeera-Deutschland-Korrespondent Aktham Suliman scheint im Modell einer digitalen Klassenteilung verhaftet, wenn er Mitte der 2000er vermutet, dass diejenigen Araber aus sozial schwächeren Schichten, die „überhaupt mit einem Computer umgehen“⁴²⁶ könnten, nur an Unterhaltungsprogrammen und neuen Konsummöglichkeiten interessiert wären. Allgemein zieht sich der Vorwurf durch die Befragung, weiten Teilen der arabischen Bevölkerung fehle es an der nötigen Medienkompetenz, um die digitale Welt konstruktiv zu nutzen. Dabei werden insbesondere die bei Jugendlichen beliebten Internetcafés als Beleg herangezogen: „Die Hälfte der Nutzer spielt Ballerspiele, die andere Hälfte surft. Beim Surfen geht es dann hauptsächlich um Zerstreuung“⁴²⁷.

Dabei soll das Internet nicht nur den Graben zwischen der onlineaffinen Elite und dem Rest der Bevölkerung vertiefen – sondern auch zwischen der westlichen und der arabischen Welt im Ganzen. Für Suliman vergrößert sich die „Wissenskluft“⁴²⁸ zwischen den Weltregionen durch die Digitalisierung mit bisher ungekannter Geschwindigkeit. Zahlreiche arabische Länder haben keine Möglichkeit zum vernetzten Westen aufzuschließen, statt die „Traumvorstellung vom Zusammenwachsen zu einem globalen Dorf“⁴²⁹ zu verwirklichen entfernen sich die Menschen im digitalen Raum damit weiter voneinander. Durch das Weiterleiten von ungeprüften Quellen und die Verbreitung von Verschwörungstheorien soll das Internet schließlich sogar helfen, Ressentiment zwischen den Nationen zu verstärken und auf beiden Seiten Vorurteile zu schüren.⁴³⁰ – Eine bittere Absage an die westlich-netzoptimistische Theorie einer grundsätzlich harmonischen Virtuellen Gemeinschaft.

3.5.2 Gefahr durch religiösen Extremismus in der digitalen Welt

Bei der Verbreitung von Verschwörungstheorien, die sich offen gegen den Staat Israel, die USA oder das „westliche System“ im Ganzen richten, taten sich dabei besonders radikal-religiöse Gruppen hervor. So soll der digitale Arm der Terror-Organisation Al-Qaida die mangelnde Medienkompetenz und „Naivität“⁴³¹ weiter Teile der arabischen Bevölkerung genutzt haben, um ihre anti-amerikanische Botschaft unters Volk zu bringen. Gelegentlich wurden Fundamentalisten dabei sogar von klassischen Medien unterstützt, die digitale Falschmeldungen ungeprüft übernahmen und weiterverbreiteten. Tatsächlich zählten radikal-

⁴²⁶ Bouzid, S. 2.

⁴²⁷ Ebd., S. 188.

⁴²⁸ Ebd., S. 2.

⁴²⁹ Ebd., S. 6.

⁴³⁰ Vgl. ebd., S. 12.

⁴³¹ Ebd., S. 109.

islamistische Gruppierungen im arabischen Raum zu den Ersten, die das Internet als effektives Propaganda-Medium nutzten. Ihr Online-Engagement lässt sich dabei bis in die 1990er zurückverfolgen und wurde im Lauf der 2000er ständig ausgeweitet.⁴³² Für Suliman spielen die teilweise großen ideologischen Differenzen der verschiedenen radikal-islamistischen Organisationen im Internet interessanterweise keine große Rolle. Die digitalen Islamisten erscheinen bei ihm als „ein Block, der bestens vernetzt ist und trotz vieler Unterschiede sehr gut miteinander kooperiert.“⁴³³

Die Vorherrschaft islamistischer Kräfte in der digitalen Welt wird dabei besonders mit dem Fehlen äquivalenter Angebote der ideologischen Konkurrenz belegt. Während – teilweise offen gewaltbereite – Dschihadisten online „an jeder Ecke“⁴³⁴ zu finden sind, sind Vertreter eines moderaten Islam deutlich in der Minderheit. So schätzte der Islamismus-Experte Yassin Musharbash die Quote von fundamentalistischen zu gemäßigten religiösen Webseiten im arabischen Raum 2008 auf 4:1. Auch politische Gruppen mit liberalen oder pro-westlichen Meinungen sind online unterrepräsentiert, die Vertreter dieser Strömungen haben den Extremisten den digitalen Raum oft „kampflos überlassen [...] oder besser gesagt, den Kampf erst gar nicht angefangen“⁴³⁵. Dabei zeigen sich die Befragten besonders erschüttert, dass es verschiedenen von westlichen Geldgebern unterstützten und technisch gut ausgestatteten säkularen Organisationen nicht gelang, eine ähnlich starke Internetpräsenz aufzubauen wie die radikalen Islamisten: „Jede Terrorgruppe investiert mehr Zeit als jede NGO in Medienarbeit.“⁴³⁶

Zwar wurde es von westlichen Beobachtern gelegentlich als „Paradoxon [dargestellt], dass genau die Parteien, die dem Rückschritt zugewandt sind, das neue Medium am intensivsten nutzen“⁴³⁷ – diese Einschätzung wird der Selbstwahrnehmung der radikal-islamistischen Organisationen allerdings nicht gerecht. So begreifen sich die fundamentalistischen Gruppierungen durchaus auf der Höhe der Zeit und gebrauchten von sozialen Netzwerken über komplexe Hacker-Angriffe bis zu online gestellten Bauplänen für Bomben verschiedenste Facetten der Online-Welt für ihre Zwecke.⁴³⁸ In einzelnen Fällen reichte ihr Einfluss dabei sogar soweit, dass sie die Verhaftung gegnerischer säkularer Blogger veranlassen konnten.⁴³⁹ Damit war die Gefahr einer gezielten staatlichen Überwachung und

⁴³² Vgl. Bouzid, S. 42.

⁴³³ Ebd., S. 18.

⁴³⁴ Ebd., S. 188.

⁴³⁵ Ebd., S. 43.

⁴³⁶ Ebd., S. 190.

⁴³⁷ Ebd., S. 43.

⁴³⁸ Vgl. ebd., S. 192f.

⁴³⁹ Vgl. ebd., 18.

Strafverfolgung unliebsamer Internetnutzer, die im Rahmen des Arabischen Frühlings ein ungekanntes Ausmaß erreichen sollte, schon Mitte 2007 eine präsente Bedrohung in der arabischen Welt und untermauerte die netzpessimistische Grundhaltung weiter Teile der liberalen Bevölkerung.

4. Nutzung der sozialen Medien im Arabischen Frühling an vier Beispielen

4.1 Tunesien

Der Beginn der Proteste in Tunesien war für zahlreiche Beobachter eine Überraschung. Das Land galt vielen als zu streng und engmaschig kontrolliert, um erfolgreichen regierungskritischen Aktivismus zu ermöglichen. Auch das Internet wurde hier schon früh und vergleichsweise rigide zensiert. Möglich, dass die Revolution gerade wegen dieser widrigen Umständen in der ganzen arabischen Welt Nachahmer fand. Unzufriedene Bürger lernten am Beispiel Tunesien, dass politische Bewegungen sich auch gegen Polizei, Militär und Geheimdienste durchsetzen konnten, wenn sie nur genug Mitglieder mobilisierten. Im Folgenden wird näher auf die Ursachen und den Verlauf der tunesischen Aufstände ab 2010 eingegangen und ein Blick auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes nach dem Sturz von Präsident Ben Ali im Januar 2011 geworfen.

4.1.1 Voraussetzungen und Verlauf

Die Voraussetzungen für landesweite Proteste waren in Tunesien zum Jahreswechsel 2010/11 beispielhaft für zahlreiche arabische Staaten. So steuerte das Land durch eine dramatische Verkettung von „Klimawandel, Subventionierung von Biotreibstoffen und Börsenspekulation“⁴⁴⁰ und dadurch rapide steigende Getreidepreise auf eine ökonomische Krise zu. Anders als die wohlhabenden Golfstaaten verfügte Tunesien nicht über ausreichend Mittel den Preisanstieg von staatlicher Seite aus abzufedern – die Bevölkerung wurde damit von der vollen Wucht der steigenden Lebenshaltungskosten getroffen. Diese Krise erschütterte das Land zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt, denn durch geburtenstarke Jahrgänge in den vergangenen Jahrzehnten war es zu einem hohen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit gekommen. In der angespannten Lage wurden hier auch „viele Jugendliche mit Abitur bzw. Studienabschluss“⁴⁴¹ in die Arbeitslosigkeit gedrängt. Diese Entwicklung war dabei nicht neu – so hatte neben den *Arabischen Berichten über die menschliche Entwicklung* auch eine US-finanzierte Studie bereits 2008 auf die möglichen Folgen der geringen Beschäftigungsrate und

⁴⁴⁰ Pabst et al., S. 11.

⁴⁴¹ Ebd.

ungleichen Ressourcenverteilung hingewiesen und der ganzen Region „an atmosphere of instability and chaos“⁴⁴² prophezeit. In der aktuellen Krise kam erschwerend hinzu, dass der Sozialstaat auf Drängen liberaler Kräfte stark zurück gefahren worden war und viele Tunesier um ihr Existenzminimum fürchten mussten. Angesichts dieser existentiellen Not überrascht es nicht, dass ökonomische Reformen früh weit oben auf der Agenda tunesischer Demonstranten standen.

Die wachsende Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung war von der tunesischen Regierung mit einer Zunahme an staatlichen Repressionen und Polizeigewalt beantwortet worden.⁴⁴³ In der Zeit vor Beginn der Aufstände wurde das Land „von Polizei und Geheimdiensten rigide kontrolliert[e]“⁴⁴⁴. Präsident Ben Ali hatte sein Überwachungsnetzwerk dabei – wie bereits behandelt – auch auf die digitale Welt ausgeweitet und ließ soziale Netzwerke und regierungskritische Webseiten nach Belieben sperren.

Die Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 gilt als Startschuss der tunesischen Aufstände und damit des Arabischen Frühlings im Ganzen. Obwohl er mit seiner Tat einen solchen Sturm der Proteste entfesselte, wird davon ausgegangen, dass der junge Gemüsehändler mehr „aus der selbst erfahrenen Begrenzung seiner Lebensmöglichkeiten heraus“⁴⁴⁵ zum Selbstmörder wurde, als aus essentiell politischen Überzeugungen. So war Bouazizi in den Wochen vor seinem Tod wiederholt von staatlichen Sicherheitskräften drangsaliert worden.⁴⁴⁶ Um ihn als Symbolfigur für die Masse der tunesischen Studenten und Universitätsabgänger zu installieren wurde der 26-Jährige, der nicht einmal einen Hochschulabschluss hatte, dabei in der Berichterstattung teilweise zum gescheiterten Akademiker gemacht. Diese „kosmetischen Veränderungen“⁴⁴⁷ halfen vielen Tunesiern sich mit Bouazizis aussichtsloser Lage zu identifizieren, was zu spontanen, zunächst lokal begrenzten Demonstrationen führte.⁴⁴⁸

Besonders in diesen ersten Tagen spielten Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung von Aktivisten. So unterstützten Juristen- und Studentenverbände die Demonstrationen von Anfang an.⁴⁴⁹ Dem Gewerkschaftsdachverband Union Générale

⁴⁴² Pernin, Christopher; Brian Nichiporuk; Dale Stahl; Justin Beck; Ricky Radaelli-Sanchez: *Unfolding the Future of the Long War Motivations, Prospects, and Implications for the U.S. Army*, 2008, http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2008/RAND_MG738.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 90.

⁴⁴³ Vgl. Pabst et al., S. 10f.

⁴⁴⁴ Ebd., S. 50.

⁴⁴⁵ Groebel, S. 114.

⁴⁴⁶ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 18.

⁴⁴⁷ Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 156.

⁴⁴⁸ Vgl. Pabst et al., S. 50.

⁴⁴⁹ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 19.

Tunisienne du Travail gelang es mehrere 100.000 seiner Mitglieder für die Aufstände zu begeistern. Von Seiten der alten Medien spielte der als regierungskritisch bekannte Radiosender Kalima eine wichtige Rolle, der nach früheren Auseinandersetzungen mit dem Präsidenten aus dem Ausland sendete und so weniger leicht kontrolliert und zensiert werden konnte.⁴⁵⁰ Für den schnellen Sturz von Ben Ali wurde aber das Militär zum „entscheidende[n] Faktor“⁴⁵¹. Ab dem 13. Januar 2011 hatte der Präsident die Kontrolle über die Streitkräfte verloren, nachdem ein Armeekommandeur offen einen Befehl verweigerte. Ben Ali hatte den Ausnahmezustand ausgerufen und angeordnet die Demonstrationen gewaltsam zu beenden, doch der zuständige Kommandeur weigerte sich einen Schießbefehl auf die Aufständischen zu erteilen. Der Politikwissenschaftler Martin Pabst stellt dabei die Vermutung auf, dass die militärischen Befehlshaber einem möglichen Machtwechsel positiv gegenüber standen, da sie sich unter Ben Alis Regime gegenüber anderen Exekutivkräften – wie der Präsidentengarde und der Polizei – „benachteiligt“⁴⁵² sahen.

Bereits am Tag nach der Befehlsverweigerung verließ Ben Ali das Land und verlor sein Amt. Dabei ist unklar, ob er bei seiner Flucht tatsächlich den vollen Ernst der Lage begriff oder nur von einem vorübergehenden strategischen Rückzug ausging. Ben Ali floh nach Saudi-Arabien, wo man ihm politisches Asyl gewährte – offiziell allerdings aus humanitären Gründen und nicht als politische Stellungnahme. Die Verantwortlichen zeigten sich „skeptisch“⁴⁵³ gegenüber den tunesischen Aufständen und verweigerten die Auslieferung des ehemaligen Präsidenten. Trotz dieses Rückschlags hatten die Aktivisten einen entscheidenden Etappensieg errungen. Innerhalb von vier Wochen war ein Präsident gestürzt worden, der über 20 Jahre lang regiert hatte.

4.1.2 Nutzung der neuen Medien

Die tunesischen Proteste wurden von Beginn an von Bloggern und auf Twitter begleitet.⁴⁵⁴ Daneben wurde besonders das vergleichsweise wenig zensierte Facebook als politische Plattform genutzt. Tunesien lag hier schon vor Beginn der Aufstände weit über dem arabischen Durchschnitt und das soziale Netzwerk spielte eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung der Bevölkerung. Insbesondere die digitale Verbreitung von sonst zensierten oder gesperrten Fernsehprogrammen wurde genutzt, um die Tunesier aufzurütteln. Dabei kam es zum lebhaften Austausch zwischen den analogen Demonstranten und den – teilweise schon

⁴⁵⁰ Vgl. Pabst et al., S. 50f.

⁴⁵¹ Ebd., S. 52.

⁴⁵² Ebd.

⁴⁵³ Ebd., S. 53.

⁴⁵⁴ Vgl. El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

etablierten – politisch motivierten Bloggern und Facebook-Nutzern. Einige Aufständische entdeckten die sozialen Medien neu für sich und berichteten live von ihrem Widerstand gegen die staatlichen Kräfte⁴⁵⁵, während reine Onlineaktivisten erstmals den Weg auf die Straße fanden.⁴⁵⁶ Auch für die Organisation der Proteste wurden die sozialen Netzwerke schon bald unverzichtbar. In der akuten Ausnahmesituation gelang es den Aktivisten dabei immer wieder kreative Wege zu finden, die staatlichen Zensurprogramme zu umgehen.⁴⁵⁷ Als die Regierung den Zugriff auf Facebook, Twitter und Youtube erschwerte, wichen die Demonstranten auf SMS-Dienste als Organisationswerkzeug aus – und konnten damit zeitweise sogar noch mehr Bürger mobilisieren.⁴⁵⁸

Tatsächlich wurde das Internet schnell zum hart umkämpften Terrain und Schauplatz eines regelrechten Cyberkrieges. Die Regierung maß diesem digitalen Kräftemessen von Anfang an eine hohe Bedeutung bei und setzte alles daran, die Aktivisten „durch den Diebstahl von Nutzer-Namen und Passwörtern von Facebook-, Twitter- und E-Mail-Accounts“⁴⁵⁹ unschädlich zu machen. Dabei erhielten die Netzaktivisten Hilfe von Facebook selbst. Als im kalifornischen Haupthaus auffiel, dass Passwörter von tunesischen Kunden abgefangen wurden, traf das Netzwerk Vorkehrungen, um die Daten seiner Mitglieder zu schützen.⁴⁶⁰ Weitere unerwartete Verbündete waren die Hacker-Gruppen Anonymus und Telecomix, die in einer eigens ins Leben gerufenen *Operation Tunesia* ins digitale Feld zogen.⁴⁶¹ Die staatlichen Kräfte hatten dieser Übermacht wenig entgegenzusetzen, so dass es durch „geballte[n] Überlastungsattacken“⁴⁶² schnell gelang, regierungseigene Webseiten lahmzulegen. Auch die staatlichen Zensurprogramme konnten empfindlich gestört und zeitweise vollständig deaktiviert werden.

Letztendlich konnte die Regierung weder die Organisation der Aufstände noch den Informationsfluss in den Westen unterbinden. Nachrichtenagenturen konnten so weltweit auf Bilder und Informationen der Aufständischen zugreifen. Hilfreich war dabei, dass knapp die Hälfte der tunesischen Facebook-Nutzer während der Unruhen auf Französisch kommunizierte (siehe Grafik 6).

⁴⁵⁵ Vgl. Cook, S. 5f.

⁴⁵⁶ Vgl. Kircher, S. 122.

⁴⁵⁷ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 34.

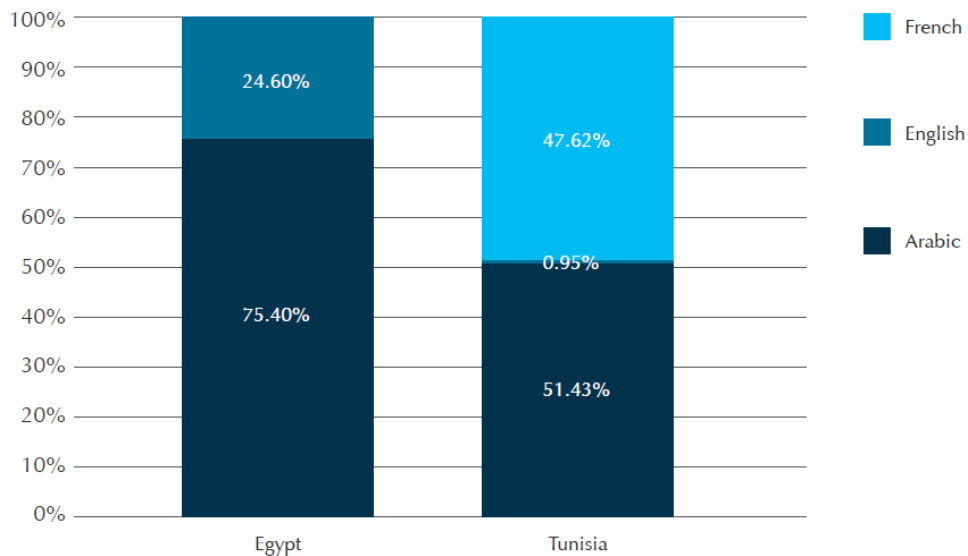
⁴⁵⁸ Vgl. ebd., S. 19.

⁴⁵⁹ Penke, S. 8.

⁴⁶⁰ Vgl. von Rohr, S. 140.

⁴⁶¹ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 19.

⁴⁶² El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.



Grafik 6: Während der Unruhen in Facebook gebrauchte Sprachen
 Quelle: Arab Social Media Report 2011, S. 7.

4.1.3 Entwicklung nach den Aufständen

Nach einem Dreivierteljahr der politischen Übergangszeit fanden am 23. Oktober 2011 erstmals freie Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung statt. Dabei ging die Ennahda-Partei als Siegerin hervor und konnte mit 37,0 % der Stimmen 89 der 217 verfügbaren Sitze übernehmen. Pabst vermutet allerdings, dass die islamistische Partei – die sich nicht aktiv an den Aufständen beteiligt hatte – mehr aus Mangel an Alternativen gewählt wurde. So „war die Opposition in über 60 Parteien zersplittert“⁴⁶³, die oft eng mit Ben Alis Regime verknüpft gewesen waren. Auch andere Beobachter gehen davon aus, dass „die erwiesene Ferne der Partei zum Ben-Ali-Regime [für viele Tunesier] Grund genug war“⁴⁶⁴, Ennahda ihre Stimme zu geben. Ein weiterer wichtiger Faktor für den Erfolg der moderat islamistischen Partei war die großzügige finanzielle Unterstützung des Emirats Katar, die von verschiedenen Seiten kritisiert wurde. So warf Said AlDailami dem Emirat vor, unter dem „Vorzeichen panislamischer Solidarität“⁴⁶⁵ Einfluss auf die tunesische Politik gewinnen zu wollen. Israelische Beobachter gingen nach der Wahl noch einen Schritt weiter, als sie den Emir von Katar zum „inoffiziellen Kalifen“ Tunesiens erklärten.⁴⁶⁶ Säkulare Politiker wurden

⁴⁶³ Pabst et al., S. 53.

⁴⁶⁴ Fürtig, Henner: „Ägypten, Tunesien, Libyen. Alte Wölfe in neuen Schafspelzen oder neue Autoritäten in der arabischen Welt?“, in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 25.

⁴⁶⁵ Pabst et al., S. 183.

⁴⁶⁶ Vgl. Mahjar-Barducci, Anna: *Ruling Tunisia by Remote Control*, 2012, <http://www.haaretz.com/ruling-tunisia-by-remote-control-1.409416> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

währenddessen von westlichen Nichtregierungsorganisationen wie der Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt.⁴⁶⁷

Allgemein gewannen islamistische – und besonders salafistische – Strömungen in den Monaten nach den Aufständen an Einfluss. Eine arabische Studie zählte 2012 insgesamt 120 salafistische Institutionen in Tunesien. Anhänger dieser islamischen Glaubensrichtung drängten mit teilweise „brachialem Druck, z. B. mit der Besetzung von Universitäten oder der Sprengung unerwünschter Veranstaltungen“⁴⁶⁸ auf die Installierung eines Gottesstaates. Im Zuge dieser Unruhen kam es sogar zu vereinzeltten Attentaten auf säkulare Politiker. Auch die Ennahda verfolgte zu Beginn der Verfassungsdebatten einen streng religiösen Kurs: So sollte die Scharia zur wichtigsten Rechtsgrundlage Tunesiens erhoben werden und noch vor den Menschenrechten Geltung haben. Damit verband sich unter anderem auch eine staatlich festgeschriebene juristische Ungleichheit der Geschlechter. Ein eigens eingerichteter Hoher Islamischer Rat sollte die „Scharia-Konformität“⁴⁶⁹ neuer Gesetze gewährleisten. Als die Partei im Sommer 2013 durch immer akuter werdende ökonomische Probleme – das Budgetdefizit hatte sich seit 2010 mehr als verdreifacht – und öffentliche Proteste zunehmend unter Druck geriet, rückte sie von allzu radikalen Forderungen ab.

In der im Januar 2014 verabschiedeten Verfassung finden sich so kaum mehr Anklänge an diese radikal-islamistischen Ansprüche. Zwar ist der Islam als Staatsreligion festgeschrieben, die Scharia findet aber keine Anwendung. Die Geschlechter sind nicht nur rechtlich gleichgestellt, es wurde sogar eine 50/50-Quotenregelung in den beiden Parlamentskammern beschlossen. Auch die Möglichkeit einer anderen oder keiner Religion anzugehören wurde fest in der Verfassung verankert. Insbesondere diese neuen Freiheiten sind ein klarer Hinweis für die zunehmende „Ausrichtung Tunesiens nach Norden“⁴⁷⁰ – in Richtung EU. Schließlich verzichtete die Ennahda bei der Präsidentschaftswahl 2014 sogar darauf, einen Kandidaten aufzustellen und überließ das Feld freiwillig säkulareren Parteien.⁴⁷¹ Ein Jahr nach Verabschiedung der Verfassung wurde Tunesien als erstes arabisches Land von Freedom House als „frei“ eingestuft.⁴⁷² Der BBC-Korrespondent Paul Danahar argumentierte, dass der tunesische Systemwechsel deshalb so schnell und reibungslos verlief, weil das strategisch

⁴⁶⁷ Vgl. Pabst et al., S. 57.

⁴⁶⁸ Ebd., S. 54.

⁴⁶⁹ Ebd., S. 55.

⁴⁷⁰ Ebd., S. 57.

⁴⁷¹ Vgl. Amara, Tarek: *Tunisia's main Islamist party to stay out of presidential election*, 2014, <http://www.reuters.com/article/us-tunisia-election-ennahda-idUSKBN0H20LJ20140907> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁴⁷² Vgl. Freedom House: *Freedom in the world 2015*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2015> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

vergleichsweise unwichtige Land keine zu große politische Einmischung von Seiten Dritter provozierte.⁴⁷³

4.2 Ägypten

In Ägypten gab es schon vor Beginn des Arabischen Frühlings eine aktive politische Protestkultur und so wunderte es internationale Beobachter nicht, dass die tunesischen Aufstände früh auf das Land übergriffen. In seiner Rolle als „Mitte der arabischen Welt, Anrainer globaler Handelswege, [und] Nachbar des Nahostkonflikts“⁴⁷⁴ rückte Ägypten allerdings viel stärker in den Fokus der internationalen Politik als Tunesien. Damit kam es von Anfang an zu stärkeren Einmischungen externer Mächte, die im Chaos der Umbruchszeit eine Chance sahen, eigene Ziele in der Region zu verfolgen. Danahars Argumentation folgend, könnte dieses globale Interesse am politischen Schicksal Ägyptens einer der Gründe für den vergleichsweise schwierigen Verlauf der Revolution hier sein. Im Folgenden wird auf die Voraussetzungen und den Verlauf der Aufstände in Ägypten eingegangen und die politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes nach den Ereignissen des Arabischen Frühlings in den Blick genommen.

4.2.1 Voraussetzungen und Verlauf

In den 30 Jahren seiner Amtszeit hatte Hosni Mubarak Schritt für Schritt die politischen und bürgerlichen Rechte der Bevölkerung beschnitten und Ägypten durch „Pseudo-Wahlen“⁴⁷⁵ und diskreditierende Kampagnen über politische Gegner zur Scheindemokratie gemacht. Seine Neue Demokratische Partei (NDP) regierte uneingeschränkt, Oppositionsparteien spielten im politischen Geschehen keine Rolle. Insbesondere seit den islamistischen Terror-Anschlägen am 11. September 2001 schien der Präsident dabei gefeit vor der Kritik westlicher Regierungen. Obwohl ägyptische Aktivisten dem Staatsoberhaupt wiederholt vorwarfen, radikal-religiöse Strömungen zu unterstützen und bewusst Konflikte zwischen Muslimen und Christen zu schüren⁴⁷⁶, galt Mubarak den USA lange als einer der verlässlichsten und „wichtigsten Partner im sensiblen Nahost-Gefüge“⁴⁷⁷.

⁴⁷³ Danahar, Paul: *The New Middle East: The World After the Arab Spring*, Bloomsbury UK: London 2015, S. 50.

⁴⁷⁴ Pabst et al., S. 58.

⁴⁷⁵ Kircher, S. 118.

⁴⁷⁶ Vgl. Badawy, S. 144.

⁴⁷⁷ Kircher, S. 118.

Dieser Status ermöglichte es dem Präsidenten einen engmaschigen Sicherheitsapparat aufzubauen, der ins „politische, wirtschaftliche, soziale und religiöse Leben der Bürger“⁴⁷⁸ hineinwirkte. Legitimiert wurden diese Eingriffe in die bürgerlichen Freiheiten durch diverse Verfassungsänderungen, die oft unter dem Vorwand der Terror-Bekämpfung durchgesetzt wurden und letztendlich „staatliche Willkür“⁴⁷⁹ ermöglichten. So untermauerte ein 2003 verabschiedetes Telekommunikationsgesetz das Recht der Regierung, die Online-Kommunikation zu überwachen und zu kontrollieren, was einem faktischen Verbot der digitalen Verbreitung von unerwünschten politischen Meinungen gleichkam.⁴⁸⁰ Während die Kommunikationswissenschaftlerin Leonie Kircher das vorrevolutionäre Ägypten damit als Land beschreibt, in dem ein öffentlicher politischer Diskurs praktisch nicht möglich war, verweisen andere Quellen – wie der Historiker Joel Beinin – auf die rege Protestkultur in Mubaraks Ägypten. So hatte es schon in den 2000ern mehrere tausend Demonstrationen gegen die Machenschaften der Regierung gegeben.⁴⁸¹ Allerdings ließen sich weite Teile der ägyptischen Jugend lange nicht vom politischen Aktionismus anstecken. Nachdem sie ihr Leben lang unter Mubaraks Herrschaft in einem Klima der Überwachung und Einschüchterung gelebt hatten, gaben in einer ägyptischen Studie aus dem Jahr 2005 90 % der befragten Jugendlichen an, politisch vollkommen desinteressiert zu sein.⁴⁸²

Aber ob politisch interessiert oder nicht – durch steigende Jugendarbeitslosigkeit wurden viele junge Ägypter sehr direkt mit den ökonomischen Folgen der NDP-Politik konfrontiert. Besonders Universitätsabgänger hatten Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen⁴⁸³ – so hatte der Anstieg der Getreidepreise zu Jahresbeginn 2011 auch hier verheerende Folgen. Ein entscheidender Faktor für den Ausbruch der Proteste waren allerdings die Aufstände in Tunesien.⁴⁸⁴ Angesichts der schnellen Erfolge der Demonstranten wurde auch der ägyptischen Bevölkerung klar, dass die politische Zukunft ihres Staates in ihren eigenen Händen lag.

Interessanterweise hatten die ägyptischen Aktivisten ihre Identifikationsfigur schon gefunden, bevor die volle Wucht des Arabischen Frühlings das Land mitriss. Khaled Said starb bereits im Juni 2010. Anders als Mohamed Bouazizi wurde der 28-jährige Blogger aus Alexandria

⁴⁷⁸ Badawy, S. 144.

⁴⁷⁹ Kircher, S. 118.

⁴⁸⁰ Vgl. Freedom House: *Egypt 2012*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2012/egypt> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁴⁸¹ Vgl. Masoud, Tarek: „The Upheavals in Egypt and Tunisia: The Road to (and from) Liberation Square“, *Journal of Democracy* Bd. 22 2011, S. 21.

⁴⁸² Vgl. Kircher, S. 118.

⁴⁸³ Vgl. Assad, Ragui; Farzaneh Roudi-Fahimi: *Youth in the Middle East and North Africa*, Bericht des Population Reference Bureau: Washington D.C. 2007.

⁴⁸⁴ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 3.

tatsächlich direkt von staatlichen Kräften getötet. Nachdem Said in seinem Blog ein belastendes Video über einen Polizeieinsatz veröffentlicht hatte, wurde er Anfang Juni von Beamten der Staatssicherheit aufgegriffen und „auf offener Straße zu Tode getreten“⁴⁸⁵. Nachdem das Geschehen von mehreren Augenzeugen beobachtet und mit einem – bis heute berühmten – Foto dokumentiert wurde, scheiterten alle Versuche, die Tat zu vertuschen. Auch eine von staatlicher Seite eingeleitete Schmutzkampagne gegen Said, die ihn als Kriminellen darstellen sollte, schlug fehl. Wenige Tage nach seinem Tod wurde dem Blogger eine Facebook-Gruppe gewidmet, die binnen weniger Wochen mehrere hunderttausend Mitglieder gewinnen konnte.⁴⁸⁶

Initiator und Gründer der Gruppe „We are all Khaled Said“ war der ägyptische Google-Manager und Netzaktivist Wael Ghonim. Obwohl die Mitglieder „keine politische oder ideologische Agenda im klassischen Sinne“⁴⁸⁷ teilten, gelang es der Gruppe, mehrere Demonstrationen und – teilweise internationale – Mahnwachen zu initiieren, bevor die Ereignisse in Tunesien den Arabischen Frühling ins Rollen brachten. Noch vor dem erfolgreichen Ende der tunesischen Revolution rief die Gruppe schließlich zu Aufständen am 25. Januar 2011 auf. Dabei gelang es, eine „aus linken, liberalen, nationalistischen und islamistischen Kräften“⁴⁸⁸ zusammengewürfelte Bewegung auf ein gemeinsames Ziel einzuschwören – den Sturz von Präsident Mubarak und ein Ende der willkürlichen Polizeigewalt. Mit einer Großkundgebung auf dem Tahir-Platz erreichte der Arabische Frühling am 25. Januar 2011 Ägypten.⁴⁸⁹ Als Nationaler Polizisten-Tag hatte der 25. Januar dabei symbolische Bedeutung. Die Demonstranten wollten den Sicherheitskräften an deren offiziellem Feiertag die Stirn bieten.⁴⁹⁰ Das Beispiel Ägypten zeigt dabei aber auch die große Bedeutung der alten Medien während der Aufstände. So wurde bei einer Studie das Fernsehen mit großem Abstand zur „wichtigste[n] mediale[n] Informationsquelle“⁴⁹¹ während des Arabischen Frühlings erklärt. Während 97 % der befragten Ägypter Fernsehsendungen konsumierten, um sich über die politischen Umbrüche zu informieren, kam Facebook in der gleichen Untersuchung auf lediglich 15 %.

Letztendlich kam auch bei den Aufständen in Ägypten dem Militär die entscheidende Rolle zu. Als klar wurde, dass Polizei und Geheimdienste – trotz brutalem Vorgehen und mehreren

⁴⁸⁵ Kircher, S. 131.

⁴⁸⁶ Vgl. Badawy, S. 149.

⁴⁸⁷ Ebd., S. 150.

⁴⁸⁸ Pabst et al., S. 58.

⁴⁸⁹ Vgl. Roll, Stephan: *Die unvollendete Revolution in Ägypten*, Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52392/aegypten> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁴⁹⁰ Vgl. Iksander, Elizabeth: „Connecting the National and the Virtual: Can Facebook Activism Remain Relevant After Egypt's January 25 Uprising?“, in: *International Journal of Communication* 5/2011, S. 1230.

⁴⁹¹ Kneuer et al., S. 37.

Hundert Todesopfern⁴⁹² – die Protestbewegung nicht würden zerschlagen können, wandte sich die Armee gegen ihren Präsidenten. Pabst geht auch in diesem Fall von einer „Interessenallianz“⁴⁹³ zwischen Demonstranten und Generälen aus. Insbesondere durch die Nominierung seines „in Militärkreisen verhasst[en]“⁴⁹⁴ Sohnes Gamal als nächstes Staatsoberhaupt hatte Mubarak die Gunst seiner Armee verloren. Indem sie dem Präsidenten den Gehorsam verweigerten, konnten sich die Streitkräfte als Sympathisanten der Revolution inszenieren und ihren Ruf in der ägyptischen Bevölkerung verbessern. Ohne militärische Unterstützung hatte Mubarak keine Möglichkeit die Proteste aufzuhalten – am 11. Februar 2011 trat er von seinem Amt zurück.⁴⁹⁵

4.2.2 Nutzung der neuen Medien

Wie bereits behandelt, spielte Facebook und insbesondere die „We are all Khaled Said“-Gruppe eine wichtige Rolle während der ägyptischen Aufstände. Zwar weisen einige Beobachter darauf hin, dass die Gruppe zu Beginn des Arabischen Frühlings gerade auf etwa 61.000 Mitglieder kam, von denen viele über ausländische Server beigetreten waren⁴⁹⁶ – dennoch ist das Potential des Netzwerks als Organisationsinstrument unbestritten. Der Gruppen-Gründer und gebürtige Ägypter Wael Ghonim kehrte zu Beginn der Aufstände in seine Heimat zurück und unterstützte die Aktivisten bei der Mobilisierung der Bevölkerung, der Organisation von Demonstrationen und der internen Kommunikation mit Hilfe sozialer Medien.⁴⁹⁷ Im Verlauf der Proteste wurde das Verhalten der Onlineaktivisten dabei zunächst als relativ unorganisiert wahrgenommen, strukturierte sich aber zunehmend. Schließlich gelang es, verlässliche Informationskanäle aufzubauen, wobei hier insbesondere Twitter eine wichtige Rolle spielte.⁴⁹⁸ Versuche, das soziale Netzwerk zu sperren, wurden von Google mit der unerwartet schnellen Fertigstellung der Speak2Tweet-Funktion beantwortet. Diese technische Neuerung erlaubte es Netzaktivisten, die staatlichen Twitter-Blockaden zu umgehen.⁴⁹⁹ Es sollte nicht das letzte Mal bleiben, dass der Konzern direkt in den Revolutionsverlauf eingriff.

Angesichts „einer fast surrealen Propagandainszenierung“⁵⁰⁰ des staatlichen Fernsehens wurden die sozialen Netzwerke für zahlreiche Ägypter zur ersten Anlaufstelle auf der Suche

⁴⁹² Vgl. Badawy, S. 151.

⁴⁹³ Pabst et al., S. 59.

⁴⁹⁴ Ebd.

⁴⁹⁵ Vgl. ebd., S. 58.

⁴⁹⁶ Vgl. Cook, S. 4.

⁴⁹⁷ Vgl. Pabst et al., S. 59.

⁴⁹⁸ Vgl. Penke, S. 19.

⁴⁹⁹ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 32.

⁵⁰⁰ El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

nach validen Informationen. In einer „sybiotische[n] Vernetzung traditionellerer und neuer Medien“⁵⁰¹ griffen auch vermehrt Nachrichtenstationen weltweit auf die Arbeit der Onlineaktivisten zurück. Damit wurden die Bilder und Botschaften der Aufständischen nicht nur weit über die Landesgrenzen hinaus verbreitet – auch die Ägypter ohne eigenen Internetzugang konnten sich jetzt über regierungsunabhängige Sender ein klareres Bild von den Geschehnissen im eigenen Land machen. Sendern wie Al Jazeera kam dabei „eine Schlüsselrolle als Filter“⁵⁰² des täglichen Onlineverkehrs zu, auf die später noch genauer eingegangen wird. Als Reaktion des Mubarak-Regimes kam es nicht nur zur Verhaftung einzelner Blogger⁵⁰³, es wurden auch Konternetzwerke, wie die wenig erfolgreiche „We are sorry Mubarak“-Facebook-Gruppe, gegründet, um die Aktivisten – ähnlich wie schon in Tunesien – im digitalen Raum direkt zu bekämpfen.⁵⁰⁴ Als diese Versuche nicht fruchteten, entschloss sich die Regierung zu einer drastischen Maßnahme und veranlasste spontan eine fünftägige umfassende Internetsperre. Vom 28. Januar bis zum 2. Februar waren das Internet und die offiziellen Mobilfunknetze in Ägypten außer Betrieb.⁵⁰⁵

Die tatsächliche Wirksamkeit von Sperren und kurzfristiger Zensur ist dabei stark umstritten. Eine Umfrage des *Arab Social Media Report* ergab, dass sowohl in Tunesien als auch in Ägypten eine Mehrheit von einem positiven Effekt solcher Repressionsmaßnahmen auf den Revolutionsverlauf ausgeht.⁵⁰⁶ Teilweise wurde sogar argumentiert, dass zahlreiche Netzaktivisten erst durch das Abschalten des Internets animiert wurden, „ihre Bildschirme zu verlassen und auf die Straße zu gehen“⁵⁰⁷ – eine Lesart, die von zahlreichen Aufständischen zurückgewiesen wird. Außer Frage steht dagegen der enorme wirtschaftliche Schaden, den die ägyptische Wirtschaft in den fünf Tagen erlitt und der – je nach Quelle – mit bis zu 90 Millionen US-Dollar beziffert wurde.⁵⁰⁸ Dieser akute Einbruch der Wirtschaft verstärkte den Druck auf jede post-revolutionäre Regierung, finanzstarke ausländische Investoren zu gewinnen. Auch in den verantwortlichen Firmen schien nicht jeder mit der drastischen Vorgehensweise einverstanden zu sein. So belegen Protokolle, dass Techniker teilweise mehrere Stunden verstreichen ließen, bevor sie die Netze abschalteten, oder ihre Arbeit entgegen den politischen Anweisungen bald wieder aufnahmen.⁵⁰⁹ Schließlich griff erneut Google ein und versorgte die Aktivisten nach Absprache mit Wael Ghonim mit kostenfreien

⁵⁰¹ El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

⁵⁰² Kneuer et al., S. 37.

⁵⁰³ Vgl. Penke, S. 18.

⁵⁰⁴ Vgl. Demmelhuber, S. 153.

⁵⁰⁵ Vgl. Penke, S. 8.

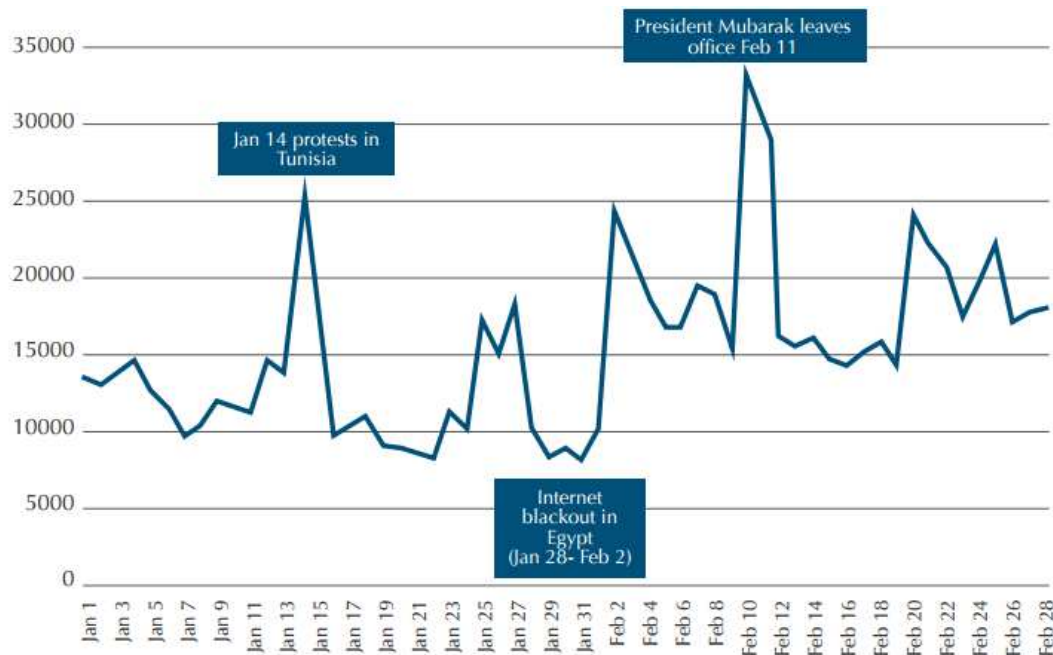
⁵⁰⁶ Vgl. *Arab Social Media Report* 2011, S. 7.

⁵⁰⁷ Badawy, S. 150.

⁵⁰⁸ Vgl. Kircher, S. 136.

⁵⁰⁹ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 22.

Zugangscodes für Satellitentelefone und untergrub damit endgültig die Absichten des Regimes.⁵¹⁰



Grafik 7: Die Auswirkung der Internetsperre auf die Anzahl der täglichen Twitter-Meldungen in Ägypten

Quelle: Arab Social Media Report 2011, S. 20.

Die Anzahl der in Ägypten abgesetzten Twitter-Meldungen zeigt beispielhaft, dass die Onlineaktivität während der Internetsperre nur knapp unter die Tiefstwerte der vorhergehenden Wochen fiel und im Anschluss sogar weit höhere Werte erreicht wurden als vor dem 28. Januar (siehe Grafik 7).

Dabei wurde allerdings schnell klar, dass auch die digitalen Aktivisten eher von einem gemeinsamen Feindbild, als von einer gemeinsamen Idee für eine politische Zukunft zusammengehalten wurden. Schon bald nach Mubaraks Sturz begann sich die scheinbar so einheitliche Netzbewegung in verschiedene politische Untergruppen aufzusplittern⁵¹¹ und in den folgenden, ereignisreichen Jahren fanden die ägyptischen Aktivisten nie mehr zu einer so einheitlichen Stoßrichtung.

4.2.3 Entwicklung nach den Aufständen

Nach Mubaraks Sturz übernahm eine Militärregierung unter Führung des Obersten Militärrats die Herrschaft bis zur nächsten Wahl. Ihre klare Positionierung während der Aufstände hatte die ohnehin schon hohen Beliebtheitswerte der Armee in der Bevölkerung noch verbessert, so

⁵¹⁰ Vgl. Pabst et al., S. 59.

⁵¹¹ Vgl. Asseburg (Hrsg.): *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen*, S. 18.

dass es ihr teilweise – und trotz gewaltsamem Vorgehen gegen Aktivisten⁵¹² – gelang „die Symbole der Revolution zu vereinnahmen“⁵¹³. Im Gegensatz zu seinem tunesischen Pendant ist der ägyptische Militärrat dabei auch eine mächtige wirtschaftliche Größe und „kontrolliert über Militärfirmen mindestens ein Drittel der Wirtschaft“⁵¹⁴ des Landes. Daneben konnte er großen Einfluss auf die Auswahl der Präsidentschaftskandidaten nehmen – so wurde der aussichtsreichste Kandidat der Muslimbrüder Khairat El-Shater trotz großer Proteste von der Wahl ausgeschlossen. Dem Großunternehmer wurde dabei eine aus politischen Gründen verbüßte Gefängnisstrafe zum Vorwurf gemacht.⁵¹⁵

Die großzügige finanzielle Unterstützung des ägyptischen Transformationsprozesses macht noch einmal eindrucksvoll das hohe Interesse der Weltöffentlichkeit an der Entwicklung des Landes deutlich. Bis Mai 2011 investierten die USA über zwei Milliarden US-Dollar. Die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die türkische Regierung sagten jeweils eine weitere Milliarde US-Dollar zu. Katar übertraf aber alle westlichen Hilfspakete, als es – zum Teil über den Ankauf von Staatsanleihen – insgesamt acht Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellte.⁵¹⁶ Während sich der Streit über die politische Zukunft Ägyptens immer mehr auf eine globale Bühne verlagerte, fühlten sich die tatsächlichen Revolutionäre teilweise übergangen. Besonders deutlich wurde das in Fällen, in denen Netzaktivisten selbst für politische Ämter kandidierten und scheiterten. Die unangefochtenen Sieger der Parlamentswahl zum Jahreswechsel 2011/12 wurden die Muslimbrüder, deren Freiheits- und Gerechtigkeitspartei 47,2 % der Stimmen gewinnen konnte. Der zweite Platz ging mit knapp 25 % an eine konservativ-salafistische Partei. Dagegen konnten die Kandidaten der „Blogger-, Facebook- oder Twitter-Jugend“⁵¹⁷ insgesamt nicht einmal zwei Prozent der Wähler überzeugen. Als Erklärung verwiesen einige Aktivisten auf die umfangreiche Diffamierungskampagne des Militärrats gegen die Revolution, während andere „die Naivität und sogar die Ignoranz der Wähler“⁵¹⁸ für ihre schlechten Ergebnisse verantwortlich machten und ihre Träume einer schnellen Transformation der ägyptischen Gesellschaft aufgaben.

Obwohl der neu gewählte Präsident Mohammed Mursi einem verhältnismäßig pluralistischen Kabinett vorstand, das nur zu etwa einem Drittel mit Mitgliedern der Muslimbruderschaft besetzt war und Säkularen, Christen und muslimischen Minderheiten Platz bot, fürchteten

⁵¹² Vgl. Pabst et al., S. 68.

⁵¹³ Kircher, S. 136.

⁵¹⁴ Pabst et al., S. 58.

⁵¹⁵ Vgl. ebd., S. 68.

⁵¹⁶ Vgl. ebd., S. 62.

⁵¹⁷ Kircher, S. 135.

⁵¹⁸ Badawy, S. 151.

zahlreiche westliche Beobachter die religiöse Regierung könnte viele der gerade erst gewonnenen demokratischen Errungenschaften wieder rückgängig machen.⁵¹⁹ Die Muslimbrüder hatten schon unter Mubarak offen von der Errichtung eines Gottesstaates geträumt und die islamische Republik Iran zu einem ihrer politischen Vorbilder erklärt. In ihrem Ende 2012 angenommenen Verfassungsentwurf finden sich so verschiedene Versuche, die Rolle der Religion im politischen und öffentlichen Leben zu stärken – inklusive einzelner Passagen, die sich als „Einschränkung der Volkssouveränität durch Einbindung einer religiösen Autorität“⁵²⁰ lesen lassen. Führende Mitglieder der Muslimbrüder sprachen sich ganz offen für eine „Wiederbelebung des Kalifats“⁵²¹ aus. Zum Fallstrick wurde für Mursi allerdings wieder das Verhältnis zum Militär. Wenige Wochen nach seinem Amtsantritt weigerte er sich, die Sondervollmachten des Militärrats weiter anzuerkennen und entließ am 12. August 2012 den Generalstabschef und den Vorsitzenden des Obersten Militärrats.⁵²² Als Mursi auch noch in ökonomischen Fragen gegen die Interessen der Militärfirmen handelte, kippte das Verhältnis endgültig.⁵²³ Ab jetzt dauerte es nicht mehr lange bis zum nächsten ägyptischen Staatsstreich.

Als Mursi Ende November 2012 im Umgang mit gegnerischen Demonstranten Sondervollmachten wirksam machen wollte, erntete er einen erneuten Proteststurm.⁵²⁴ Sein drastisches Vokabular erinnerte viele Ägypter zu sehr an Mubaraks Diktatur. Zahlreiche nationalistische Aktivisten misstrauten Mursi und seiner Außenpolitik dabei schon lange. Seine guten diplomatischen Beziehungen zu den USA erschienen ihnen als Einknicken gegenüber westlichen Mächten. Das Militär verstärkte diese Vorbehalte und sorgte mit einer groß angelegten Kampagne dafür, dass Mursi in weiten Kreisen „als ‚Lakai‘ der USA und Ausverkäufer nationaler Interessen“⁵²⁵ gesehen wurde – immerhin hatte er in den Vereinigten Staaten studiert.⁵²⁶ Der im Dezember 2012 gegen breite Widerstände beschlossene Verfassungsentwurf der Muslimbrüder wurde von vielen Aktivisten als finale Provokation verstanden. Eine neu entfachte Protestwelle „legte das öffentliche Leben in den großen Städten immer wieder lahm“⁵²⁷. Als es zu offenen Straßenschlachten zwischen Demonstranten und Anhängern der Muslimbrüder kam, schritt die Polizei nicht ein – und das

⁵¹⁹ Vgl. Ramadan, Walaa: „Media coverage of the Arab Spring and the new Middle East“, in: *Middle East Monitor* Special Report 2014, S. 10.

⁵²⁰ Pabst et al., S. 64.

⁵²¹ Ebd., S. 69.

⁵²² Vgl. ebd., S. 61.

⁵²³ Vgl. ebd., S. 67.

⁵²⁴ Vgl. ebd., S. 69.

⁵²⁵ Ebd., S. 71.

⁵²⁶ Vgl. Löffler et al., S. 7.

⁵²⁷ Pabst et al., S. 70.

Militär stellte Mursi ein 48-Stunden-Ultimatum, um den öffentlichen Frieden wieder herzustellen. Als er sich weigerte, auf die Forderungen der Demonstranten einzugehen wurde er am 3. Juli 2013 abgesetzt.

Pabst vertritt die These, dass ausländische Mächte – vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien – maßgeblich am ägyptischen Staatsstreich mitgewirkt haben. Insbesondere im salafistisch geprägten Saudi-Arabien wurden die Muslimbrüder schon seit den 1980ern verdächtigt, die Gläubigen mit einer konkurrierenden „Form des Islam zu indoktrinieren“⁵²⁸. So unterstützte das islamische Land seit Ende 2012 revolutionäre Kräfte gegen das neue religiöse ägyptische Regime und stellte der Militärregierung nach dem erfolgreichen Staatsstreich umfangreiche Hilfgelder zur Verfügung. Zusammen mit den Golfstaaten brachten sie es auf Zahlungen von 12 Milliarden US-Dollar. Daneben ist der als Präsident eingesetzte General as-Sisi für seine guten Beziehungen zu Saudi-Arabien bekannt.⁵²⁹ Tatsächlich begann für die ägyptischen Muslimbrüder unter der Militärregierung eine Zeit intensiver politischer Verfolgung. Bis April 2014 wurde ihnen durch breit angelegte Diffamierungskampagnen das Recht „abgesprochen, Ägypter oder Mensch zu sein“⁵³⁰. Dabei betont die Politikwissenschaftlerin Walaa Ramadan, dass die neue Regierung genau die gleichen Propagandamittel und -kanäle nutzte, wie Mubarak sie während der Revolution gegen die Aufständischen eingesetzt hatte – dabei aber weitaus erfolgreicher war.⁵³¹ Die Muslimbruderschaft wurde als terroristisch und staatsfeindlich eingestuft, 55.000 Moscheen geschlossen und bis zu 20.000 tatsächliche oder vermeidliche Anhänger eingesperrt. Gegen über 500 Parteimitglieder wurden Todesurteile verhängt, ihnen nahestehende Medien verboten.

Dabei beschränkten sich die Repressionen des Militärrats schon bald nicht mehr auf die Gruppe der Muslimbrüder. Bezeichnenderweise wurde mit Al Jazeera ausgerechnet der Sender früh Opfer der neuen Zensoren, der 2011 so unverzichtbar für den Sturz Mubaraks geworden war. Journalisten wurden willkürlich zu Terroristen erklärt und verhaftet.⁵³² Die Hoffnungen von Aktivisten und westlichen Beobachtern „das ägyptische Volk [lasse] sich zukünftig politisch [nicht mehr] übergehen“⁵³³ stellte sich als verfrüht heraus. Auch linke und säkulare Aktivisten wurden reihenweise verhaftet. Die breite Masse der Ägypter flüchtete sich nach dem Staatsstreich wieder in ihre gewohnt unpolitische Haltung oder sah mit der

⁵²⁸ Pabst et al., S. 43.

⁵²⁹ Vgl. ebd., S. 70ff.

⁵³⁰ Ebd., S. 78.

⁵³¹ Vgl. Ramadan, S. 7f.

⁵³² Vgl. ebd., S. 78f.

⁵³³ Kircher, S. 136.

Propagandamaschinerie der Militärregierung hinter jeder Opposition eine terroristische Bedrohung.⁵³⁴ Damit war sie bereit, zahlreiche neu erkämpfte Freiheiten für das Versprechen von Sicherheit zu opfern. Im Januar 2014 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die sich von Mursis scharf kritisierten Version hauptsächlich dadurch unterschied, dass weniger Macht auf die Religionsvertreter und mehr aufs Militär gebündelt wurde. Auch der staatliche Überwachungsapparat wurde neu errichtet und schränkte wieder wie vor 2011 die bürgerlichen Freiheiten der ägyptischen Bürger ein.⁵³⁵

4.3 Libyen

Im Gegensatz zum Überraschungsmoment der Aufstände in Tunesien hatten verschiedene westliche Beobachter schon länger mit einem gewaltsamen Regierungswechsel in Libyen gerechnet. So hatte beispielsweise die britische Wochenzeitschrift *The Economist* Gaddafis Herrschaft vor den Ereignissen des Arabischen Frühlings als besonders gefährdet eingestuft.⁵³⁶ Tatsächlich begannen die großen Aufstände in Libyen aber erst nach dem Rücktritt Mubaraks.⁵³⁷ Erst unter dem Vorzeichen der erfolgreichen Revolutionen in Tunesien und Ägypten schlossen sich libysche Aktivisten erfolgreich zu einer funktionierenden Einheit zusammen und brachten den Arabischen Frühling in ihre Heimat. Bemerkenswert ist, dass sich gerade solche Analysen, die das revolutionäre Potential der verschiedenen arabischen Länder so krass missdeuteten, auf besonders traditionelle Prognosemodelle beriefen, in denen der Einsatz sozialer Onlinenetze als Medium des politischen Protests keine Rolle spielte.⁵³⁸ Im Folgenden wird auf die Voraussetzungen und den Verlauf der Aufstände in Libyen eingegangen und die politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes nach dem umstrittenen internationalen Militäreinsatz von März bis Oktober 2011 in den Blick genommen.

4.3.1 Voraussetzungen und Verlauf

Wie Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten blickte auch Muammar Gaddafi im Jahr 2011 auf eine jahrzehntelange Herrschaftszeit zurück. In seinen 42 Jahren im Amt hatte er alles unternommen, um die politische Opposition klein und die Bevölkerung in einem ständigen Gefühl der staatlichen Willkür zu halten. So konnten sich in Libyen während dieser

⁵³⁴ Vgl. Pabst et al., S. 81.

⁵³⁵ Vgl. ebd., S. 70f.

⁵³⁶ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, 121.

⁵³⁷ Vgl. Lacher, Wolfram: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*, 2011,

<http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52398/libyen?p=all> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁵³⁸ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, 121.

Zeit „weder stabile staatliche Institutionen noch zivilgesellschaftliche Organisationen etablieren“⁵³⁹. Stattdessen hatte Gaddafi die Macht mehr und mehr auf seinen engsten familiären Kreis konzentriert. Es gab keine Verfassung und auf die Gründung einer Partei stand seit den frühen 1970ern die Todesstrafe. Den politischen Alltag prägte das „struktur- und identitätsstiftende Wirken fester Familien- und Stammesbeziehungen“⁵⁴⁰ der knapp 140 in Libyen beheimateten Volksstämme, die sich teilweise eng mit dem Regierungsapparat verknüpft hatten. Diese innergesellschaftliche Zersplitterung führte zusammen mit der kolonialen Geschichte des Landes zum Fehlen eines gemeinsamen nationalen Bewusstseins in breiten Teilen der Bevölkerung. Verschiedene Experten warnten schon seit Jahrzehnten davor, dass es unter diesen Voraussetzungen nicht zur Etablierung einer gesamtgesellschaftlichen Identität kommen könnte, stattdessen blieben die Libyer bei ihnen „eigentlich nur Ansammlungen von Menschengruppen, die sich nun mal in diesem Staat befinden“⁵⁴¹.

Eine 2003 eingeleitete Privatisierungspolitik hatte die bestehenden sozialen Ungleichheiten im Lauf des neuen Jahrtausends noch verstärkt und neben Wohnungsnot in den Metropolen auch hier zu einer steigenden Arbeitslosigkeit geführt.⁵⁴² In den Jahren vor der Revolution stieg die Arbeitslosenquote – je nach Quellenlage – auf bis zu 30 %, wobei wie in Tunesien und Ägypten hauptsächlich junge Erwachsene betroffen waren. Besonders in der Cyrenaika, einer seit Gaddafis Machtübernahme zunehmend „marginalisierten“⁵⁴³ Region Libyens waren die Folgen dieser Politik deutlich zu spüren. Allerdings gelang es der Regierung mithilfe des beachtlichen Erdölreichtums des Landes die sozioökonomischen Probleme soweit abzufedern, dass sie von den meisten westlichen Beobachtern nicht zu den direkten Ursachen der Aufstände gezählt werden. Erst nach den erfolgreichen Revolutionen in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten formierte sich auch in Libyen eine Aktivistenfront gegen Gaddafis Herrschaft.

Nach mehreren kleineren Demonstrationen ab Mitte Januar begannen die großen Protestwellen in Libyen mit dem 17. Februar 2011.⁵⁴⁴ Für zahlreiche Aktivisten wurde dabei der erst wenige Tage zuvor verhaftete, regierungskritische Anwalt Fathi Terbil zur Identifikationsfigur, der von ausländischen Medien schnell in eine Reihe mit den Märtyrern des Arabischen Frühlings in Tunesien und Ägypten gestellt und zum „Gesicht der libyschen

⁵³⁹ Lacher: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*.

⁵⁴⁰ Fürtig, S. 26.

⁵⁴¹ Bouzid, S. 19.

⁵⁴² Vgl. Pabst et al., S. 82.

⁵⁴³ Fürtig, S. 27.

⁵⁴⁴ Vgl. Lacher: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*.

Revolution“ erhoben wurde.⁵⁴⁵ Ein frühes Zentrum der Aufstände wurde die vernachlässigte Region Cyrenaika in der die „seit 1969 [– Gaddafis Amtsübernahme –] an den Rand Gedrängten“⁵⁴⁶ ihre Chance wahrnahmen, gegen die verhasste Regierung auf die Straße zu gehen. Dabei kam es schnell zu brutalen Straßenkämpfen zwischen Polizei und Demonstranten, was einige Beobachter mit der fehlenden Präsenz von Journalisten und Kameras während der Proteste in Verbindung brachten.⁵⁴⁷

Die Aktivisten gingen dabei auch mit äußerster Aggressivität gegen staatliche Einrichtungen vor, die nicht im direkten Zusammenhang mit den Feindbildern des Arabischen Frühlings standen. Im Lauf der Aufstände wurden vielerorts „Ämter und Behörden [...] in Brand gesteckt“⁵⁴⁸, die Lage entwickelte sich zunehmend zum offenen Bürgerkrieg. Angesichts der zahllosen Krisenherde griffen die libyschen Sicherheitskräfte zu extremen Maßnahmen, europäische Medien berichteten von Panzereinsätzen und mehreren hundert Toten.⁵⁴⁹ Schließlich brach der – unter Gaddafi ohnehin geschwächte – Militärapparat endgültig auseinander. Zahlreiche hochrangige Befehlshaber und Diplomaten wechselten die Seite und schlossen sich den Rebellen an, einige aus ideologischen oder opportunistischen Gründen, andere aus der Notwendigkeit heraus „ihre Familien und Städte zu schützen“⁵⁵⁰. Auch hier zeigte sich wieder die hohe Bedeutung der Stammeszugehörigkeit innerhalb der libyschen Gesellschaft – die Bruchstellen des Sicherheitsapparates verliefen nicht selten entlang der Stammesformationen.⁵⁵¹

Waren die Aufstände zu Beginn noch verhältnismäßig unorganisiert, gewann der im Februar von Aktivisten gegründete Nationale Übergangsrat zunehmend an Einfluss und übernahm auch bald Regierungsaufgaben in den eroberten Gebieten. Mit einer Besetzung aus „übergelaufene[n] Militärs und Regierungsmitglieder[n], Juristen, Monarchisten, lang-jährige[n] Oppositionelle[n], Islamisten und Intellektuelle[n]“⁵⁵² war der Rat dabei so heterogen wie die Protestbewegung selbst. Insbesondere die Zusammenarbeit von radikalen Rebellen mit ehemals hochrangigen Gaddafi-Anhängern erwies sich dabei als problematisch – zumal westliche Beobachter angesichts der zahlreichen ehemals regimetreuen Militärs und Politiker immer wieder an der Legitimität des Übergangsrates als Sprachrohr der

⁵⁴⁵ Vgl. Dawn.com: *Terbil: the face of Libya revolt*, 2011, <http://www.dawn.com/news/609458/terbil-the-face-of-libya-revolt> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁵⁴⁶ Fürtig, S. 27.

⁵⁴⁷ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 90.

⁵⁴⁸ Lacher: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*.

⁵⁴⁹ Vgl. Spiegel-Online: *Gaddafi setzt schwere Waffen gegen sein Volk ein*, 2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/proteste-in-libyen-gaddafi-setzt-schwere-waffen-gegen-sein-volk-ein-a-746643.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁵⁵⁰ Lacher: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*.

⁵⁵¹ Vgl. Fürtig, S. 27.

⁵⁵² Ebd., S. 28.

Aufständischen zweifelten.⁵⁵³ Weitere Konfliktpunkte waren die Repräsentation der verschiedenen Stämme und die religiöse Ausrichtung des Rates, wobei der Historiker Henner Fürtig einen „überproportionale[n]“⁵⁵⁴ Einflussgewinn des „islamischen Faktors“⁵⁵⁵ beschreibt. Für viele Libyer war der Rückgriff auf ihre religiösen Traditionen zum Symbol für die endgültige Abkehr von Gaddafis Herrschaft und damit zu einem Bestandteil ihrer Protestkultur geworden.

4.3.2 Nutzung der neuen Medien

Trotz der verhältnismäßig geringen Zahl an Internetnutzern in Libyen gelang es den Aktivisten früh, die Möglichkeiten der Onlinekommunikation effektiv für ihre Zwecke zu nutzen. So waren schon die Proteste am 17. Februar über Facebook geplant und „Angestoßen“⁵⁵⁶ worden. Wie in Tunesien und Ägypten nutzten auch libysche Demonstranten die sozialen Netzwerke schnell, um die Weltöffentlichkeit über das gewaltsame Vorgehen von Polizei und Militär zu informieren und Druck auf Gaddafis Regierung auszuüben.⁵⁵⁷ Brisante Videos und Bilder wurden dabei anfangs oft mithilfe bereit gestellter ausländischer Provider verbreitet, um den einheimischen Sicherheitsdiensten den Zugriff zu erschweren.⁵⁵⁸ Die Verschmelzung von digitaler und politischer Sphäre ging bald soweit, dass der Nationale Übergangsrat online den Beginn seiner Gegenregierung ausrief, während Regierungsberater via Twitter ihren Rücktritt erklärten.⁵⁵⁹

Gaddafi selbst schien die Netzaktivisten zwar als Bedrohung wahr-, aber lange nicht ernst genommen zu haben – so soll er sie hinter verschlossenen Türen als „Facebook-Kids“⁵⁶⁰ bezeichnet haben. Sein Sicherheitsapparat ging allerdings schon vergleichsweise früh gezielt gegen politische Blogger vor, die neben Haftstrafen oft auch mit Misshandlungen zu rechnen hatten.⁵⁶¹ Andere Internetnutzer wurden allein für die Produktion oder Veröffentlichung von Musikstücken, die als „soundtracks to the revolution“⁵⁶² gesehen wurden, verhaftet. Im Lauf der Zeit passte die libysche Polizei ihr Vorgehen dabei aber zusehends an ihre digital agierenden Gegner an. Die Sicherheitskräfte verwendeten immer ausgefeiltere Überwachungsprogramme um die Onlineaktivitäten der Rebellen aufzudecken oder nutzten direkt die

⁵⁵³ Vgl. Lacher: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*.

⁵⁵⁴ Fürtig, S. 27.

⁵⁵⁵ Ebd.

⁵⁵⁶ Pabst et al., S. 82.

⁵⁵⁷ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 33.

⁵⁵⁸ Vgl. ebd., S. 37.

⁵⁵⁹ Vgl. ebd., S. 23.

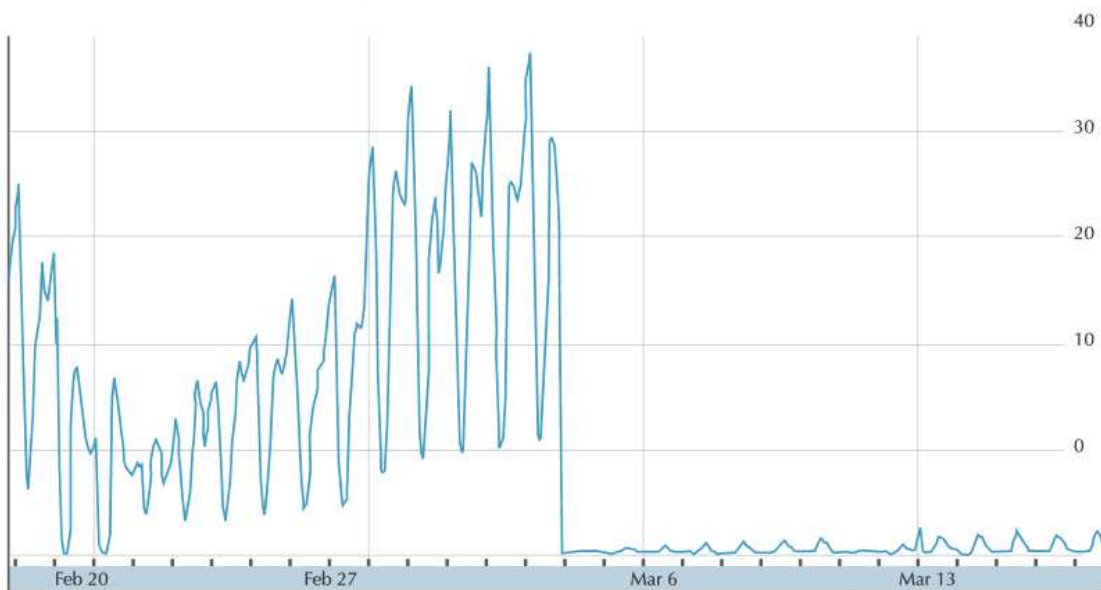
⁵⁶⁰ Gehlen, Martin: *Wie Gadhafi seinen größten Gegner empfangt*, 2011, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-03/gadhafi-bengasi-uebergangs-rat> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁵⁶¹ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 22.

⁵⁶² Ebd., S. 47.

Möglichkeiten der sozialen Netzwerke, um Verdächtige zu überführen. In einigen Fällen posteten sie so zum Beispiel Fotos der Aufstände auf Facebook mit der Bitte, die Beteiligten zu identifizieren.⁵⁶³

Daneben gab es verschiedene Versuche, eine mehr oder weniger umfangreiche Internetsperre durchzusetzen. Beginnend mit einem abrupten Abschalten am 18. Februar⁵⁶⁴, wurde die Internetleistung in Libyen über Wochen gestört, bis sie am 3. März beinahe komplett zum Erliegen kam (siehe Grafik 8). Die Sicherheitskräfte griffen zu dieser radikalen Lösung, nachdem Bestrebungen, die Kommunikation der Aufständischen durch das Abschalten einzelner Seiten zu unterbinden, gescheitert waren. Nach dem Blockieren von Facebook fanden so zum Beispiel zahlreiche Netzaktivisten auf einer Dating-Webseite wieder zusammen, wo weitere Proteste organisiert wurden. Auch die staatliche Kontrolle der sozialen Netzwerke erwies sich als weniger ertragreich als gehofft. Angesichts der allgegenwärtigen Überwachung waren viele libysche Internetnutzer schon länger dazu übergegangen, kompromittierende Informationen per E-Mail zu verschicken, anstatt sie offen auf Facebook oder Twitter auszutauschen.⁵⁶⁵



Grafik 8: Datenverkehr auf Google-Geräten in Libyen
Quelle: Arab Social Media Report 2011, S. 3.

4.3.3 Internationaler Militäreinsatz 2011

Bereits wenige Tage nach Beginn der Aufstände in Libyen hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen finanzielle Sanktionen und ein Waffenembargo gegen Gaddafis Regierung verhängt; am 17. März folgte die Sicherheitsratsresolution 1973, die neben einer

⁵⁶³ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 71f.

⁵⁶⁴ Vgl. ebd., S. 74.

⁵⁶⁵ Vgl. ebd., S. 28.

Flugverbotszone auch „den Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der Zivilbevölkerung vorsah“⁵⁶⁶. Offiziell wurde das Eingreifen mit den drohenden Kriegsverbrechen im von Regierungstruppen belagerten Bengasi begründet. Besonders Frankreich und England hatten auf einen schnellen Entschluss gedrängt, wobei Pabst vermutet, Nicholas Sarkozy und David Cameron hätten in einem Libyen-Einsatz auch die Chance gesehen sich persönlich „außenpolitisch zu profilieren“⁵⁶⁷. Mehrere Kommentatoren brachten das energische Vorstoßen des französischen Präsidenten dabei mit seinen engen Beziehungen zu verschiedenen autoritären arabischen Machthabern und seiner Fehleinschätzung der Lage in Tunesien in Verbindung. So habe seine Regierung Ben Ali Unterstützung bei der Niederschlagung der Aufstände zugesichert, „als der schon längst seine Koffer für die Reise ins Exil packte“⁵⁶⁸ und sehe in der Libyen-Intervention jetzt eine Form von Wiedergutmachung. Die Entscheidung war dabei intern nicht unumstritten: Neben Brasilien, China, Deutschland und Indien enthielt sich Russland der Stimme, das zuvor mehrere Resolutionen per Veto blockiert hatte und nur „unter großem internationalem Druck“⁵⁶⁹ von seinem Kurs abwich. Auch die chinesische Regierung hatte sich im Vorfeld gegen einen direkten Eingriff ins Bürgerkriegsgeschehen ausgesprochen und immer wieder auf eine Verhandlungslösung gedrängt.⁵⁷⁰

Großbritannien, Frankreich und die USA konnten bei ihrer Intervention mit der Unterstützung der Vereinigten Arabischen Emirate und von Katar rechnen, deren diplomatische Beziehungen zu Gaddafi sich seit Jahren verschlechtert hatten. Die katarische Regierung schickte mehrere hundert Soldaten, sowie beinahe ihre gesamten Luftstreitkräfte ins Kriegsgebiet und unterstützte den Nationalen Übergangsrat auch finanziell mit etwa 400 Millionen US-Dollar. Insgesamt beteiligten sich schließlich 14 NATO-Mitglieder an der militärischen Durchsetzung von Resolution 1973.⁵⁷¹ Während sich die USA nach offiziellen Angaben auf die Lieferung „nichtletale[r]“ Rüstungsgüter wie Uniformen, Schutzbekleidung, Zelte und Fahrzeuge⁵⁷² beschränkte, schickten Großbritannien, Frankreich und Italien militärische Berater in die von Rebellen kontrollierten Städte. Tatsächlich stellte sich in späteren Untersuchungen allerdings heraus, dass die US-Regierung – trotz bestehendem

⁵⁶⁶ Pabst et al., S. 83.

⁵⁶⁷ Ebd., S. 86.

⁵⁶⁸ Jünemann, Annette: „Vor dem Scherbenhaufen einer verfehlten Regionalpolitik: Europa und der Arabische Frühling“, in: Schneider, Thorsten (Hrsg.): *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, Springer VS: Wiesbaden 2013, S. 97.

⁵⁶⁹ Pabst et al., S. 84.

⁵⁷⁰ Vgl. Lacher: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*.

⁵⁷¹ Vgl. Pabst et al., S. 88f.

⁵⁷² Ebd., S. 90.

Embargo – Waffenlieferungen an die Aufständischen unterstützt und Frankreich sogar aktiv Kleinwaffen über besetzten Gebieten abgeworfen hatte.⁵⁷³

Auch hier wurde die Zersplitterung der Aufständischen in zahlreiche Fraktionen mit eigenen Zielen zum Problem. Nachdem es im vorrevolutionären Libyen „nahezu keine politischen Parteien und Bewegungen gab“⁵⁷⁴, standen Gaddafis Streitkräften bis zu 500 lokale Milizen gegenüber, die teilweise unabhängig vom Nationalen Übergangsrat agierten. Schließlich griffen die NATO-Truppen selbst verstärkt in den Krieg ein und bombardierten ab Mai bekannte Aufenthaltsorte von Gaddafi und seinen engsten Vertrauten. Mithilfe dieser Luftunterstützung und der militärischen Planung englischer und französischer Militärberater konnten die Rebellen im Lauf des Sommers zahlreiche strategisch wichtige Orte erobern. Ende Oktober erreichten sie mit der Hafenstadt Sirte schließlich den letzten Rückzugspunkt des Staatsoberhauptes. Als Gaddafi zu flüchten versuchte wurde sein Konvoi erst von NATO-Flugzeugen bombardiert und schließlich von Rebellen-Milizen attackiert. Seine Ermordung durch die Truppen der Aufständischen am 20. Oktober 2011 markiert das Ende der Revolution in Libyen.⁵⁷⁵

4.3.4 Entwicklung nach dem Sturz der Regierung

Nach ihrem Sieg über Gaddafis Truppen fanden sich die Rebellen in einem zutiefst zerrütteten Land wieder. Der Bürgerkrieg hatte nicht nur zu großen infrastrukturellen Schäden geführt, sondern auch zehntausende Opfer gefordert.⁵⁷⁶ Der Nationale Übergangsrat stand „vor keiner geringeren Aufgabe als dem Aufbau eines völlig neuen Staates“⁵⁷⁷ mit einer neuen Verfassung, einer neuen Regierungsform und einem neuen Wahlsystem. Eine von den Vereinten Nationen angebotene militärische Hilfestellung bei der Stabilisierung der neu eroberten Gebiete lehnte der Rat ab, weil er eine längerfristige Besetzung des gerade erst befreiten Landes befürchtete. Während die NATO-Einheiten so schnell abgezogen wurden, sollte ein 205-köpfiger Beraterstab die neuen Machthaber bei der Errichtung eines rechtsstaatlichen, demokratischen Staates unterstützen.⁵⁷⁸ Allerdings machten Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International bald in alarmierenden Berichten auf

⁵⁷³ Vgl. Pabst et al., S. 89f.

⁵⁷⁴ Lacher: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*.

⁵⁷⁵ Vgl. Pabst et al., S. 90f.

⁵⁷⁶ Vgl. Weise, Christine: „Menschenrechtspolitische Erwartungen an Deutschland und Europa“, in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 174.

⁵⁷⁷ Lacher: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*.

⁵⁷⁸ Vgl. Pabst et al., S. 92.

organisierte Erschießungen von Gaddafi-Anhängern⁵⁷⁹, willkürliche Festnahmen und Folterverhöre⁵⁸⁰ im neuen Libyen aufmerksam.

Im Juli 2012 fanden die ersten freien Wahlen seit über 40 Jahren statt, bei denen der von zahlreichen westlichen Regierungen favorisierte Mahmoud Jibril 48,1 % der Stimmen erhielt. Seine liberale Allianz der Nationalen Kräfte wurde damit stärkste Fraktion im Allgemeinen Nationalkongress. Trotz der schon früh festgestellten Rückbesinnung auf religiöse Traditionen innerhalb der libyschen Bevölkerung erreichte die den Muslimbrüdern nahestehende Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei nur 10,3 %. Ungeachtet dieser klaren Machtverteilung nahm der Einfluss von Anhängern der Muslimbruderschaft nach der Wahl allerdings deutlich zu, was Pabst mit Unterstützung aus Katar in Verbindung bringt.⁵⁸¹ Zum Problem entwickelten sich auch die noch immer schwer bewaffneten Milizen, die sich im Verlauf der Aufstände zusammengefunden hatten. Zwar konnten viele nominell „in den Sicherheitssektor integriert“⁵⁸² werden, in der Praxis verfolgten sie aber weiterhin ihre eigene Agenda oder bekämpften sich gegenseitig. Dem Nationalkongress gelang es damit nicht, seine Machtansprüche in ganz Libyen durchzusetzen.

Mehrere Städte fielen unter die Kontrolle „dschihadistische[r] Kräfte“⁵⁸³, die sich als Ableger des Islamischen Staates verstanden. In strategisch wichtigen Hafenstädten und Ölverladehäfen kam es immer wieder zu lokalen Konflikten zwischen bewaffneten Gruppen, die ihre Revieransprüche durchsetzen wollten. Diese dauernde Instabilität führte zu großer politischer Unsicherheit und zahlreichen Rücktritten – so gab es in den drei Jahren nach Ende der Rebellion allein fünf verschiedene libysche Ministerpräsidenten.⁵⁸⁴ Die ursprünglich noch für 2013 geplanten Neuwahlen verzögerten sich bis Ende Juni 2014, wobei diesmal keine Parteien sondern über 1500 Einzelpersonen zur Wahl standen. Die Auswertung der Ergebnisse gestaltete sich entsprechend schwierig, die offen islamistischen Kandidaten blieben allerdings klar in der Minderheit.⁵⁸⁵ Letztendlich teilte die Wahl das Land aber nur noch weiter. Eine islamistisch geprägte Splittergruppe des Allgemeinen Nationalkongresses weigerte sich das Ergebnis anzuerkennen, rief eine Gegenregierung aus und brachte

⁵⁷⁹ Vgl. Weise, S.174.

⁵⁸⁰ Amnesty International: *Libyen: Tod von Gefangenen wegen weitverbreiteter Folter*, 2012, <http://www.amnesty.de/2012/2/3/libyen-tod-von-gefangenen-wegen-weitverbreiteter-folter?destination=node%2F2971%3Fpage%3D2> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁵⁸¹ Vgl. Pabst et al., S. 91.

⁵⁸² Lacher, Wolfram: *Libyen*, 2016, <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54649/libyen> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁵⁸³ Ebd.

⁵⁸⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: *Die umkämpfte Zukunft Libyens*, 2014, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/189647/die-umkaempfte-zukunft-libyens-06-08-2014> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁵⁸⁵ Vgl. ebd.

verschiedene bewaffnete Milizen auf ihre Seite. Dreieinhalb Jahre nach Ende der Revolution versank Libyen damit erneut in einem Bürgerkrieg.⁵⁸⁶

4.4 Syrien

Ähnlich wie Libyen war auch Syrien von westlichen Analysten vor Beginn des Arabischen Frühlings als besonders revolutionsanfällig eingestuft worden⁵⁸⁷ – und wie dort begannen die großen Protestwellen erst nach den erfolgreichen Umstürzen in Tunesien und Ägypten. Tatsächlich blieb die syrische Bevölkerung lange verhältnismäßig ruhig, während in anderen arabischen Ländern Aufstände tobten. Noch Ende Januar 2011 konnte Staatspräsident Bashar Assad die Frage nach einer möglichen Revolution in Syrien in einem Interview mit dem Wall Street Journal mit Verweis auf die Zufriedenheit seiner Bevölkerung kontern. Seine Überzeugung, er habe keine Rebellion zu befürchten, da er „auf der Seite des Volkes stehe“⁵⁸⁸ stellte sich allerdings binnen weniger Wochen als verfrüht heraus. Tatsächlich unternahm Assads Regierung aber immer wieder Versuche die politischen Sympathien der Demonstranten zurückzugewinnen und auf einzelne Teilforderungen einzugehen, bevor auch in Syrien ein unkontrollierbarer Bürgerkrieg ausbrach. Im Folgenden wird auf die Voraussetzungen und den Verlauf der Aufstände in Syrien eingegangen und die politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes nach der militärischen Eskalation der Aufstände dargestellt.

4.4.1 Voraussetzungen und Verlauf

Die Revolution in Syrien hatte wieder eine klar ökonomische Komponente. Besonders die ländlichen Regionen fühlten sich seit Jahren wirtschaftlich benachteiligt. So hatte Assad zwar seit seiner Amtsübernahme im Jahr 2000 zahlreiche Maßnahmen zur Wirtschaftsliberalisierung eingeleitet, diese kamen aber in erster Linie den Metropolen zugute. Eine historische fünfjährige Dürre ab 2006 hatte deutlich gezeigt, dass die „staatlichen Auffang- und Ausgleichsmaßnahmen der Vergangenheit nicht mehr funktionierten“⁵⁸⁹ und die Landbevölkerung mit ihren Problemen oft genug allein gelassen wurden. In Verbindung mit dem seit den 1960ern verzeichneten enormen Bevölkerungswachstum – teilweise lag die Geburtenrate bei 7,6 Kindern pro Frau⁵⁹⁰ – kam es schnell zur sozioökonomischen

⁵⁸⁶ Vgl. Lacher: *Libyen*.

⁵⁸⁷ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 121.

⁵⁸⁸ Pabst et al., S. 97.

⁵⁸⁹ Ebd., S. 99.

⁵⁹⁰ Winckler, Onn: *Demographic Developments and Population Policies in Bath'ist Syria*, Sussex Academic Press: Brighton 1999, S. 24.

Katastrophe: In den betroffenen Gebieten nahm das Einkommen um 90 % ab, nur 15 % des Viehbestandes konnte gerettet werden. Die zunehmende Verelendung trieb Scharen von Landbewohnern in die Metropolen, wo sie sich zumeist ohne Chancen auf lukrative Arbeitsplätze in den Vorstädten wiederfanden.⁵⁹¹

Wie im Fall Libyen beruhte auch Syriens Gründung auf „kolonialen Erwägungen“⁵⁹² westlicher Mächte, entsprechend schwach ist das identitätsstiftende Nationalgefühl. Statt in verschiedene Stämme spaltet sich die syrische Bevölkerung dabei in zahlreiche nicht-muslimische und innermuslimische Minderheitengruppen.⁵⁹³ Insbesondere Sunniten fühlten sich unter der Regierung der alawitischen Assad-Familie systematisch benachteiligt. Die traditionell mächtige Gruppe, zu der ein Großteil der Unternehmerfamilien in Syrien gehört, war nicht zur militärischen Eliteeinheit zugelassen und wurde bei der Vergabe von einflussreichen Verwaltungsposten regelmäßig übergangen. Stattdessen baute die Regierung auf die Unterstützung der syrischen Christen und Schiiten, denen immer wieder wichtige Posten anvertraut wurden.⁵⁹⁴ Tatsächlich gelang es Assad lange, die verschiedenen Gruppierungen geschickt gegeneinander auszuspielen und sich selbst „intern wie extern als alleinige[n] Garanten für gesellschaftliche Stabilität und Prosperität darzustellen“⁵⁹⁵. So gab es vor Beginn des Arabischen Frühlings zwar viele Gegner seines Regimes, aber keine nennenswerte geeinte Opposition.

Tatsächlich begann die syrische Revolutionsbewegung im sunnitisch geprägten ländlichen Raum und breitete sich schnell in die Vorstädte aus, in denen „regierungsfeindliche Parolen auf breite Zustimmung“⁵⁹⁶ stießen. Pabst betont, dass die Aufstände zwar von Anfang an eine sunnitische Tendenz hatten, ihre Forderungen aber rein säkular blieben. Den Protesten für politische Reformen, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit konnten sich so auch Nichtsunniten und sogar linke Oppositionspolitiker anschließen. Diese erste Welle der Aufstände wurde dabei besonders von jungen Syrern getragen, darunter überdurchschnittlich viele Studenten.⁵⁹⁷ Auslöser für diese ersten Demonstrationen in einer syrischen Metropole war die Verhaftung mehrerer Schüler in der Bezirkshauptstadt Daraa, die im Februar 2011 „regierungsfeindliche

⁵⁹¹ Vgl. Pabst et al., S. 99.

⁵⁹² Fürtig, S. 18.

⁵⁹³ Vgl. Lau, Jörg: „Ein Ausblick mit vielen Fragen“, in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 190.

⁵⁹⁴ Vgl. Pabst et al., S. 98.

⁵⁹⁵ Thyen.

⁵⁹⁶ Pabst et al., S. 99.

⁵⁹⁷ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: *Syrien: Zwei Jahre Bürgerkrieg*, 2013, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/156632/buergerkrieg-in-syrien-15-03-2013> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

Parolen an Wände gemalt hatten“⁵⁹⁸. Als die Polizei in die Menge der – zu Beginn größtenteils friedlichen⁵⁹⁹ – Aufständischen schoss, solidarisierten sich Bürger im ganzen Land mit den Demonstranten. Ende März gingen so bereits Hunderttausende gegen das Assad-Regime auf die Straße.⁶⁰⁰

Nachdem die Sicherheitskräfte weiterhin mit äußerster Brutalität gegen die Aufstände vorgingen, begannen auch viele Rebellen sich zu bewaffnen. Ihre Waffen bezogen sie dabei zumeist aus geplünderten staatlichen Arsenalen oder von illegalen Händlern. Im Juli schlossen sich zahlreiche Armeedeserteure zu einer Freien Syrischen Armee im Dienst der Revolution zusammen. Anfangs beschränkten sich die Soldaten auf den Schutz von Demonstrationen, doch schon bald gingen sie offensiv gegen Regierungsanhänger vor und „betrieben den bewaffneten Sturz des Regimes“⁶⁰¹ in verschiedenen Städten aktiv. Von staatlicher Seite aus wurden die Rebellen schnell zu Terroristen erklärt, womit besonders an das in weiten Teilen Syriens verbreitete Misstrauen gegenüber der schiitischen Bevölkerung angeknüpft wurde. Mit diesem klaren Feindbild rechtfertigte die Regierung dabei nicht nur den Einsatz von Waffengewalt, sondern auch die Inhaftierung tausender Bürger. Im Verlauf des Sommers entwickelten sich die Aufstände so bald zu einem offenen, andauernden Bürgerkrieg.⁶⁰²

Während die Gewalt vielerorts eskalierte, zeigte sich Assad in einigen Punkten überraschend kompromissbereit und ging auf mehrere Kernforderungen der Demonstranten ein. Regierungsvertreter suchten früh den Dialog mit Oppositionellen und Angehörigen der von Sicherheitskräften getöteten Aktivisten. Große Reformen wurden verkündet und verschiedene unbeliebte Politiker „bis hin zu Gouverneuren“⁶⁰³ ihres Amtes enthoben. Der seit den 1960ern geltende Ausnahmezustand wurde aufgehoben und im Juni durften Oppositionelle erstmals offiziell in Damaskus eine Konferenz abhalten. Wenige Wochen später erlaubte das Kabinett schließlich die Gründung konkurrierender Parteien in Syrien.⁶⁰⁴ Im Februar 2012 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die zum ersten Mal einen demokratischen Machtwechsel in Aussicht stellte – vorher war die Führungsrolle Assads Baath-Partei festgeschrieben.

⁵⁹⁸ Pabst et al., S. 97.

⁵⁹⁹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: *Syrien*, 2013, <http://www.bpb.de/apuz/155105/syrien> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁰⁰ Vgl. Pabst et al., S. 97.

⁶⁰¹ Ebd., S. 99.

⁶⁰² Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: *Syrien: Zwei Jahre Bürgerkrieg*.

⁶⁰³ Pabst et al., S. 97.

⁶⁰⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: *Syrien: Zwei Jahre Bürgerkrieg*.

Allerdings blieben „Alle drei Staatsgewalten [...] in der Hand des Präsidenten“⁶⁰⁵, der die Exekutive leitete, Verfassungsrichter einsetzte, die Minister ernannte und den Oberbefehl über die Armee innehatte. Diese Schizophrenie im Verhalten des Regimes, das einerseits zu solchen Zugeständnissen bereit war, andererseits aber mit Waffengewalt gegen Demonstranten vorging, erklärt Pabst mit innerparteilichen Spannungen und der Bereitschaft einzelner Entscheidungsträger die „Vorgaben der Regierung gezielt [zu] unterlaufen“⁶⁰⁶, wo sie einen zu großen Machtverlust fürchteten.

4.4.2 Nutzung der neuen Medien

Vor Beginn des Arabischen Frühlings gehörte das syrische Internet zu dem am strengsten regulierten der arabischen Welt. Zahlreiche potentiell subversive Webseiten konnten entweder gar nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden.⁶⁰⁷ Trotzdem war es Netzaktivisten gelungen eine der größten Onlinegemeinschaften der Region aufzubauen, die – innerhalb der engen Zensurgrenzen – relativ frei kommunizieren konnte. So gab es auf einschlägigen Blogs und in Foren schon lange offene Debatten über Korruption, staatliche Willkür und Menschenrechtsverletzungen.⁶⁰⁸ Damit gelang es bereits früh, verschiedene erfolgreiche Strategien zur politischen Nutzung sozialer Netzwerke von tunesischen und ägyptischen Rebellen zu kopieren.⁶⁰⁹ Dabei stellte sich auch hier Al Jazeera als unverzichtbarer Verbündeter der Onlineaktivisten heraus: Eine ausführliche Dokumentation über den digitalen Widerstand in Syrien vergrößerte den Einflussbereich der Netzaktivisten merkbar.⁶¹⁰ Schließlich soll der Sender sogar direkt Mobiltelefone an Rebellen verteilt haben, um „Bilder und Filme über Zerstörungen und Gewalttaten“⁶¹¹ von Sicherheitskräften während der Demonstrationen anzufertigen, die ihren Weg ins Al Jazeera-Nachrichtenprogramm oder in die digitale Welt fanden.

Die Entwicklung der Onlineüberwachung in Syrien zeigt aber beispielhaft, dass nicht nur die Rebellen ihre Lehren aus den Revolutionen in Tunesien und Ägypten zogen. Auch die staatlichen Kräfte beobachteten die digitalen Strategien der ausländischen Aufständischen und Regierungen genau und passten ihr eigenes Vorgehen früh an. Die neuen Medien wurden dabei nicht nur zur Überwachung genutzt, sondern auch um Aktivisten bewusst zu täuschen

⁶⁰⁵ Wieland, Carsten: *Das politisch-ideologische System Syriens und dessen Zerfall*, 2013, <http://www.bpb.de/apuz/155126/das-politisch-ideologische-system-syriens-und-dessen-zerfall?p=all> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁰⁶ Pabst et al., S. 98.

⁶⁰⁷ Vgl. El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

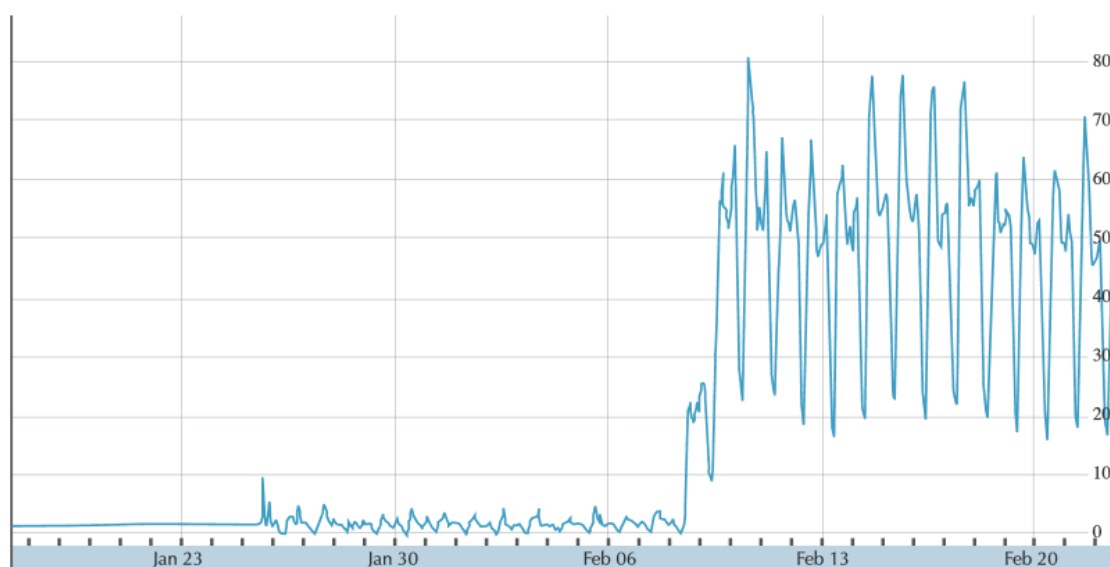
⁶⁰⁸ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 40.

⁶⁰⁹ Vgl. ebd., S. 120f.

⁶¹⁰ Vgl. ebd., S. 28.

⁶¹¹ Pabst et al., S. 103.

oder ihre Kommunikation allgemein zu stören.⁶¹² Ein vergleichsweise harmloses Beispiel dieser Taktik war ein wochenlanger Kampf um die Vorherrschaft auf Twitter. Regierungsanhänger nutzten hier die unter Rebellen beliebten landesspezifischen Hashtags um unverfängliche Fotos nationaler Sehenswürdigkeiten und Sportstatistiken zu veröffentlichen.⁶¹³ Auch die auf den ersten Blick überraschende Entscheidung, ab Februar 2011 verschiedene zuvor gesperrte soziale Netzwerke freizugeben ist unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Mit den rasant steigenden Nutzerzahlen (siehe Grafik 9) wuchs auch die Möglichkeit der Sicherheitskräfte führende Aktivisten zu identifizieren und ihre eigene Propaganda online zu verbreiten.



Grafik 9: Datenverkehr in Syrien vor und nach Freigabe der sozialen Netzwerke (am Beispiel YouTube)
Quelle: Arab Social Media Report 2011, S. 2.

Tatsächlich durchschauten viele Rebellen die Online-Strategien der Regierung schnell und fanden immer neue Möglichkeiten, die digitalen Angriffe zu kontern. Nachdem Twitter mehr und mehr zum Sprachrohr Assad-treuer Propaganda und Missinformation wurde, griffen die Netzaktivisten auf der Suche nach verlässlichen Informationsquellen auf Google-Programme zurück.⁶¹⁴ Allerdings hielt sich der Konzern in Syrien – anders als bei anderen Protestbewegungen des Arabischen Frühlings – mit direkter Unterstützung zurück. So betont Pabst, dass „den syrischen Demonstranten im Gegensatz zu ihren ägyptischen Kollegen keine Satellitenzugangscode gewährt“⁶¹⁵ wurden. Er bringt diese Ungleichbehandlung mit dem jeweiligen Standpunkt der US-Außenpolitik in Verbindung. Während der Umsturz in Ägypten begrüßt und unterstützt wurde, setzte die US-Regierung im Fall Syrien lange auf eine

⁶¹² Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 70.

⁶¹³ Vgl. ebd., S. 30.

⁶¹⁴ Vgl. ebd., S. 28f.

⁶¹⁵ Pabst et al., S. 99.

Kompromisslösung. Außenministerin Hillary Clinton sprach sich noch im März 2011 für eine friedliche Neuordnung des Landes unter Führung Assads aus, den sie als vertrauenswürdigen „reformer“⁶¹⁶ bezeichnete.

4.4.3 Militäreinsätze in Syrien

Verschiedene Untersuchungen zeigten allerdings, dass die USA inoffiziell schon lange auf einen Machtwechsel in Damaskus hingearbeitet hat. So führte die CIA im Lauf der 2000er mehrere geheime Operationen in Syrien durch. Auch der britische Geheimdienst soll den „Aufstand in Syrien bereits seit Jahren vorbereitet“⁶¹⁷ und eine militärische Intervention geplant haben. Angesichts dieser Vorarbeit ist es keine Überraschung, dass die USA schnell umschwenkte, sich offen auf die Seite der Rebellen stellten und wenige Monate nach Beginn der Aufstände weitreichende Sanktionen gegen Assad und mehrere andere Baath-Parteimitglieder verhängte. Die EU schloss sich an und beschloss zusätzlich ein Ölembargo, um die syrische Regierung weiter unter Druck zu setzen.⁶¹⁸ Ab Mitte Mai 2011 wurde gezielt das Vermögen der Assad-Familie in den USA eingefroren.⁶¹⁹ Auf „einer Konferenz der ‚Freunde Syriens‘“⁶²⁰ wurden schließlich auch konkrete finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für die von Rebellen besetzten Gebiete beschlossen – so beteiligte sich allein die USA mit 60 Millionen Dollar am Aufbau neuer demokratischer Strukturen und der Durchsetzung rechtsstaatlicher Standards.

Mit der Anerkennung des Syrischen Nationalrates, der Verhandlungen mit Assad-Anhängern von vornherein ausschloss und „den gewaltsamen Sturz der Regierung propagierte“⁶²¹, stellten sich die USA, Frankreich und Großbritannien im August 2011 schließlich klar gegen eine syrische Kompromisslösung. Diese einseitige Unterstützung ging soweit, dass gewaltlos agierende Oppositionsgruppen teilweise offen angehalten wurden, sich im Austausch für Subventionierungen dem bewaffneten Kampf anzuschließen. Dass der Westen nicht, wie im Fall Libyen, mit NATO-Truppen direkt militärisch in den Konflikt eingriff, bringt der Politikwissenschaftler Eric Gujer mit geographisch-strategischen Überlegungen in Verbindung. Rebellen und Regierungsanhänger waren räumlich kaum getrennt, was die in Libyen so erfolgreichen Luftangriffe quasi unmöglich machte. Außerdem sei „der Appetit der NATO

⁶¹⁶ Nach Pabst et al., S. 99.

⁶¹⁷ Ebd., S. 100.

⁶¹⁸ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: *Syrien: Zwei Jahre Bürgerkrieg*.

⁶¹⁹ Vgl. Zorob, Anja: *Internationale Sanktionen gegen Syrien: Was haben sie bewirkt?*, 2016, <http://www.bpb.de/apuz/221170/internationale-sanktionen-gegen-syrien-was-haben-sie-bewirkt?p=all> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶²⁰ Bundeszentrale für politische Bildung: *Syrien: Zwei Jahre Bürgerkrieg*.

⁶²¹ Pabst et al., S. 101.

auf [...] Militärinterventionen“⁶²² nach den Einsätzen in Irak, Afghanistan und Libyen erschöpft.

Doch auch ohne NATO-Eingriff entwickelte sich der syrische Bürgerkrieg bald zum internationalen Stellvertreterkrieg zwischen zwei klar abgegrenzten politischen Lagern. Während eine Allianz aus den USA, der Türkei, Saudi-Arabien und Katar die Rebellengruppen unterstützten, standen Russland, Irak und Iran auf Regierungsseite.⁶²³ Das Völkerrecht war dabei zu Beginn des Konflikts klar auf Seiten des Baath-Regimes: Als international anerkanntes syrisches Regierungsoberhaupt durfte Assad „diplomatisch, finanziell und militärisch“⁶²⁴ unterstützt werden. Befürworter einer Intervention zugunsten der Aufständischen argumentierten mit dem Schutz der Rebellen, insbesondere nach dem Einsatz von Giftgas im Kriegsgebiet, der allerdings nicht zweifelsfrei der Assad-Regierung zugeschrieben werden konnte. Anträge auf eine Syrienintervention im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen scheitern regelmäßig am russischen und chinesischen Veto. Die USA beschränkten sich zuerst auf die Ausrüstung der Aufständischen mit Kommunikationsausrüstung und Medikamenten, ab Juli 2013 wurden aber auch offen Waffen geliefert und später Luftangriffe geflogen. Auch Saudi-Arabien und Katar hatten die besetzten Gebiete seit Beginn der Aufstände mit Waffenlieferungen unterstützt und Saudi-Arabien bot zusätzlich an, Soldzahlungen an desertierte Militärangehörige zu übernehmen.⁶²⁵ Doch der lange erwartete Machtwechsel in Damaskus blieb weiterhin aus – im Juni 2014 ließ sich Assad mit überwältigender Mehrheit für weitere sieben Jahre zum Präsidenten wählen.⁶²⁶ Der andauernde Kriegszustand forderte mehrere Hunderttausend Opfer und vertrieb „Mehr als die Hälfte der Bevölkerung“⁶²⁷ aus ihrer Heimat. Im selben Jahr, in dem Tunesien zur freien Demokratie erklärt wurde, landete Syrien so auf der Freedom House-„Worst of the Worst“-Liste.⁶²⁸ Daneben erwies sich der Bürgerkrieg als ausgezeichneter Nährboden für gewaltbereite Formen des Islamismus.

4.4.4 Der „islamische Faktor“ im Syrienkonflikt

Der Fall Syrien zeigt eindrucksvoll wie viele verschiedene Richtungen und Interessen unter das westliche Label „Islamismus“ fallen. So warnt Gujer zu Recht vor einer „manichäischen Weltsicht [...] Islamisten versus Säkulare“⁶²⁹, die den komplexen Zusammenhängen nicht

⁶²² Gujer, S. 37.

⁶²³ Vgl. Pabst et al., S. 96f.

⁶²⁴ Ebd., S. 109.

⁶²⁵ Vgl. ebd., S. 111ff.

⁶²⁶ Vgl. ebd., S. 118.

⁶²⁷ Zorob.

⁶²⁸ Freedom House: *Freedom in the world* 2015.

⁶²⁹ Gujer, S. 39.

gerecht wird. Oft genug wurde zum Beispiel der politische Gegner zum religiösen Fundamentalisten erklärt, um ihn international zu isolieren. Assad – der die Trennung von Staat und Religion und die Verstaatlichung islamischer Stiftungsgüter vorangetrieben hatte – versuchte so immer wieder seine sunnitischen Gegner in die Rolle fundamentalistischer Terroristen zu drängen.⁶³⁰ Auch das Nachbarland Türkei steht im Verdacht, zu Beginn der Aufstände bewusst ein falsches Bild der syrischen Opposition gezeichnet zu haben. So sollen zu türkischen Syrienkongressen gezielt radikalislamistische Redner geladen worden sein, unabhängig von ihrem tatsächlichen Bekanntheitsgrad in ihrem Heimatland. Tatsächlich waren die frühen Proteste religiös geprägt, hatten aber keine fundamentalistische Agenda, sondern forderten rechtsstaatliche und demokratische Reformen.⁶³¹ Eine klare „Schwerpunktverschiebung hin zu radikalislamistischen und jihadistischen Gruppen“⁶³² innerhalb der Oppositionskräfte lässt sich erst seit 2013, zwei Jahre nach Beginn des Bürgerkrieges, feststellen.

Das Erstarken verschiedener islamistischer Fraktionen hängt dabei unter anderem mit dem Einfluss Saudi-Arabiens und Katars zusammen. Während Russland und der Westen einen Stellvertreterkrieg der Assad-Regierung gegen die Rebellen austrugen, lieferten sich die beiden islamischen Länder einen Kampf um die religiöse Vorherrschaft in Syrien. Katar belieferte bevorzugt die syrischen Muslimbrüder mit Waffen, unterstützte aber auch offen jihadistische Gruppierungen und unterhielt „gute Beziehungen zur Al-Qaida-treuen al-Nusra-Front“⁶³³. Saudi-Arabien wollte, wie in Ägypten, einen Sieg der Muslimbrüder verhindern und lieferte seine Waffen besonders an salafistische Fraktionen, während es Anhänger der Muslimbruderschaft zu Terroristen erklärte.⁶³⁴ Unter diesen Vorzeichen wundert es nicht, dass zahlreiche radikalislamistische Gruppierungen oft eher gegeneinander, oder gegen andere Rebellengruppen kämpften, statt sich aktiv am Sturz des Assad-Regimes zu beteiligen. Die große Anzahl an schwer bewaffneten religiösen Milizen kam den Regierungstruppen damit letztendlich oft zugute.⁶³⁵

Im Lauf des Krieges verwischten die Grenzen zwischen den Lagern dabei zunehmend. Im Februar 2012 sicherte ein Al-Qaida-Sprecher den Rebellen Unterstützung bei der Rückeroberung Syriens zu, die Gruppierung erklärte sich seitdem für zahlreiche im Regierungsgebiet verübte Anschläge verantwortlich. Zeitweilig war die Al-Nusra-Front als

⁶³⁰ Vgl. Wieland.

⁶³¹ Vgl. Pabst et al., S. 98ff.

⁶³² Ebd., S. 113.

⁶³³ Ebd., S. 105.

⁶³⁴ Vgl. ebd., S. 117.

⁶³⁵ Vgl. ebd., S. 109.

militärischer Arm der Terrororganisation dabei so erfolgreich, dass verschiedene gemäßigte Rebellen-Fraktionen sich – zum Leidwesen ihrer westlichen Unterstützer – zu einer Kooperation genötigt sahen. Die Fronten innerhalb der Opposition wurden damit so unübersichtlich, dass das Assad-Regime zahlreichen Beobachtern schließlich als das „kleinere Übel“⁶³⁶ erschien. Auch der Einsatz mehrerer tausend schiitischer Hisbollah-Krieger, die der Libanon der syrischen Armee unterstellt hatte, konnte die Eroberung strategisch wichtiger Gebiete durch die Al-Nusra-Front nicht verhindern. Erst 2014 wurde der Siegeszug der radikalen Dschihadisten „durch interne Zwistigkeiten gebremst“⁶³⁷: Eine irakisch geprägte Al-Qaida-Abspaltung griff als Islamischer Staat ins Kampfgeschehen ein, während die Hauptorganisation weiterhin auf die Al-Nusra-Front setzte und militärisch gegen die Abweichler vorging. Vielen Mitgliedern des Islamischen Staates ging es nun tatsächlich nicht mehr um die Befreiung Syriens von Assad, sondern um die Errichtung eines unabhängigen, Scharia-zentrierten Gottesstaates – so soll es zu Hochzeiten der Terrororganisation teilweise sogar zu Handelsbeziehungen mit der syrischen Regierung gekommen sein.

4.5 Vergleich

Der direkte Vergleich der Entwicklungen in Tunesien und Ägypten als ersten Ländern des Arabischen Frühlings ist insofern interessant, als sich dabei eine staatlich streng kontrollierte und eine vergleichsweise freie Onlinewelt gegenüberstehen. Durch diese diametral anderen Voraussetzungen gab es große Unterschiede im Internetaktivismus der beiden Länder.⁶³⁸ Während tunesische Aufständische hauptsächlich auf Facebook und Twitter zurückgreifen konnten⁶³⁹, bot sich in Ägypten eine weit größere Auswahl an sozialen Medien und Internetdiensten, über die sich die „Mobilisierung durch das Internet [...] von langer Hand vorbereiten“⁶⁴⁰ ließ. Trotzdem gelang es auch in Tunesien in relativ kurzer Zeit zweckmäßige Nachrichtenkanäle zu etablieren. Interessant ist die Beobachtung, dass die schon lange politisch aktive ägyptische Facebook-Gruppe „We are all Khaled Said“ erst in dem Moment ihr volles revolutionäres Potential entfalten konnte, als das Vorbild des tunesischen Erfolgs überall im arabischen Raum Aufständische auf die Straße trieb. Ähnlich wie in Tunesien gelang es auch den libyschen und syrischen Netzaktivisten trotz verhältnismäßig strenger Zensur funktionierende Kommunikationskanäle aufzubauen. Dabei profitierte insbesondere Syrien von einer lebendigen Onlinegemeinschaft, die schon lange den Führungs- und

⁶³⁶ Zorob.

⁶³⁷ Pabst et al., S. 108.

⁶³⁸ Vgl. El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

⁶³⁹ Vgl. Penke, S. 6f.

⁶⁴⁰ El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

Lebensstil des Assad-Regimes kritisierte.⁶⁴¹ Trotzdem blieb die Nutzung sozialer Netzwerke in beiden Ländern – besonders im Vergleich mit den hohen Werten in Tunesien – auf eine aktive, aber kleine Elite beschränkt.⁶⁴²

Die Reaktionen der jeweiligen Machthaber auf die wachsende Bedrohung durch Netzaktivitäten waren sehr unterschiedlich. Während die tunesische Regierung die Onlineaktivisten durch gezielte Hackangriffe und Informationsdiebstahl hauptsächlich auf ihrem eigenen Terrain bekämpfte, sah man sich in Ägypten zu einer tagelangen totalen Internetsperre gezwungen. Den Aktivisten sollte der Zugriff auf die sozialen Netzwerken komplett entzogen werden. Letztendlich zahlten sich weder die Angriffe auf die Anonymität der Onlineaktivisten noch die Einschränkung des Internetzugangs aus. Beide Regime verloren die Kontrolle über das Internet und die Proteste auf der Straße. In Tunesien gelang es, die Zensurprogramme der Regierung zu deaktivieren, in Ägypten trotz Sperre, Informationen ins In- und Ausland zu streuen. Insbesondere im Vorgehen gegen Mubaraks Internetsperre zeigte sich nicht nur das Eingreifen ausländischer Mächte, sondern auch der Unwille einiger ägyptischer Firmen, sich gegen die Demonstranten zu stellen. Während Google den Aktivisten mit Satellitentelefoncodes aushalf, stellten die Netzanbieter ihre Dienste teilweise verspätet ein oder stellten den Internetzugang nach wenigen Tagen wieder her. Vereinzelt wurde argumentiert, dass ein konsequenteres – und vor allem schnelleres – Abschalten der Onlinekommunikation die Aufstände tatsächlich hätte eindämmen können.⁶⁴³

Diese Überlegungen lassen sich am Beispiel Libyen überprüfen. Nachdem Gaddafis Sicherheitsapparat hier verhältnismäßig erfolglos versucht hatte, einzelne Netzwerke zu sperren, kam es Anfang März zu einer abrupteren und im Vergleich deutlich konsequenteren Internetsperre. Während ägyptische Aktivisten schon nach wenigen Tagen wieder auf ihre sozialen Netzwerke zugreifen konnten, zog sich die libysche Onlinesperre über mehrere Monate.⁶⁴⁴ Gaddafi war gelungen, woran Mubarak gescheitert war – er hatte nicht nur die Kommunikation der Aktivisten untereinander gestört, sondern auch ihre Verbindung zur Außenwelt gekappt.⁶⁴⁵ Nachdem sichergestellt war, dass kaum Fotos und Videoaufnahmen an die Weltöffentlichkeit gelangen würden, gingen die libyschen Sicherheitskräfte dabei deutlich brutaler gegen Demonstranten vor, als das in Ägypten und Tunesien der Fall gewesen war.⁶⁴⁶

⁶⁴¹ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 40.

⁶⁴² Vgl. ebd., S. 121.

⁶⁴³ Vgl. ebd., S. 70.

⁶⁴⁴ Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 2.

⁶⁴⁵ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 70.

⁶⁴⁶ Vgl. ebd., S. 90.

Die digitale Verbindung zum Rest der Welt schien die Aktivisten damit tatsächlich effektiv geschützt zu haben.

Am außergewöhnlichsten war allerdings der Umgang der Assad-Regierung mit den syrischen Netzaktivisten. Im krassen Gegensatz zur Internetsperre in Ägypten und Libyen wurden hier mit Beginn der Proteste schlagartig mehr Internetseiten freigegeben, was die Nutzerzahlen der gängigen sozialen Netzwerke um ein Vielfaches ansteigen ließ.⁶⁴⁷ Das Regime lud seine Gegner damit geradezu zu einem digitalen Kräftemessen ein und nutzte die Onlinekanäle in den folgenden Monaten geschickt, um falsche Informationen zu streuen und Netzaktivisten zu identifizieren. Es lässt sich argumentieren, dass dieses Vorgehen nur möglich war, weil die Anzahl der syrischen Internetnutzer von Anfang an verhältnismäßig gering war. Insgesamt lieferte es der Regierung aber keine schlechten Ergebnisse – zumal sich ausländische Firmen wie Google hier, im Gegensatz zu Ägypten, mit technischen Hilfestellungen für die Demonstranten auffällig zurückhielten.

Die digitalen Medien spielten in allen vier Ländern eine wichtige Rolle bei der frühen Organisation und Vernetzung der Protestbewegungen und wurden in vielen Fällen auch für Nicht-Aktivisten zur bevorzugten Informationsquelle. Über die symbiotische Zusammenarbeit mit unabhängigen Fernsehsendern konnten dabei insbesondere die tunesischen und ägyptischen Aufständischen breite Bevölkerungsschichten erreichen. Trotzdem kam der sehr analogen Macht des Militärapparates in beiden Fällen die entscheidende Rolle zu. In beiden Ländern scheint die obere Militärriege die Unruhen genutzt zu haben, um mit einer unpopulären Regierung abzurechnen. Insbesondere in Ägypten wurden die eigenen Absichten des – von vornherein einflussreichen – Militärrats überdeutlich. Der angekündigte „Übergang von einer Militär- in eine Zivilregierung“⁶⁴⁸ wurde durch den Staatsstreich 2013 wieder rückgängig gemacht. Im Vergleich mit dem friedlicheren Ausgang der tunesischen Aufstände ist interessant, wie leicht die ägyptische Armee die Schubkraft der Proteste noch zwei Jahre nach Beginn des Arabischen Frühlings instrumentalisieren konnte. Im Zug einer „permanenten Revolution“⁶⁴⁹ ließ sich eine breite Masse von Demonstranten durch geschickte Propaganda des Militärs gegen Mursi und die Partei der Muslimbrüder in Stellung bringen und führte das Land direkt zurück in ein autoritäres Regime. Während Tunesien in die Liste der freien Demokratien aufgenommen wurde, verhafteten ägyptische Sicherheitskräfte reihenweise überwiegend friedliche Muslimbrüder und säkulare Aktivisten mit faden-

⁶⁴⁷ Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 2.

⁶⁴⁸ Kircher, S. 135.

⁶⁴⁹ Pabst et al., S. 71.

scheinigen Vorwürfen.⁶⁵⁰ Macht und Einfluss des jeweiligen Militärapparates scheint damit der entscheidende Faktor bei der unterschiedlichen Entwicklung der beiden Länder zu sein. Mehr als die verschiedenen Grade an Internetfreiheit oder Einfluss von ausländischen Mächten, sorgte die wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorherrschaftsstellung der ägyptischen Armee für die Rückkehr zu vorrevolutionären Zuständen. Mursi wurde erst in dem Moment gestürzt, als er sich gegen die ökonomischen Interessen des Obersten Militärrats stellte – ohne diesen akuten Interessenkonflikt hätte einem demokratischeren Ägypten nichts mehr im Weg gestanden.

Dass die Aufstände in Libyen und Syrien kein friedliches Ende fanden und überraschend schnell in offene Straßenschlachten umschlugen, scheint dagegen zu großen Teilen am fehlenden nationalen Identitätsgefühl der beiden früheren Kolonien zu liegen.⁶⁵¹ Im Gegensatz zu Ägypten und Tunesien war die Bevölkerung hier in verfeindete Stammesbeziehungsweise Minderheitenlager gespalten, die auch die Regime als gemeinsamer Gegner nicht effektiv zusammenschweißen konnte. Dafür erwiesen sich die libysche und syrische Armee als vergleichsweise loyal und hielten – abgesehen von einigen prominenten Überläufern – zu ihrer Regierung. Zum entscheidenden Faktor wurde hier der internationale Militäreinsatz in Libyen, der binnen eines halben Jahres zum Sturz Gaddafis führte. Allerdings war die Hoffnung auf einen demokratischen Neuanfang ähnlich wie in Ägypten auch hier nur von kurzer Dauer und bald versank Libyen wieder im Bürgerkrieg, aus dem Syrien nie herausgefunden hatte. Wie in den ägyptischen Machtkämpfen standen auch hier hinter den verschiedenen Fraktionen mächtige internationale Finanziere, was eine Einigung zusätzlich erschwerte.

Bei der Untersuchung des Netzaktivismus in den untersuchten Ländern wird deutlich, dass die sozialen Netzwerke auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichen Zielen eingesetzt wurden. Besonders auffällig ist, wie verschiedene Medien in den einzelnen Phasen der Proteste genutzt wurden. Für die Vorbereitung der Demonstrationen und die Generierung neuer Aktivisten erwies sich Facebook als besonders nützlich. In der akuten Aufstandssituation kam für die schnelle Information von Mitstreitern und Sympathisanten Twitter als Echtzeit-Kommunikationsmittel hinzu. Nach den Protesten konnten interessierte Bürger die Darstellung der Ereignisse aus der Sicht der Aktivisten auf diversen Blogs verfolgen. Angesichts umfangreicher staatlicher Propaganda bildete sich hier schnell eine Form von unabhängigem, alternativem Journalismus heraus. Bei der Untersuchung der erfolgreichen Revolutionen fällt auf, mit welcher Geschwindigkeit die Regime gestürzt

⁶⁵⁰ Vgl. Pabst et al., S. 79.

⁶⁵¹ Vgl. Fürtig, S. 26.

werden konnten. In Ägypten vergingen zwischen den ersten großen Protesten und Mubaraks Rücktritt nur 18 Tage – die tunesischen Aktivisten brauchten etwa eine Woche länger, um ihr Ziel zu erreichen. Diese Effizienz im Vorgehen der Demonstranten spricht für einen hohen Grad an Organisation und Vernetzung unter einzelnen Interessensgruppen. Besonders im vergleichsweise liberalen ägyptischen Internet scharten Gruppen wie „We are all Khaled Said“ schon vor Beginn des Arabischen Frühlings regierungskritische Nutzer um sich. Im Austausch mit Gleichgesinnten ließen sich schon 2010 zahlreiche Mitglieder der Gruppe für Demonstrationen mobilisieren.⁶⁵² Durch die flachen Hierarchien des sozialen Netzwerks, in denen jeder Beiträge lesen und kommentieren konnte, entwickelte sich dabei eine Gruppendynamik, die an Versionen des Graswurzel-Modells erinnert – bis zu einem Punkt, an dem es tatsächlich keine erkennbaren Wortführer mehr gab.⁶⁵³ Um es mit Deleuze zu sagen: Die einzelnen Beiträge konnten jetzt nicht mehr „ausgehend von einer höheren Einheit“⁶⁵⁴ verstanden werden.

Dabei hatten alle vier Diktatoren schon vor Verbreitung der sozialen Netzwerke mächtige innenpolitische Feinde. Laut einer Untersuchung des US-amerikanischen *Project on Information Technology & Political Islam* aus dem Revolutionsjahr 2011 kam es aber erst mit der Möglichkeit der digitalen Vernetzung und Kommunikation zu einer effektiven Zusammenarbeit der verschiedenen Oppositionsgruppen. Vereint durch das gemeinsame Ziel die autokratische Regierung zu stürzen, traten interne politische und ideologische Konflikte in den Hintergrund⁶⁵⁵ – um nach dem erfolgreichen Machtwechsel oft wieder aufzuflammen. So zerbrachen zahlreiche Zweckbündnisse, sobald mit dem alten Regime der gemeinsame Gegner besiegt worden war.⁶⁵⁶

Entscheidend für den Erfolg der Gruppen war, dass es immer wieder gelang, die Proteste aus der digitalen Welt auf die Straße zu tragen. Sobald ein Termin vereinbart war, informierten die Mitglieder ihren analogen Bekanntenkreis.⁶⁵⁷ Angesichts der nicht übermäßig großen Verbreitung sozialer Netzwerke in den untersuchten Ländern, reichte diese persönliche Ebene oft nicht aus, um genügend Mitstreiter zu rekrutieren. Hier griffen die Aktivisten wieder auf konventionelle Revolutions-Medien – wie Flugblätter – zurück, um breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen. Letztendlich war fast jede größere Protestwelle des

⁶⁵² Vgl. Badawy, S. 150.

⁶⁵³ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 28.

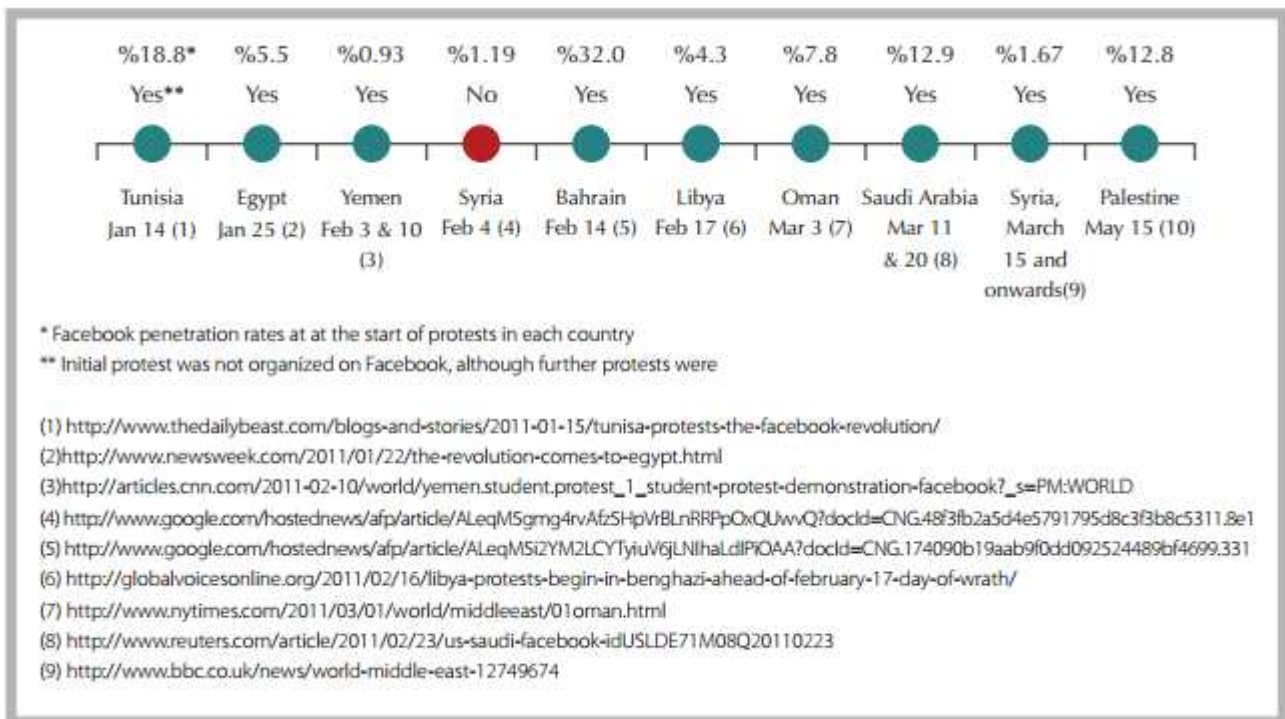
⁶⁵⁴ Deleuze et al., S. 26.

⁶⁵⁵ Vgl. Howard, Philip; Aiden Duffy; Deen Freelon; Muzammil Hussain; Will Mari; Marwa Mazaid: *Opening Closed Regimes. What Was the Role of Social Media During the Arab Spring?*, Project on Information Technology & Political Islam, 2011, S. 24.

⁶⁵⁶ Vgl. Asseburg (Hrsg.): *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen*, S. 18.

⁶⁵⁷ Vgl. West, Johnny: *Karama! Journeys Through the Arab Spring*, Heron Books: London 2011, S. 336.

Arabischen Frühlings zuvor in den sozialen Netzwerken angekündigt und vorbereitet worden (siehe Grafik 10).



Grafik 10: Korrelation zwischen auf Facebook angekündigten und tatsächlichen Demonstrationen
 Quelle: Arab Social Media Report 2011, S. 5.

Noch bevor die „We are all Khaled Said“-Gruppe Proteste organisierte und damit zum politischen Akteur wurde, gab sie ein eindrucksvolles Beispiel, wie die neuen Medien genutzt werden können um Öffentlichkeit herzustellen. Wenige Tage nach der Ermordung Saids durch Sicherheitskräfte kursierte sein „entstellte[s] Gesicht, das anschließend das Gesicht der [...] Revolution 2011 werden sollte“⁶⁵⁸ in den sozialen Netzwerken und verschaffte der Gruppe online große Aufmerksamkeit. In einer Umfrage des *Arab Social Media Reports* sah die Mehrheit der Facebook-Nutzer – in Tunesien knapp Zweidrittel der Befragten – die Hauptaufgabe des Netzwerks in der Herstellung einer Öffentlichkeit für die Themen der Revolution im In- und Ausland. Die konkrete Planung und Organisation von Protesten wird dabei von weniger als 30 % der Befragten als Hauptaufgabe der digitalen Vernetzung gesehen.⁶⁵⁹ Auch unter Nicht-Mitgliedern konnten die sozialen Medien ihren Ruf als unabhängige Informationsquellen festigen⁶⁶⁰ und „in ihrer Gesamtheit Diskurse an[...]stoßen“⁶⁶¹, die bis in die Offline-Gesellschaft hinein wirkten. Nur so lässt sich erklären,

⁶⁵⁸ Kircher, S. 131.

⁶⁵⁹ Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 6.

⁶⁶⁰ Vgl. Brisson, Zach; Panthea Lee: *Egypt: From Revolutions to Institutions. Opportunities to support the people and groups that are designing better governance*, Reboot: New York 2011, S. 28f.

⁶⁶¹ Kircher, S. 134.

dass in den untersuchten Ländern so viele Demonstranten den aus der digitalen Welt ausgehenden Aufrufen folgten und die Onlineproteste so zuverlässig ihren Weg auf die Straße fanden. Während der Proteste selbst schienen die Sicherheitskräfte oft auffallend zurückhaltend, wenn die Gegenseite mit Handys ausgestattet war und Videos und Fotos etwaiger Übergriffe online stellen würde.⁶⁶²

Dass die Aufstände in Tunesien wie in Ägypten auf der Erinnerung an verstorbene Opfer des Systems fußten und der wegen seiner Kritik an der Regierung festgenommene Anwalt Fathi Terbil zur Identifikationsfigur der libyschen Demonstranten wurde, unterstützt die These des Soziologen Philip Howard, Internetaktivisten würden ihre Botschaft bevorzugt über aufrüttelnde Erzählungen verbreiten. Mithilfe einprägsamer Symbolgeschichten soll das Publikum dabei auf einen gesellschaftlichen oder politischen Missstand aufmerksam gemacht werden. Die Nonchalance mit der dem tunesischen Gemüsehändler Mohamed Bouazizi eine akademische Laufbahn angedichtet wurde, macht klar, zu welchen Kunstgriffen die Aktivisten bereit waren, um ihre Erzählung dem Publikum anzupassen. Auf ägyptischer Seite könnte insbesondere das Foto von Khaled Said's Leiche ein Musterbeispiel für die von Howard schon 2010 beschriebenen „emotional fesselnden digitalen Artefakte“ darstellen.⁶⁶³ Ungeachtet jeder Sprachbarriere konnte das Bild dabei auch im Ausland seine Schockwirkung entfalten. Daneben taten die Onlineaktivisten viel, um ihre Botschaft international zu verbreiten. Es wurde bereits darauf hingewiesen, wie viele arabische Facebook-Nutzer während der Aufstände in westlichen Sprachen kommunizierten. Unter Mithilfe von Google und Twitter wurden zusätzlich etwa 1000 Dolmetscher eingestellt, die Twitternachrichten der Onlineaktivisten ins Englische, Französische oder Deutsche übersetzten.⁶⁶⁴ Die Aufständischen nahmen dieses Angebot gern an und ließen allgemein keinen Zweifel daran, dass sie mit ihrer Botschaft weltweit gehört werden wollten.⁶⁶⁵

Mit diesem Anspruch für ein internationales Publikum über den Stand der Aufstände und eigene Erfahrungen mit Demonstranten und Sicherheitskräften zu berichten, gelang es zahlreichen Aktivisten eine „alternative Presse“ zu etablieren. In Konkurrenz zu den oft staatlich gelenkten und zensierten traditionellen Medien boten sie ihren Lesern Augenzeugenberichte aus dem Inneren der Protestbewegung.⁶⁶⁶ Bemerkenswert ist dabei eine Veröffentlichung der Onlineaktivisten Nadia Idle und Alex Nunns, die das Twitter-Verhalten

⁶⁶² Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 33.

⁶⁶³ Vgl. Howard, Philip: *The Digital Origins of Dictatorship and Democracy: Information Technology and Political Islam*, Oxford University Press: New York 2011, S. 145.

⁶⁶⁴ Vgl. Bhuiyan, Serajul: „Social Media and Its Effectiveness in the Political Reform Movement in Egypt“, in: *Middle East Media Educator* 1/2011, 18.

⁶⁶⁵ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 29.

⁶⁶⁶ Vgl. Duncombe, S. 32.

der englischsprachigen Aufständischen in Kairo zwischen der ersten Großdemonstration am 25. Januar und dem Sturz Mubaraks am 11. Februar 2011 auswerteten. Tatsächlich macht die Menge der rein deskriptiven Nachrichten einen großen Teil des gesamten untersuchten Twitterverkehrs aus – weit mehr als organisatorische Hinweise oder politische Forderungen. Selbst in akuten Bedrohungssituationen berichteten Augenzeugen vom gewaltsamen Vorgehen der ägyptischen Polizeikräfte.⁶⁶⁷

Onlineaktivisten gingen für ihre Berichterstattung nicht nur während der Aufstände selbst ein hohes Risiko ein, sondern liefen dabei immer auch Gefahr, von staatlichen Cyberkräften identifiziert und zur Rechenschaft gezogen zu werden. Im schlimmsten Fall würden sie das Schicksal ihres Vorbilds Khaled Said teilen. Dabei ging es den Aktivisten nicht nur darum, einen Gegenpol zur allgegenwärtigen staatlichen Propaganda zu bieten. Man wollte auch ein „Alternativ-Bild“⁶⁶⁸ zur ausländischen – insbesondere westlichen – Berichterstattung etablieren, die sich oft stark auf die US-amerikanischen sozialen Netzwerke als Werkzeug der Revolution konzentrierten.⁶⁶⁹ Hier taten sich besonders einzelne Blogger hervor, die neben reinen Faktenberichten auch früh Visionen einer freieren, demokratischen arabischen Gesellschaft entwarfen.⁶⁷⁰ Waren die Twitter-Nutzer auf der Straße die Reporter der „alternativen Presse“, kam den Bloggern die Rolle der journalistischen „Watchdogs“⁶⁷¹ zu, die die gesellschaftliche und politische Entwicklung kritisch begleiten sollten. Viele Aktivisten sahen in der Errichtung einer demokratischen Staatsstruktur dabei nur einen ersten Schritt hin zu einer allgemein freieren, moderneren Gesellschaft.⁶⁷² Einzelne Betreiber populärer Blogs gingen dabei so in ihrer Rolle als „Kommentator[en] des Geschehens“⁶⁷³ auf, dass sie sich selbst nicht als Teil der Aktivistenbewegung verstanden – eine entscheidende Bedingung für unabhängige Berichterstattung.

Wie bereits ausgeführt griffen professionelle Journalisten weltweit im Verlauf des Arabischen Frühlings auf die Bilder und Berichte der Netzaktivisten zurück und verhalfen ihnen damit zu größerer Aufmerksamkeit. Dabei kam es allerdings immer wieder zu Fehlinformationen – die Netzaktivisten konnten die Professionalität und Verlässlichkeit etablierter Medien nicht

⁶⁶⁷ Vgl. Idle et al., S. 49.

⁶⁶⁸ Kircher, S. 125.

⁶⁶⁹ Vgl. Krüger, Thomas: *Revolutionsplattform Facebook? Wie das Internet politische Umbrüche beeinflusst*, Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, <http://www.bpb.de/presse/51078/revolutionsplattform-Facebook-wie-das-internet-politische-umbrueche-beeinflusst> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁷⁰ Vgl. Kircher, S. 125f.

⁶⁷¹ Ebd., S. 135.

⁶⁷² Vgl. ebd., S. 124.

⁶⁷³ Ebd., S. 122.

gewährleisten.⁶⁷⁴ Gelegentlich wurden über Fake-Accounts aus dem Ausland sogar bewusst falsche Nachrichten gestreut.⁶⁷⁵ Journalisten von Al Jazeera etablierten schließlich ein System, bei dem sie sich auf einzelne prominente Blogger als Informationsquelle stützten und die Berichte nachträglich verifizierten.⁶⁷⁶ So konnte der Sender helfen, die staatliche Propagandamaschinerie zu untergraben ohne die eigene journalistische Integrität aufs Spiel zu setzen.

4.6 Rolle von Al Jazeera

Es wurde bereits auf die „Schlüsselrolle“⁶⁷⁷ eingegangen, die Al Jazeera bei den Aufständen des Arabischen Frühlings zukam. Das revolutionäre Potential des Senders reicht allerdings zurück bis zu seiner Gründung 1996 durch den Emir von Katar. War die arabische Welt bis dahin von national geschlossenen, streng kontrollierten Mediensystemen geprägt, die den Machthabern als Verkündungs- und Propagandainstrumente dienten, änderte sich die Situation mit der Gründung Al Jazeeras grundlegend. Durch Satellitentechnologie konnte der Sender in jedem arabischen Haushalt empfangen werden und von der jeweiligen Regierung unabhängige Informationen bieten.⁶⁷⁸ In der ganzen westlichen Welt wurden früh große Hoffnungen auf das politische Potential des Satellitenfernsehens gesetzt⁶⁷⁹ – und Al Jazeera erschien vielen als Musterbeispiel eines neuen arabischen Medientypus. Der Sender entstand als Reaktion auf das Scheitern einer Kooperation zwischen der englischen BBC und einer saudiarabischen Nachrichtenagentur, die zur Etablierung eines arabischsprachigen BBC-Zweigs führen sollte, im Frühjahr 1996 aber wegen Eingriffen in die journalistische Unabhängigkeit beendet wurde. Wenige Monat später gründete Emir Shaikh Hamad bin-Khalifa al-Thani Al Jazeera und griff dabei auf eine ganze Reihe ehemaliger BBC-Mitarbeiter zurück. Dem Vorbild ihres ehemaligen Arbeitgebers folgend hatte sich der Sender von Anfang an strikter politischer Neutralität verpflichtet, machte aber durch Programm-entscheidungen – zum Beispiel die Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen in der arabischen Welt – deutlich, dass die Durchsetzung humanitärer Standards zu den klaren Zielsetzungen gehört. Auch andere „heiße Eisen“ [...] wie Islamismus, Religion und

⁶⁷⁴ Vgl. Löffler et al., S. 159.

⁶⁷⁵ Vgl. BBC-Webseite: *Gay Girl in Damascus: Tom MacMaster defends blog hoax*, 2011, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-13747761> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁷⁶ Vgl. Bartlett, Rachel: *#media140 – Al Jazeera's early start reporting revolutions*, 2011, <https://www.journalism.co.uk/news/-media140---al-jazeera-s-early-start-reporting-revolutions/s2/a543674/> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁷⁷ Kneuer et al., S. 37.

⁶⁷⁸ Vgl. ebd., S. 35.

⁶⁷⁹ Vgl. von Rohr, S. 141.

Korruption“⁶⁸⁰ wurden regelmäßig behandelt, was Al Jazeera zu einer Spitzenposition unter politisch interessierten Arabern verhalf, aber auch wiederholt zu Konflikten mit Regierungen der Region führte. Einzig die dauernde finanzielle Abhängigkeit von der katarischen Herrscherfamilie trübt das Bild des politisch neutralen Mediums und sorgte dafür, dass Al Jazeera von ausländischen Beobachtern gelegentlich „als außenpolitisches Instrument des Emirats“⁶⁸¹ verstanden wurde. Diese Darstellung wurde unmittelbar vor Beginn des Arabischen Frühlings von Veröffentlichungen der Enthüllungsplattform WikiLeaks untermauert, nach denen die katarische Regierung anderen Staaten wiederholt eine Änderung der Berichterstattung im Austausch für politische Gegenleistungen anbot. Die Anschuldigung wurde weltweit veröffentlicht und untergrub das Vertrauen in Al Jazeera als unabhängigen Berichterstatte weiter.⁶⁸²

Bis zum Beginn des Arabischen Frühlings hatte sich das Spektrum des Senders stark ausgefächert und er verfügte seit mehreren Jahren auch über einen englischsprachigen Arm. Durch die hohe Analphabetismusrate hatte das Fernsehen besonders in Ägypten traditionell einen weit höheren Einfluss als die Printmedien. Mit seinem breiten Angebot und seinen journalistischen Standards hatte Al Jazeera das Vertrauen vieler Teile des arabischen Publikums gewonnen und war zur festen Größe der Medienlandschaft geworden. Auffällig ist, dass der Sender während den Monaten der Aufstände vom Dogma der politischen Neutralität zumindest teilweise abzuweichen schien. Zwar bezogen die Journalisten selten selbst Partei, boten aber – von Anonymous-Vertretern⁶⁸³ bis zu politischen Künstlern⁶⁸⁴ – verschiedenen Aktivisten eine Plattform, um relativ unreflektiert die Hoffnungen der Demokratiebewegung darzustellen.

Dieses Engagement brachte Al Jazeera endgültig den Ruf eines „Revolutionssender[s]“⁶⁸⁵ ein. Für den an der Berichterstattung über den Arabischen Frühling beteiligten Journalist Mathieu von Rohr wurde der Sender für den Verlauf der Aufstände „mindestens ebenso bedeutend [...] wie die sozialen Medien im Internet“⁶⁸⁶. Allerdings wies der Politologe Asiem

⁶⁸⁰ Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: *Der Satellitensender Al-Djazira aus Katar*, 2007 (per web.archive gespeichert), https://web.archive.org/web/20070707073155/http://www.verfassungsschutz-bw.de/kgi/islam_medien_arab-med_jazeera.htm (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁸¹ Kneuer et al., S. 35.

⁶⁸² Vgl. Booth, Robert: *WikiLeaks cables claim al-Jazeera changed coverage to suit Qatari foreign policy*, 2010, <https://www.theguardian.com/world/2010/dec/05/wikileaks-cables-al-jazeera-qatari-foreign-policy> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁸³ Vgl. Ryan, Yasmine: *Anonymous and the Arab uprisings*, 2011, <http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2011/05/201151917634659824.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁸⁴ Vgl. Al Jazeera-Webseite: *Spring Movements*, 2011, <http://www.aljazeera.com/programmes/frames/2011/05/201154164757979220.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁸⁵ El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

⁶⁸⁶ Löffler et al., S. 156.

El Difraoui darauf hin, dass über die verschiedenen Brennpunkte des Arabischen Frühlings sehr unterschiedlich berichtet wurde. Für ihn wurde die Parteinahme im Fall Ägyptens am deutlichsten.⁶⁸⁷ Tatsächlich kam es hier während der Aufstände zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Al Jazeera und der Revolutionsbewegung. So berichtete der SPIEGEL von einer „spontane[n] Kooperation“⁶⁸⁸ als Mubarak dem Sender überraschend die Arbeitserlaubnis entzog und mehrere Journalisten festnehmen ließ. Al Jazeera gab den Aktivisten die Möglichkeit, Inhalte und Bilder an seine Politik-Redaktion zu senden und behielt so seinen „direkten Draht zur ägyptischen Straße“⁶⁸⁹. Damit kam dem Sender eine entscheidende Rolle bei der Etablierung von „mehrgliedrige[n] Kommunikationsketten“⁶⁹⁰ zu, in denen die in Amateuraufnahmen festgehaltenen Botschaften der Rebellen zu fernseh-tauglichen Beiträgen aufgearbeitet und schließlich auch von mehr und mehr westlichen Kanälen übernommen wurden. Behält man in Erinnerung, welche Milliardenbeträge Katar in den Machtwechsel in Tunesien und Ägypten investierte, liegt die Vermutung nahe, Al Jazeera könnte in diesem Fall tatsächlich als „Sprachrohr der Muslimbruderschaft“⁶⁹¹ die außen-politischen Interessen des Emirats vertreten haben. In anderen Fällen berichtete der Sender zunächst nur deutlich zögerlicher über die Erfolge der Rebellen⁶⁹² oder stand – wie im Fall Syrien – sogar im Verdacht, bestimmte Oppositionsgruppen übertrieben islamistisch darzu-stellen.⁶⁹³ Dieses deutliche Ungleichgewicht in der Berichterstattung führte sogar unter Sendermitarbeitern zu der Überzeugung, Al Jazeera entwickle sich mehr und mehr zu einem „weiteren Propaganda-Sender, der mittlerweile eine klare politische Ausrichtung aufweist: mal als Instrument der [...] Muslimbruderschaft, mal als Instrument der katarischen Außenpolitik“⁶⁹⁴.

Neben dem Einfluss Katars deutet Al Jazeeras Rolle während der Aufstände auch auf ein Verständnis für die Aufgabe und Verantwortung der Medien hin, das sich in entscheidenden Punkten von der westlichen Vorstellung unterscheidet. Aktham Suliman kritisiert vor allem mangelnde journalistische Sorgfaltspflicht in der arabischen Berichterstattung – so würden immer wieder Behauptungen ohne ausreichende Prüfung übernommen und notwendige Hintergrundrecherchen unterlassen. Insbesondere angesichts der komplexen politischen Lage in den verschiedenen Krisengebieten der Region erschienen Journalisten damit „oft hilflos

⁶⁸⁷ Vgl. El Difraoui: *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*.

⁶⁸⁸ Patalong, Frank: *Abgeschalteter Sender: Al-Dschasira bittet Blogger um Hilfe*, 2011, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/abgeschalteter-sender-al-dschasira-bittet-blogger-um-hilfe-a-742574.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁸⁹ Ebd.

⁶⁹⁰ Rosiny: „Ein Jahr ‚Arabischer Frühling‘: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven“, S. 5.

⁶⁹¹ Pabst et al., S. 63.

⁶⁹² Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 28.

⁶⁹³ Vgl. Pabst et al., S. 102.

⁶⁹⁴ Suliman, Aktham: *Krieg und Chaos in Nahost: Eine arabische Sicht*, Nomen Verlag: Frankfurt a. M. 2017, S. 17.

und nicht ausreichend vorbereitet“⁶⁹⁵. Diese mangelnde Professionalität hängt für ihn dabei vor allem mit der fehlenden Tradition einer freien, unabhängigen Berichterstattung im arabischen Raum zusammen und er zeigt sich optimistisch, dass im Lauf der Zeit internationale Standards erreicht werden können. Während sich der qualitative Graben langsam schließt, bleiben andere Unterschiede im arabischen und westlichen Medienverständnis bestehen. So betont Suliman, dass Al Jazeeras medienethischer Pressekodex erst auf Drängen des Auslands beschlossen wurde und aus europäischer Sicht entscheidende Punkte – wie die Menschenwürde – nicht abdeckt. Für ihn hängt diese Zurückhaltung mit der panarabischen Sichtweise zusammen, dass „es unwahrscheinlich ist, dass Medien die Würde verletzen könnten.“⁶⁹⁶

Fiel es schon schwer einen einzelnen Sender auf medienethische Richtlinien einzuschwören, fehlt ein allgemeiner arabischer Journalistenkodex völlig. Stattdessen stehen die verschiedenen Medienhäuser in ständigem, engem Konkurrenzkampf, was laut Suliman auch zu einem „fehlende[n/s] Bewusstsein für den Beruf des Journalisten“⁶⁹⁷ geführt hat. So käme es nur selten zu Kooperationen und auch über getötete Reporter würde auffallend oft parteiisch berichtet, je nachdem zu welcher Senderfamilie sie gehörten. Suliman sieht die westliche Welt hier als Vorbild und fordert einen neuen arabischen Medienethos, bei dem „man in allererster Linie Journalist ist und erst danach Muslim oder Araber oder was auch immer“⁶⁹⁸. Auch der Chefredakteur von Al Arabiya Nakhle El Hage sieht großen Reformbedarf in der arabischen Medienlandschaft, bei zahlreichen Journalisten sei das „Verständnis ihrer Rolle noch nicht reif“⁶⁹⁹. Er kritisiert dabei besonders Reporter, die sich – bewusst oder unbewusst – zum Werkzeug politischer Akteure machen ließen und spricht sich klar für das Rollenbild des Journalisten als „distanzierter Beobachter“⁷⁰⁰ aus.

Dabei ging El Hage schon 2006 auf die Rolle der arabischen Medien „als Teil der Schlacht“⁷⁰¹ ein – eine Einschätzung, die mit den Ereignissen des Arabischen Frühlings zu neuer Aktualität fand. Die Gefahr fehlender Neutralität in der Berichterstattung klingt dabei auch bei Suliman an, wenn er beklagt, dass Interessensgruppen aller Art „die Medien so gut wie immer missbrauchen, um [ihre/seine] Position durchzusetzen.“⁷⁰² So nutzten arabische

⁶⁹⁵ Bouzid, S. 14.

⁶⁹⁶ Qantara.de: „In der arabischen Welt werden die Medien als Teil der Schlacht gesehen“, 2006, <https://de.qantara.de/inhalt/arabische-satellitenmedien-in-der-arabischen-welt-werden-die-medien-als-teil-der-schlacht> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁶⁹⁷ Bouzid, S. 15.

⁶⁹⁸ Ebd.

⁶⁹⁹ Qantara.de.

⁷⁰⁰ Ebd.

⁷⁰¹ Ebd.

⁷⁰² Bouzid, S. 17.

Bürger schon lange vor der Revolutionsbewegung jeden Kontakt mit Pressevertretern, um Parolen und Forderungen zu verbreiten. Auch die Gewohnheit, Märtyrer medienwirksam zu Galionsfiguren einer politischen Bewegung aufzubauen, wie es im Arabischen Frühling besonders im Fall des getöteten Blogger Khaled Said zu beobachten war, hat in der Region lange Tradition. Suliman verweist dabei erneut auf die unterschiedliche Wahrnehmung von Menschenwürde in der westlichen und arabischen Berichterstattung: „Dass die Würde eines Toten verletzt wird, wenn ich die Leiche zeige, ist ein westliches Verständnis. So etwas existiert nicht in der arabischen Welt.“⁷⁰³

4.7 Anwendung der Sozialistischen Medientheorie

Als teilweise wortgetreue Erfüllung seiner Vision von sozialistischen Medien maß Enzensberger der Onlinekommunikation von Anfang an ein großes politisches Potential zu. Schon zu Beginn der 2000er – Jahre vor Gründung der großen sozialen Netzwerke – beschrieb er einen „politischen Wandel[s] mithilfe von Netzmedien“⁷⁰⁴, dem er weitreichende Konsequenzen zuschrieb. Nach 30 Jahren Wartezeit sah er endlich das Revolutionsmedium gekommen, das unterdrückte Massen weltweit mobilisieren könnte. Im Folgenden wird dargestellt, in welchen Punkten die Nutzung der neuen Medien während des Arabischen Frühlings Enzensbergers Theorie entspricht und in welchen Fällen es zu unvorhergesehenen Entwicklungen kam.

4.7.1 Leistung

Tatsächlich deckt sich Enzensbergers Vision einer freien Mediengesellschaft in entscheidenden Punkten mit den Ereignissen des Arabischen Frühlings. Ein Jahrzehnt vor Einführung des Heimcomputers gelang ihm eine erstaunlich treffende Analyse von Funktion und politischem Potential sozialer Netzwerke. Seine Vorstellung von neuen, „ihrer Struktur nach egalitären“⁷⁰⁵ Medien lässt sich passgenau auf die Verbreitung von Facebook in der arabischen Welt anwenden. Mehr noch als die zweistelligen Wachstumsraten zeichnen die hohen Umfragewerte als Informationsquelle das Bild eines Mediums, an dem jeder teilnehmen kann und soll. Die sozialen Netzwerke erreichten in allen untersuchten Ländern eine breite Masse an Aktivisten und wurden so zum Musterbeispiel eines egalitären Mediums. Enzensberger beschrieb schon 1970, dass eine solche Form der allgemeinen und vollkommen

⁷⁰³ Qantara.de.

⁷⁰⁴ Nach Zimmermann, Laura-Johanne: *Citizen Journalism Footage im Dokumentarfilm*, Diplomica: Hamburg 2015, S. 42.

⁷⁰⁵ Enzensberger: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, S. 107.

dezentralisierten Kommunikation langfristig zu Lasten der herrschenden Minderheit gehen muss.⁷⁰⁶

Dass in einer derart gewandelten Medienlandschaft auch „das Problem der Zensur [...] ein historisch neues Stadium“⁷⁰⁷ erreicht, musste Enzensberger noch an der Zahl der Kopierautomaten in der Sowjetunion festmachen. Die Geschichte des Arabischen Frühlings liefert, wie gezeigt wurde, praktische Beispiele zunehmend hilfloserer Zensurversuche. Das System *soziale Medien* hatte die „kritische Größe“⁷⁰⁸ offenkundig überschritten. Es ließ sich nicht mehr kontrollieren. Und die Erfahrung der ägyptischen Internetsperre zeigte eindrucksvoll, dass selbst ein komplettes Abschalten irgendwann wirkungslos wird, wenn ausländische Kräfte unterstützend eingreifen. Dieses Ende der „nationalen Souveränität im Kommunikationsbereich“⁷⁰⁹ wurde in der *Sozialistischen Medientheorie* vorformuliert. Für Enzensberger war es eine logische Folge der technischen Entwicklung – im Arabischen Frühling zeigte sich das ganze politische Gewicht einer entfesselten, globalen Kommunikation. Landes- und Systemgrenzen haben in der digitalen Welt keinen Platz mehr. Mit Hilfe von Al Jazeera und anderen ausländischen Sendern konnten die Aktivisten den staatlich gelenkten Medien ihre eigene Version der Ereignisse entgegenhalten. Dabei spielte es entgegen anderslautender Befürchtungen⁷¹⁰ keine große Rolle, wenn das Bild- und Filmmaterial der Aufständischen nicht den qualitativen Maßstäben professionellen Fernsehens entsprach.

Anhand verschiedener zeitgenössischer Brandherde machte Enzensberger schließlich deutlich, welche Art von politischer Veränderung er sich durch den Einsatz neuer Medien konkret erhoffte. Von den Bürgerkriegsschauplätzen der Dritten Welt bis zu den europäischen Studentenaufständen – überall sollte ein neues Medienverständnis Einzug halten. Mit den Kommunikationsnetzen der Zukunft werde sich keine Unrechtsherrschaft dauerhaft halten können.⁷¹¹ Die Befriedung der Welt rückt für Enzensberger in greifbare Nähe und lässt ihn von einer Zeit träumen, in der die Unterdrückten selbst „Autoren der Geschichte geworden sind“⁷¹². Die Entwicklung in Tunesien kann als eindrucksvolles Beispiel für diese Hoffnung dienen.

⁷⁰⁶ Vgl. Enzensberger: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, S. 107f.

⁷⁰⁷ Ebd., S. 102.

⁷⁰⁸ Ebd., S. 100.

⁷⁰⁹ Ebd., S. 101.

⁷¹⁰ Leschke, S. 197.

⁷¹¹ Vgl. ebd., S. 116f.

⁷¹² Ebd., S. 132.

4.7.2 Probleme

Allerdings gibt es bei der Übertragung einer 40 Jahre alten Idee auf den Arabischen Frühling natürlich auch einige Probleme und Unklarheiten. Angesichts der relativ geringen Nutzerzahlen im arabischen Raum lässt sich in Frage stellen, ob sich die *Sozialistische Medientheorie* tatsächlich auf ein so wenig genutztes Mediensystem beziehen lässt. In seiner Vision einer medialen Massenbewegung scheint Enzensberger auf mehr aktive Sender gehofft zu haben. Neben der Frage nach ihrer Anzahl findet sich auch ein etwas unklares Konzept, wie genau die einzelnen Akteure der *Sozialistischen Medientheorie* sich untereinander zu organisieren haben. Einerseits lehnt Enzensberger die Vorstellung einer „als Objekt der Politik“⁷¹³ agierenden Masse ab und setzt auf die Unabhängigkeit des Einzelnen; andererseits wehrt er sich aber gegen die naive Vorstellung „Medienfreiheit werde sich von selbst einstellen wenn nur jeder einzelne [sic] fleißig sende und empfange“⁷¹⁴ und fordert klare politische Strukturen. Ob sich die tatsächlich beobachtete Entwicklung von relativ unkoordinierten individuellen Protesten hin zu einem organisierten, landesweiten Aufstand mit dieser Vorstellung deckt, bleibt offen.

Enzensberger geht in seinen Ausführungen darüber hinaus von einer letztendlich globalen Bewegung aus und zieht die Fronten mit sozialistischer Präzision zwischen der unterdrückten Masse der Bevölkerung einerseits und der unterdrückenden Oberschicht andererseits. Damit hat die Kooperation von Aktivisten mit ausländischen regierungsfinanzierten Medien wie Al Jazeera, die in Ägypten zum Schlüsselement des Arabischen Frühlings wurde, in seinem Modell keinen Platz. Trotz aller Überschneidungen gibt es so auch entscheidende Differenzen zwischen der *Sozialistischen Medientheorie* als Ideal und den tatsächlichen Ereignissen im arabischen Raum. Enzensberger, der einige Aspekte der neuen Medienwelt so klar und helllichtig beschreibt, bleibt an anderer Stelle uneindeutig oder zu stark in politischen Denkmustern seiner Zeit verhaftet, als dass sich seine Ideen direkt auf aktuelle Situationen übertragen lassen.

Auch der Blick in die weitere Entwicklung der vom Arabischen Frühling geprägten Staaten erinnert kaum an die bei Enzensberger verheißene post-revolutionäre Gesellschaftsordnung. Die behandelten Länder sahen sich mit „langwierigen Transformationen unter schwierigen Bedingungen und mit ungewissem Ausgang“⁷¹⁵ konfrontiert – während Tunesien immerhin eine demokratischere Struktur etablieren konnte, ist es um die Freiheitsrechte der Ägypter

⁷¹³ Leschke, S. 98f.

⁷¹⁴ Ebd., S. 111.

⁷¹⁵ Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit: *Umbruch in der arabischen Welt*, 2011, <http://www.swp-berlin.org/de/swp-themendossiers/umbruch-in-der-arabischen-welt.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

unter as-Sisi schlechter bestellt als vor den Aufständen und Libyen und Syrien sind bis heute in bürgerkriegsähnlichen Zuständen verhaftet. Angesichts der hohen Erwartungen bei Enzensberger kam es wohl in keinem der Fälle zum geforderten absoluten Systemwechsel. Wenn der Arabische Frühling tatsächlich als Produkt einer neuen Entwicklung im Sinne der *Sozialistischen Medientheorie* anzusehen ist, kann er wohl zumindest vorläufig als gescheitert gelten.

4.7.3 Differenzierung

Die Anwendung der *Sozialistischen Medientheorie* auf den tatsächlichen Verlauf des Arabischen Frühlings zeigt deutlich, dass Enzensberger mit seiner Theorie viele praktische Entwicklungen vorweg genommen hat. In den neuen Mediensystemen, den grenzenlosen Weiten des Internet, begegnen wir seiner Vision einer freien Kommunikationsgesellschaft. Enzensberger liefert eine Blaupause für allgemein verfügbare, von nationalen Grenzen unbehelligte Kommunikation und behält auch mit seiner Einschätzung über die Möglichkeiten der Zensur in diesem neuen System recht. Angesichts moderner Kommunikationsformen ist eine komplette Beschränkung der Meinungsvielfalt nur verbunden mit drastischen wirtschaftlichen Nachteilen für den Zensor⁷¹⁶ – und faktisch wohl überhaupt nicht mehr – möglich. Die Fragen und Unklarheiten bezüglich der Organisation einer sozialistischen Medienrevolution werden sich wohl auch innerhalb der Theorie lösen lassen. So kann davon ausgegangen werden, dass die Aufstände des Arabischen Frühlings in ihrer organisatorischen Struktur tatsächlich grundsätzlich mit Enzensbergers Vorstellungen vereinbar sind – zumal er selbst auf verschiedene Beispiele zurückgreift, die der Revolution in entscheidenden Punkten ähneln.

Allein in ihrer politischen Dimension ist Enzensbergers Vision nicht anwendbar. Sein Traum einer globalen, solidarischen Erhebung der Massen gegen die Unterdrücker blieb auch im Zeitalter der digitalen Netzwerke bisher unerfüllt. Letztendlich zeigt die kooperative Zusammenarbeit mit ausländischen Medien und Konzernen, dass es den Onlineaktivisten nicht um eine weltweite Revolution ging. Keines der betroffenen Länder ist als sozialistischer Idealstaat aus den Aufständen hervorgegangen. Damit ist es sinnvoll die *Sozialistische Medientheorie* von zwei Seiten getrennt zu betrachten. Enzensberger hatte zwei zentrale Voraussagen: Die einer technischen Revolution und – davon getrennt, aber abhängig – die eines tatsächlichen globalen politischen Umsturzes. Die erste hat sich heute erfüllt. Die Menschheit ist rund um den Globus verbunden, der Einzelne kann mit geringstem technischen

⁷¹⁶ Vgl. Enzensberger: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, S. 102.

Aufwand zum Sender werden und sieht sich einem ufer- und schrankenlosen, letztendlich nicht zu kontrollierenden Meer der Informationen gegenüber. Die politische Vision wurde dagegen nicht realisiert. Die digitalen Kommunikationssysteme haben bisher vor allem ihr destruktives Potential gezeigt – Präsidenten wurden abgesetzt, Regierungen gestürzt.⁷¹⁷ Die von Enzensberger beschworene konstruktive Kraft der neuen Medienwelt ist dagegen noch weitgehend unerschlossen. Dieses Ungleichgewicht beschrieb der Islamismus-Experte Yassin Musharbash interessanterweise schon Mitte der 2000er bei der Untersuchung regional begrenzter Demonstrationen in Jordanien. Auch hier griffen die Aktivisten auf die neuen Medien zurück und definierten sich hauptsächlich über ihr gemeinsames Feindbild – „aber wofür man ist, da war man sich nicht einig.“⁷¹⁸

4.8 Ausmaß westlicher Unterstützung

Diese zunehmende Aufsplitterung der oppositionellen Kräfte wurde auch für verschiedene Hilfsprogramme westlicher Staaten zum Problem. Die behandelten Länder zeigen dabei ein breites Raster an Möglichkeiten in den Entstehungsprozess, Verlauf und Ausgang der Aufstände einzugreifen. Es wurde bereits beschrieben, wie westliche Nichtregierungsorganisationen und Firmen schon Jahre vor Beginn der Revolutionsbewegung begannen, die arabische Netzaktivistenszene zu unterstützen. Neben diversen Strategieschulungen im Ausland wurde so zum Beispiel auf Initiative von Google im September 2010 – drei Monate vor der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi – das *Middle East and North African Bloggers Network* gegründet, das insbesondere „junge Tunesier zur Nutzung sozialer Netzwerke für regierungskritische Aktivitäten“⁷¹⁹ rekrutieren sollte. Im Folgenden wird dieses Vorgehen politikwissenschaftlich eingeordnet und dem Verhängen von Sanktionen, militärischer Intervention und dem Bereitstellen von demokratiefördernden Hilfsprogrammen als „klassischen“ außenpolitischen Optionen gegenübergestellt.

4.8.1 Westliches *opposition building*

Im Zug der NSA-Affäre wurde bekannt, dass die US-Regierung und der Geheimdienst eng mit Onlinekonzernen wie Google zusammenarbeiteten und schon früh in die Vorbereitung einer großangelegten Internetprotestbewegung im arabischen Raum involviert waren. Die Politikwissenschaftler Lance Bennett und Alexandra Segerberg wiesen auf Bestrebungen hin, die politischen Botschaften dabei nicht zu eng mit dem Markennamen der beteiligten

⁷¹⁷ Vgl. Kneuer et al., S. 34.

⁷¹⁸ Bouzid, S. 196.

⁷¹⁹ Pabst et al., S. 51.

Nichtregierungsorganisationen zu verknüpfen. Um ihre volle Schlagkraft zu entfalten durften die Slogans und politischen Ziele nicht auf einzelne Institutionen reduziert werden können, sondern mussten im besten Fall zum Allgemeingut der Aktivisten werden.⁷²⁰ Die Unterstützung von westlicher Seite war dabei so umfassend, dass einzelne Aktivisten fürchteten, zum Spielball ausländischer Strategen zu werden. So machte der tunesische Blogger Sami Ben Gharbia im September 2010 auf die „Risiken einer Instrumentalisierung“⁷²¹ des arabischen Onlineprotests durch US-amerikanische Mächte aufmerksam.

Besonders deutlich wird das Ausmaß dieser Einflussnahme am Beispiel des Syrischen Nationalrates. Der Rat wurde im August 2011 mit Unterstützung der USA und Frankreichs gegründet und international als Sprachrohr und Repräsentation der syrischen Aufständischen aufgebaut, während die basisdemokratisch legitimierten Bürgerkomitees weitgehend ignoriert wurden. Pabst erkennt hier ein Beispiel für den vom iranischen Politikwissenschaftler Peyman Javaher-Haghighi geprägten Begriff des „opposition building“: Externe Mächte wählen bestimmte Oppositionskräfte aus, strukturieren sie, binden sie in ein Unterstützungsnetzwerk ein, bauen ein positives Image auf und machen die Gruppierung international bekannt.“⁷²² Die enge Verknüpfung wurde umso deutlicher, als der Nationalrat Ende 2012 durch zunehmende Überschneidung mit den Muslimbrüdern bei den USA in Ungnade fiel. Bereits wenige Tage nach einer öffentlichen Beschwerde der US-Außenministerin gründete sich mit der Nationalen Koalition der Syrischen Revolutionäre und der oppositionellen Kräfte eine deutlich säkularere, pro-westlichere Nachfolgeorganisation und der aus Syrien stammende US-Bürger Gassan Hitto wurde zum neuen Vertreter der Gegenregierung erklärt.⁷²³

Über Wael Ghonim hatte Google auch von Anfang an großen Einfluss auf die Aktivitäten und Organisation der „We are all Khaled Said“-Facebook-Gruppe. Allem Misstrauen gegenüber westlicher Einmischung zum Trotz nahmen viele Demonstranten die technischen Angebote der US-Konzerne während der Aufstände bereitwillig an. Besonders in der Phase der ägyptischen Internetsperre erwiesen sich die Bereitstellung der Speak2Tweet-Technologie von Twitter und Google sowie die Ausrüstung mit Satellitentelefoncodes als wichtige Überbrückungsmaßnahmen. Während die Onlinefirmen die Aktivisten beim Sturz des aktuellen Regimes unterstützten, planten andere bereits die Übergangsregierung. So kam es zu

⁷²⁰ Vgl. Bennett, Lance; Alexandra Segerberg: „The Logic of Connective Action“, in: *Information, Communication & Society*, Bd. 15, Nr. 5, Taylor & Francis: London 2012, S. 758.

⁷²¹ Pabst et al., S. 51.

⁷²² Ebd., S. 101.

⁷²³ Vgl. ebd., S. 104.

„intensivem Gedankenaustausch“⁷²⁴ zwischen der US-Regierung und dem ägyptischen Generalstabschef Samir Annan, der den Arabischen Frühling zeitweilig direkt in Amerika verbrachte. Bei seinem Einsatz für ein neues Ägypten fuhr Washington allerdings zweigleisig – so wurde Mubaraks Sicherheitsapparat mit 1,5 Milliarden US-Dollar subventioniert und Mursi wurde im Kampf gegen Demonstranten mit Tränengas unterstützt, wobei dieser Umstand aber lange geheim gehalten werden sollte.

In der digitalen Welt wurden die Onlineaktivisten daneben von den westlich geprägten aber regierungsunabhängigen Hackerkollektiven Anonymous und Telecomix unterstützt.⁷²⁵ Besonders das europäisch geprägte Telecomix gibt auf seiner – teilweise ironisch formulierten – Homepage auch konkrete Strategiepläne zur Koordinierung von Netzaktivismus und der Ausweitung der Proteste auf die Offlinewelt vor. Zusätzlich findet sich hier der Hinweis, die eigene Botschaft in möglichst vielen Sprachen zu verbreiten, dem Twitter und Google mit ihren 1000 Übersetzern nachkamen. Mit der Empfehlung als „cyber hippie“⁷²⁶ auf die verbindende Kraft der digitalen Netzwerke zu vertrauen, klingt dabei auch eine starke Form von Netzoptimismus an, die stellenweise an Rheingolds Theorie der Virtuellen Gemeinschaften erinnert. In Einzelfällen schadete der Onlineaktivismus von Privatpersonen aus dem Westen den Zielen des Arabischen Frühlings aber auch. Beispielhaft sei hier der damals 40-jährige US-Amerikaner Tom MacMaster genannt, der in der Rolle einer jungen Syrerin über seine angeblichen Erlebnisse während der Proteste bloggte. Nach seiner Enttarnung sahen sich mehrere arabische Blogger dem Verdacht ausgesetzt, ebenfalls gefälschte Informationen zu verbreiten.⁷²⁷

4.8.2 Einsatz von Sanktionen

Auch die offiziellen Reaktionen auf den Arabischen Frühling zeigten deutlich, dass „amerikanischer und europäischer Außenpolitik ein ganzer Instrumentenkasten zur Verfügung steht“⁷²⁸. Neben diplomatischem Druck und offener oder verdeckter militärischer Präsenz griffen die Verantwortlichen auch immer wieder zum Mittel der Sanktion. Die tatsächliche Wirksamkeit dieser politischen Maßnahmen ist dabei wissenschaftlich umstritten, so bezeichnete der Soziologe Johan Galtung die Annahme, Regierungswechsel ließen sich durch

⁷²⁴ Pabst et al., S. 60.

⁷²⁵ Vgl. Howard et al.: *Opening Closed Regimes. What Was the Role of Social Media During the Arab Spring?*, S. 8.

⁷²⁶ Telecomix-Webseite: *How to build a cluster like Telecomix*, <http://telecomix.org/firstmanifesto.txt> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁷²⁷ Vgl. BBC-Webseite: *Gay Girl in Damascus: Tom MacMaster defends blog hoax*.

⁷²⁸ Gujer, S. 38.

internationale Strafmaßnahmen erzwingen, schon in den 1960ern als „naiv“.⁷²⁹ Trotzdem hielten die westlichen Staaten an diesem politischen Instrument fest und beschlossen insbesondere im Fall Syrien einen „in diesem Umfang bisher noch nicht dagewesenen“⁷³⁰ Katalog an Sanktionen. So wurden zahlreiche Einreiseverbote ausgesprochen, Vermögen eingefroren und europäische Investitionen gedrosselt, wovon mehr als 200 Einzelpersonen und 70 private wie staatliche Einrichtungen betroffen waren. Andere Maßnahmen wie das Aussetzen von Darlehen und Förderprogramme der Europäischen Investitionsbank in Syrien trafen das gesamte Land.

Während die EU ihre Maßnahmen offiziell mit den aufflammenden Bürgerkriegen in verschiedenen arabischen Ländern begründete und ein Ende der staatlichen Gewalt forderte, verband die US-Regierung ihre Sanktionen oft sehr direkt mit einem Regimewechsel. So verlangte sie in Syrien schon früh „unverhohlen den Rücktritt Asads [sic]“⁷³¹. Damit wundert es nicht, dass syrische Regierungsvertreter die Sanktionen als wirtschaftliche Kriegserklärung auffassten und für die eigene Propagandamaschinerie nutzten. Mit wechselndem Erfolg wurde versucht die eigene Bevölkerung gegen die Sanktionen – und damit gegen den Westen – in Stellung zu bringen und die wirtschaftlichen Folgen mit verschiedenen Notfallplänen möglichst gering zu halten. Tatsächlich kritisierten auch einige Rebellenvertreter das Vorgehen von EU und USA mit dem Hinweis, die wirtschaftlichen und finanziellen Beschränkungen trafen in erster Linie die ärmeren Bevölkerungsschichten. Die Sanktionen schwächten die Oppositionsbewegung damit mehr als die Regierung und befeuerten gerade die humanitäre Katastrophe, die sie verhindern sollten.

Tatsächlich beschreibt die Wirtschaftswissenschaftlerin Anja Zorob einen direkten Zusammenhang zwischen den westlichen Maßnahmen und der zunehmenden Verelendung verschiedener syrischer Regionen. Während das Assad-Regime – durch frühere Erfahrungen mit der internationalen Sanktionspolitik geschult – verhältnismäßig gut durch die Engpässe kam, versanken weite Gebiete des Landes im Chaos. Insbesondere regierungstreue Sicherheitskräfte, die ihre Kosten jetzt vermehrt „durch groß angelegte Plünderungen, Lösegelderpressungen, Raub und dergleichen Schandtaten“⁷³² deckten, wurden zum Problem. Unter der Führung von Russland, China und Indien fanden sich daneben mehr und mehr „Sanktionsbrecher“⁷³³, die ihre Handelsbeziehungen zu Syrien intensivierten. Zorob vermutet hier neben

⁷²⁹ Vgl. Galtung, Johan: „On the Effects of International Economic Sanctions, With Examples from the Case of Rhodesia“, in: *World Politics*, 19/1967, S. 379f.

⁷³⁰ Zorob.

⁷³¹ Ebd.

⁷³² Ebd.

⁷³³ Ebd.

politischen auch rein ökonomische Motive. Schließlich sahen sich die USA und verschiedene europäische Länder gezwungen, wesentlich aktiver ins syrische Kriegsgeschehen einzugreifen und offen Oppositionsgruppen zu unterstützen. Die Sanktionspolitik war damit in Syrien gescheitert.⁷³⁴

4.8.3 Militärische Interventionen

Wie umstritten ein offen militärisches Eingreifen in die arabischen Revolutionen im Westen war, zeigt ein Blick auf die Abstimmung über die UN-Resolution 1973, die eine Intervention in Libyen legitimierte. Ein Drittel der Abstimmungsberechtigten enthielt sich der Stimme, darunter auch Deutschland. Im April 2011 wurde allerdings zusätzlich eine EU-geführte Militäroperation beschlossen, die letztendlich nicht zum Einsatz kam, was „die Zerstrittenheit der EU in der Libyen-Frage“⁷³⁵ noch unterstreicht. Die US-Regierung schien lange unentschlossen und signalisierte erst wenige Tage vor der Abstimmung ihre Zustimmung zur Resolution. Für Gujer hängt dieses Zögern mit dem unbefriedigenden Ausgang der Militäreingriffe im Irak und Afghanistan zusammen. Statt der „apodiktische[n] Entweder-oder-Position [...] des irakischen Abenteuers“⁷³⁶ suchte der Westen während des Arabischen Frühlings vermehrt nach nicht-militärischen Möglichkeiten, die Oppositionsgruppen beim Sturz ihrer Regierungen zu unterstützen.

Auch in der wissenschaftlichen Welt gab es in der Frage nach der Notwendigkeit eines Militäreingriffs keine Einigung. So kritisiert Pabst, der Westen hätte in Libyen vorhandene Möglichkeiten einer friedlichen Konfliktlösung nicht genutzt⁷³⁷ und mit Waffenlieferungen im Fall Syrien sogar gegen das Völkerrecht verstoßen.⁷³⁸ Dagegen sieht Gujer den Militäreinsatz gegen das Gaddafi-Regime „als Durchbruch für das neue völkerrechtliche Prinzip der [...] Schutzverantwortung“⁷³⁹ und drängte schon 2012 auf einen militärischen Eingriff in den syrischen Bürgerkrieg. Dabei sind Europa und die USA für ihn nicht nur moralisch in der Pflicht, die Zivilbevölkerung zu unterstützen, sondern treten mit ihren Truppen gleichzeitig für die „Werte[n] der Aufklärung“⁷⁴⁰ ein. – Eine von der alten Überzeugung geprägte Sichtweise, die arabische Welt brauche Hilfe aus dem Westen, um sich zu einer

⁷³⁴ Vgl. Gujer, S. 38.

⁷³⁵ Pabst et al., S. 84.

⁷³⁶ Gujer, S. 38.

⁷³⁷ Vgl. Pabst et al., S. 87.

⁷³⁸ Vgl. ebd., S. 109.

⁷³⁹ Gujer, S. 38.

⁷⁴⁰ Ebd., S. 37.

demokratischen, zivilisierten Gesellschaft nach westlichem Vorbild zu entwickeln, die auch Edward Said in seinem *Orientalism* beschrieb.⁷⁴¹

Dabei macht Gujer kein Geheimnis aus der Tatsache, dass viele westliche Mächte während des Arabischen Frühlings „nicht zuletzt [auf einen] wirtschaftlichen Vorteil“⁷⁴² bedacht waren. Auch für Shadi Hamid lässt sich jeder militärische Eingriff mit ökonomischen Strategien erklären.⁷⁴³ Insbesondere im Fall Libyen stand immer das Ziel im Raum, die Versorgung des Westens mit Erdöl sicherzustellen. Tatsächlich bestätigte der Leiter der französischen Handelskammer für den Nahen Osten in einem SPIEGEL-Interview im Juni 2011 sehr offen, dass der Militäreinsatz eine klar wirtschaftliche Komponente hatte – „Gut und Böse seien am Ende Kategorien für Kinder.“⁷⁴⁴ Auch Pabst betont, dass verschiedene europäische Länder schon länger unzufrieden mit Gaddafis Ölpolitik waren und die Rebellion als Chance sahen, sich bessere Preise zu sichern. So handelte sich Frankreich für seine Führungsrolle beim Libyeneinsatz zum Beispiel Vorzugspreise für Öllieferungen des libyschen Übergangsrates aus.⁷⁴⁵ Nachdem insbesondere Ölfelder und -verladehäfen während dem Bürgerkrieg ab 2014 in die Hände unabhängiger Milizen fielen, waren diese wirtschaftlichen Vorteile allerdings nur von kurzer Dauer. Womöglich wegen des überstürzten Abzugs der NATO-Truppen nach dem Sturz der Regierung, konnte die Militärintervention ihr Ziel, ein stabiles, demokratisches System in Libyen zu schaffen, nicht erreichen.

4.8.4 Demokratiefördernde Unterstützungsprogramme

Noch während die Revolutionsbewegung in vollem Gange und ihr langfristiges Ergebnis nicht abzusehen war, brachten mehrere westliche Staaten Förderungsprogramme für die erhofften neu entstehenden Demokratien auf den Weg. Schon Mitte 2011 hatten verschiedene europäische Regierungen eine ganze Reihe von Unterstützungsmaßnahmen beschlossen, die neben rein humanitärer Soforthilfe auch direkte „Unterstützung für die [politischen] Transformationen“⁷⁴⁶ beinhalteten. Mehrere Milliarden Euro sollten helfen, „die Partnerschaft mit den Bevölkerungen in der Region weiter auszubauen“⁷⁴⁷ und die jungen Demokratien enger an das westliche politische System zu binden. Neben gezielter Parteiförderung und

⁷⁴¹ Vgl. Friedman, George: *Re-Examining the Arab Spring*, 2011, <https://www.stratfor.com/weekly/20110815-re-examining-arab-spring> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁷⁴² Gujer, S. 36.

⁷⁴³ Vgl. Hamid.

⁷⁴⁴ Nach Höges, Clemens: *Die Stadt der Spieler*, 2011, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-78832466.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 98.

⁷⁴⁵ Vgl. Pabst et al., S. 85.

⁷⁴⁶ Asseburg: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, S. 32.

⁷⁴⁷ Ebd.

Medientrainingsprogrammen kam dabei der Unterstützung und Überwachung der ersten freien Wahlen, die nach europäischen Standards abgehalten werden sollten, eine Schlüsselrolle zu. Einzelne Experten kritisierten diese Zielsetzung früh – so empfahl Asseburg statt in den kurzfristigen Erfolg einer demokratischen Wahl, in längerfristige politische Bildungsprogramme zu investieren.⁷⁴⁸

Daneben sollten die wirtschaftlichen Probleme der betroffenen Länder von europäischer Seite abgedeckt werden. Geplant waren Hilfsprojekte für den Aufbau eines funktionsfähigen Institutionsapparates und einer besseren Infrastruktur, die nicht nur die Lage der Einheimischen dauerhaft verbessern, sondern auch den in weiten Teilen der Region eingebrochenen Tourismus wieder ankurbeln sollten. Diese Maßnahmen sollten auch dabei helfen, das sich schon hier abzeichnende Problem der „Migration [...] einvernehmlich zu regeln“⁷⁴⁹. Darüber hinaus wurde diskutiert, die Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank für den arabischen Raum zu erhöhen und – in Einzelfällen – „makrofinanzielle Hilfen bereitzustellen“⁷⁵⁰, wo Länder in akute Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Langfristig sollte auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt stabilisiert werden. So plante allein Deutschland die Schaffung von etwa 5000 Ausbildungs- und doppelt so vielen neuen Arbeitsplätzen in der Region. – Eine Maßnahme, die angesichts der in den *Arabischen Berichten über die menschliche Entwicklung* geforderten 50 Millionen neuen Arbeitsplätzen allerdings nur als kleiner Schritt in die richtige Richtung gelten kann.⁷⁵¹

Andere deutsche Unterstützungsmaßnahmen sahen die Investition von jeweils mehreren Millionen Euro in die Qualifizierung von Jugendlichen und die Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen vor, denen großzügige Kredite gewährt werden sollten. Mit einem „Fonds für Demokratie sowie struktur- und ordnungspolitische Beratung“⁷⁵² arbeitete aber auch die Bundesrepublik früh auf eine politische Umstrukturierung der betroffenen Länder hin. Das weitgehende Scheitern dieser Pläne zum demokratischen Wiederaufbau der arabischen Welt wurde teilweise den Übergangsregierungen selbst zugeschrieben, die immer wieder misstrauisch auf Hilfsangebote reagierten oder – wie im Fall Libyen – europäische Unterstützung sehr allgemein ablehnten.⁷⁵³ Allerdings spricht der Fall Ägypten, dem schnellere und umfangreichere Unterstützung zugesagt wurde als jedem anderen Land, klar

⁷⁴⁸ Vgl. Asseburg: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, S. 28.

⁷⁴⁹ Ebd., S. 32.

⁷⁵⁰ Ebd.

⁷⁵¹ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009*, S. 12.

⁷⁵² Ebd.

⁷⁵³ Vgl. Pabst et al., S. 92.

gegen dieses Erklärungsmodell. Dass es hier trotz aller Hilfsmaßnahmen nicht gelang eine dauerhaft stabile demokratische Regierung zu installieren, macht die Grenzen westlicher Unterstützungsprogramme deutlich.

4.9 Westliche Netzeuphorie während der Aufstände

Politische Unterstützungsmaßnahmen wurden dabei immer wieder mit netzoptimistischen Erwartungen an eine schnelle, unkomplizierte Demokratisierung der arabischen Welt verknüpft. Mit dem Arabischen Frühling schien sich so nicht nur Enzensbergers lang gehegte Hoffnung zu erfüllen – er wurde schnell zur Projektionsfläche der westlichen Netzeuphorie im Ganzen. Besonders die Printmedien konzentrierten sich dabei wieder so stark auf die politischen Möglichkeiten der digitalen Netzwerke, dass die Aufständischen selbst teilweise in den Hintergrund zu rücken drohten. Und auch in verschiedenen wissenschaftlichen Publikationen der Zeit lebte der Netzoptimismus neu auf. Im Folgenden werden diese beiden Aspekte getrennt beleuchtet und in die übergreifende „westliche Erzählung“ der Ereignisse eingepasst.

4.9.1 Netzoptimismus der westlichen Medien

In der Berichterstattung westlicher Medien über die Ereignisse des Arabischen Frühlings wurde schon früh eine Konzentration auf den Aspekt der sozialen Netzwerke deutlich. Besonders große Printmedien, darunter die New York Times, trieben diesen Trend mit teils reißerischen Titeln voran.⁷⁵⁴ Mit „Facebook-Protesten“, „Twitter-Bewegungen“, „Handy-Revolutionen“ oder „Blackberry-Aufständen“⁷⁵⁵ setzten sich in der Berichterstattung so Bezeichnungen durch, die die mannigfaltigen Formen der Revolutionen in der Wahrnehmung auf die neuen Medien beschränkten. In der von „oberflächlichen Analysen, tagespolitischem Aktionismus und der selektiven Fokussierung auf einzelne [west-relevante] Staaten“⁷⁵⁶ geprägten medialen Aufarbeitung spielten die zahlreichen Ursachen der Aufstände bald nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Hauptnachricht war die politische Schlagkraft der Onlinenetzwerke. Insbesondere US-Medien bauten das Internet über Wochen zur unfehlbaren „silver bulett“⁷⁵⁷ auf, die allein die arabischen Diktatoren stürzen könnte, während die tatsächlichen Ziele und Motivationen der Aufständischen in den Hintergrund geriet. Diese klare Identifikation mit den Netzaktivisten ist umso erstaunlicher, als einflussreiche Vertreter

⁷⁵⁴ Vgl. Penke, S. 26f.

⁷⁵⁵ Krüger.

⁷⁵⁶ Pabst et al., S. 5.

⁷⁵⁷ Ramadan, S. 5.

der klassischen westlichen Medien das Internet über lange Zeit deutlich kritischer als Tummelplatz von kriminellen Hackern und Terroristen dargestellt hatten.⁷⁵⁸ Am Beispiel einzelner prominenter Blogger, die im Lauf der Revolution wiederholt von internationalen Sendern wie ABC und CNN interviewt wurden, wird die Suche nach medientauglichen Onlineaktivisten deutlich.⁷⁵⁹ Die Blogger bestärkten dabei verlässlich das Bild der revolutionären neuen Medien – allerdings teilweise mehr aus Kalkül denn aus Überzeugung. Indem sie den Journalisten zu den gewünschten euphorischen Meldungen verhalfen, gewannen ihre eigenen Themen und Botschaften eine größere mediale Aufmerksamkeit. Einige Netzaktivisten tragen damit eine Mitschuld am verzerrten Bild der Aufstände in der westlichen Welt.

Der dänische Kommunikationswissenschaftler Mikkel Eskjær belegte im Sommer 2012 in einer Studie über die Berichterstattung über die Ereignisse des Arabischen Frühlings, dass Ländern wie Tunesien und Syrien in den ersten Monaten der Aufstände zum ersten Mal seit Jahrzehnten die gleiche mediale Aufmerksamkeit zukam wie den einflussreicheren Staaten der Region. Eskjær bringt dieses gesteigerte Interesse mit der Möglichkeit in Verbindung, positiv über Teile der arabischen Welt zu berichten, die bisher hauptsächlich durch negative Schlagzeilen – „deadly events, acts of violence or terror“⁷⁶⁰ – auffielen. Dabei wurde das Thema soziale Medien meist länderübergreifend behandelt und die Blogger- und Online-aktivistenszenen der verschiedenen Staaten immer wieder als einheitliche Macht dargestellt. Interessanterweise stellte auch Eskjær fest, dass insbesondere solche Medien die sozialen Netzwerke als revolutionsentscheidenden Faktor darstellten, die nicht auf Reporter vor Ort zurückgreifen konnten und auf die Selbsteinschätzung der Aktivisten angewiesen waren.⁷⁶¹

Dabei wurde die Debatte über die tatsächliche Rolle der digitalen Netzwerke online im Allgemeinen „weitaus differenzierter und kritischer“⁷⁶² geführt als in den klassischen Medien. In der digitalen Welt kam es vielfach zu einer Neubewertung der Ereignisse, bei der die sozialen Netzwerke auf eine Rolle als „Brandbeschleuniger“⁷⁶³ zurückgestuft wurden. Damit sind sie weder Auslöser noch aktiv treibende Kraft hinter den Aufständen. Dahinter könnte eine realistischere Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen von Facebook und Twitter stehen, als sie die schlagwortartigen Betitelungen anderer Medien vermuten lassen. Möglich,

⁷⁵⁸ Vgl. Moore, S. 42.

⁷⁵⁹ Vgl. Kircher, S. 125ff.

⁷⁶⁰ Eskjær, Mikkel: „Changing Revolutions, Changing Attention? Comparing Danish Press Coverage of the Arab Spring in Tunisia and Syria“, in: *Global Media Journal German Edition* 1/2012, https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00025445/GMJ3_Fugl_final.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 6.

⁷⁶¹ Vgl. Ebd., S. 12.

⁷⁶² Penke, S. 26.

⁷⁶³ Krüger.

dass besonders Printmedien – durch ihren größeren Abstand zur Materie – dazu neigen, zu großes politisches Potential auf die sozialen Netzwerke zu projizieren.

4.9.2 Netzoptimismus als Teil der „westlichen Erzählung“

Während der frühen Monate des Arabischen Frühlings zog das politische Potential des Internets nicht nur die Medien in seinen Bann, auch in „populärwissenschaftlichen Abhandlungen [war bald] von der ‚Facebook-Revolution‘ die Rede“⁷⁶⁴. Die Politikwissenschaftlerin Marianne Kneuer geht noch einen entscheidenden Schritt weiter, wenn sie in der Politikwissenschaft im Ganzen eine neue „hoffnungsvolle Haltung“⁷⁶⁵ gegenüber den Möglichkeiten des Netzaktivismus sieht. Welche Dimensionen der erwartete gesellschaftliche Wandel in der arabischen Welt annehmen sollte, lässt sich dabei eindrucksvoll an den gebrauchten historischen Bezügen ablesen. Auf die Vergleiche zum Ende der Sowjetunion wurde bereits eingegangen, andere wissenschaftliche Kommentatoren holten noch weiter aus und fühlten sich an die russische Oktoberrevolution⁷⁶⁶ oder den „Veränderungswillen [...] der Französischen Revolution“⁷⁶⁷ erinnert. Damit wurde die Protestbewegung im arabischen Raum bereits in eine Reihe mit den erfolgreichsten Umstürzen der Weltgeschichte gestellt, während sie noch in vollem Gange und ihr Ausgang nicht abzusehen war.

Vereinzelt wurde sogar ein Bogen in die westliche Zukunft geschlagen – so findet sich bei Franz-Josef Groebel der Verweis auf den Onlineaktivismus der deutschen Piratenpartei, der er noch Ende 2012 eine glorreiche Zukunft voraussagte.⁷⁶⁸ Für Groebel schaffen die digitalen Netzwerke nicht nur neue Möglichkeiten der politischen Partizipation, sie ändern auch das journalistische Arbeiten grundlegend. Durch die dauernde „gegenseitige Beeinflussung innerhalb der Netzgemeinschaft“⁷⁶⁹ tritt der Journalist automatisch in Kontakt mit Online-aktivisten und muss sich direkt mit ihren Standpunkten auseinandersetzen, die so Teil einer gesamtgesellschaftlichen Debatte werden. Hier klingt bereits ein Automatismus an, der sich noch deutlicher in einer Oxford-Untersuchung der Zeit widerspiegelt. Durch die zunehmende digitale Verknüpfung – so die Argumentation des Autors – kann und wird sich die lange angestaute Unzufriedenheit des Volkes zwangsläufig organisieren und damit letztendlich zu

⁷⁶⁴ Demmelhuber, S. 144.

⁷⁶⁵ Kneuer, S. 30.

⁷⁶⁶ Vgl. Allagui, Ilhem; Johanne Kuebler: „The Arab Spring and the Role of ICTs“, *International Journal of Communication* 5/2011, S. 1435.

⁷⁶⁷ Groebel, S. 108.

⁷⁶⁸ Vgl. ebd., S. 113.

⁷⁶⁹ Ebd., S. 112.

einer dauerhaften Verbesserung der Verhältnisse führen.⁷⁷⁰ Diese Hoffnung klingt wieder sehr nach Enzensbergers Vision einer erfolgreichen Revolution durch neue technische Möglichkeiten.

Selbst nach den von der westlichen Presse weitgehend kritisch beobachteten⁷⁷¹ Wahlsiegen muslimischer Parteien fanden sich auf wissenschaftlicher Seite Stimmen, die beiden post-revolutionären Ländern den Weg in die Demokratie vorzeichneten. Symptomatisch ist hier Leonie Kirchers ausführlich beschriebene Erwartung, Ägypten werde sich binnen Kurzem zum freien, demokratischen Staat entwickeln. Dabei setzte sie ihre Hoffnung einerseits auf die durch den erfolgreichen Umsturz gestärkte Zivilgesellschaft, andererseits direkt auf die Netzaktivisten. Besonders die politischen Blogger erschienen bei ihr als allgemein akzeptierte und respektierte Autoritäten, die die Regierung auf dem Weg zu mehr Demokratie kritisch begleiten würden.⁷⁷² Den Onlineaktivisten wird hier damit genau die im zivilgesellschaftlich ausgerichteten Netzoptimismus vorgesehene Ergänzungs- und Korrekturfunktion zugeschrieben.

Europäischen und amerikanischen Kommentatoren und Chronisten der Ereignisse des Arabischen Frühlings wurde dabei gelegentlich vorgeworfen, die Aufstände aus ihrem ursprünglichen historischen und politischen Kontext herauszulösen und in eine „westliche Erzählung“ einzubetten. Kernstück dieser Erzählung ist die Versorgung der Demonstranten mit westlicher Technologie, um ihren gerechten Kampf zu unterstützen. Erst mit dieser Hilfe würde es gelingen, Diktaturen zu stürzen und eine politische Bewegung zu starten, die die betroffenen Staaten mehr und mehr in Richtung einer Demokratie westlicher Prägung führt.⁷⁷³ Hier wird eine Form von hegemonialem Gefälle deutlich, das verdächtig nach Edward Saids Orientalismus klingt: Die arabische Welt ist auf die Hilfe des technisch überlegenen Westens angewiesen um ihre politischen Probleme zu lösen und zu einer besseren Staatsform zu finden. In diesem Sinn erscheint auch der wiederkehrende Bezug auf Ereignisse aus der europäischen Geschichte in einem neuen Licht. Wer den Arabischen Frühling mit dem Untergang der DDR, dem Prager Frühling oder der Französischen Revolution vergleicht, sieht die arabische Welt heute mit Problemen konfrontiert, die der Westen bereits vor Jahrzehnten – beziehungsweise Jahrhunderten – überwinden konnte.

Es zeigte sich schnell, dass diese west-zentrierte Sichtweise den Ereignissen des Arabischen Frühlings nicht gerecht wurde. Bei vielen Beobachtern führte sie zu einem falschen Gefühl

⁷⁷⁰ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 25.

⁷⁷¹ Vgl. Pabst et al., S. 166.

⁷⁷² Vgl. Kircher, S. 135f.

⁷⁷³ Vgl. Friedman.

der Sicherheit, wie sich die politische Lage in den betroffenen Ländern entwickeln würde. Die Projektion der eigenen westlichen Historie auf die Aufständischen platzte spätestens mit dem Wahlsieg religiöser Parteien – die im Westen oft genug mit dem Label „islamistisch“ versehen wurden. Beobachter, die auf eine Revolution nach westlichem Vorbild gehofft hatten, reagierten oft genug mit „Unverständnis und Konfusion“⁷⁷⁴ auf die Ergebnisse der ersten freien Wahlen in Tunesien, Ägypten und Libyen. Viele arabische Aktivisten waren enttäuscht über diese zurückhaltende Reaktion auf die neuen Regierungen. Immerhin war es ihnen während des Arabischen Frühlings um die psychologisch so wichtige „Erfahrung [...] der *eigenen* Revolution“⁷⁷⁵ gegangen – und nicht darum mit US-amerikanischer Technik die Interessen des Westens durchzusetzen.

Interessanterweise wurde gelegentlich schon die Bezeichnung „Arabischer Frühling“ als typisch westlicher Euphemismus kritisiert. So konnten sich die anfangs verwendeten „botanischen Namen“⁷⁷⁶ wie *Jasmin-* oder *Lotusblütenrevolution*, die die Aufstände in eine Reihe mit anderen internationalen Rebellionen gestellt hätten, in der Berichterstattung nicht durchsetzen. Der Begriff steht dabei in einer langen Tradition von westlichen „Frühlingsrevolutionen“. Ironischerweise war so – gut zehn Jahre vor Beginn der Aufstände – auch Assads Machtübernahme in verschiedenen Medien als „Damascus Spring“⁷⁷⁷ begrüßt worden, als westliche Beobachter große Hoffnungen in den jungen, gut gebildeten Präsidenten setzten. Trotz dieser unglücklichen Verknüpfung griffen sowohl Journalisten, als auch Wissenschaftler schnell wieder auf die Frühlingsmetapher zurück – vielleicht auch weil die Idee eines „Tauwetter[s], das die autoritären Strukturen quasi dahin schmelzen lässt“⁷⁷⁸ einen Automatismus impliziert, der perfekt ins netzoptimistische Weltbild passt. Anstatt nach komplexen internen oder externen Ursachen zu suchen, wurde die Revolutionsbewegung als grundsätzlich natürliche Entwicklung von der Autokratie hin zur Demokratie dargestellt. Verschiedene arabische Kommentatoren brachten immer wieder ihre „Skepsis gegenüber der Frühlings-Metapher“⁷⁷⁹ zum Ausdruck, weil sie zu passiv klinge und zu einseitig auf eine Demokratisierung nach westlichem Vorbild abziele. Als Alternative wurden die Begriffe *Tunesische*, *Ägyptisch* oder allgemein *Arabische Revolution* vorgeschlagen, die die aktive

⁷⁷⁴ Pabst et al., S. 166.

⁷⁷⁵ Kircher, S. 136.

⁷⁷⁶ Rosiny: „Ein Jahr ‚Arabischer Frühling‘: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven“, S. 5.

⁷⁷⁷ Owen, Roger: *State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East*, Routledge: London 2006, S. 93.

⁷⁷⁸ Rosiny: „Ein Jahr ‚Arabischer Frühling‘: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven“, S. 5.

⁷⁷⁹ Ebd.

Rolle der arabischen Bevölkerung bei den Umstürzen unterstreichen sollten⁷⁸⁰, international aber selten übernommen wurden.

Für Said AlDailami hat die starke Aversion der arabischen Gesellschaft gegen eine rein westliche Lesart der Revolution noch tiefer liegende Gründe. Der Staatswissenschaftler sieht die „Erinnerungsmodi arabischer Bevölkerungen [...] maßgeblich von der Asymmetrie zwischen Opfer und Täter gekennzeichnet“⁷⁸¹. Nach Jahrhunderten der wirtschaftlichen und geostrategischen Einflussnahme europäischer Mächte im arabischen Raum hätte sich die Bevölkerung so in ihr Opfergedächtnis versteift, dass sie eine Form kollektiver „Paranoia“⁷⁸² entwickelt habe, die sie gegenüber westlicher Einmischung allgemein skeptisch mache. Auch die bereits behandelte Sorge einzelner arabischer Netzaktivisten, durch US-amerikanisch finanzierte Aktivismus-Seminare zum Spielball westlicher Interessen zu werden, könnte in diesem gesamtgesellschaftlichen Misstrauen wurzeln.

4.9.3 Psychologische Analyse des westlichen Netzoptimismus

Im Rahmen der 15. *Trialog der Kulturen*-Jahreskonferenz wurden im November 2011 erstmals nicht die arabischen Aktivisten, sondern die westlichen Beobachter einer umfassenden psychologischen Analyse unterzogen. Dabei wurde insbesondere die Frage nach den Ursachen für die Konzentration westlicher Berichterstatter auf die Rolle der sozialen Medien im Arabischen Frühling diskutiert. Vor diesem Hintergrund wurde auch eine psychologische Deutung des westlichen Netzoptimismus im Ganzen ins Auge gefasst. In einem Gespräch brachte von Rohr dabei mehrere Deutungsversuche ins Spiel, die im Folgenden überprüft werden.

Der Journalist vermutet eine Steigerung des Selbstwertgefühls des westlichen Publikums durch einen netzoptimistischen Blick auf die Ereignisse des Arabischen Frühlings. Wenn US-amerikanische Technologie essentiell für die Aufstände nötig war, kann sich die westliche Gesellschaft als Retter der hilfsbedürftigen arabischen Demonstranten fühlen.⁷⁸³ Dieses Gedankenmodell wird von der Tatsache unterstützt, dass es während des Arabischen Frühlings, im Gegensatz zu früheren Revolutionen, keine eindeutigen Führungspersönlichkeiten aus den Reihen der Revolutionäre gab.⁷⁸⁴ Die Leerstelle wurde von westlichen Netzoptimisten beispielsweise genutzt, um Mark Zuckerberg als „Vater der

⁷⁸⁰ Vgl. Pabst et al., S. 5f.

⁷⁸¹ Ebd., S. 144.

⁷⁸² Ebd., S. 143.

⁷⁸³ Vgl. Löffler et al., S. 158.

⁷⁸⁴ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 28.

arabischen Revolution“⁷⁸⁵ einzusetzen – ein Titel, den dieser stets ablehnte.⁷⁸⁶ In eine ähnliche Richtung ging auch der Vorschlag, den Friedensnobelpreis im Jahr der iranischen Aufstände 2009 an Twitter zu verleihen.⁷⁸⁷ In beiden Fällen wird der Verdienst der Revolution US-amerikanischen Netzwerken zugeschrieben und die tatsächlich vor Ort beteiligten Aktivisten rücken aus dem Fokus. Angesichts solcher Beispiele lässt sich tatsächlich von einer Aufwertung des westlichen Selbstwertgefühls auf Kosten der arabischen Demonstranten ausgehen.

Daneben bietet von Rohr noch einen weiteren psychologischen Grund für die Konzentration auf die Onlineaspekte der Revolution: Der Bezug auf bekannte Onlineportale kann zu einer stärkeren Identifikation des westlichen Publikums mit den Netzaktivisten führen.⁷⁸⁸ Amerikaner und Europäer können direkt Kontakt mit den Protestierenden aufnehmen und ihre – oft genug direkt für eine ausländische Öffentlichkeit produzierten⁷⁸⁹ – Inhalte teilen. Diese Möglichkeit per Mausklick live an einer Revolution teilnehmen zu können, unterschied den Arabischen Frühling tatsächlich von früheren Aufständen und schaffte weltweit einen nie dagewesenen „Dabeiseins- bzw. Erlebniseffekt“⁷⁹⁰. Das westliche Publikum blieb aber nicht in seiner passiven Beobachterrolle, sondern ließ sich vom arabischen Netzaktivismus anstecken: Die Videos und Bilder des Arabischen Frühlings wurden geteilt, verlinkt und weiterverbreitet. Dieser aktive Einsatz spricht wiederum für einen hohen Grad an Netzeuphorie. Die westlichen Facebook-Freunde und Follower der Onlineaktivisten konnten sich als wichtiger, aktiver Teil einer demokratisierenden Revolution sehen.

5. Anpassungsstrategien netzoptimistischer Theorien

5.1 Missverständnisse in der Wahrnehmung des Arabischen Frühlings

Die mediale Reduzierung der Aufständischen auf die Gruppe der offen demokratischen, pro-westlichen Netzaktivisten war nur ein Beispiel für die grobe Fehlbeurteilung der Revolutionsbewegung im Westen. Tatsächlich kam es in der öffentlichen Wahrnehmung der Ereignisse und Ergebnisse des Arabischen Frühlings immer wieder zu weitreichenden Missverständnissen. Die Ursachen waren dabei vielfältig: Teilweise wurden europäische Konzepte und Wertvorstellungen ungeprüft auf die Aufständischen übertragen, manchmal

⁷⁸⁵ Löffler et al., S. 153.

⁷⁸⁶ Vgl. Milz, Katharina: *Die Bedeutung Sozialer Netzwerke in der arabischen Welt*, http://www.kas.de/wf/doc/kas_23306-1522-1-30.pdf?110706153514 (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 2.

⁷⁸⁷ Vgl. von Rohr, S. 138f.

⁷⁸⁸ Vgl. Löffler et al., S. 158.

⁷⁸⁹ Vgl. Cook, S. 5.

⁷⁹⁰ Löffler et al., S. 158.

konzentrierten sich die berichtenden Medien nur auf Teilaspekte und blendeten größere Zusammenhänge aus und gelegentlich fanden Propagandadarstellungen – der Rebellen oder der gegnerischen Regierungen – ihren Weg in die westliche Wahrnehmung. Einige dieser Missverständnisse trugen dabei entscheidend „zu den anfänglichen Hoffnungen auf eine grundlegende Reform“⁷⁹¹ der betroffenen arabischen Länder bei. Hält man sich vor Augen, wie eindeutig die Verknüpfung zwischen der medialen Präsentation von Konfliktparteien und der Legitimation eines eigenen militärischen Eingreifens belegt ist, können diese Missverständnisse weitreichende Folgen haben.⁷⁹² Im Folgenden werden vier prominente Fehlwahrnehmungen dargestellt und untersucht, wie sie weitgehend ungeprüft übernommen werden konnten.

5.1.1 Als weltweite Überraschung

Fester Bestandteil der westlichen Wahrnehmung des Arabischen Frühlings war „das Narrativ der ‚überraschten‘ und ‚ratlosen‘ internationalen Staatengemeinschaft“⁷⁹³, oft gepaart mit der Beteuerung, auch die arabische Bevölkerung habe noch Monate vor Beginn der Aufstände nicht mit einem Umschwung gerechnet.⁷⁹⁴ Dabei wurde die politische Bedeutung der „Arabisch[e]n Straße“⁷⁹⁵ in der medialen Berichterstattung schon seit Jahren immer wieder heruntergespielt. So bezeichnete der deutsch-ägyptische Journalist Karim El-Gawhary, der als Nahost-Korrespondent für zahlreiche deutschsprachige Zeitungen arbeitet, die Vorstellung einer länderübergreifenden arabischen Revolutionsbewegung 2004 als „Traumszenario“⁷⁹⁶ regierungskritischer Intellektueller, das schon bei früheren Revolutionsversuchen gebraucht wurde, für das es aber keine tatsächlichen Anhaltspunkte gäbe. Er verwies dabei auf die engmaschigen Sicherheitsapparate der verschiedenen arabischen Staaten, die bereits zahlreiche Aufstände frühzeitig beendet hätten. Auch der damalige Leiter des ZDF-Studios Kairo Luc Walpot betonte die allgegenwärtige Präsenz von Sicherheitskräften und Geheimdiensten, die ein „dichtes Netz von Bspitzelungen“⁷⁹⁷ angelegt und offenen Protest quasi unmöglich gemacht hätten. Dabei fühlte er sich interessanterweise, wie nach ihm zahlreiche

⁷⁹¹ Richter, Thomas; Stephan Rosiny: „Der Arabische Frühling: Missverständnisse und Perspektiven“, in: *GIGA Focus Nahost* 4/2016, S. 1.

⁷⁹² Vgl. Wildenmann, Rudolf; Werner Kaltefleiter: *Funktionen der Massenmedien*, Athenäum: Frankfurt a. M. 1965, S. 19f.

⁷⁹³ Pabst et al., S. 5.

⁷⁹⁴ Vgl. Goodwin, Jeff: „Why We Were Surprised (Again) by the Arab Spring“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 17/2011, S. 452.

⁷⁹⁵ Bouzid, S. 160.

⁷⁹⁶ Ebd.

⁷⁹⁷ Ebd., S. 111.

Kommentatoren des Arabischen Frühlings, an die letzten Jahre der DDR erinnert – allerdings ohne diese Parallele optimistisch weiterzudenken.

Der Nahost-Experte Günter Meyer ging soweit, die immer wieder vereinzelt aufflammenden Demonstrationen als staatlich legitimierte und kontrollierte „Ventil[e]“⁷⁹⁸ des Volkszorns zu bezeichnen, die letztendlich den politischen Status quo stützten. In seinem Modell war eine Revolution im „Sinne einer wirklichen Massenbewegung [schlicht] nicht vorstellbar“⁷⁹⁹. Gelegentlich trugen auch einheimische Medienvertreter zu diesem düsteren Bild bei. So beklagte Aktham Suliman noch 2007 das Fehlen eines gesamtgesellschaftlichen Identifikationsgefühls im arabischen Raum, in dem sich viele eher über ihre Stammes- oder Religionszugehörigkeit identifizierten als über eine gemeinsame panarabische Zivilgesellschaft. Im expliziten Gegensatz zur europäischen oder südamerikanischen Tradition von Schichten und Altersklassen übergreifenden Demonstrationsbewegungen sagte er für seine Heimat damit politischen Stillstand voraus.⁸⁰⁰

Die Vorstellung, die Protestwelle hätte sich „aus heiterem Himmel“⁸⁰¹ und ohne wirkliche historische Parallele entwickelt, gab dabei netzoptimistischen Theorien Aufwind. – Wenn die Aufstände wirklich nicht mit klassischen Modellen vorhergesagt und erklärt werden konnten, mussten die digitalen Medien als neues Element eine Schlüsselrolle gespielt haben. Tatsächlich gab es aber schon seit Jahrzehnten Hinweise auf politische Spannungen und eine bevorstehende Rebellion in der arabischen Welt. Zahlreiche arabische wie westliche Experten verwiesen auf kleinere, regionale Protestbewegungen, die sich schon seit den 1990ern quer durch die arabische Welt formierten. Rosiny nennt hier ökonomisch orientierte Demonstrationen als Beispiel, bei denen Arbeiter – zunächst lokal und national begrenzt – gegen steigende wirtschaftliche Ungerechtigkeit, Lohnkürzungen und Stellenabbau ins Feld zogen.⁸⁰²

Im Lauf der 2000er kam es zu ersten länderübergreifenden Protesten. Mit „Streiks gegen Korruption [...] und staatliche Willkür“⁸⁰³ wurden die Forderungen dabei zunehmend politisch und fanden weit über die Arbeiterklasse hinaus Anhänger. Insbesondere Angehörige von ethnischen oder religiösen Minderheiten, die sich seit Jahren systematisch benachteiligt und von gesellschaftlichen Machtpositionen ausgeschlossen fühlten⁸⁰⁴, schlossen sich den

⁷⁹⁸ Bouzid, S. 98.

⁷⁹⁹ Ebd., S. 97.

⁸⁰⁰ Vgl. ebd., S. 19.

⁸⁰¹ Richter, Thomas; Stephan Rosiny: *Der Arabische Frühling und seine Folgen*, 2016, <http://www.bpb.de/izpb/238933/der-arabische-fruehling-und-seine-folgen?p=all> (Letzter Zugriff: 05.04.2018).

⁸⁰² Vgl. Richter et al.: „Der Arabische Frühling: Missverständnisse und Perspektiven“, S. 3.

⁸⁰³ Richter et al.: *Der Arabische Frühling und seine Folgen*.

⁸⁰⁴ Vgl. Richter et al.: „Der Arabische Frühling: Missverständnisse und Perspektiven“, S. 3.

Aufständen an. Panarabische Demonstrationswellen gegen den Irak-Krieg, die Besetzung des Landes ab 2003 und die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen 2005 machten schließlich deutlich, wie leicht sich große Teile der arabischen Welt gegen ein gemeinsames Feindbild versammeln ließen. Von hier war es nur noch ein kleiner Schritt hin zu großflächigen Aufständen gegen die autoritären Regime selbst, zumal Ende der 2000er mehr und mehr Fälle von Machtmissbrauch und Willkürherrschaft öffentlich wurden. So schreibt Rosiny der Enthüllungsplattform Wikileaks eine „zentrale Rolle“⁸⁰⁵ bei der Formung der tunesischen Revolutionsbewegung zu, weil die Seite das Ausmaß an Korruption innerhalb der höchsten Regierungszirkel aufdeckte.

Unter diesen Vorzeichen war es für zahlreiche Experten „nicht die Frage ob, sondern bestenfalls wann sich die seit Jahrzehnten in der arabischen Welt angestaute Unzufriedenheit Luft verschaffen würde.“⁸⁰⁶ Als Beispiele wurden bereits die von den *Arabischen Berichten über die menschliche Entwicklung* erwarteten „gewalttätige[n] Protestmaßnahmen“⁸⁰⁷ gegen die Machthaber und die frühen konkreten Vorbereitungen des US-Geheimdienstes auf eine panarabische Rebellion behandelt. Dass die westliche Öffentlichkeit – trotz dieser revolutionären Grundstimmung – derart vom Ausbruch der Aufstände überrascht werden konnte, liegt für Rosiny vor allem an der ungenügenden Berichterstattung. So hatten die kleineren Unruhen und die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse zu selten ihren Weg in globale Medien gefunden und in der ausgiebigen journalistischen Aufarbeitung der Mohammed-Karikatur-Proteste war nie die Möglichkeit angeklungen, die Bevölkerung könnte mit der selben Verve gegen ihre Regierung vorgehen.⁸⁰⁸ Möglich, dass die arabischen Länder vielen westlichen Beobachtern, wie zu Zeiten Edward Saids, noch immer als Ort der unveränderlich stabilen autokratischen Systeme galten.

5.1.2 Als demokratische Revolution nach westlichem Vorbild

Zentrales Element der netzoptimistischen Erwartungen an den Arabischen Frühling war die Vorstellung einer – wenn nicht homogen – doch wenigstens vorrangig demokratisch motivierten Revolutionsbewegung. So begannen westliche Beobachter früh damit, die Aufstände, je nach Zählart, als dritte, vierte oder fünfte „Welle der Demokratisierung“⁸⁰⁹ in die Weltgeschichte einzuordnen und Parallelen zu erfolgreichen demokratischen Umschwün-

⁸⁰⁵ Richter et al.: „Der Arabische Frühling: Missverständnisse und Perspektiven“, S. 3.

⁸⁰⁶ Ebd.

⁸⁰⁷ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 19.

⁸⁰⁸ Vgl. Richter et al.: *Der Arabische Frühling und seine Folgen*.

⁸⁰⁹ Richter et al.: „Der Arabische Frühling: Missverständnisse und Perspektiven“, S. 4.

gen zu ziehen. Dabei wurde auch früh das politische Geflecht der arabischen Welt im Ganzen neu geordnet. Ein halbes Jahr nach Ausbruch der ersten Großdemonstrationen ging Asseburg so bereits davon aus, dass die „Polarisierung [der Region] aufbricht“⁸¹⁰ und das bisherige Kräftegleichgewicht unwiederbringlich kippt. Statt der bisher gebräuchlichen Unterteilung in moderate, pro-westliche Staaten auf der einen und radikalere Regime auf der anderen Seite, ständen sich im nach-revolutionären arabischen Raum die wachsende Gruppe der zunehmend demokratischen „Transformationsstaaten“⁸¹¹ und die weiterhin autokratischen „Beharrungskräfte[n]“⁸¹² gegenüber – wobei Letztere kurioserweise vom bisher eng mit dem Westen verbündeten Saudi-Arabien angeführt würden. Nachdem es in den meisten betroffenen Staaten allerdings nicht gelang dauerhafte Demokratiestrukturen zu errichten und selbst das „Vorzeigeland“⁸¹³ Tunesien lange in einem nach westlichem Verständnis „unvollständig[en]“⁸¹⁴ Wandlungsprozess verharrte, schrieben zahlreiche Kommentatoren die Revolution als weitgehend gescheitert ab. Tatsächlich hatte aber nur eine kleine Minderheit der arabischen Rebellen für eine parlamentarisch-demokratische Neuausrichtung ihrer Heimatländer demonstriert. Die überwältigende Mehrheit ging mit „Gerechtigkeit, Freiheit und Würde“⁸¹⁵ für Rechte auf die Straße, die nicht grundsätzlich an eine bestimmte Staatsform gebunden sind.

So betont Rosiny, dass der in der Revolution geforderte – und oft genug gelungene – Sturz der Machthaber nicht automatisch mit einer grundsätzlichen Abkehr von bestehenden staatlichen Strukturen verknüpft war. Im Gegenteil wollten viele Demonstranten an die „Visionen und Versprechen“⁸¹⁶ der Regierungsparteien erinnern und verlangten sehr konkrete politische Maßnahmen wie das Vorgehen gegen die verbreitete Korruption und Klientelpolitik, statt eines allgemeinen Systemwechsels. Sie hofften damit offenbar auf eine Variante des *idealen Szenarios* aus den *Arabischen Berichten über die menschliche Entwicklung*, in der die Regierung selbst weitreichende politische Prozesse anstoßen und die Lebensbedingungen ihrer Untertanen entscheidend verbessern kann. Zwar forderten einzelne arabische Gruppen immer wieder öffentlichkeitswirksam eine Neustrukturierung des Staates nach westlichem Vorbild, die Hauptschuld für das Missverständnis einer demokratischen Revolution liegt für

⁸¹⁰ Asseburg: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, S. 24.

⁸¹¹ Ebd.

⁸¹² Ebd.

⁸¹³ Richter et al.: „Der Arabische Frühling: Missverständnisse und Perspektiven“, S. 4.

⁸¹⁴ Ebd.

⁸¹⁵ Ebd.

⁸¹⁶ Ebd.

Rosiny aber in einer „falsche[n], von außen herangetragene[n] Wunschvorstellung“⁸¹⁷ des ausländischen Publikums.

Dabei legt der Politikwissenschaftler Wert darauf zu betonen, dass Araber – und Moslems – selbstverständlich Demokraten sein können. Der schwere Stand dieser Staatsform in weiten Teilen des arabischen Raums ist für ihn „vielschichtiger und historisch erklärbar.“⁸¹⁸ Zum einen hatten zahlreiche arabische Herrscher die politische Debattenkultur weitgehend unterbunden, sodass viele Demonstranten die Möglichkeiten einer tiefgreifenden Umstrukturierung des Staates gar nicht überschauen konnten. Zum anderen misstrauten viele politisch interessierte Araber der westlichen Form von Demokratie von vornherein. Im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ und der Besetzung des Irak, hatten sie sie „als ein Konzept [kennen gelernt], das der Westen immer wieder selektiv zur Durchsetzung eigener Interessen einsetzte“⁸¹⁹. Europäische und US-amerikanische Angebote, bei der Errichtung eines neuen Staatssystems zu helfen, wurden so schnell als Versuche verstanden, den eigenen Einflussbereich in der arabischen Welt noch weiter auszuweiten. Unter diesen Vorzeichen gab es zahlreiche Aktivisten, die eine Neustrukturierung ihrer Heimatländer als „blinde[n] Imitation des Westens“⁸²⁰ grundsätzlich ablehnten und für eine Kompromisslösung eintraten, die die kulturelle und gesellschaftliche Identität der arabischen Welt angemessen widerspiegeln sollte.⁸²¹

5.1.3 Als Studentenrevolution

Der Arabische Frühling ist in der weltweiten Wahrnehmung eng mit der Vorstellung einer „Revolution der Jugend“⁸²² verknüpft. Insbesondere westliche Berichtersteller pflegten dabei schon seit Jahren das Bild einer jungen Generation, die „aus dem engen konservativen Rahmen der religiösen und nationalistischen Ideologien aus[zu]brechen“⁸²³ versucht und stellten bevorzugt junge Rebellen ins mediale Rampenlicht. Interessanterweise griffen aber auch verschiedene arabische Regierungen das Bild einer Jugendrevolution auf und versuchten immer wieder es für ihre politischen Zwecke zu nutzen. Ein eindrucksvolles Beispiel war das propagandistische Narrativ der ägyptischen Staatsmedien, die erstaunlich lange das Bild von

⁸¹⁷ Richter et al.: „Der Arabische Frühling: Missverständnisse und Perspektiven“, S. 4.

⁸¹⁸ Ebd.

⁸¹⁹ Ebd., S. 5.

⁸²⁰ Rosiny: „Identität, Partizipation, Vision – Unerfüllte Erwartungen an moderate Islamisten“, S. 3.

⁸²¹ Vgl. Toscano, Roberto; Daniel Brumberg: „The Arab Awakening: Is democracy a mirage?“, in: *The Wilson Center's Middle East Program* 6/2012, S. 11.

⁸²² Schielke, Samuli: „Jugend, Klassengesellschaft und Generationen in Ägypten nach dem 25. Januar“, in: Schneider, Thorsten (Hrsg.): *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, Springer VS: Wiesbaden 2013, S. 127.

⁸²³ Ebd.

grundsätzlich konstruktiven, sympathischen, jungen Aufständischen zeichneten, „deren Bewegung aber von Kriminellen, Unruhestiftern, ausländischen Agenten und Islamisten unterminiert“⁸²⁴ worden war. Diese Darstellung blieb auch nach Machtübernahme der Militärregierung bestehen und erwies sich als äußerst nützlich für die Machthaber – wann immer mit Gewalt gegen Demonstranten vorgegangen wurde, waren nicht die „echten“ jugendlichen Rebellen im Visier der Sicherheitskräfte, sondern lediglich ihre kriminellen Mitläufer.

Tatsächlich blieb die Revolutionsbewegung aber in keinem Fall auf die junge Generation beschränkt, die Aufständischen kamen aus allen Altersgruppen und „nahezu allen Gesellschaftsschichten“⁸²⁵. Der Kulturwissenschaftler Samuli Schielke vermutet, dass Jugendliche und junge Erwachsene in der Wahrnehmung der Aufstände überrepräsentiert waren, weil sie im Gegensatz zu ihrer verheirateten, berufstätigen Elterngeneration leichter tage- oder wochenlang an Demonstrationen ausharren konnten.⁸²⁶ Daneben kritisiert er die Vorstellung, die arabische Jugend hätte sich einheitlich hinter den Forderungen der Revolution versammelt. Während Kinder aus regimetreuen Familien die politischen Werte ihrer Eltern oft unhinterfragt übernahmen und den Aufständen grundsätzlich kritisch gegenüberstanden, hofften zahlreiche fundamentalistisch-religiöse Jugendliche auf die Errichtung eines islamistischen Gottesstaates und die Abkehr von westlich-demokratischen Einflüssen. Besonders absurd wird die Darstellung des Arabischen Frühlings als Generationenkonflikt zwischen jungen Rebellen und alten Machthabern, wenn man sich vor Augen führt, dass die arabischen Sicherheitskräfte oft zum großen Teil aus Wehrdienstleistenden bestanden – „in Momenten der Konfrontation [standen] junge Menschen immer jungen Menschen gegenüber“⁸²⁷.

Daneben macht Schielke deutlich, dass selbst aus der Gruppe der arabischen Jugendlichen auf der „richtigen“ Seite der Aufstände nur ein Bruchteil als tatsächliche Revolutionäre wahrgenommen wurde. Westliche Medien konzentrierten sich vor allem auf kultivierte, gut situierte Rebellen, deren „Habitus und Sprache von einer westlichen Öffentlichkeit als sympathisch und vertraut anerkannt“⁸²⁸ wurde. So wurde der Arabische Frühling immer wieder als reine Studentenrevolution dargestellt, obwohl bildungsferne Schichten von Anfang an einen wichtigen Pfeiler der Aufstände stellten – und auch einen Großteil der zivilen Opfer ausmachten. Trotzdem wurden bevorzugt wohlhabendere Märtyrer „in die nationale

⁸²⁴ Schielke, S. 130.

⁸²⁵ Richter et al.: „Der Arabische Frühling: Missverständnisse und Perspektiven“, S. 4.

⁸²⁶ Vgl. Schielke, S. 135.

⁸²⁷ Ebd., S. 130.

⁸²⁸ Ebd., S. 127.

Heldengalerie aufgenommen“⁸²⁹, in Videoclips veröffentlicht und in Facebook-Gruppen betrauert. Schielke sieht hier eine dramatische Ungleichbehandlung, die schließlich auch weite Teile der arabischen Bevölkerung über die tatsächliche „Vielstimmigkeit“⁸³⁰ der Rebellion hinwegtäuschte: „Wer ein Held wird oder nur ein Name auf einer Liste bleibt, hängt weitgehend vom Aussehen, vom Status seiner Familie und den persönlichen Verbindungen ab.“⁸³¹

5.1.4 Als feministische Revolution

Nachdem die frühen Demonstrationen des Arabischen Frühlings gleichermaßen von weiblichen wie männlichen Aktivisten getragen wurden, wurde die ganze Revolutionsbewegung in der internationalen Wahrnehmung schnell ins „Zeichen eines erhöhten Bewusstseins für Geschlechtergleichheit“⁸³² gestellt. Insbesondere westliche Kommentatoren verliehen ihrer Hoffnung auf ein „Aufbrechen fest gefügter Geschlechterhierarchien und Geschlechterstereotype“⁸³³ Ausdruck, das weit über die akute Aufstandssituation hinaus wirken und die ganze arabische Gesellschaft prägen sollte. Die Islamwissenschaftlerin Bettina Dennerlein betont in einem Aufsatz zur *Geschlechterpolitik in der arabischen Welt*, dass diese Vision schnell mit tiefgreifenden politischen Erwartungen verknüpft wurde. Eine grundlegende „Neuordnung der Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft“⁸³⁴ sollte den Weg zur allgemeinen „Geschlechterdemokratie“⁸³⁵ ebnen und Mann und Frau – gemäß der Grundforderung des Feminismus – in allen juristischen und gesellschaftlichen Belangen gleichstellen.

Tatsächlich boten die ersten Wochen des Arabischen Frühlings weiblichen Aktivisten deutlich mehr Spielraum als frühere Rebellionen. Wurden Frauen damals nur als passive „Mütter der Märtyrer“⁸³⁶ gewürdigt, stand ihnen jetzt eine weite Bandbreite von Rollen – als gleichberechtigte Demonstrantin, Sprecherin oder Organisatorin – offen. Weibliche Todesopfer der Polizeigewalt wurden neben ihren männlichen Mitstreitern zu Märtyrern der Revolution erhoben. Dennerlein nennt die Aktivistin Sally Zahran als Beispiel, die in

⁸²⁹ Schielke, S. 132.

⁸³⁰ Ebd., S. 133.

⁸³¹ Ebd., S. 132.

⁸³² Dennerlein, Bettina; Sarah Farag: „Frauenrechte und politischer Wandel in Ägypten und Marokko“, in: Schneider, Thorsten (Hrsg.): *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, Springer VS: Wiesbaden 2013, S. 142.

⁸³³ Ebd., S. 139.

⁸³⁴ Ebd., S. 142.

⁸³⁵ Botros, Atef: „Die Kopten nach der ägyptischen Revolution“, in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 61.

⁸³⁶ Dennerlein et al., S. 144.

Verlautbarungen der Rebellen interessanterweise immer wieder unter dem Ehrentitel „Jeanne d’Arc Ägyptens“⁸³⁷ auftauchte – eine der seltenen Gelegenheiten, in der arabische Aufständische selbst eine Verbindung zur europäischen Geschichte herstellten. Allerdings sorgte ausgerechnet diese enge Verbindung zwischen Frauenrechten und westlichen Werten dafür, dass die Stimmung im Verlauf der Aufstände mehr und mehr kippte. Breite Teile der Bevölkerung sahen in der Auflösung fester Geschlechterrollen eine „westliche[n] Agenda“⁸³⁸ die arabische Identität zu untergraben und wandten sich immer energischer gegen weibliche Aktivisten.

Andere verwiesen auf die finanzielle und politische Unterstützung, die Frauenrechtsorganisationen in vielen Fällen von staatlicher Seite erhalten hatten und zeichneten das Bild eines „Staatsfeminismus“⁸³⁹, der zum festen Bestandteil der alten Regime und damit zum Gegner der Revolution erklärt wurde. Dennerlein bringt die steigende Zahl von verbalen und tätlichen Angriffen auf weibliche Aktivisten im Verlauf der Aufstände mit dieser Ausweitung des Feindbilds in Verbindung. Dabei wurde den Demonstrantinnen teilweise „ganz grundsätzlich das Recht abgesprochen, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten“⁸⁴⁰ und es kam immer wieder zu sexuellen Übergriffen durch andere Rebellen. Wo die Umsturzversuche gelangen, wurde auch auf staatlicher Ebene schnell klar, dass „Frauenrechte im Prozess nachrevolutionärer politischer Neuordnung keinesfalls selbstverständlich als integraler Bestandteil“⁸⁴¹ der neuen Gesellschaftsordnung verstanden wurden. Tunesien blieb mit seiner 50/50-Quotenregelung im Parlament und der rechtlichen Gleichstellung die Ausnahme. – Insbesondere durch das Erstarken islamistischer Strömungen wurden die Ungleichheit und Trennung der Geschlechter in verschiedenen Ländern eher noch zementiert.⁸⁴²

5.2 Enttäuschung des westlichen Netzoptimismus

Angeichts der hohen Erwartungen, die im Westen an eine schnelle und umfassende Neuordnung der arabischen Staaten gestellt worden war, war eine Phase der kollektiven Ernüchterung unausweichlich. Insbesondere bei der Reaktion auf die Erfolge muslimischer Parteien bei den Wahlen in Tunesien und Ägypten wurde dabei deutlich spürbar, dass die Einheimischen und die westlichen Sympathisanten häufig sehr verschiedene Vorstellungen

⁸³⁷ Dennerlein et al., S. 144.

⁸³⁸ Ebd., S. 143.

⁸³⁹ Ebd., S. 139.

⁸⁴⁰ Ebd., S. 146.

⁸⁴¹ Ebd., S. 139.

⁸⁴² Vgl. Lange, Michael: „Die Rolle der Muslimbruderschaft in Ägypten“, in: in: Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012, S. 91.

von der post-revolutionären arabischen Welt hatten.⁸⁴³ Im Folgenden wird die Erschütterung des Netzoptimismus in der westlichen Gesellschaft untersucht und eine Erklärung für die übertriebenen Erwartungen gefunden.

5.2.1 Westliche Reaktion auf den Verlauf der Revolution

Pabst betont, wie schnell sich die Einstellung der westlichen Gesellschaft zu den Ereignissen des Arabischen Frühlings wandelte. Eine „optimistische Glorifizierung bürgerlich-liberalen Freiheitsstrebens“⁸⁴⁴ war binnen Monaten von einer wachsenden Sorge vor unklaren Regierungsverhältnissen und dem Erstarken religiöser Mächte im arabischen Raum abgelöst worden. Der Politikwissenschaftler spricht von einem „Islamischen Winter“, der in der Wahrnehmung zahlreicher westlicher Beobachter auf die Revolutionsbewegung gefolgt sei. Der Schock saß umso tiefer, als verschiedene westliche Experten davon ausgegangen waren, die islamistischen Parteien hätten „mit dem Umbruch ihr Quasi-Oppositionsmonopol verloren“⁸⁴⁵ und würden in Zukunft eine weniger zentrale Rolle in der arabischen Politik spielen. Walaa Ramadan betont, dass verschiedene westliche Berichtersteller angesichts der neuen Machtverhältnisse nicht nur ihre Einschätzung der Ereignisse komplett wandelten, sondern auch wieder öfter auf die Klischeevorstellung des grundsätzlich undemokratischen Arabers zurückgegriffen wurde.⁸⁴⁶ In diesem Spannungsfeld änderte sich die Beurteilung der einzelnen Akteure dabei von Tag zu Tag – bewegte sich aber immer zwischen Extremen. Der ägyptische Aktivist Ahmad Badawy beschreibt diese Popularitäts-Schwankungen in den Monaten nach den Aufständen auch in der digitalen Welt: „An einem Tag kann man vom Volksheld zum Konterrevolutionär werden.“⁸⁴⁷ Insbesondere die Entwicklung in Libyen und Syrien machten dabei deutlich, dass die westliche Angst vor „Bürgerkrieg und Staatszerfall“⁸⁴⁸ nicht unbegründet war.

Dagegen machte der gelegentlich geäußerte Vorwurf, die Früchte der tunesischen und ägyptischen Aufstände seien „von den Islamisten gestohlen worden“⁸⁴⁹ eine zweifelhafte Geisteshaltung bei westlichen Beobachtern deutlich. Verhaftet in ihrer „westlichen Erzählung“ übersahen sie, dass die Bevölkerung aus freien Stücken – und sehr unterschiedlichen Gründen – religiös geprägte Parteien gewählt hatte. Besonders Tunesiens

⁸⁴³ Vgl. Ramadan, S. 6.

⁸⁴⁴ Pabst et al., S. 5.

⁸⁴⁵ Asseburg: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, S. 20.

⁸⁴⁶ Vgl. Ramadan, S. 6.

⁸⁴⁷ Badawy, S. 151.

⁸⁴⁸ Pabst et al., S. 5.

⁸⁴⁹ Ebd., S. 166.

muslimische Regierung, die die eigenen fundamentalistischen Ansichten zugunsten einer deutlich säkular geprägten Verfassung zurückgenommen hat, zeigte deutlich, dass das im Westen oft gebrauchte Label des „Islamismus“ nicht zu tiefer gehenden politischen Analysen taugt. Verschiedene Politiker trugen zum allgemeinen Misstrauen bei, indem sie vor den neuen Regierungen im arabischen Raum warnten oder sich zumindest, wie Präsident Obama, von ihnen distanzierten.⁸⁵⁰ Auch mehrere europäische Staaten reagierten „eher zögerlich, mitunter widersprüchlich und zumindest teilweise angstbesetzt“⁸⁵¹ auf die Machtverschiebung im arabischen Raum – ein Umstand, den die Politikwissenschaftlerin Annette Jünemann mit der „große[n] Blamage“⁸⁵² in Verbindung brachte, die der plötzliche Umschwung für die Außenpolitik der EU bedeutet habe. Nachdem man sich jahrzehntelang an der Stabilisierung der autokratischen Regierungen beteiligt hatte, erschienen ausgerechnet diese Regime in der öffentlichen Wahrnehmung jetzt als größtes Hindernis für die Durchsetzung demokratischer Strukturen.

5.2.2 Erklärungen der Enttäuschung im Westen

Für Kircher war das Hauptproblem in der westlichen Wahrnehmung und Beurteilung der Aufstände die implizite Identifikation der Onlineaktivisten mit der Masse der Demonstranten oder der Bevölkerung im Ganzen. Durch die mediale Konzentration auf soziale Netzwerke als Instrumente des Protests hatte der Netzaktivismus im westlichen Bewusstsein einen unrealistischen Stellenwert bekommen, so wurde „immer wieder übersehen, dass die mediale Revolutions-Jugend nur einen geringen Teil der Gesellschaft darstellt“⁸⁵³. Insbesondere in Ländern, in denen breite Bevölkerungsschichten keinen Zugang zu Bildung oder dem Internet haben, war diese Fehleinschätzung verheerend. Auch Pabst kritisierte eine zu starke Vereinfachung bei der Darstellung des Arabischen Frühlings in den westlichen Medien. Die Berichterstattung hätte nur schlaglichtartig einzelne öffentlichkeitswirksame Aspekte der Aufstände beleuchtet und eine „grundständige Analyse der endogenen und exogenen Rahmenbedingungen, Akteure und Ideologien“⁸⁵⁴ vermissen lassen. So habe sich beim internationalen Publikum eine falsche Erwartungshaltung aufgebaut, die letztendlich enttäuscht werden musste.

⁸⁵⁰ Vgl. Pabst et al., S. 60f.

⁸⁵¹ Asseburg: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, S. 26.

⁸⁵² Jünemann, S. 96.

⁸⁵³ Kircher, S. 135.

⁸⁵⁴ Pabst et al., S. 5.

AlDailami deutet an, dass verschiedene arabische Interessensgruppen früh dazu beigetragen haben könnten, ein falsches Bild der politischen Lage ins Ausland zu vermitteln. So „bedien[t]en sich [...] gesellschaftliche Gruppierungen des Demokratie-Narrativs“⁸⁵⁵ und bestätigten die „westliche Erzählung“, in der Hoffnung auf politische und finanzielle Unterstützung. Auch verschiedene Regierungen und staatliche Einrichtungen hätten bewusst auf das Vokabular einer Demokratie westlicher Prägung zurückgegriffen, um Europa und die USA auf ihre Seite zu ziehen. Andererseits sieht er daneben auch glaubhafte Versuche, Werte wie Menschenrechte und politische Partizipation in der arabischen Welt zu etablieren und empfiehlt westlichen Regierungen den Einsatz seines eigens entwickelten „Demokratie-Seismographen“⁸⁵⁶ bei der Auswahl ihrer Verbündeten, auf den später noch eingegangen wird.

5.3 Analyse islamistischer Parteien als Sieger des Arabischen Frühlings

Das Missverhältnis zwischen der tatsächlichen und der im Westen wahrgenommenen Rebellion zeigte sich besonders deutlich bei den ersten freien Wahlen in verschiedenen Zentren der Revolutionsbewegung. Zahlreiche westliche Beobachter reagierten schockiert auf das gute Abschneiden religiöser Parteien. Der mit so vielen Hoffnungen begrüßte Arabische Frühling, der dem arabischen Raum Demokratie, Menschenrechte und einen neuen Anschluss an die Weltgemeinschaft bringen sollte, schien von einem Tag auf den anderen in einen „Islamistische[n/r] Winter“⁸⁵⁷ umzuschlagen. In der öffentlichen Wahrnehmung wurden die neuen islamistischen Regierungen dabei immer wieder mit den autokratischen Strukturen der arabischen Emirate oder sogar mit den Verbrechen des Islamischen Staates in Verbindung gebracht. – Ein Eindruck, der noch verstärkt wurde, als sich führende westliche Staatschefs direkt nach der Wahl von den neuen Machthabern distanzieren.⁸⁵⁸ Für Ramadan hängt dieses Misstrauen unter anderem mit einer grundsätzlich verschiedenen Besetzung des Begriffs „Islamismus“ zusammen. Während die arabische Welt „any Muslim who enters the political arena, with Islam as a frame of reference“⁸⁵⁹ zunächst völlig wertfrei als Islamisten sieht, wird die Bezeichnung im Westen oft sehr allgemein mit religiösem Fanatismus und Gewaltbereitschaft assoziiert. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Wählergruppen islamistischer Parteien dargestellt und ihr Verhältnis zu demokratischen Werten und Strukturen untersucht.

⁸⁵⁵ Pabst et al., S. 164.

⁸⁵⁶ Ebd.

⁸⁵⁷ Ebd., S. 5.

⁸⁵⁸ Vgl. ebd., S. 60f.

⁸⁵⁹ Ramadan, S. 9.

5.3.1 Soziale Einordnung der Zielgruppe

In der westlichen Berichterstattung setzte sich schnell die Darstellung durch, islamistische Parteien zögen vor allem ärmere, weniger gebildete Wähler an. Die – implizite oder explizite – Unterstellung war dabei, diese sozialen Schichten seien „leicht manipulierbar[e]“⁸⁶⁰ und anfällig für die unrealistischen Wahlversprechen von Extremisten. Eine besonders perfide Rolle kam in dieser Theorie den zahlreichen von islamistischen Organisationen unterhaltenen gemeinnützigen Einrichtungen zu: Religiös getragene Schulen, Krankenhäuser und Ausbildungsstellen müssten jetzt nachträglich „mit Wählerstimmen bezahlt werden“⁸⁶¹. Diese Verbindung wurde dabei nicht nur von der Presse, sondern auch in wissenschaftlichen Publikationen immer wieder gezogen.⁸⁶² Einzelne Beobachter gingen soweit zu behaupten, dass „letztlich keine Erwartungen an islamistische Parteien [bestanden], eine bestimmte Politik umzusetzen“⁸⁶³, solange die sozialen Dienstleistungen erhalten blieben. Die Wähler ließen sich in diesem Modell mit einem Minimum an sozialer Sicherheit „kaufen“ und gewährten den neuen Machthabern im Austausch eine absolute Herrschaft ohne jede Rechenschaftspflicht.

Andere Quellen sahen die Zielgruppe religiöser Parteien hauptsächlich in der gesellschaftlichen Mittelschicht. Die „Rekrutierung von Unterstützern“⁸⁶⁴ verlief danach nicht vertikal, sondern horizontal – islamistische Gruppierungen suchten sich ihre Wähler also hauptsächlich in ihrem eigenen sozioökonomischen Umfeld. In dieser Version wurde nicht die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur, sondern die Bekämpfung von Korruption und Nepotismus zum zentralen Wahlversprechen. Insbesondere Bürger, deren Aufstiegsmöglichkeiten bisher durch das undurchdringliche „Netzwerke etablierter Regimeeliten blockiert“⁸⁶⁵ worden waren, versprachen sich von einem Sieg der bisherigen politischen Außenseiter die Chance auf einen besseren gesellschaftlichen Status. Tatsächlich kamen Untersuchungen zum Wahlverhalten zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen. Während tunesische Islamisten hauptsächlich von gebildeteren Schichten unterstützt wurden, schienen sich in Ägypten auffällig viele sozialschwache, wenig gebildete Wähler für religiöse Parteien zu entscheiden. Zwar wurde die Datenlage solcher Studien immer wieder kritisiert, weil sie von der Bilanz eines Wahlkreises auf die individuelle Ebene schlossen, trotzdem sind sie ein klares Indiz gegen allzu allgemeingültige Modelle.

⁸⁶⁰ Pellicer, Miquel; Eva Wegner: „Wer wählt islamistische Parteien und warum?“, in: *GIGA Focus Nahost* 8/2014, S. 2.

⁸⁶¹ Ebd.

⁸⁶² Vgl. Botros, S. 50.

⁸⁶³ Pellicer et al., S. 2.

⁸⁶⁴ Ebd.

⁸⁶⁵ Ebd.

Die Politikwissenschaftlerinnen Miquel Pellicer und Eva Wegner kommen unter Berufung auf den seit den 1990ern durchgeführten *World Values Survey* zu einem eindeutigeren Ergebnis. Sie vergleichen dabei besonders Länder, in denen religiöse Organisationen ein enges Netz von sozialen Einrichtungen unterhielten, mit solchen, in denen das nicht der Fall war, um zu untersuchen, ob sozialschwache Schichten das Engagement mit höheren Ergebnissen belohnten. Tatsächlich sind die Wähler islamistischer Parteien aber in allen untersuchten Fällen durchschnittlich, bis überdurchschnittlich gebildet und sozial integriert. Der „Graben in Bezug auf den Bildungsstand [verläuft damit] vorrangig zwischen Wählern und Nichtwählern“⁸⁶⁶. Einen entscheidenden Unterschied sehen die Wissenschaftlerinnen dagegen im Grad des politischen Interesses – so geben Wähler islamistischer Gruppierungen an, überdurchschnittlich stark am politischen Geschehen interessiert zu sein. Das in westlichen Medien immer wieder vermittelte „Bild der armen, leicht manipulierbaren Wähler“⁸⁶⁷, die nicht überblicken können, was die Parteien mit ihrer Stimme erreichen wollen, lässt sich damit nicht halten.

Pellicer und Wegner betonen daneben, dass die moralischen Werturteile islamistischer Parteien, insbesondere in Fragen der Gleichstellung der Geschlechter und Sexualethik, immer vor dem Hintergrund der arabischen Gesellschaftsordnung untersucht werden müssen. Bisher liefen entsprechende Studien zu oft auf einen „Abgleich[s] islamistischen Gedankengutes und der Praktiken islamistischer Parteien, Bewegungen und Organisationen mit idealisierten westlichen Vorstellungen“⁸⁶⁸ hinaus, der dem komplexen Forschungsgegenstand nicht gerecht wird. Diese west-zentrierte Darstellung, bei der jede Anpassung an europäische Normen grundsätzlich als wünschenswerte „Mäßigung“⁸⁶⁹ der Islamisten begrüßt wurde, führten häufig zu einer falschen Wahrnehmung der religiösen Parteien im Westen. Der Vergleich mit anderen arabischen Parteien macht dagegen deutlich, dass moderat-islamistische Politiker in vielen Punkten kaum wertkonservativer sind als ihre säkularen Konkurrenten – und in einzelnen Fragen teilweise sogar deutlich fortschrittlicher denken als Vertreter anderer politischer Strömungen.⁸⁷⁰

Studien, die äußere Faktoren wie Bildung, Geschlecht und Alter herausrechneten, kamen dabei zu dem Ergebnis, dass Mitglieder und Unterstützer islamistischer Parteien hauptsächlich in Fragen der Emanzipation und Familienpolitik konservativere Werte vertreten als der arabische Durchschnitt. Besonders auffällig ist das Festhalten an einem traditionellen Ehebild,

⁸⁶⁶ Pellicer et al., S. 4.

⁸⁶⁷ Ebd.

⁸⁶⁸ Ebd., S. 5.

⁸⁶⁹ Ebd.

⁸⁷⁰ Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 7.

das die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau und eine Vereinfachung des Scheidungsprozesses kategorisch ausschließt.⁸⁷¹ Dafür zeigen sie sich in anderen – auf den ersten Blick oft überraschenden – Feldern aufgeschlossener als viele ihrer säkularen Mitbewerber. So treten Teile des islamistischen Lagers für eine moderne Erziehungspolitik und einen rücksichtsvollen Umgang mit religiösen Minderheiten und ethnischen Randgruppen ein. Rosiny kommt zu dem Schluss, dass sich diese Toleranz tatsächlich „sowohl säkular als auch islamisch begründen“⁸⁷² lässt. Für ihn verläuft die gesellschaftliche Trennlinie damit inzwischen „weniger zwischen Islamismus und Säkularismus als zwischen Traditionalismus und Moderne“⁸⁷³, wobei sich die verschiedenen religiösen Gruppierungen teilweise sehr unterschiedlich positionieren.

Untersuchungen des internationalen *Arab Barometers*, das seit Mitte der 2000er regelmäßige Umfragen zur politischen Einstellung der arabischen Bevölkerung durchführt, weisen dagegen auf eine entscheidende Gemeinsamkeit der religiösen Parteien hin.⁸⁷⁴ So präsentieren sich Islamisten überdurchschnittlich oft als moralische Instanz „gegen Korruption [und] für die Rechenschaftspflicht der Politiker“⁸⁷⁵. Dementsprechend fanden sich unter ihren Wählern besonders Bürger, die mit der bisherigen Regierungsführung unzufrieden waren und den religiösen Gruppierungen zutrauten, sich effektiver gegen Bestechungsversuche zu wappnen als ihre säkulare Konkurrenz. Dieser Zusammenhang macht noch einmal eindrucksvoll deutlich, dass die meisten islamistischen Parteien ihre Zielgruppe „eben nicht über klientelistische Versprechen“⁸⁷⁶, sondern mit der Aussicht auf eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mobilisierten. Sollten sich diese Erwartungen nicht erfüllen, sehen Pellicer und Wegner einen massiven Bedeutungsverlust der moderaten Islamisten voraus. Die enttäuschten Wähler könnten sich dann entweder in der „ohnehin schon sehr große[n] Gruppe der Nichtwähler“⁸⁷⁷ wiederfinden – oder zu religiös-extremistischen Organisationen überlaufen.

5.3.2 Auffächerung nach den Aufständen

Tatsächlich gab es zwischen dem moderat-liberalen und dem extremistischen Pol schon lange vor den Ereignissen des Arabischen Frühlings „zahlreiche Mischformen und ein heterogenes

⁸⁷¹ Vgl. Pellicer et al., S. 5.

⁸⁷² Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 7.

⁸⁷³ Ebd.

⁸⁷⁴ Vgl. Pellicer et al., S. 5.

⁸⁷⁵ Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 7.

⁸⁷⁶ Pellicer et al., S. 5.

⁸⁷⁷ Ebd.

Spektrum an islamistischen Ideologien und Bewegungen“⁸⁷⁸. Zwar sprachen sich alle für einen neuen „islamischen Referenzrahmen“⁸⁷⁹ für politische Entscheidungen aus und forderten eine zentrale Rolle der Scharia in der weltlichen Gesetzgebung, in der Praxis gab „es jedoch ganz unterschiedliche Auffassungen darüber, wie der islamische Referenzrahmen und die Scharia zu verstehen sind.“⁸⁸⁰ Die radikalste Position nahmen dabei Vertreter des Wahhabismus und des Salafismus ein, die im Koran „buchstabengetreu zu befolgende Anweisung“⁸⁸¹ für ihr politisches und privates Leben sahen. Dabei weist Rosiny darauf hin, dass salafistische Politiker ihren extremistischen Standpunkt allein schon mit der Gründung einer Partei und dem Antritt bei demokratischen Wahlen nach der Revolution aufweichen „– beides galt ihnen zuvor als unislamisches ‚westliches Importgut‘.“⁸⁸²

Auch viele der von Rosiny unter dem Begriff „Reform-Islamismus“⁸⁸³ zusammengefassten liberaleren Strömungen stehen für eine „Überwindung des Ballastes einer überbordenden Scholastik“⁸⁸⁴ und eine Rückbesinnung auf die Wurzeln des Islam. Dabei begriffen sie ihre heiligen Texte allerdings nicht als strikte, wörtliche Vorschriften sondern „als je nach Ort und Zeit unterschiedlich umsetzbar“⁸⁸⁵. Statt blind auf islamistische Autoritäten zu vertrauen, sollte der Gläubige hier selbstständig zu einer eigenen Interpretation von religiösen Geboten und Traditionen kommen.⁸⁸⁶ – Dieser Trend verstärkte sich im Lauf der Revolutionsbewegung noch, als neben politischen auch religiöse Gewissheiten immer offener hinterfragt werden konnten.⁸⁸⁷ Im Gegensatz zu ihren extremistischeren Konkurrenten waren gemäßigte Islamisten dabei auch schon länger in den politischen Alltag integriert und bildeten teilweise schon seit den frühen 1980ern eine Oppositionskraft zu autoritären Machthabern.⁸⁸⁸ Rosiny bescheinigt ihnen dabei sehr allgemein einen positiven Einfluss auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung: „Sie bemühen sich, nützliche Mitglieder ihrer Gesellschaften zu sein.“⁸⁸⁹

Wo ein erfolgreicher Umsturz in Neuwahlen mündete, drängten dabei zahlreiche neu gegründete islamische Parteien in das entstandene Machtvakuum, was in mehreren Ländern

⁸⁷⁸ Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 3.

⁸⁷⁹ Büchs, Annete: „Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbrüder und der Salafisten“, in: *GIGA Focus Nahost* 1/2012, S. 2.

⁸⁸⁰ Ebd.

⁸⁸¹ Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 2.

⁸⁸² Ebd.

⁸⁸³ Ebd.

⁸⁸⁴ Ebd.

⁸⁸⁵ Büchs, S. 2.

⁸⁸⁶ Vgl. Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 2.

⁸⁸⁷ Vgl. Hofheinz, S. 124.

⁸⁸⁸ Vgl. Büchs, S. 2f.

⁸⁸⁹ Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 2.

zu einer deutlichen „Auffächerung des islamistischen Spektrums“⁸⁹⁰ führte. Diese Entwicklung zeigt sich eindrucksvoll im ägyptischen Wahlkampf, in dem ganze zwölf neue religiöse Parteien die „monopolartige Stellung“⁸⁹¹ der Muslimbrüder untergruben. Dabei konkurrierten die verschiedenen Organisationen zwar grundsätzlich um ähnliche Wählergruppen, trotzdem gab es „markante Unterschiede“⁸⁹² in ihrer politischen und ideologischen Ausrichtung. Rosiny sah dabei nicht nur die Gefahr einer Wählerwanderung von Reform-Islamisten hin zu extremistischeren Parteien, sondern befürchtete auch schon früh, die Neugründungen könnten in der westlichen Wahrnehmung das „Zerrbild eines fundamentalistischen Islams bestätigen“ und den politischen Islamismus allgemein in Verruf bringen.⁸⁹³

5.3.3 Demokratisches Potential

AlDailami fordert angesichts dieser unübersichtlichen Situation die Einrichtung eines Demokratie-Seismographen für die arabische Welt. Empirische Studien sollen dabei helfen, ernst zu nehmende, demokratische Bestrebungen zu erkennen und zu unterstützen, auch wenn sie im „islamischen‘ Gewand“⁸⁹⁴ auftreten. Diese nüchternen Untersuchungen sollen dabei zum einen die oft irrationale Ablehnung islamistischer Parteien im Westen dämpfen, zum anderen aber auch die oft ebenso haltlose westliche Euphorie, sobald ein arabischer Machthaber auf säkulares, demokratisches Vokabular zurückgreift. Dabei geht der Staatswissenschaftler davon aus, dass „demokratisches Bewusstsein und demokratische Verhaltensmuster [...] weder signifikant positiv mit säkularen noch signifikant negativ mit religiösen Grundeinstellungen“⁸⁹⁵ korrelieren, sondern von Fall zu Fall neu bewertet werden müssen. Er gibt insgesamt vier Bedingungen vor, um den Grad der Demokratisierung einer bestimmten Organisation objektiv zu messen, die zum einen auf die parteipolitische Positionierung und zum anderen auf die persönliche Weltsicht der Mitglieder abzielt. So soll eine demokratische Partei fähig sein, konkurrierende politische Kräfte „in ihrem Existenz- und Mitwirkungsrecht zu akzeptieren“⁸⁹⁶ und – wenn nötig – Kompromisse mit ihnen eingehen. Die Mitglieder müssen dagegen fähig sein, ihre Überzeugungen „reflexiv zu überdenken“⁸⁹⁷ und zwischen ihrem persönlichen Weltbild und allgemeinen Normen zu unterscheiden.

⁸⁹⁰ Büchs, S. 1.

⁸⁹¹ Ebd.

⁸⁹² Ebd.

⁸⁹³ Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 3.

⁸⁹⁴ Ebd., S. 1.

⁸⁹⁵ Pabst et al., S. 165.

⁸⁹⁶ Ebd., S. 163.

⁸⁹⁷ Ebd.

Im konkreten Fall des Arabischen Frühlings geht AlDailami interessanterweise davon aus, dass islamistische Parteien ein größeres Interesse an einem schnellen und umfassenden Demokratisierungsprozess hatten, als ihre säkularen Konkurrenten, weil „sie ständig gegen das omnipräsente Vorurteil ankämpfen [mussten/müssen], sie seien per se undemokratisch.“⁸⁹⁸ Insbesondere US-amerikanische Massenmedien hatten die verschiedenen Strömungen der Muslimbruderschaft lange als einheitlichen radikalen und grundsätzlich demokratiefeindlichen Block gezeichnet.⁸⁹⁹ Tatsächlich reichte das demokratische Engagement religiöser Organisationen oft lange vor den Beginn der Revolutionsbewegung zurück. So hatten die ägyptischen Muslimbrüder schon seit Jahren auf die Errichtung einer fairen, unabhängigen Demokratie gedrängt, die „– unter den momentanen Umständen – die am besten geeignete Methode für die Staatsführung“⁹⁰⁰ sei. Auch für Rosiny erfüllten eine ganze Reihe der „Reform-Islamisten“ die Bedingungen des Demokratie-Seismographen. Der Politikwissenschaftler betont dabei besonders die pragmatische Kompromissbereitschaft zahlreicher religiöser Parteien, sowie ihre Forderung nach allgemeiner, demokratischer Partizipation und Durchsetzung rechtsstaatlicher Grundsätze.⁹⁰¹

Während diese Einschätzung von zahlreichen Experten geteilt wird, herrscht in anderen Punkten Uneinigkeit. So beschreibt Rosiny die Bedeutung von „Uneigennützigkeit und jenseitige[r] Belohnung“⁹⁰² statt reinem Profitdenken in zahlreichen islamistischen Organisationen, während andere Kommentatoren gerade deren kapitalistische Tendenzen hervorheben. Besonders deutlich wird das in der Darstellung des Politologen Werner Ruf, religiöse Parteien seien in der arabischen Welt „derzeit die einzigen, die konsequent das Prinzip der freien Marktwirtschaft vertreten“⁹⁰³, und könnten auf dieser Grundlage „verlässliche Partner des Westens und seiner wirtschaftlichen Interessen“⁹⁰⁴ werden. Auch AlDailami behandelt die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Annäherung und kommt in einer ersten Analyse zu dem Ergebnis, dass die islamischen Wahlsieger in Tunesien und Ägypten deutlich mehr mit westlichen Regierungen verbindet, als die meisten ihrer säkulareren Konkurrenten.⁹⁰⁵

⁸⁹⁸ Pabst et al., S. 163.

⁸⁹⁹ Vgl. Glover, Kelsey: „Analysis of CNN and The Fox News Networks’ framing of the Muslim Brotherhood during the Egyptian revolution in 2011“, in: *The Elon Journal of Undergraduate Research in Communications* 02/2011, S. 130.

⁹⁰⁰ Büchs, S. 5.

⁹⁰¹ Vgl. Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 1f.

⁹⁰² Ebd., S. 6.

⁹⁰³ Ruf, Werner: „Die Revolten im Maghreb: Sozialer Hintergrund und Perspektiven“, in: Schneider, Thorsten (Hrsg.): *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, Springer VS: Wiesbaden 2013, S. 202.

⁹⁰⁴ Ebd.

⁹⁰⁵ Vgl. Pabst et al., S. 163.

Die effektive Anwendung des Demokratie-Seismographen könnte dabei auch zu einer entscheidenden Kursänderung beim außenpolitischen Engagement westlicher Staaten in arabischen Ländern führen. So warnt Asseburg davor, nur solche Parteien und Organisationen zu unterstützen, „die eindeutig pro-westlich auftreten“⁹⁰⁶, stattdessen soll unter Einbeziehung verschiedenster Akteure auf eine zunehmende Demokratisierung der Gesellschaft hingearbeitet werden. Dabei fordert die Politikwissenschaftlerin auch neue Initiativen zur Verbesserung der politischen Bildung insbesondere in ländlichen Gebieten. Statt „sich zu stark auf [die einwandfreie Durchführung der] Wahlgänge zu fokussieren“⁹⁰⁷ sollten europäische Entwicklungshelfer früher ansetzen und sicherstellen, dass jede Partei im Wahlkampf die gleichen Chancen hat, ihr Programm zu verbreiten. Wenn ein allgemeiner „Konsens über Grundwerte und die künftige Verfasstheit des Gemeinwesens“⁹⁰⁸ gefunden sei, würden sich die Regierungschancen von Parteien, die die Bedingungen des Demokratie-Seismographen erfüllen automatisch erhöhen – unabhängig davon, ob sie islamistisch oder säkular auftreten.

5.4 Neubewertung der Wirksamkeit sozialer Netzwerke

Mit dem enttäuschenden Ausgang des Arabischen Frühlings in zahlreichen arabischen Staaten gewannen wissenschaftliche Modelle Aufwind, die den Einfluss der digitalen Netzwerke auf den Erfolg der Aufstände entweder gänzlich bestritten oder zumindest stark einschränkten. Allzu netzoptimistische Theoriegebäude wurden sukzessive an die geschaffenen politischen Fakten angepasst. Im Folgenden werden verschiedene Versuche nachgezeichnet und untersucht, die Wirksamkeit, Wirkrichtung beziehungsweise Wirkstärke des politischen Potentials der Onlinemedien im Licht der Entwicklungen des Arabischen Frühlings neu zu beschreiben.

In klarer Abgrenzung von netzoptimistischen Modellen behandelte das *Forum politische Bildung* in einer Veröffentlichung 2012 eine Einschätzung des Arabischen Frühlings „die als netzneutral oder netzrealistisch bezeichnet“⁹⁰⁹ wurde. Zentral war dabei die Aussage, dass technische Neuerungen und vereinfachte Kommunikationsnetze selbst „keine sozialen oder politischen Probleme lösen“⁹¹⁰. Ein Punkt, der – weniger radikal – schon in Enzensbergers

⁹⁰⁶ Asseburg: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, S. 31.

⁹⁰⁷ Ebd., S. 28.

⁹⁰⁸ Ebd.

⁹⁰⁹ Kneuer, S. 33.

⁹¹⁰ Ebd.

Sozialistischer Medientheorie angesprochen wurde⁹¹¹ und die bei einigen Netzoptimisten verbreitete Vorstellung eines automatischen Zugewinns an demokratischen Strukturen durch digitale Vernetzung untergräbt. Der einflussreiche weißrussische Publizist Evgeny Morozov geht noch einen entscheidenden Schritt weiter – bei ihm erscheint das Internet teilweise als wirkungsloses Beruhigungsmittel für Aktivisten. Wer sich in den Weiten der digitalen Welt für einen politischen Wechsel engagieren kann, brauche nicht auf der Straße für eine tatsächliche Änderung der Verhältnisse zu kämpfen.⁹¹² Die sozialen Medien werden damit einmal mehr auf die Rolle eines reinen „Ventil[s]“⁹¹³ herabgestuft, über das sich der angestaute Volkszorn relativ folgenlos entladen kann. Die Hoffnung des Westens, durch die Bereitstellung digitaler Kommunikationskanäle die Demokratisierung der arabischen Welt voranzutreiben bezeichnet er als „poor cure to the wrong disease“⁹¹⁴ – zunächst müssten die dringlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme der einzelnen Länder angegangen werden.

Nach Marianne Kneuer war eine der Hauptursachen der Enttäuschung über den Verlauf des Arabischen Frühlings und die Rolle der sozialen Medien die Unfähigkeit zwischen dem destruktiven und konstruktiven Potential der Onlinenetzwerke zu unterscheiden. So waren die digitalen Medien zwar oft hilfreiche Werkzeuge zum Untergraben und Stürzen der alten Systeme. Um sie zur Installation einer neuen Ordnung einzusetzen, müsste aber zuerst ein „Umschalten“⁹¹⁵ in einen konstruktiven Modus erfolgen. Die sozialen Medien wären damit im Westen als demokratiestiftend missverstanden worden, obwohl sie zuallererst destruktive Funktionen erfüllten.

5.4.1 Problematik einer „politischen Partizipation light“

Der Politikwissenschaftler Jupp Legrand fasste die enttäuschten Erwartungen in das politische Potential der Online-Netzwerke 2015 mit der nüchternen Bemerkung zusammen, die modernen Medien hätten „viele ihrer Verheißungen [...] nicht umsetzen“⁹¹⁶ können. Andere Wissenschaftler gingen deutlich weiter und schlugen in ihren Befürchtungen teilweise ins andere Extrem um. Stand der zunehmende Einfluss der digitalen Welt früher für eine Belebung demokratischer Strukturen, wurde er jetzt zunehmend als Bedrohung einer gleichberechtigten, effektiven Teilnahme an gesellschaftlichen Leben gesehen – und das nicht

⁹¹¹ Enzensberger: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, S. 111.

⁹¹² Vgl. Morozov, Evgeny: *The Net Delusion*, Penguin Books: London 2011, S. 202.

⁹¹³ Bouzid, S. 98.

⁹¹⁴ Morozov, S. 31.

⁹¹⁵ Kneuer, S. 34.

⁹¹⁶ Merkel, S. 2.

nur in den jungen arabischen, sondern auch in den etablierten westlichen Demokratien. So beschreibt Wolfgang Merkel die wachsende Online-Fokussierung des politischen Lebens Mitte der 2010er sehr allgemein als mögliche Gefahr für demokratische Gesellschaften. Mit der Verbreitung einer „Politische[n] Partizipation light“⁹¹⁷, einer Legitimationskrise der Regierungen und einer zunehmenden Spaltung der Bevölkerung wird im Folgenden auf drei Szenarien einer solchen Entwicklung eingegangen.

Merkel sieht in der schnelllebigen Welt der sozialen Netzwerke die Gefahr einer politischen Abstumpfung. Interessierte und potentiell engagierte Mediennutzer würden ihren Aktivismus gänzlich in kurzfristigen digitalen Kampagnen ausleben und so die tagespolitischen Probleme aus dem Blick verlieren. Diese Befürchtungen decken sich in weiten Teilen mit Mosers Studien zur Partizipation online. Der Medienpädagoge zeichnete schon Ende 2011 ein pessimistisches Bild der politischen Kommunikationsgesellschaft im Internet. Für ihn entwickeln sich die westlichen Staaten Schritt für Schritt in Richtung „Lifestyle-Demokratie“⁹¹⁸: Große Teile der jüngeren Generation ziehen sich mehr und mehr ins Private zurück und engagieren sich ausschließlich für politische Themen, die sich als Statement eines bestimmten Lebensstils verstehen lassen – eine Auseinandersetzung mit tagespolitischen Fragen findet dagegen kaum noch statt.

In der digitalen Welt finden damit besonders Kampagnen Anklang, die sehr allgemeine „Themen wie globale Erwärmung, soziale Verantwortung, einen gerechten Welthandel“⁹¹⁹ behandeln. Allgemein scheint es vielen leicht zu fallen sich online „mit einem [...] Klick zu einer Haltung“⁹²⁰ zu bekennen – auf die Bereitschaft sich auch in der analogen Welt für die politischen Ziele einzusetzen, hat das aber wenig Einfluss. Die politische Kommunikation in den sozialen Netzwerken scheint damit im Westen noch ein ganzes Stück davon entfernt zu sein, was zivilgesellschaftlich ausgerichteten Netzoptimisten als „Beratungsdemokratie“ vorschwebte. Um tatsächlich „als Ergänzung oder Konkurrenz“⁹²¹ zum analogen politischen System zu funktionieren, braucht es eine stärkere Kultur umfassenden politischen Engagements – Moser spricht von „pflichtbezogenen“⁹²² Bürgern.

In ihrer Studie aus dem Jahr 2014 geht Claudia Ritzi noch einen Schritt weiter und stellt offen die Frage, „ob das Internet [...] ein ‚Spaßmedium‘ ist“⁹²³. Sie untersucht, ob politisches

⁹¹⁷ Merkel, S. 66.

⁹¹⁸ Moser, S. 8.

⁹¹⁹ Ebd., S. 9.

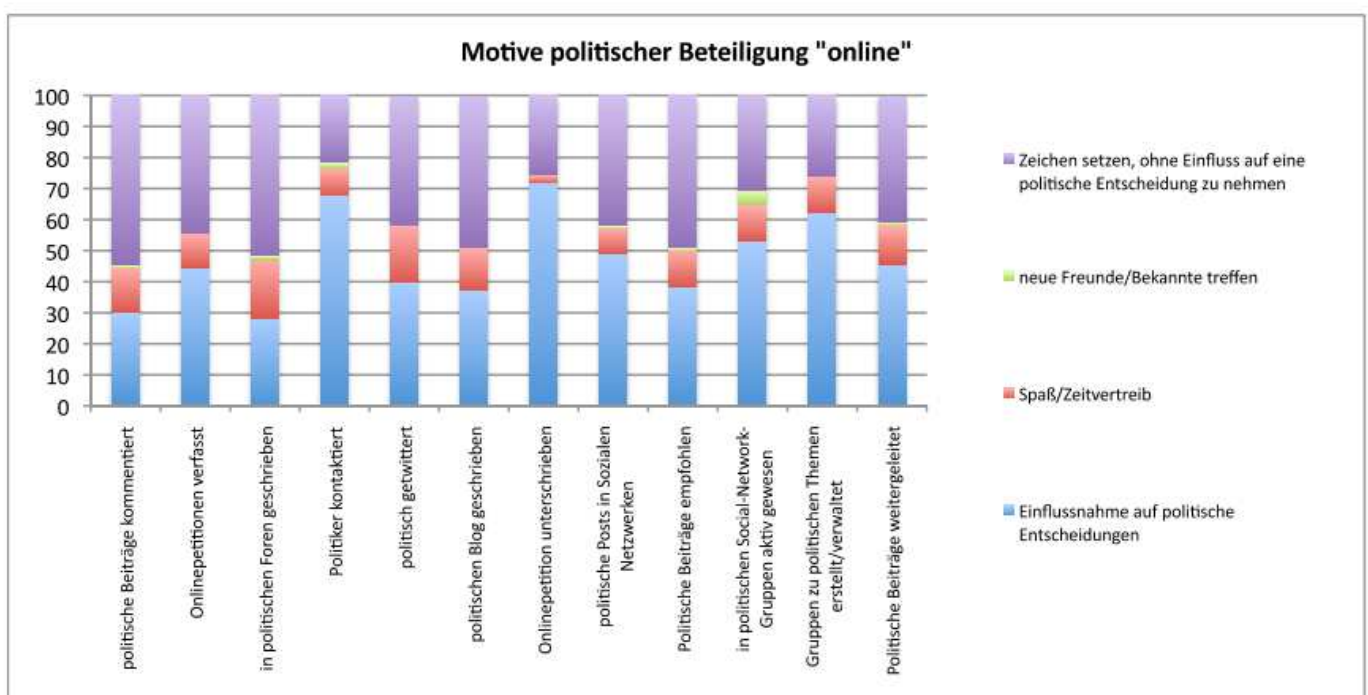
⁹²⁰ von Rohr, S. 140.

⁹²¹ Winkel: „Interaktive Informationstechnologie und politische Partizipation – Befunde, Diagnosen, Entwicklungsperspektiven“, S. 36.

⁹²² Moser, S. 9.

⁹²³ Ritzi et al., S. 25.

Engagement online generell weniger ernsthaft und ergebnisorientiert betrieben wird, als in der analogen Welt und unterscheidet dabei zwischen tatsächlicher und rein symbolischer Partizipation, bei der der Aktivist selbst nicht dran glaubt „konkreten Einfluss auf das politische System zu nehmen“⁹²⁴. Auch sie will damit offenbar besonders die zivilgesellschaftlich ausgerichtete Form des Netzoptimismus überprüfen. Ritzi knüpft weitreichende Konsequenzen an die Unterscheidung der beiden Partizipationstypen: Wenn die Internetnutzer tatsächlich häufig nur zur Unterhaltung und ohne klare Zielsetzung an digitalen Kampagnen teilnehmen, stellt sich für sie die Frage, „welche Rolle diese Aktivitäten überhaupt für die Politik besitzen können“⁹²⁵.



Grafik 11: Die Motive der politischen Beteiligung online nach verschiedenen Partizipationsformen
Quelle: Ritzi et al., S. 27.

Tatsächlich kann die Politikwissenschaftlerin entscheidende Unterschiede in der Motivation von On- und Offline-Aktivisten feststellen. In der digitalen Welt gaben deutlich mehr Befragte an, sich hauptsächlich aus Spaß oder zum Zeitvertreib politisch zu engagieren – in einigen Formen der Partizipation betrug dieser Anteil dabei knapp 20 %. In der Offline-Vergleichsstudie erreichte diese Motivation nur etwa die Hälfte dieser Werte. Noch deutlicher war die Abweichung, bei der Frage ob die Beteiligten in erster Linie ein „Zeichen setzen [wollen], ohne Einfluss auf eine politische Entscheidung zu nehmen“⁹²⁶. Hier stimmten in mehreren Gruppen mehr als 50 % der online Engagierten zu, während die Vergleichsstudie

⁹²⁴ Ritzi et al., S. 25.

⁹²⁵ Ebd.

⁹²⁶ Ebd., S. 27.

keine solchen Werte verzeichnete und in über der Hälfte der untersuchten Fälle deutlich unter einem Drittel blieb. Was Moser für die konkrete Gruppe der Facebook-Aktivisten ermittelt hatte, könnte sich damit sehr allgemein bestätigen. Das so lange für seine aufrüttelnde Wirkung gefeierte Internet, scheint – mindestens im Rahmen der untersuchten westlichen Demokratien – eher einer „Partizipation light“ Vorschub zu leisten.

5.4.2 Problematik einer Legitimationskrise

Ritzi betont, dass jede Form von politischer Herrschaft – insbesondere demokratische Strukturen – ständiger Legitimation bedürfen. Gelingt das dem Machthaber nicht, entfällt „eine Voraussetzung für die dauerhafte Stabilität“⁹²⁷ des Staates und es ist nur eine Frage der Zeit bis zum politischen Umsturz. Diese Darstellung deckt sich mit der Beobachtung, dass drei der untersuchten Revolutionen erst ausbrachen, als mit der Versorgung der Bevölkerung die rein Wirtschaft-basierte Legitimation der Herrscher in Gefahr geriet.⁹²⁸ In ihrer Studie greift Ritzi die gängige These auf, eine niedrige Wahlbeteiligung schädige den Legitimationsanspruch der gewählten Regierung und überträgt das Argumentationsmuster auf die Möglichkeiten der digitalen politischen Partizipation. Unter Rückgriff auf verschiedene Demokratiemodelle diskutiert sie, ob die Tatsache, dass nur ein Bruchteil der Bevölkerung das politische Potential der neuen Medien effektiv für langfristige Partizipation nutzt⁹²⁹, zu einer Legitimationskrise westlicher Staaten führen kann. Dabei geht sie insbesondere auf elitäre Kreise ein, die den digitalen Beteiligungsmöglichkeiten „aus einer Skepsis hinsichtlich der Vernunftfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger“⁹³⁰ kritisch gegenüberstehen und die Ritzi unter anderem mit dem europäischen Bürokratieapparat in Verbindung bringt.

Letztendlich kommt die Politikwissenschaftlerin allerdings zu dem Schluss, dass die geringe Beteiligung weiter Teile der Bevölkerung an politischer Onlinearbeit allein kein Indiz eines allgemeinen Legitimationsproblems sein kann – „jeder Bürger hat ein Recht darauf, sich politisch nicht zu beteiligen“⁹³¹. Ein volles Ausschöpfen des demokratischen Potentials der neuen Medien würde zudem eine „Partizipation rund um die Uhr“⁹³² verlangen, was von keinem noch so engagierten Bürger gefordert werden kann. Es spielt damit keine Rolle wie viele Internetnutzer sich am Onlineaktivismus beteiligen oder wie ernst sie ihre Aufgabe

⁹²⁷ Ritzi et al., S. 6.

⁹²⁸ Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, S. 15.

⁹²⁹ Vgl. Ritzi et al., S. 34.

⁹³⁰ Ebd., S. 8.

⁹³¹ Ebd., S. 34.

⁹³² Ebd.

nehmen; auch eine Zunahme von reiner „Symbolpartizipation“⁹³³ stellt damit grundsätzlich kein legitimatorisches Problem dar. Die einzige Voraussetzung ist für Ritzi, dass jeder Bürger prinzipiell die Möglichkeit hat, jederzeit und im vollen Umfang auf sein digitales Partizipationspotential zuzugreifen.

5.4.3 Problematik einer gesellschaftlichen Spaltung

In der Praxis beobachtet die Politikwissenschaftlerin allerdings „massive Verzerrungen“⁹³⁴ in der Welt des Onlineaktivismus. Während einzelne gesellschaftliche Gruppen im digitalen Raum überrepräsentiert sind und die Debattenkultur in den sozialen Medien prägen, engagieren sich weite Teile der Bevölkerung kaum auf diesem Feld. Teilweise werden sie sogar durch externe Faktoren daran gehindert, effektiv an der Onlinepartizipation teilzunehmen. Je länger diese digitale „Trennung zwischen Teilen der (Welt-)Bevölkerung“⁹³⁵ erhalten bleibt, desto größer wird für Ritzi die Gefahr von nationalen wie internationalen Spannungen, die im Extremfall zu einer gesellschaftlichen Spaltung führen könnten. Während des Arabischen Frühlings wurde diese Entwicklung besonders an den verschwindend niedrigen Wahlergebnissen der neu gegründeten netzaktivistischen Parteien bemerkbar. Offenbar identifizierte sich eine überwältigende Mehrheit der arabischen Bürger nicht mit den internetaffinen Gruppierungen, die ihnen im Gegenzug „Naivität und sogar [...] Ignoranz“⁹³⁶ vorwarfen.

Zwar hat die digitale Welt durch Einführung der sozialen Netzwerke im Lauf der letzten Jahrzehnte viel von ihrem ursprünglichen elitären Charakter verloren und steht jetzt breiteren Bevölkerungsschichten offen als je zuvor – trotzdem finden sich unter den Netzaktivisten noch immer unverhältnismäßig viele gut ausgebildete und wohlhabende Internetnutzer. In den Ländern des Arabischen Frühlings lässt sich dieses Ungleichgewicht mit dem stark „einkommensabhängigen Verbreitungsgrad von Hardware und Internetanschlüssen“⁹³⁷ erklären. Insbesondere in ländlichen Regionen hatten viele politisch Interessierte schlicht nicht die Möglichkeit, sich online zu engagieren. Mit den Studenten führten hier auch oft überdurchschnittlich ausgebildete und junge Bürger die Onlinerevolution an.⁹³⁸ Ritzi stellt in der westlichen Welt eine ähnlich deutliche Spaltung entlang der Generationengrenze fest. So sind auch im vergleichsweise flächendeckend vernetzten Deutschland 25-44-Jährige nur etwa

⁹³³ Ritzi et al., S. 35.

⁹³⁴ Ebd., S. 34.

⁹³⁵ Ebd., S. 29.

⁹³⁶ Badawy, S. 151.

⁹³⁷ Ritzi et al., S. 13.

⁹³⁸ Vgl. Arab Social Media Report 2011, S. 12.

halb so häufig in sozialen Netzwerken registriert wie 16-24-Jährige. Aus der Gruppe der Über-60-Jährigen nutzt überhaupt nur jeder Dritte das Internet, entsprechend gering ist der netzpartizipatorische Input dieser Altersklasse.⁹³⁹

Doch auch in der digitalen Welt lässt sich eine zunehmende Lagerbildung feststellen. Der Medienwissenschaftler Hans-Dieter Kübler beschrieb schon zu Beginn der 2000er die Bedrohung demokratischer Systeme durch eine Fragmentierung der Onlinewelt. Wenn sich die Internetnutzer „in Teilöffentlichkeiten oder gar unzählige Interessenten- und Nutzergruppen“⁹⁴⁰ aufspalten, sieht er die für den demokratischen Prozess so entscheidende politische Debattenkultur in Gefahr. Diese Problematik wird heute meist unter dem – interessanterweise seit Sommer 2011 etablierten – Begriff der Filterblase behandelt. Indem Algorithmen, mathematische Verfahren innerhalb der Webseiten, das Onlineverhalten der Nutzer analysieren, elaborierte Persönlichkeitsprofile für sie erstellen und ihnen bevorzugt politisch kompatible Links und Inhalte vorschlagen, wird die für eine Debatte so entscheidende Auseinandersetzung mit abweichenden Standpunkten untergraben. Verschiedene politische Strömungen bleiben in ihren geschlossenen „Blasen“ und erhalten nur noch Informationen, die ins jeweilige Weltbild passen, Kontakt zu anderen Lagern findet im Extremfall gar nicht mehr statt.⁹⁴¹ In der Praxis geht dieser Effekt dabei nicht so weit, wie in Küblers Darstellung, nach der „ein Großteil des Publikums die bedeutenden Themen überhaupt nicht mehr mitbekomme“⁹⁴² – tatsächlich steigt der Grad der politischen Information durch die zunehmende Vernetzung ja sogar.⁹⁴³ Trotzdem stellt dieses Phänomen ein bis heute ungelöstes gesellschaftliches Problem der digitalen Welt dar.

Angesichts dieser unterschiedlichen Faktoren geht Ritzi von insgesamt drei verschiedenen Formen der gesellschaftlichen Spaltung durch die neuen politischen Partizipationsmöglichkeiten aus. Eine erste Linie verläuft zwischen dem Teil der Bevölkerung, der Zugang zu sozialen Medien hat und der oft weitaus größeren Menge ohne die nötigen technischen Voraussetzungen. Die Online-Gruppe teilt sich dann wiederum entlang des Bildungsgrades in aktivistischere und passivere Nutzer. Als drittes Trennungsmerkmal schlägt die Politikwissenschaftlerin die unterschiedliche Motivationslage für digitale und analoge Partizipation vor. Ihre Studie belegt, dass westliche Offline-Aktivisten meist von der Sinnhaftigkeit ihrer Maßnahmen überzeugt sind, während ihre Online-Mitstreiter häufig „nicht die Erwartung

⁹³⁹ Vgl. Ritzi et al., S. 12f.

⁹⁴⁰ Kübler, S. 126.

⁹⁴¹ Vgl. Pariser, S. 12f.

⁹⁴² Kübler, S. 126.

⁹⁴³ Vgl. Vowe et al., S. 55.

hegen, [...] Einfluss auf das politische Zentrum nehmen zu können“⁹⁴⁴. Wo Moser eine leichtfertige „Lifestyle“-Demokratie“⁹⁴⁵ beschrieben hatte, mischt sich für Ritzi hier „ein bitterer Beigeschmack der politischen Hilflosigkeit“⁹⁴⁶ in die Arbeit der Netzaktivisten. – Ein Gefühl, das sie angesichts des zunehmenden Einflusses ökonomischer Interessen in die politische Sphäre als nicht unbegründet ansieht und das den ideologischen Graben zwischen den Netzaktivisten und dem Rest der Bevölkerung noch vertiefen könnte.

5.5 Neubewertung der Wirkrichtung sozialer Netzwerke

Andere Beobachter wiesen darauf hin, dass die digitalen Medien zu lange nur als exklusive Werkzeuge der Aufständischen behandelt worden waren. Tatsächlich ließen sie sich als zuallererst „neutrale Plattformen“⁹⁴⁷ genauso leicht für die Stärkung autokratischer Strukturen und Ideen einsetzen wie für deren Sturz. Während der Berichterstattung über online unterstützte Revolutionsversuche, hatte sich im Westen aber mehr und mehr das Bild geschlossener Fronten durchgesetzt, bei denen die eine Seite auf digitale Medien setzte, während die andere auf militärische Gewalt zurückgriff⁹⁴⁸ – dabei hatten sich in jedem Fall auch die staatlichen Kräfte der neuen Medien bedient. Insbesondere soziale Netzwerke wie Facebook boten Sicherheitskräften eine Reihe von Möglichkeiten, missliebige politische Aktivisten relativ unkompliziert frühzeitig auszumachen und zu identifizieren. Dabei spielt ihnen zum Beispiel Facebooks umstrittene Klarnamenpflicht in die Hände, die jeden Aktivisten – zumindest in der Theorie – verpflichtet im Netzwerk unter seinem bürgerlichen Namen zu agieren.⁹⁴⁹

Die Ereignisse des Arabischen Frühlings liefern zahlreiche Beispiele, wie Machthaber die digitalen Medien nutzten, um ihre Gegner ausfindig zu machen oder durch eingeschleuste staatsreue „Agents Provocateurs“⁹⁵⁰ Einfluss auf die Protestbewegung zu nehmen. Während die ägyptische Regierung verhältnismäßig spät auf das politische Potential sozialer Netzwerke reagierte, kam es in Tunesien zum digitalen Schlagabtausch, bei dem sich die staatlichen Kräfte als ausgesprochen netzkompetent erwiesen. Sicherheitskräfte infiltrierten die sozialen Netzwerke und unternahmen immer wieder – mehr oder weniger erfolgreiche – Versuche, die

⁹⁴⁴ Ritzi et al., S. 29.

⁹⁴⁵ Moser, S. 8.

⁹⁴⁶ Ritzi et al., S. 35.

⁹⁴⁷ Groebel, S. 115.

⁹⁴⁸ Vgl. von Rohr, S. 139.

⁹⁴⁹ Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 32.

⁹⁵⁰ Groebel, S. 115.

Aktivisten zu entzweien oder geplante Demonstrationen abzusagen.⁹⁵¹ Andere arabische Staaten lernten aus den Fehlern und Lücken ihrer Internet-Sicherheitskonzepte und verschärften die eigenen Vorsichtsmaßnahmen, so dass revolutionärere Bestrebungen online umgehend staatlich erfassbar und damit effektiv kontrollierbar wurden.⁹⁵² Dabei griffen sie immer wieder auf Überwachungs- und Zensursysteme zurück, die „von Anbietern aus den USA [oder] Europa“⁹⁵³ aufgebaut worden waren. Auch Googles Erfolg, über Satellitentelefone ein unabhängiges Kommunikationsnetz unter ägyptischen Aktivisten zu etablieren, blieb in dieser Form einmalig. Entgegen aller netzeuphorischen Theorien hatten verschiedene Regierungen auch das Medium Internet und die sozialen Netzwerke letztendlich erfolgreich unter ihre Kontrolle gebracht.

5.5.1 Digitale Medien als Kontrollinstrumente außerhalb der arabischen Welt

Angesichts dieser neuen Möglichkeiten staatlicher Eingriffe gingen einige Kommentatoren so weit, die digitalen Netzwerke allgemein zur Bedrohung für revolutionäre Bewegungen zu erklären. So wurde im *Dalhousie Journal of Interdisciplinary Management* im Frühjahr 2013 diskutiert, ob das Internet in letzter Konsequenz bestehende politische Strukturen stütze, den Mächtigen nütze und die politisch Andersdenkenden gefährde.⁹⁵⁴ Vertreter dieses um sich greifenden Netzpessimismus verwiesen daneben auf andere undemokratische Staaten, die ihren Einfluss auf das Leben des Einzelnen durch verhältnismäßig hohe Internetnutzerraten eher noch vergrößern konnten. Den Regierungen von autoritären Staaten wie China gelang es, die digitalen „Netzwerke zum Kontrollinstrument oder gar zur Fahndung“⁹⁵⁵ nach Andersdenkenden umzufunktionieren. – Womit ausgerechnet in dem Land eine verstärkte staatliche Kontrolle aufgebaut werden konnte, von dem sich frühe Netzoptimisten eine schnelle Revolution versprochen hatten.⁹⁵⁶ Dieses Beispiel widerlegt dabei auch eindrucksvoll die lange propagierte Verknüpfung zwischen staatlicher Zensur und dramatischen wirtschaftlichen Einbußen, von dem auch Enzensberger ausging.⁹⁵⁷ Während hier auf offizielle Zensurprogramme zurückgegriffen wurde, gelang es Russland allein durch Cyberattacken und eine Atmosphäre der ständigen staatlichen Überwachung, alle Protestbewegungen online zu

⁹⁵¹ Vgl. Torres-Soriano, Manuel: „Internet as a Driver of Political Change: Cyber-Pessimists and Cyber-Optimists“, in: *Journal of the Spanish Institute of Strategic Studies* 1/2013, S. 342.

⁹⁵² Vgl. Howard et al.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, S. 31.

⁹⁵³ Demmelhuber, S. 147.

⁹⁵⁴ Vgl. Cook, S. 8f.

⁹⁵⁵ Kneuer, S. 31.

⁹⁵⁶ Vgl. Buchstein, S. 588.

⁹⁵⁷ Vgl. Enzensberger: „Baukasten zu einer Theorie der Medien“, S. 102.

unterdrücken.⁹⁵⁸ Während die politischen Langzeiterfolge des Arabischen Frühlings von Tag zu Tag unsicherer wurden, bestanden diese Beispiele des Internets als Kontrollinstrument den Test der Zeit. Letztendlich scheinen auch für Enzensberger die Gefahren der digitalen Welt ihr revolutionäres Potential zu überwiegen. In einem im Februar 2014 erschienen Artikel fordert er seine Leser auf, auf den Gebrauch von Handys und sozialen Netzwerken – und damit zwei der meist gefeierten Medien der arabischen Protestbewegung – zu verzichten. Stattdessen betont er die Gefahr eines immer engmaschigeren Onlineüberwachungsapparates, der zunehmend demokratische Grundwerte untergräbt und immer mächtiger wird „bis zu dem Tag [...], an dem eine Mehrheit der Einwohner unseres Landes am eigenen Leib erfährt, was ihnen widerfahren ist.“⁹⁵⁹ Die digitalen Medien sind für ihn damit nicht nur in diktatorisch geführten Staaten, sondern auch im Westen endgültig zum Werkzeug der Unterdrücker geworden.

5.5.2 Erstarken staatlicher Strukturen in der arabischen Online-Landschaft

Durch die gesteigerte Aufmerksamkeit für die Möglichkeiten sozialer Netzwerke kam es im Anschluss an die Ereignisse des Arabischen Frühlings in verschiedenen betroffenen Ländern zu tiefgreifenden Verschiebungen in der Beziehung zwischen On- und Offline-Welt, die teilweise bis heute nachwirken. Allerdings erfüllten sich die von vielen westlichen Beobachtern gehegten Hoffnungen, die neue Form der digitalen Verknüpfung könnte zum Garant eines demokratischen Zeitalters werden⁹⁶⁰ oder zumindest „ein Informationsfeld [...] schaffen, in dem eine unkritische Hofberichterstattung keine Zukunft mehr hat“⁹⁶¹, in vielen Fällen nicht. Stattdessen kam es in einigen Teilen der arabischen Welt im Anschluss an die Revolution sogar zu einer breiten Abkehr von den sozialen Netzwerken. Albrecht Hofheinz erklärt diese Entwicklung mit einem neuen Misstrauen gegen die digitalen Medien – im Besonderen gegen Facebook. Zahlreiche junge Araber hatten sich in der Euphorie der Revolutionsbewegung eine unübersichtliche „Freundesliste“ aufgebaut und dabei auch Anfragen von Unbekannten akzeptiert. Im Nachgang der Rebellion wurde „es ihnen unter so vielen Unbekannten [zunehmend] unheimlich zumute“⁹⁶² und sie zogen sich mehr und mehr aus dem Netzwerk zurück.

⁹⁵⁸ Vgl. von Rohr, S. 141.

⁹⁵⁹ Enzensberger: *Wehrt Euch!*.

⁹⁶⁰ Vgl. Kircher, S. 136.

⁹⁶¹ Hofheinz, S. 121.

⁹⁶² Ebd., S. 120.

Hofheinz bringt dieses Misstrauen mit dem digitalen „Katz-und-Maus-Spiel“⁹⁶³ verschiedener arabischer Regime in Verbindung, die immer wieder versuchten, die neuen Kommunikationsnetze zu unterwandern und zur Identifizierung von Aufständischen zu nutzen. Diese staatlichen Assimilationsversuche endeten dabei in zahlreichen Ländern nicht mit dem Ende der Revolutionsbewegung, sondern wurden in einzelnen Bereichen noch intensiviert. So gewannen soziale Netzwerke in Ägypten mehr und mehr Bedeutung für „den innenpolitischen Informationsfluss“⁹⁶⁴. Twitter und Facebook wurden immer öfter zum halb-offiziellen Verlautbarungsorgan von Politikern und staatlichen Institutionen. Auch Vertreter des politischen Islam, die schon lange online präsent waren, drängten jetzt in weiten Teilen der arabischen Welt vermehrt in die sozialen Netzwerke und übertönten die „liberalen und linken Stimmen“⁹⁶⁵, die den Arabischen Frühling in der digitalen Welt geprägt hatten, in vielen Fällen.

Die Anwesenheit von mehr und mehr offiziellen Politikern und Staatsorganen in den sozialen Netzwerken führte dabei zu einer deutlichen Verschiebung im Verhältnis zwischen den digitalen und klassischen Nachrichtenkanälen. Für Hofheinz „dreht[e] sich das Verhältnis ‚alter‘ und ‚neuer‘ Medien [sogar] um“⁹⁶⁶. Während Onlinedebatten früher oft um Themen kreisten, die ursprünglich offline veröffentlicht worden waren, griffen jetzt immer mehr Fernseh-, Radio- und Print-Journalisten auf digitale Quellen zurück. Al Jazeera hatte mit der systematischen Aufarbeitung von Twitter- und Facebook-Beiträgen offenbar einen Trend gesetzt. Mit dem vermehrten Rückgriff auf die digitale Debattenkultur, fielen damit interessanterweise auch in der Offline-Berichterstattung einige Tabus und es wurden Themen aufgegriffen, „welche in der ‚realen‘ Öffentlichkeit [lange] nicht besprochen werden konnten“⁹⁶⁷. Hofheinz bringt wieder ein Beispiel aus der Entwicklung in Ägypten, wenn er betont, dass während der Herrschaft des Obersten Militärrats sogar der staatlich kontrollierte Rundfunk die „politische und wirtschaftliche Rolle der Armee“⁹⁶⁸ offen kritisieren konnte. – Frühe Anklänge einer sukzessiven Verbesserung der politischen Situation durch den Einsatz der neuen Medien, die bei verschiedenen Beobachtern zu einer Neubewertung ihrer Wirkstärke führten.

⁹⁶³ Hofheinz, S. 122.

⁹⁶⁴ Ebd., S. 121.

⁹⁶⁵ Ebd.

⁹⁶⁶ Ebd.

⁹⁶⁷ Kircher, S. 119.

⁹⁶⁸ Hofheinz, S. 121.

5.6 Neubewertung der Wirkstärke sozialer Netzwerke

Tatsächlich beließen es zahlreiche Beobachter bei einer Anpassung der Wirkstärke sozialer Medien, statt ihre demokratisierende Wirkung im Ganzen zu hinterfragen oder die digitalen Medien gar vorrangig zu Werkzeugen der autoritären Machthaber zu erklären. So warnten Lance Bennett und Alexandra Segerberg schon im April 2012 vor einer Überschätzung der sozialen Medien – sowohl als Revolutions- wie auch als Unterdrückungsinstrument.⁹⁶⁹ Allerdings fanden verschiedene westliche Kommentatoren auch in einem Modell stark eingeschränkten politischen Potentials sozialer Netzwerke Raum für netzoptimistische Ansätze. Die Onlinenetzwerke bleiben bei ihnen potentiell mächtige Instrumente für einen demokratischen Umsturz, entfalten ihre Wirkung aber nicht, wie während des Arabischen Frühling gehofft, binnen Monaten, sondern über Jahrzehnte – und in manchen Modellen über Generationen hinweg. Kircher betont die Möglichkeit online „Diskurse anzustoßen und aufrechtzuerhalten“⁹⁷⁰ – insbesondere über Blogs könnte so gesellschaftlich relevanten Themen eine größere Bühne geboten werden. Ahmad Badawy spricht im Zusammenhang mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten gar von einer „ägyptischen ‚Aufklärung‘“⁹⁷¹. Viele Ägypter würden erst über digitale Kanäle mit verschiedenen politischen Konzepten und Meinungen konfrontiert und könnten sich hier erstmals über wichtige gesellschaftliche Fragen austauschen.

Auch das *Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit* scheint große Stücke auf einen sukzessiven Gesellschaftswandel der arabischen Staaten zu halten, der durch eine offene digitale Debattenkultur angeregt wird. So riet es der deutschen Politik, angesichts der unsicheren Zukunft Ägyptens, Ende 2011 über die sozialen Netzwerke „kreative Außenpolitik zu betreiben“⁹⁷² und so die Demokratisierungsbemühungen zu unterstützen. Vereinzelt wurde sogar argumentiert, eine langsamere Entwicklung demokratischer Strukturen sei einer übereilten Revolution grundsätzlich vorzuziehen. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler David Sorenson warnte schon im Herbst 2011 „sometimes the too-rapid diffusion of democratic governance may carry the seeds of its own destruction.“⁹⁷³ Auch AlDailami zeichnet eine langwierige gesamtgesellschaftliche Entwicklung vor, die er als „Lernprozess [sieht], der Generationen anhält und von heftigen *internen* und *externen* Widerständen

⁹⁶⁹ Bennett et al., S. 760.

⁹⁷⁰ Kircher, S. 134.

⁹⁷¹ Badawy, S. 148.

⁹⁷² El Difraoui, Asiem: „Es gibt keine ‚Facebook-Revolution‘ – aber eine ägyptische Jugend, die wir kaum kennen“, in: Asseburg (Hrsg.): *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen*, S. 19.

⁹⁷³ Sorenson, David: „Transitions in the Arab World: Spring or Fall?“, in: *Air War College Strategic Studies Quarterly*, 3/2011, S. 44.

verlangsamt werden kann“⁹⁷⁴. Im Lauf der Zeit würden aber immer mehr diktatorisch geführte Staaten dem wachsenden Druck nachgeben und weitreichende Reformen zulassen. Dabei betont der Staatswissenschaftler allerdings, dass dieser politische Wandlungsprozess nicht zur Schaffung von Demokratien nach rein westlichem Vorbild führen muss. Wenn „Kategorien wie Demokratie oder Menschenrechte in Kulturen integriert werden sollen, die über einen völlig anderen historischen Hintergrund verfügen als Europa“⁹⁷⁵, müssten neue Strukturen gefunden werden, um den gesamtgesellschaftlichen Frieden zu wahren.

Die Hoffnung auf eine sukzessive Festigung humanistischer und demokratischer Grundwerte in der arabischen Gesellschaft ist dabei wissenschaftlich nicht unumstritten. So hatte die bereits behandelte Untersuchung von Gerhard Vowe und Martin Emmer gezeigt, dass die Nutzung sozialer Medien zur politischen Information kaum längerfristigen Einfluss auf die Haltung der Nutzer hat.⁹⁷⁶ Daneben ist zu befürchten, dass nur eine kleine Elite onlineaffiner Interessierter von dem Einstellungswandel betroffen wäre. In einzelnen Staaten – wie Ägypten – wurden nach den Ereignissen des Arabischen Frühlings tiefe ideologische Gräben zwischen den Netzaktivisten und dem traditioneller orientierten Teil der Bevölkerung gezogen, sodass eine Auswirkung digitaler Stimmungen auf die Gesellschaft im Ganzen unrealistisch wirkt.⁹⁷⁷ Zwar deuten Erhebungen des *Arab Social Media Reports* darauf hin, dass seit den Ereignissen des Arabischen Frühlings Bevölkerungsschichten ihren Weg in die sozialen Netzwerke gefunden haben, die vorher nicht in der digitalen Welt aktiv waren⁹⁷⁸, um wirklich gesamtgesellschaftlich wahrgenommen zu werden, müsste die politische Umbruchstimmung aber von unabhängigen Medien – insbesondere Fernsehkanälen – aufgenommen werden⁹⁷⁹. Ideal wäre dabei eine dauerhafte symbiotische Zusammenarbeit wie sie sich während der Aufstände zwischen Al Jazeera und den ägyptischen Aktivisten entwickelt hatte. Der Sender konnte mit seinen seit Mitte der 1990ern ausgestrahlten Fernseh-Debatten zwischen Islamisten und Säkularen bereits unter Beweis stellen, dass er Vertreter sehr verschiedener politischer Richtungen ins Gespräch und damit neue Positionen ins allgemeine Bewusstsein bringen kann.⁹⁸⁰ Auch ohne direktes revolutionäres Potential könnten die

⁹⁷⁴ Pabst et al., S. 164.

⁹⁷⁵ Ebd.

⁹⁷⁶ Vgl. Vowe et al., S. 55.

⁹⁷⁷ Vgl. Badawy, S. 151.

⁹⁷⁸ Vgl. Arab Social Media Report Bd. 2, Nr. 1, *Social Media in the Arab World: Influencing Societal and Cultural Change?*, Dubai School of Government, 2012, http://www.mbrsg.ae/getattachment/6fff5f9f-add5-48d2-8b24-3f4c6acebb66/The-Fourth-Arab-Social-Media-Report-Influencing-So_, (Letzter Zugriff: 05.04.2018), S. 13.

⁹⁷⁹ Vgl. Kircher, S. 127f.

⁹⁸⁰ Vgl. Rosiny: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, S. 7.

Onlinenetzwerke so langfristig tatsächlich Einfluss auf die gesellschaftliche Stimmungslage nehmen und einen politischen Wechsel unterstützen.

5.6.1 Suche nach einem positiven Selbstbild im Arabischen Frühling

Die Hoffnung auf eine netzgestützte sukzessive Wandlung der arabischen Gesellschaft und ein neuer Stellenwert für demokratische und humanistische Normen lässt sich dabei mit der Theorie des panarabischen Opfergedächtnisses verknüpfen. Die Erfahrung der Revolution und die engere Vernetzung mit anderen Kulturkreisen könnten zu einem neuen Selbstbewusstsein und – im besten Fall – zu einem Ende der traumatischen Erinnerungskultur führen. So vertritt Hofheinz 2013 die optimistische Theorie, dass die junge, onlineaffine Generation mit dem Arabischen Frühling eine „Mauer der Angst“⁹⁸¹ durchbrochen habe. Tatsächlich waren die On- wie Offline-Proteste von Beginn an eng mit der Suche nach einem neuen arabischen Selbstbild verbunden. Eine besondere Rolle spielte dabei der immer wiederkehrende Kampfbegriff *karama*, der als „Würde“ übersetzt werden kann.⁹⁸² Er tauchte dabei entweder direkt neben wirtschaftlichen und politischen Ansprüchen auf – etwa wenn die Aufständischen für „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit und Würde“⁹⁸³ auf die Straße gingen – oder wurde sogar zum Oberbegriff, der die anderen Forderungen mit einschloss.⁹⁸⁴ Dabei war das Wort offenbar breit genug angelegt, um kulturelle, religiöse und ethnische Grenzen zu überwinden. Aktivisten mit verschiedensten Hintergründen und konkreten politischen Zielen konnten sich online hinter der Forderung nach *karama* versammeln und den Begriff auf die Straße tragen. Dabei betont AlDailami, dass diese Terminologie bewusst „nicht ideologisch unterfütter[t/n]“⁹⁸⁵ wurde, um eine möglichst breite Menge der Bevölkerung anzusprechen. Allerdings zog diese Konzentration auf die psychologische Ebene an anderer Stelle einen Graben durch die Aufständischen. So stellte Schielke fest, dass arabische Männer die Revolutionsbewegung in ihrer patriarchal geprägten Gesellschaft „viel leichter als eine Befreiung und Wiedergewinnung ihrer Würde empfinden konnten“⁹⁸⁶ als weibliche Aktivisten.

Wo die Revolution erfolgreich war und es gelang, das alte System zu stürzen kam es dabei tatsächlich zu einem „veränderten (Selbst-)Bewusstsein[s] [und] Kollektivgefühl von

⁹⁸¹ Hofheinz, S. 123.

⁹⁸² Vgl. Pabst et al., S. 126.

⁹⁸³ Botros, S. 50.

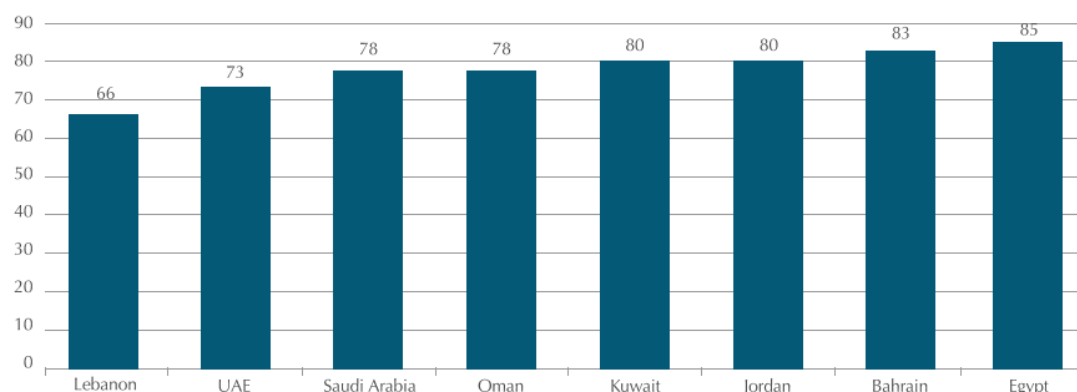
⁹⁸⁴ Vgl. Pabst et al., S. 126.

⁹⁸⁵ Ebd., S. 150.

⁹⁸⁶ Schielke, S. 129.

Würde“⁹⁸⁷ unter den Rebellen. Nachdem sie ein Leben lang mit ihrer Rolle als die „ewigen“ Verlierer[n]“⁹⁸⁸ gehadert hatten, fühlten sich viele Aufständische, als hätten sie nicht nur gegen ihre Diktatoren sondern gegen die Weltgeschichte selbst einen Sieg errungen. Tatsächlich hatte dabei besonders die Nutzung sozialer Netzwerke als politische Werkzeuge für ein gemeinsames Ziel einen erstaunlich großen Einfluss auf das Selbstbild und Zusammengehörigkeitsgefühl der Rebellen. So gaben in einer im Frühjahr 2012 veröffentlichten Befragung des *Arab Social Media Reports* knapp die Hälfte der befragten Mitglieder sozialer Netzwerke an, durch die digitalen Medien größeren Einfluss auf die politische Gestaltung des Landes zu gewinnen. Viele Nutzer nahmen eine neue Form der Zusammengehörigkeit wahr. Über 80 % fühlten sich stärker mit der Gesellschaft im Ganzen verbunden und Dreiviertel der Befragten hatten das Gefühl, durch ihr Engagement in sozialen Netzwerken einen gesamtgesellschaftlich relevanten Beitrag zu leisten. Immerhin 58 % gaben an, durch ihre Erfahrungen in den Onlineportalen toleranter gegenüber abweichenden Standpunkten geworden zu sein. Interessanterweise fanden sich sowohl für die Aussage „Die Nutzung sozialer Netzwerke hat meine nationale Identität gestärkt.“ als auch „Ich fühle mich jetzt mehr als ‚globaler Bürger‘.“ deutliche Mehrheiten⁹⁸⁹, wobei Ägypten in der Frage nach der nationalen Identität unter allen Befragten führte (siehe Grafik 12). Die erste Aussage deckt sich dabei mit Rosinys Beobachtung, dass zahlreiche Demonstranten „als Zeichen ihrer gemeinsamen Identität“⁹⁹⁰ auf ihre jeweilige Nationalflagge zurückgriffen oder deren Farben als Gesichtsbemalung zur Schau stellten.

Using social media enforced my national identity: I feel I have stronger social links with my fellow citizens



Grafik 12: Die Auswirkung sozialer Netzwerke auf die nationale Identität
Quelle: Arab Social Media Report 2012, S. 5.

⁹⁸⁷ Pabst et al., S. 138.

⁹⁸⁸ Ebd.

⁹⁸⁹ Vgl. Arab Social Media Report 2012, S. 3ff.

⁹⁹⁰ Rosiny: „Identität, Partizipation, Vision – Unerfüllte Erwartungen an moderate Islamisten“, S. 3.

Laut AlDailami blieb die Debatte um eine politische und gesellschaftliche Neuordnung des Staates gelegentlich sogar „deutlich hinter Fragen nach der Identität und [...] der Würde“⁹⁹¹ der post-revolutionären Bevölkerung zurück. Dabei sieht der Staatswissenschaftler eine enge Verbindung zwischen psychologischer und wirtschaftlicher Stabilität: „Würde und ökonomische Würde bedingen einander.“⁹⁹² Nur wo der Wert des Einzelnen geschätzt wird, kann auch mit einer menschenwürdigen Behandlung auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden. Der auf den ersten Blick vielleicht zweitrangige psychologische Wandlungsprozess strahlte damit in verschiedene gesellschaftliche Bereiche ab.

5.6.2 Langfristige Auswirkung auf die arabische Jugend

Nach Hofheinz hatten die Umwälzungen des Arabisch Frühlings einen dauerhaften Einfluss auf die politische Weltanschauung der onlineaffinen arabischen Jugend. Dabei spielt es für den Kulturwissenschaftler interessanterweise keine große Rolle, ob sich die jungen Internetnutzer aktiv als Netzrebellen beteiligt haben oder die sozialen Netzwerke nur zum Austausch mit Gleichaltrigen nutzen. Über gepostete Witze und Memes „schleicht sich [...] die Politik“⁹⁹³ auch auf die Facebook-Seiten von grundsätzlich unpolitischen Jugendlichen. Diese online-typische Verarbeitung von politischen Themen machte es dabei teilweise schwer einzuschätzen, wie ernst es den Nutzern mit ihren Positionen war. Auch AlDailami behandelt Spielarten dieser „witzige[n] Revolution“⁹⁹⁴, bei der die Rebellen teilweise das alte Regime, teilweise aber auch sich selbst verspotteten. So tauchte auch das Bild einer „Mauer der Angst“, die die arabische Jugend überwunden habe, häufig in Form von ironischen, selbstreflexiven Statements auf: „Diese Jugend hat keine Angst mehr vor den Scharfschützen des Regimes. Aber sie haben Angst, dass ihre Eltern herausfinden, dass sie auf den Tahrir gegangen sind“⁹⁹⁵.

Für Hofheinz steht hinter solchen flapsigen Kommentaren ein tiefgreifender Gesinnungswandel. Breite Teile der arabischen Jugend legte die Autoritätshörigkeit ab, die frühere Generationen über Jahrhunderte „politisch gelähmt“⁹⁹⁶ hatte. Indem sie versuchten ihre politische Zukunft selbst zu gestalten, ließen die jungen Aktivisten die engen Grenzen des Opfergedächtnisses hinter sich und schufen in vielen Fällen eine neue kollektive, triumphale Erinnerung. Dabei standen bald nicht mehr nur politische Fragen zur Disposition – zahlreiche

⁹⁹¹ Pabst et al., S. 141.

⁹⁹² Ebd., S. 176.

⁹⁹³ Hofheinz, S. 123.

⁹⁹⁴ Pabst et al., S. 138.

⁹⁹⁵ Hofheinz, S. 123.

⁹⁹⁶ Ebd.

Netzaktivisten begannen die „ganze autoritäre Struktur von Familie, Gesellschaft und Staat in Frage stellen“⁹⁹⁷. Diese Einschätzung deckt sich mit den Interviews, die Hofheinz mit arabischen Jugendlichen führte, die immer wieder den Autoritätsverlust ihrer Eltern, Lehrer und anderer „Führerfiguren“⁹⁹⁸ bekräftigten. Dabei nahmen nicht nur liberale, pro-westliche Jugendliche diese neue Freiheit für sich in Anspruch, auch in tiefreliösen Kreisen begannen junge Gläubige ihre islamischen Traditionen zu hinterfragen und ihre heiligen Texte selbst auszulegen. In seinem Fazit zieht Hofheinz damit eine Linie zu einem prägenden Ereignis der westlichen Geschichte, das bisher noch nicht mit dem Arabischen Frühling verglichen wurde. Statt an die politischen Umbrüche der Französischen Revolution oder den Untergang der DDR, fühlte er sich von der neuen arabischen Aufbruchsstimmung an die radikale Autoritätskritik der 1968er-Generation in Europa und den USA erinnert.

Auch Schielke greift diese Parallele auf, wenn er die Revolutionsbewegung zum länderübergreifenden „Schlüsselereignis einer Generation“⁹⁹⁹ erhebt. Der Arabische Frühling hat damit Einfluss auf das Selbstverständnis jedes arabischen Jugendlichen, unabhängig davon, ob er die Rebellion an vorderster Front mitgetragen oder skeptisch aus dem Hintergrund beobachtet hat. Dabei ist es für den Kulturwissenschaftler weniger wichtig, dass die Revolution kurzfristig politische Früchte trägt – immerhin konnte auch die Generation der 1968er das politische System ihrer Zeit nicht stürzen – als dass die Rebellen die „richtungsweisende Macht der Erinnerung“¹⁰⁰⁰ für sich beanspruchen und sich gegen die aktuell noch vielfältigen Erinnerungsmodelle durchsetzen. Seine Hoffnung, die revolutionären Kräfte könnten damit im „Laufe der Jahrzehnte die Kultur, Gesellschaft und Politik“¹⁰⁰¹ ihrer Heimatländer grundlegend verändern, verweist dabei klar auf die langfristige Perspektive der angepassten Wirkstärke.

5.7 Vergleich

Eine grundsätzliche Leugnung der Wirksamkeit digitaler Netzwerke lässt sich durch die Fallbeispiele nicht stützen. Morozovs Urteil, Netzaktivismus sei lediglich ein Beruhigungsmittel ohne praktischen Nutzen geht zu weit. Allerdings hat er Recht mit seinem Vorwurf, die neuen Medien seien in ihrem Potential häufig überbewertet und teilweise fälschlicherweise zum Auslöser der Revolutionsbewegung erklärt worden. So hatte beispielsweise die ägyptische „We are all Khaled Said“ Facebook-Gruppe monatelang verhältnismäßig erfolglos

⁹⁹⁷ Schielke, S. 129.

⁹⁹⁸ Hofheinz, S. 124.

⁹⁹⁹ Schielke, S. 136.

¹⁰⁰⁰ Ebd.

¹⁰⁰¹ Ebd.

zu Demonstrationen und Mahnwachen aufgerufen und konnte erst durch das Bewegungsmoment der tunesischen Aufstände und die wachsende Unzufriedenheit durch steigende Getreidepreise ihr volles revolutionäres Potential entfalten. Danach konnten Netzaktivisten allerdings eine entscheidende Rolle bei der Organisation von Protesten spielen – insbesondere durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit einzelnen Fernsehsendern. Auch die bei Moser behandelte Untersuchung stützt die Theorie, dass digitale Netzwerke ein wichtiges Werkzeug zur kurzfristigen Mobilisierung sein können. Besonders das Beispiel Tunesien zeigt dabei deutlich, dass Onlinekampagnen tatsächlich entscheidend zu einer Demokratisierung beitragen können.

Eine nähere Beleuchtung der Wirkrichtung des politischen Potentials der neuen Medien scheint dagegen angebracht. Insbesondere durch einseitige Berichterstattung war im Westen die Vorstellung entstanden, dass die Möglichkeiten der sozialen Netzwerke nur gegen die Regierungen eingesetzt worden wären. Wenn doch auf staatliche Eingriffe eingegangen wurde, ging es meist um – mehr oder weniger erfolgreiche – Versuche die digitale Welt durch Zensurprogramme oder eine komplette Internetsperre einzudämmen. Tatsächlich hatten die Machthaber in allen untersuchten Ländern selbst aber auch auf die digitalen Medien zurückgegriffen, um Propaganda zu streuen und die Revolutionsbewegung zu diskreditieren. Durch Zugriffe auf die Nutzerdaten gelang es teilweise sogar, einzelne Aktivisten zu identifizieren und das Überwachungsnetzwerk auf die Onlinewelt auszuweiten. Dieser Aspekt war bei der Einschätzung des politischen Potentials der digitalen Netzwerke offenbar oft nicht genug beachtet worden. Deshalb, wie Enzensberger, einen kompletten Verzicht auf moderne Kommunikationsmittel zu fordern, geht aber wohl zu weit.

Auch eine Neubewertung der politischen Wirkstärke der neuen Medien scheint angesichts der Ergebnisse des Arabischen Frühlings angemessen. Betrachtet man die destruktiven und konstruktiven Kräfte der Netzwerke wieder getrennt, sind insbesondere letztere oft schwächer als von Netzoptimisten angenommen. Das Internet kann ein nützliches Werkzeug sein, wo es um die Zerschlagung einer Diktatur geht, das Fundament einer neuen, demokratischen Gesellschaft lässt sich aber selten binnen weniger Monate legen. Dem Problem der Lagerbildung zwischen Internetnutzern und der breiten Masse der Bevölkerung ohne Zugriff auf soziale Netzwerke kann zum einen durch die Zusammenarbeit mit traditionellen Medien begegnet werden – Al Jazeera kann hier mit seiner Tradition in der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen als verlässlicher Partner beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft gelten. Zum anderen gibt die Entwicklung der Nutzerzahlen Anlass zur Hoffnung, dass auch immer mehr traditioneller Orientierte ihren Weg zu Facebook und

Twitter finden und sich im besten Fall von der digitalen Debattenkultur anstecken lassen. Die westliche Geschichte hat gezeigt, wie schnell das Internet vom Tummelplatz für „Freaks“ zur gesamtgesellschaftlich genutzten Plattform aufsteigen kann.

Allgemein kann der Arabische Frühling als Warnung dienen, neue technische Möglichkeiten der Kommunikation nicht als politische Allheilmittel misszuverstehen. Die euphorische „westliche Erzählung“, die die digitalen Netzwerke zur unfehlbaren Waffe gegen Diktaturen erhob, endete zwangsläufig in einer Entzauberung.

Fazit

Die Tatsache, dass eine Interessenallianz aus so unterschiedlichen Größen wie westlichen Regierungen, unabhängigen Hackerkollektiven und linken Wissenschaftlern den Arabischen Frühling als Erfüllung ihrer jeweiligen Hoffnungen begrüßen konnten, sagt vielleicht mehr über die unklare Zielsetzung des Netzoptimismus als über die politische Entwicklung in der arabischen Welt. Während europäische und insbesondere US-amerikanische Politiker auf eine Demokratiebewegung nach westlichem Vorbild hofften, projizierten Netzaktivisten ihre Vorstellung einer neuen, digital getragenen Gesellschaftsform auf die Ereignisse. Anhänger der *Sozialistischen Medientheorie* sahen in den Aufständen schließlich den lang erwarteten Beginn einer sozialistischen Revolution mit den digitalen Netzwerken als endgültigem Instrument zur Befreiung der unterdrückten Massen. Dabei sind solche hohen Erwartungen in neue Formen der Kommunikation keine Eigenheit des Internetzeitalters. Mediale Neuerungen wurden regelmäßig mit politischen Hoffnungen verknüpft – zuletzt bei der flächendeckenden Einführung von Satellitenfernsehen und Radio.

Im entscheidenden Unterschied zu früheren mutmaßlichen Revolutionsmedien ist das Internet allerdings von vornherein auf die Kommunikation Vieler-zu-vielen angelegt. Jeder Nutzer kann zum Sender werden und seine Ansichten mit der digitalen Welt teilen. Insbesondere soziale Netzwerke ermöglichen ihren Mitgliedern dabei, mit einfachen Mitteln und ohne tiefere Programmier-Kenntnisse ein globales Publikum zu erreichen. Die technischen Aspekte solcher scheinbar utopischen Theorien wie Brechts *Radiotheorie* und Enzensbergers *Sozialistischer Medientheorie* sind damit in wesentlichen Punkten Wirklichkeit geworden. Dabei erwies sich das *Rhizom-Modell* als realistische Darstellung der Beziehung zwischen den zahlreichen Sendern. Unabhängig voneinander und von einer übergeordneten Einheit entwickelte sich online tatsächlich ein Geflecht persönlicher Beziehungen, wie es von frühen Netzoptimisten vorhergesagt worden war.

Die großflächige Konzentration der Berichterstattung auf die digitale Komponente des Arabischen Frühlings appellierte dabei nicht nur an netzoptimistische Vorstellungen in der Gesellschaft, sondern wurde auch zum Schlüsselement bei der Etablierung einer „westlichen Erzählung“ der Ereignisse. In dieser Erzählung erscheinen die arabischen Staaten herausgelöst aus ihren vielschichtigen politischen und gesellschaftlichen Problemen als homogene Gemeinschaft, die erst mit Hilfe US-amerikanischer Technologie zu westlichen demokratischen Standards aufschließen kann. Auch Teile der wissenschaftlichen Debatte trugen dabei durch eurozentrische Vergleiche zum Verständnis der arabischen Welt als Zerrbild der westlichen Geschichte bei. Die implizite Botschaft, ohne US-amerikanische

Unterstützung könnten die arabischen Staaten ihr demokratisches Potential nicht erreichen, hat dabei auch eine klare psychologische Komponente – die westliche Gesellschaft konnte sich als entscheidenden Teil der Aufstände verstehen.

Diese ideologische „Inbesitznahme“ des Arabischen Frühlings stand dabei in extremem Gegensatz zum Wunsch zahlreicher einheimischer Kommentatoren nach einer „eigenen Revolution“, die bewusst nicht als Ergebnis westlicher Außenpolitik verstanden werden sollte. Dabei zeigte sich, dass sich Assmanns Modell eines gesamtgesellschaftlichen Opfergedächtnisses passgenau auf die Situation der arabischen Bevölkerung anwenden lässt. Tief geprägt von der Vergangenheit als europäische Kolonie und der dauernden Abhängigkeit hatte sich in weiten Teilen des arabischen Raums eine tief anti-westliche Grundhaltung herausgebildet, in der europäische und US-amerikanische Politiker immer wieder auf die Rolle der Aggressoren beschränkt blieben. Für viele Demonstranten wurde der Protest gegen ihre jeweiligen Staatsoberhäupter – die oft genug als willenslose „Marionetten des Westens“ betrachtet wurden – damit zum Kampf um ihren Platz in einer viel größer gedachten Geschichte. Vor diesem Hintergrund erscheint auch die Bereitschaft zahlreicher, vorwiegend junger Netzaktivisten in den verschiedenen Ländern auf westliche Hilfsangebote und Unterstützung zurückzugreifen in neuem Licht und könnte Hofheinz’ Theorie, die neue arabische Generation hätte durch das Revolutionserlebnis das Opfergedächtnis ihrer Eltern überwunden, stützen.

Wie stark die Kolonialzeit auch den wissenschaftlichen Blick auf die arabische Welt geprägt hatte, wurde bei der Untersuchung von Saida *Orientalism* deutlich. Zwar gibt es valide Kritikpunkte an seiner Theorie, die arabische Gesellschaft und Kultur würde von weiten Teilen der westlichen Experten und Presselandschaft noch immer als rückständig und unselbstständig behandelt. – Doch gerade die Berichterstattung über die Ereignisse des Arabischen Frühlings machte deutlich, dass diese Geisteshaltung mindestens unterbewusst überdauert hat. So lässt sich die Fokussierung europäischer und US-amerikanischer Medien auf den digitalen Aktivismus durchaus als Fortsetzung des bei Said behandelten Narrativs lesen, Araber wären grundsätzlich auf westliche Unterstützung angewiesen und auf sich allein gestellt unfähig aus ihren überkommenen politischen Strukturen auszubrechen. Dagegen zeigte die Untersuchung der von den Vereinten Nationen herausgegebenen *Arabischen Berichte über die menschliche Entwicklung* deutlich, dass arabische Wissenschaftler die gesellschaftlichen, sozialen und politischen Probleme der verschiedenen Länder auch ohne fremde Führung sehr genau analysierten und schon Jahre vor Beginn des Arabischen

Frühlings mit einer tiefgreifenden – und womöglich gewaltsamen – Umwälzung in der Region rechneten.

Diese akute Voraussage war dabei eines der stärksten Argumente gegen das in der westlichen Medienlandschaft verbreitete Modell einer für alle Beteiligten überraschenden Revolution. Auch in anderen entscheidenden Punkten kam es zu schwerwiegenden Missverständnissen, die das Personal, die Zielsetzung und die Werte des Arabischen Frühlings in der ausländischen Wahrnehmung teilweise enorm verzerrten. So konstruierten verschiedene westliche Berichtersteller das Bild einer grundsätzlich demokratischen, feministischen Studentenrevolution und unterschlugen damit die Vielschichtigkeit der Aufstände und die unterschiedlichen Zielvorstellungen ihrer Teilnehmer, die von einer bloßen Verbesserung des aktuellen politischen Systems bis zur Errichtung eines islamistischen Gottesstaates reichten. Stattdessen konzentrierten sich die Medien bevorzugt auf Demonstranten, die den Idealvorstellungen des westlichen Publikums entsprachen und griffen dabei auffällig oft auf Onlineaktivisten zurück, was den Netzoptimismus ihrer Zielgruppe noch befeuerte. Eine ausgewogenere Auseinandersetzung mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften der Revolutionsbewegung hätte dabei unter anderem dazu beitragen können, die oft sehr allgemeinen westlichen Vorurteile gegenüber islamistisch geprägten Parteien und Organisationen abzubauen und ihr jeweiliges demokratisches Potential unvoreingenommen zu bewerten. Eine solche Untersuchung hätte ergeben, dass eine ganze Reihe religiöser Parteien demokratischere Strukturen vertraten als ihre säkularen Gegner und den westlichen Schock über die Wahlsiege der Islamisten abgefedert.

Der Vergleich der konkreten Entwicklungen der vier untersuchten Länder war insofern interessant, als sie nicht nur unterschiedliche Voraussetzungen für erfolgreichen Netzaktivismus boten, sondern auch sehr verschieden aus dem Wandlungsprozess hervorgingen. Während die strukturellen und gesellschaftlichen Veränderungen in Tunesien vorsichtigen westlichen Netzoptimismus zu bestätigen scheinen, sprechen die anderen Fälle klar gegen einen automatischen Demokratisierungsprozess durch Onlinekommunikation. Die im Westen geschürten Hoffnungen, die ägyptische Gesellschaft könne nach der Erfahrung der eigenen erfolgreichen Revolution nicht mehr in undemokratische Zustände zurückfallen, zerschlug sich binnen weniger Monate. Nach seiner Machtübernahme setzte der Oberste Militärrat den staatlichen Überwachungsapparat wieder ein, verfolgte Oppositionelle und verschärfte auch das Vorgehen gegen Netzaktivisten. Breite Teile der Bevölkerung kehrten in ihre vorrevolutionäre unpolitische Haltung zurück oder sympathisierten offen mit der neuen Militärregierung. Wie verschiedene Untersuchungen nahelegen, scheint der Netzaktivismus damit

auch in diesem Fall eher zu einer kurzlebigen Politisierungswelle, als zu einem langfristigen gesellschaftlichen Wandlungsprozess geführt zu haben. In Libyen schlug der Sturz Gaddafis binnen kurzem in einen offenen Bürgerkrieg um, der die netzpessimistischen Befürchtungen, Onlineaktivismus eigne sich nur für kurzfristige und -lebige Protestmaßnahmen, scheitere aber an der Etablierung dauerhafter demokratischer Strukturen, zu unterstützen schien. In Syrien gelang es den Netzaktivisten erst gar nicht, ihren Machthaber zu stürzen, bevor auch das Land in einem unübersichtlichen und bis heute andauernden Bürgerkrieg versank.

Interessant sind die zahlreichen Gemeinsamkeiten im konkreten Vorgehen der Onlineaktivisten. So bauten verschiedene Länder auf einer – teilweise abgeänderten – Märtyrergeschichte auf und erhoben verstorbene junge Männer zur Symbolfigur ihrer Protestbewegung. In vielen Fällen wurde außerdem früh versucht, das revolutionäre Potential der Netzgemeinschaft durch online geplante Demonstrationen und Kundgebungen auf die Straße zu tragen. Es ist gut möglich, dass diese Übereinstimmungen auf den jeweils vorhandenen Einfluss westlicher Netzstrategen zurückzuführen sind, immerhin hatte die US-Regierung zahlreichen arabischen Aktivisten Schulungen zum gewaltfreien Umsturz ermöglicht. In der Hoffnung auf einen internetgetragenen Demokratisierungsprozess war die politische Nutzung der sozialen Netzwerke damit zum wichtigen Faktor der US-Außenpolitik geworden.

Schließlich spielte aber das Militär eine entscheidende Rolle in der tunesischen und ägyptischen Revolutionserfolgsgeschichte und beim Sturz der jeweiligen Regierung. Auch der Wahlerfolg einer explizit islamistischen Partei in Tunesien konnte von den ägyptischen Muslimbrüdern wiederholt werden. Wie sehr dieses Erstarken religiöser Strömungen westliche Beobachter überraschte, zeigt dabei, in welchem Ausmaß die Konzentration auf die neu entstandene digitale Protestkultur zu einer Identifikation der internetaffinen Jugend mit der Bevölkerung im Ganzen geführt hatte. Das Scheitern der arabischen Onlineaktivisten an der politischen Front erschütterte die Euphorie in großen Teilen des Westens empfindlich und führte zum Gefühl, des ordnungsgemäßen Ausgangs der Revolution „beraubt“ worden zu sein. Der Staatsstreich in Ägypten 2013 und der bis heute andauernde Kriegszustand in Libyen und Syrien taten ihr Übriges, um die netzoptimistische Hoffnung auf eine baldige umfassende Demokratisierung der arabischen Welt zu untergraben.

Enzensberger kann als eindrucksvolles Beispiel für das Umschwenken von Netzeuphorie hin zu Netzpessimismus in den Folgejahren des Arabischen Frühlings dienen. Seine Begeisterung für das politische Potential einer weltweiten freien Kommunikation fand bereits ein Jahr nach dem ersten erfolgreichen Testlauf des Internets in seiner *Sozialistischen Medientheorie* Ausdruck. Schon hier beschrieb er eine weltweite Revolutionsbewegung, die – von digitalen

Medien getragen – in der Herrschaft der unterdrückten Bevölkerungsschichten enden sollte. Ohne die Möglichkeit durch Zensur und Kontrollorgane in die Kommunikation einzugreifen, schien es ihm nur eine Frage der Zeit, bis die Propagandagebäude der herrschenden Klasse zum Einsturz gebracht würden. In den folgenden Jahrzehnten wurde die Vernetzung der Welt zunehmend Wirklichkeit und eröffnete weiten Teilen der Weltbevölkerung die Möglichkeit, sich im weitgehend anonymen Raum des Internets offen auszutauschen ohne direkte Konsequenzen befürchten zu müssen. Enzensberger blieb optimistisch, dass die Onlinenetze ihre politische Wirkung bald entfalten und eine neue revolutionäre Ära einläuten würden.

Tatsächlich schien die zunehmende Verbreitung sozialer Netzwerke während der 2000er Anlass zur Hoffnung auf eine Erfüllung der Versprechen der *Sozialistischen Medientheorie* zu geben. Portale wie Facebook und Twitter traten ihren Siegeszug mit dem Versprechen an, eine globale Gemeinschaft herzustellen und ihre Mitglieder weltweit zu vernetzen. Zwar erschwerten einzelne Bestimmungen – wie Facebooks Klarnamenpflicht – den konkreten Einsatz als Revolutionsmedium, insgesamt erwiesen sich die Netzwerke aber als beinahe wortgetreue Erfüllung von Enzensbergers Vision. Zahllose Aktivisten nutzten die Plattformen um zu Sendern zu werden und ihre Botschaften zu verbreiten. So bildete sich sowohl in Ägypten als auch in den deutlich strenger kontrollierten Ländern Tunesien und Syrien eine digitale Gegenöffentlichkeit, in der gesellschaftliche Tabus gebrochen und politische Visionen geteilt werden konnten. Schon vor Beginn der tatsächlichen Protestbewegung konnte in netzaffinen Kreisen damit das Fundament für eine Umbruchsstimmung gelegt werden.

Während der Aufstände wurden die sozialen Netzwerke nicht nur erfolgreich zur Planung und Organisation von Demonstrationen genutzt, es gelang auch eine alternative Presse zu etablieren. Indem die Netzaktivisten ihre Eindrücke und Videos mit der Welt teilten und der offiziellen Propaganda entgegenstellten erfüllte sich eine entscheidende Vision aus der *Sozialistischer Medientheorie*: Das staatliche Informationsmonopol war endgültig gebrochen. Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit ausländischen Fernsehstationen, wie Al Jazeera, um die Botschaft der Aufständischen unters Volk zu bringen, stellt allerdings ein Problem für Enzensbergers Theorie dar. Offenkundig waren die digitalen Medien in der arabischen Welt nicht verbreitet genug, um ohne Hilfe von außen breite Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. Damit gewann Al Jazeera entscheidenden Einfluss auf die Auswahl und Streuung der Informationen. Diese Tatsache wiegt umso schwerer, als Katar, der Finanzier Al Jazeeras, offenkundig politische Ziele in Tunesien und Ägypten verfolgte. Im Fall der

ägyptischen Internetsperre waren die Aktivisten dagegen auf die Hilfe US-amerikanischer Firmen angewiesen, die ausgewählte Aufständische mit Satellitentelefoncodes versorgten. Für den von Enzensberger beschriebenen sozialistischen Kampf der unterdrückten Masse gegen die herrschende Klasse, waren damit entschieden zu viele externe Regierungen in die Revolution verwickelt.

Nach dem ernüchternden Ausgang des Arabischen Frühlings schloss sich auch Enzensberger der wachsenden Anzahl von Netzpessimisten an. Tatsächlich erschienen ihm die digitalen Netzwerke, die er nur ein Jahrzehnt zuvor als wichtigen Faktor in der politischen Mobilisierung begrüßt hatte, jetzt als weiteres Unterdrückungsinstrument der Regierungen. Dabei verurteilte er mit Handys und Facebook ausgerechnet zwei der prominentesten Befreiungsmedien des Arabischen Frühlings. Sie erscheinen bei ihm nur noch als Kontrollinstrumente der Machthaber – ein mögliches revolutionäres Potential spielt keine Rolle mehr. Andere Beobachter gingen nicht so weit, digitale Medien komplett zu verdammen, sondern fanden durch eine Neubewertung einzelner Aspekte ihrer Modelle zu „netzrealistischen“ Theorien. Dabei wurde entweder die Wirksamkeit der Onlinekommunikation zur politischen Mobilisierung im Ganzen in Frage gestellt, die Wirkrichtung angepasst oder die Wirkstärke variiert.

Während sich die Theorie der grundsätzlichen politischen Wirkungslosigkeit sozialer Medien angesichts der digitalen Schlachten zwischen Aktivisten und Regimen nicht halten lässt, finden sowohl Vertreter einer Neubewertung der Wirkrichtung wie der Wirkstärke in den Ergebnissen des Arabischen Frühlings Argumente für ihre Sichtweise. Nachdem sich hier ein klar netzpessimistisches und ein gemäßigt netzoptimistisches Modell gegenüberstehen, bleibt Winkels Beobachtung, dass Befürworter beider Richtungen nahezu jedes Ereignis in ihrem Sinn auslegen können, bestehen. Damit stehen die Chancen auf eine absehbare Auflösung des ideologischen Konflikts unabhängig von der weiteren Entwicklung der arabischen Welt verhältnismäßig schlecht. Trotzdem sollte die Region weiter im Blick behalten werden, da insbesondere die junge tunesische Demokratie als Erfüllung einiger netzoptimistischer Theorien gesehen werden kann. Netzpessimisten verweisen dagegen auf die gestiegene digitale Überwachung und die weitreichende Vereinnahmung der sozialen Netzwerke durch staatliche Kräfte in anderen Ländern der Region.

Damit zeigen die untersuchten Beispiele eindrucksvoll wie unterschiedlich online-unterstützte Revolutionsbewegungen enden können. Wer sich nicht von westlichen Vorurteilen gegenüber islamistischen Parteien blenden ließ und beispielsweise AlDailamis Demokratie-Seismograph anwandte, erkannte im Wahlsieg der Ennahda früh eine Chance auf eine demokratischere und

pluralistischere Zukunft. Während Tunesien in die Liste der demokratischen Staaten aufgenommen wurde, machte der ägyptische Oberste Militärrat Jagd auf Onlineaktivisten und band die digitale Welt in seinen engmaschigen Überwachungsapparat mit ein. Diese Bandbreite weist sowohl Netzoptimisten wie auch -pessimisten ihre Schranken auf. Die digitalen Medien sind weder ein Garant für erfolgreiche Demokratiebewegungen noch ein ultimatives Instrument diktatorischer Staaten – sondern nur ein Teilaspekt im immer unendlich komplexen gesellschaftlichen Prozess.

Literaturverzeichnis

Monographien

- Assad, Ragui; Farzaneh Roudi-Fahimi: *Youth in the Middle East and North Africa*, Bericht des Population Reference Bureau: Washington D.C. 2007
- Asseburg, Muriel: *Der Arabische Frühling: Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*; Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit: Berlin 2011
- Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, C.H.Beck: München 2006
- Bimber, Bruce: *Information and American Democracy: Technology in the Evolution of Political Power*, Cambridge University Press: Cambridge 2003
- Bouzid, Atef: *Demokratisierung der arabischen Welt mit Hilfe der neuen Medien. Zwölf Expertengespräche*, Universitätsverlag der TU Berlin: Berlin 2011
- Brecht, Berthold: *Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe* Bd. 21, Suhrkamp: Frankfurt a. M. 1992
- Brisson, Zach; Panthea Lee: *Egypt: From Revolutions to Institutions. Opportunities to support the people and groups that are designing better governance*, Reboot: New York 2011
- Buruma, Ian; Avischai Margalit: *Occidentalism: The West in the Eyes of Its Enemies*, Penguin Press: New York 2004
- Castells, Manuel: *The Network Society: A Cross-Cultural Perspective*, Edward Elgar Publishing: Northampton 2005

- Castro Varela, María do Mar; Nikita Dhawan: *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, transcript Verlag: Bielefeld 2015
- Danahar, Paul: *The New Middle East: The World After the Arab Spring*, Bloomsbury UK: London 2015
- Deleuze, Gilles; Félix Guattari: *Rhizom*, Merve: Berlin 1978
- Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V., Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft im VDE: *Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung*, Informationstechnische Gesellschaft (ITG) im VDE: Bonn 2000
- Ghonim, Wael: *Revolution 2.0. Wie wir mit der ägyptischen Revolution die Welt veränderten*, Econ: München 2012
- Grunwald, Armin; Gerhard Banse; Christopher Coenen; Leonhard Hennen: *Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie*, Edition Sigma: Berlin 2006
- Halbwachs, Maurice: *On collective memory*, University of Chicago Press: Chicago 1992
- Hammond, Andrew: *Popular Culture in the Arab World*, The American University in Cairo Press: Kairo 2007
- Holtkamp, Lars; Jörg Bogumil; Leo Kißler: *Kooperative Demokratie*, Campus: Frankfurt a. M. 2006
- Howard, Philip; Aiden Duffy; Deen Freelon; Muzammil Hussain; Will Mari; Marwa Mazaid: *Opening Closed Regimes. What Was the Role of Social Media During the Arab Spring?*, Project on Information Technology & Political Islam, 2011
- Howard, Philip; Muzammil Hussain: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*, Oxford University Press: New York 2013

- Howard, Philip: *The Digital Origins of Dictatorship and Democracy: Information Technology and Political Islam*, Oxford University Press: New York 2011
- Kübler, Hans-Dieter: *Medien- und Massenkommunikation: Begriffe und Modelle*, LIT Verlag: Münster 2003
- Leschke, Rainer: *Einführung in die Medientheorie*, UTB für Wissenschaft: Stuttgart 2003
- Lovink, Geert: *Das halbwegs Soziale. Eine Kritik der Vernetzungskultur*, transcript: Bielefeld 2012
- Morozov, Evgeny: *The Net Delusion*, Penguin Books: London 2011
- Münker, Stefan: *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*, Suhrkamp: Frankfurt a. M. 2009
- Negroponte, Nicholas: *Being Digital*, Vintage Books: New York 1995
- Owen, Roger: *State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East*, Routledge: London 2006
- Pabst, Martin; Said AlDailami: *Der Arabische Umbruch – eine Zwischenbilanz. Interne Dynamik und externe Einmischung*, Hanns-Seidel-Stiftung e.V.: München 2014
- Pariser, Eli: *The Filter Bubble: What the Internet Is Hiding from You*, Penguin Press: New York 2011
- Reuter, Julia; Paula-Irene Villa: *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*, transcript Verlag: Bielefeld 2009
- Rheingold, Howard: *Smart Mobs: The Next Social Revolution*, Basic Books: New York 2003

- Rheingold, Howard: *Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers*, Addison Wesley: Bonn 1994
- Said, Edward: *Orientalism*, Pantheon Books: New York 1978
- Schneider, Manfred: *Medienrevolutionen. Die Reformation im 16. Jahrhundert und die Aufstände in arabischen Ländern 2010/2011*, Vontobel-Stiftung-Verlag: Zürich 2014
- Suliman, Aktham: *Krieg und Chaos in Nahost: Eine arabische Sicht*, Nomen Verlag: Frankfurt a. M. 2017
- Thorau, Peter: *Lawrence von Arabien. Ein Mann und seine Zeit*, C.H.Beck: München 2010
- Voss, Kathrin: *Internet und Partizipation Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Springer: Wiesbaden 2014
- West, Johnny: *Karama! Journeys Through the Arab Spring*, Heron Books: London 2011
- Wildenmann, Rudolf; Werner Kaltefleiter: *Funktionen der Massenmedien*, Athenäum: Frankfurt a. M. 1965
- Winckler, Onn: *Demographic Developments and Population Policies in Bath'ist Syria*, Sussex Academic Press: Brighton 1999
- Wyld, David: *The Blogging Revolution: Government in the Age of Web 2.0*, The IBM Center for The Business of Government: 2007
- Zimmermann, Laura-Johanne: *Citizen Journalism Footage im Dokumentarfilm*, Diplomica: Hamburg 2015

Sammelwerke

- Asseburg, Muriel (Hrsg.): *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen*, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit: Berlin 2011
- Bebawi, Saba; Diana Bossio (Hrsg.): *Social Media and the Politics of Reportage: The 'Arab Spring'*. Palgrave Macmillan: Houndmills 2014
- Glotz, Peter (Hrsg.): *Baukasten zu einer Theorie der Medien: kritische Diskurse zur Pressefreiheit*, R. Fischer: München 1997
- Hague, Barry; Brian Loader (Hrsg.): *Digital Democracy: Discourse and Decision Making in the Information Age*, Routledge: London 1999
- Idle, Nadia; Alex Nunns (Hrsg.): *Tweets from Tahrir. Egypt's revolution as it unfolded, in the words of the people who made it*, OR Books: New York 2011
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): *Marx Engels Werke Band 19, März 1875 bis Mai 1883*, Dietz Verlag: Berlin 1972
- Löffler, Roland; Bernadette Schwarz-Boenneke; Stephanie Hohn (Hrsg.): *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Herder: Freiburg 2012
- Meendermann, Karin; Heinz Meyer; Bernhard Muszynski (Hrsg.): *Neue Medien in der politischen Bildung – Grenzen und Möglichkeiten*, Waxmann: Münster 2000
- Neverla, Irene (Hrsg.): *Das Netz-Medium. Kommunikationswissenschaftliche Aspekte eines Mediums in Entwicklung*, Springer Fachmedien: Wiesbaden 1998
- Schneider, Thorsten (Hrsg.): *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, Springer VS: Wiesbaden 2013

Artikel

- Al-Ali, Nadjie: „Gendering the Arab Spring“, in: *Middle East Journal of Culture and Communication* 5/2012, S. 26 - 31
- Allagui, Ilhem; Johanne Kuebler: „The Arab Spring and the Role of ICTs“, in: *International Journal of Communication* 5/2011, S. 1435 - 1442
- Bennett, Lance; Alexandra Segerberg: „The Logic of Connective Action“, in: *Information, Communication & Society*, Bd. 15, Nr. 5, Taylor & Francis: London 2012, S. 739 - 768
- Bhuiyan, Serajul: „Social Media and Its Effectiveness in the Political Reform Movement in Egypt“, in: *Middle East Media Educator* 1/2011, S. 14 - 20
- Büchs, Annete: „Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbrüder und der Salafisten“, in: *GIGA Focus Nahost* 1/2012, S. 1 - 8
- Buchstein, Hubertus: „Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie“, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 4/1996, S. 583 - 607
- Cook, Jordan: „Social Media, American Interests, and the Arab Spring“, in: *Dalhousie Journal of Interdisciplinary Management* 9/2013, S. 1 - 13
- Demmelhuber, Thomas; Hanan Badr: „Autoritäre Regime, Neue Medien und das ‚Regimedilemma‘“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1/2014, S. 143 - 160
- Diamond, Larry: „Liberation Technology“, in: *Journal of Democracy*, Bd. 21, Nr. 3 2010, S. 69 - 83
- Etling, Bruce; Robert Faris; John Palfrey: „Mapping the Arabic Blogosphere: Politics, Culture and Dissent“, in: *New Media & Society* 2009, S. 2 - 62

- Galtung, Johan: „On the Effects of International Economic Sanctions, With Examples from the Case of Rhodesia“, in: *World Politics*, 19/1967, S. 378 - 416
- Glover, Kelsey: „Analysis of CNN and The Fox News Networks’ framing of the Muslim Brotherhood during the Egyptian revolution in 2011“, in: *The Elon Journal of Undergraduate Research in Communications* 02/2011, S. 125 - 134
- Goodwin, Jeff: „Why We Were Surprised (Again) by the Arab Spring“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 17/2011, S. 452 - 456
- Iksander, Elizabeth: „Connecting the National and the Virtual: Can Facebook Activism Remain Relevant After Egypt’s January 25 Uprising?“, in: *International Journal of Communication* 5/2011, S. 13 - 15
- Kneuer, Marianne; Thomas Demmelhuber: „Die Bedeutung Neuer Medien für die Demokratieentwicklung“, in: *Forum Politische Bildung: Informationen zur Politischen Bildung*, 2012, S. 30 - 38
- Masoud, Tarek: „The Upheavals in Egypt and Tunisia: The Road to (and from) Liberation Square“, in: *Journal of Democracy* Bd. 22 2011, S. 20 - 34
- Merkel, Wolfgang: „Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis“, in: *Otto-Brenner-Stiftung-Arbeitsheft* 2015, S. 5 - 138
- Moser, Heinz: „Das politische Internet – Möglichkeiten und Grenzen“, in: *Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung* Themenheft Nr. 21, 2011, S. 1 - 20
- Negroponte, Nicholas: „The Digital Revolution: Reasons for Optimism“, in: *The Futurist* 6/1995, S. 68
- Pearce, Thomas: „,...So it really is a series of tubes. ‘Google’s Data Centers, Noo-politics and the Architecture of Hegemony in Cyberspace“, in: *Enquiry* Bd. 10, Nr. 1, Architectural Research Centers Consortium 2013, S. 43 - 53

- Pellicer, Miquel; Eva Wegner: „Wer wählt islamistische Parteien und warum?“, in: *GIGA Focus Nahost* 8/2014, S. 1 - 8
- Ramadan, Walaa: „Media coverage of the Arab Spring and the new Middle East“, in: *Middle East Monitor Special Report* 2014, S. 4 - 13
- Richter, Thomas; Stephan Rosiny: „Der Arabische Frühling: Missverständnisse und Perspektiven“, in: *GIGA Focus Nahost* 4/2016, S. 1 - 12
- Rosiny, Stephan: „Ein Jahr ‚Arabischer Frühling‘: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven“, in: *GIGA Focus Nahost* 12/2011, S. 1 - 8
- Rosiny, Stephan: „Identität, Partizipation, Vision – Unerfüllte Erwartungen an moderate Islamisten“, in: *GIGA Focus Nahost* 2/2016, S. 1 - 11
- Rosiny, Stephan: „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, in: *GIGA Focus Nahost* 2/2012, S. 1 - 8
- Schmidt, Jan: „Social Software“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 2/2006, S. 37 - 47
- Sorenson, David: „Transitions in the Arab World: Spring or Fall?“, in: *Air War College Strategic Studies Quarterly*, 3/2011, S. 22 - 49
- Torres-Soriano, Manuel: „Internet as a Driver of Political Change: Cyber-Pessimists and Cyber-Optimists“, in: *Journal of the Spanish Institute of Strategic Studies* 1/2013, S. 332 - 352
- Toscano, Roberto; Daniel Brumberg: „The Arab Awakening: Is democracy a mirage?“, in: *The Wilson Center’s Middle East Program* 6/2012, S. 1 - 18
- Varisco, Daniel: „Edward Said and the Culture behind Orientalism“, in: *Expositions Journal* 7/2013, S. 42 - 54

- Weiß, Jens: „Wer rettet die Demokratie vor der E-Partizipation? Drei Fragen an elektronische Partizipationsverfahren“, in: *Verwaltung & Management*, 6/2013, S. 281 - 336
- Winkel, Olaf: „Bürgerpartizipation – Organisation und Vitalisierung politischer Prozesse durch Electronic Government“, in: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 2/2011, S. 381- 402

Onlinequellen

- Alanyali, Iris: *Wie man es schafft, dass Facebook einen aussperrt*, 2015, <http://www.welt.de/kultur/kunst-und-architektur/article138136499/Wie-man-es-schafft-dass-Facebook-einen-aussperrt.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Alexa.com: *Top 500 Webseiten*, <http://www.alexa.com/topsites> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Al Jazeera-Webseite: *Spring Movements*, 2011, <http://www.aljazeera.com/programmes/frames/2011/05/201154164757979220.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Amara, Tarek: *Tunisia's main Islamist party to stay out of presidential election*, 2014, <http://www.reuters.com/article/us-tunisia-election-ennahda-idUSKBN0H20LJ20140907> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Amnesty International: *Libyen: Tod von Gefangenen wegen weitverbreiteter Folter*, 2012, <http://www.amnesty.de/2012/2/3/libyen-tod-von-gefangenen-wegen-weitverbreiteter-folter?destination=node%2F2971%3Fpage%3D2> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Arab Social Media Report Bd. 2, Nr. 1, *Social Media in the Arab World: Influencing Societal and Cultural Change?*, Dubai School of Government, 2012, <http://www.mbrsg.ae/getattachment/6fff5f9f-add5-48d2-8b24-3f4c6acebb66/The-Fourth-Arab-Social-Media-Report-Influencing-So> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Arab Social Media Report Bd. 1, Nr. 2, *Civil Movements: The Impact of Facebook and Twitter*, Dubai School of Government, 2011, <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/dsg/unpan050860.pdf> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Barber, Benjamin: *Wie demokratisch ist das Internet?*, 1998, <https://www.heise.de/tp/features/Wie-demokratisch-ist-das-Internet-3446176.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)

- Barlow, John Perry: *A Declaration of the Independence of Cyberspace*, 1996, <https://www.eff.org/cyberspace-independence> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Bartlett, Rachel: *#media140 – Al Jazeera's early start reporting revolutions*, 2011, <https://www.journalism.co.uk/news/-media140---al-jazeera-s-early-start-reporting-revolutions/s2/a543674/> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- BBC-Webseite: *Gay Girl in Damascus: Tom MacMaster defends blog hoax*, 2011, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-13747761> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- BBC-Webseite: *Seize opportunity of Arab Spring, Cameron urges UN*, 2011, <http://www.bbc.com/news/uk-politics-15025599> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Booth, Robert: *WikiLeaks cables claim al-Jazeera changed coverage to suit Qatari foreign policy*, 2010, <https://www.theguardian.com/world/2010/dec/05/wikileaks-cables-al-jazeera-qatari-foreign-policy> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Bundeszentrale für politische Bildung: *Die umkämpfte Zukunft Libyens*, 2014, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/189647/die-umkaempfte-zukunft-libyens-06-08-2014> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Bundeszentrale für politische Bildung: *Syrien*, 2013, <http://www.bpb.de/apuz/155105/syrien> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Bundeszentrale für politische Bildung: *Syrien: Zwei Jahre Bürgerkrieg*, 2013, <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/156632/buergerkrieg-in-syrien-15-03-2013> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Dawn.com: *Terbil: the face of Libya revolt*, 2011, <http://www.dawn.com/news/609458/terbil-the-face-of-libya-revolt> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)

- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit: *Umbruch in der arabischen Welt*, 2011, <http://www.swp-berlin.org/de/swp-themendossiers/umbruch-in-der-arabischen-welt.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Duncombe, Constance: *The Twitter Revolution? Social Media, Representation and Crisis in Iran and Libya*, 2010, <http://law.anu.edu.au/coast/events/apsa/papers/151.pdf> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- El Difraoui, Asiem, *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*, Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52420/die-rolle-der-neuen-medien> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arab Human Development Report 2002*, 2002, http://hdr.undp.org/sites/default/files/rbas_ahdr2002_en.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2003. Kurzfassung*, 2004, <http://www.dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/arabischer-bericht-ueber-die-menschliche-entwicklung-2003> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kurzfassung*, 2005, <http://www.dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/arabischer-bericht-ueber-die-menschliche-entwicklung-2004> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2005. Kurzfassung*, 2005, <http://www.dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/arabischer-bericht-ueber-die-menschliche-entwicklung-2005> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)

- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): *Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Kurzfassung*, 2009, <http://www.dgyn.de/meldung/arabischer-bericht-ueber-die-menschliche-entwicklung-2009> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Enzensberger, Hans Magnus: *Wehrt Euch!*, 2014, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/enzensbergers-regeln-fuer-die-digitale-welt-wehrt-euch-12826195.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Eskjær, Mikkel: „Changing Revolutions, Changing Attention? Comparing Danish Press Coverage of the Arab Spring in Tunisia and Syria“, in: *Global Media Journal German Edition* 1/2012, https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00025445/GMJ3_Fugl_final.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Facebook Hilfebereich: *Dein Profil in eine Facebook-Seite umwandeln*, <https://de-de.facebook.com/help/175644189234902> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Facebook-newsroom: *Unsere Mission*, <http://de.newsroom.fb.com/company-info/> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Freedom House: *Egypt 2012*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2012/egypt> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Freedom House: *Freedom in the world 2015*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2015> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Freedom House: *Libya 2010*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2010/libya> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Freedom House: *Syria 2010*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-press/2010/syria> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)

- Freedom House: *The arab uprising and their global repercussions*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2012> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Freedom House: *Tunisia 2011*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2011/tunisia> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Friedman, George: *Re-Examining the Arab Spring*, 2011, <https://www.stratfor.com/weekly/20110815-re-examining-arab-spring> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Gaille, Brandon: *How many Blogs are on the Internet?*, <http://www.wpvirtuoso.com/how-many-blogs-are-on-the-internet/> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Graff, Bernd; Hans-Jürgen Jakobs: *Erfolg ist der Feind*, Süddeutsche Zeitung, 2010, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/im-interview-internet-vordenker-nicholas-negroponte-erfolg-ist-der-feind-1.435402> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Halliday, Josh: *David Cameron considers banning suspected rioters from social media*, 2011, <http://www.guardian.co.uk/media/2011/aug/11/david-cameron-rioters-social-media> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Hamid, Shadi: *The struggle for Middle East democracy*, 2011, <https://www.brookings.edu/articles/the-struggle-for-middle-east-democracy> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Höges, Clemens: *Die Stadt der Spieler*, 2011, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-78832466.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Jackson, Nicholas: *Nicholas Negroponte: 'Disband the United Nations'*, The Atlantic, 2010, <https://www.theatlantic.com/technology/archive/2010/10/nicholas-negroponte-disband-the-united-nations/64049/> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)

- Khoury, Elias: *Ein blutiges Schachspiel*, 2013,
<http://de.qantara.de/inhalt/buergerkrieg-in-syrien-ein-blutiges-schachspiel> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder:
Orientierungshilfe „Soziale Netzwerke“, 2013,
https://www.datenschutz.rlp.de/downloads/oh/dsb_oh_soziale_Netzwerke.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Krüger, Thomas: *Revolutionsplattform Facebook? Wie das Internet politische Umbrüche beeinflusst*, Bundeszentrale für politische Bildung, 2011,
<http://www.bpb.de/presse/51078/revolutionsplattform-Facebook-wie-das-internet-politische-umbrueche-beeinflusst> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: *Der Satellitensender Al-Djazira aus Katar*, 2007 (per web.archive gespeichert),
https://web.archive.org/web/20070707073155/http://www.verfassungsschutz-bw.de/kgi/islam_medien_arab-med_jazzera.htm (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Lacher, Wolfram: *Libyen*, 2016,
<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54649/libyen> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Lacher, Wolfram: *Libyen nach der Revolution des 17. Februar*, 2011,
<http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52398/libyen?p=all> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Mahjar-Barducci, Anna: *Ruling Tunisia by Remote Control*, 2012,
<http://www.haaretz.com/ruling-tunisia-by-remote-control-1.409416> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Milz, Katharina: *Die Bedeutung Sozialer Netzwerke in der arabischen Welt*,
http://www.kas.de/wf/doc/kas_23306-1522-1-30.pdf?110706153514 (Letzter Zugriff: 05.04.2018)

- Motley Fool Senior Investmentanalyst: *Die beliebtesten sozialen Netzwerke 2016*, <https://www.fool.de/2016/11/29/die-beliebtesten-sozialen-netzwerke-2016> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Patalong, Frank: *Abgeschalteter Sender: Al-Dschasira bittet Blogger um Hilfe*, 2011, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/abgeschalteter-sender-al-dschasira-bittet-blogger-um-hilfe-a-742574.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Penke, Michel: *Like and Strike: Die Bedeutung der neuen Medien im Arabischen Frühling*, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, 2012, <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?lng=en&id=152397> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Pernin, Christopher; Brian Nichiporuk; Dale Stahl; Justin Beck; Ricky Radaelli-Sanchez: *Unfolding the Future of the Long War Motivations, Prospects, and Implications for the U.S. Army*, 2008, http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2008/RAND_MG738.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Qantara.de: „*In der arabischen Welt werden die Medien als Teil der Schlacht gesehen*“, 2006, <https://de.qantara.de/inhalt/arabische-satellitenmedien-in-der-arabischen-welt-werden-die-medien-als-teil-der-schlacht> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa: *Charta der Vereinten Nationen*, <https://www.unric.org/de/charta> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Richter, Thomas; Stephan Rosiny: *Der Arabische Frühling und seine Folgen*, 2016, <http://www.bpb.de/izpb/238933/der-arabische-fruehling-und-seine-folgen?p=all> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)

- Ritzi, Claudia; Gary Schaal; Vanessa Kaufmann: *Zwischen Ernst und Unterhaltung. Eine empirische Analyse der Motive politischer Aktivität junger Erwachsener im Internet*, 2012, <https://www.digitale-chancen.de/assets/includes/sendtext.cfm?aus=11&key=997> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Roll, Stephan: *Die unvollendete Revolution in Ägypten*, Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52392/aegypten> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Rutten, Tim: *Tyranny's new nightmare: Twitter*, 2009, <http://articles.latimes.com/2009/jun/24/opinion/oe-rutten24> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Ryan, Yasmine: *Anonymous and the Arab uprisings*, 2011, <http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2011/05/201151917634659824.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Schmidinger, Thomas: *Orientalismus und Okzidentalismus. Zur Einführung in die Begrifflichkeiten und die Debatte*, homepage.univie.ac.at/~schmidt8/php/lehre/orientalismus_okzidentalismus.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Spiegel-Online: *Gaddafi setzt schwere Waffen gegen sein Volk ein*, 2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/proteste-in-libyen-gaddafi-setzt-schwere-waffen-gegen-sein-volk-ein-a-746643.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Tarpley, Webster G.: *WikiLeaks-Putsch in Tunesien: CIA propagiert Putsch-Tsunami im gesamten Mittelmeerraum.*, 2011, <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/webster-g-tarpley/wikileaks-putsch-in-tunesien-cia-propagiert-putsch-tsunami-im-gesamten-mittelmeerraum-libyen-syri.html> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)

- Tauber, Peter: *Social Media Leitfaden 2013. Soziale Medien in der politischen Kommunikation*, 2013, <http://www.petertauber.de/wp-content/uploads/2013/04/SocialMedia-Leitfaden-Peter-Tauber-2013.pdf> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Technorati-Liste der meistbesuchten Blogs, <http://www.seocial.com/technorati-blog-directory-deleted-may-29/>, Stand: Mai 2014 (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Telecomix-Webseite: *How to build a cluster like Telecomix*, <http://telecomix.org/firstmanifesto.txt> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Thyen, Kressen: *Ursachen und Hintergründe der Krisen und Umbrüche in der arabischen Welt*, 2016, <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/202360/ursachen-und-hintergruende-der-krisen-und-umbrueche-in-der-arabischen-welt> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Twitter Unternehmensdaten: *Unser Ziel: Jeder kann seine Ideen und Informationen sofort und über Grenzen hinweg teilen.*, <https://about.twitter.com/de/company> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Vowe, Gerhard; Martin Emmer: *Politische Mobilisierung durch das Internet? Befunde des DFG-Projekts „Politische Online-Kommunikation“ 2002 – 2009*, 2011, http://www.tu-ilmenau.de/fileadmin/media/empk/PolKom-Dateien/Responsibility-2.0_2011.pdf (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Wieland, Carsten: *Das politisch-ideologische System Syriens und dessen Zerfall*, 2013, <http://www.bpb.de/apuz/155126/das-politisch-ideologische-system-syriens-und-dessen-zerfall?p=all> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)
- Zorob, Anja: *Internationale Sanktionen gegen Syrien: Was haben sie bewirkt?*, 2016, <http://www.bpb.de/apuz/221170/internationale-sanktionen-gegen-syrien-was-haben-sie-bewirkt?p=all> (Letzter Zugriff: 05.04.2018)

Kurzlebenslauf

- 23. April 1992: Geboren in Würzburg
- 2011: Abitur am Deutschhaus-Gymnasium Würzburg
- 2014: Bachelorabschluss an der Universität Erfurt
Hauptstudiengang *Religionswissenschaft*,
Nebenstudiengang *Philosophie*
- 2016: Masterabschluss an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Studiengang *Medien-Ethik-Religion*
- Seit 2016: Promotion an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

.....

Datum/Unterschrift